
deutsche architektur
INTERHOTEL POTSDAM
Zum VI. BDA-Kongreß ▪ Projektierungskonferenz ▪ Zu Problemen der 24. Staatsratstagung ▪ Erholungsplanung ▪ Kulturpark Berlin
mber
5,– Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetschatj
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14
- Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilca 46
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Rakosi ut. 5, Budapest 62
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzari Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R E. P., Sofia 11 a, Rue Paris
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16
- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen 108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung erfolgt über HELIOS-Literatur-Vertriebs-GmbH, Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin, Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1154 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nrn. 717/70, 3/95/70 bis 3/101/70

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Aus dem vorigen Heft:

Perspektiven der sozialistischen Architektur (Umfrage)
Fernseh- und UKW-Turm der Deutschen Post Berlin
Nawoi – eine neue Stadt in der Usbekischen SSR
Eselsmühle
Wettbewerb Stadtzentrum Borna
Besonnung im Wohnungsbau

Im nächsten Heft:

Warenhaus CENTRUM Suhl
Wohnhochhäuser in Berlin
Wohnkomplex VII in Schwedt
Neues Wohngebiet in Frankfurt (Oder)
Architektur Georgiens

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 2. Juli 1970
Illusdruckteil: 10. Juli 1970

Titelbild:

Der Tourismus wird ein immer wichtigeres Element von Stadt- und Erholungsplanungen. In Potsdam, mit seinen Schlössern und Gärten ein Zentrum internationaler Touristik, entstand dieses neue Interhotel an der Havel nach dem Entwurf eines Kollektivs unter Leitung von Dipl.-Arch. S. Weber. (Dieses und andere neue Hotels stellen wir in einem der nächsten Hefte vor.)

Fotonachweis:

Foto-Brüggemann, Leipzig (2); Martin Zubec, Pragopress (1); Sommerfeld/Ziebarth, Berlin (10); Reiner Ponir, Berlin (3); Ernst Proske, Halle (1); Klaus-Dieter Plewa, Halle (1); Gert Weller, Sangershausen (3); Horst Männich, Dessau (6); Zentralbild/Sturm (2); Gottfried Glieme, Dresden (2); Zentralbild/Steinberg (1); Zentralbild/Block (1); Zentralbild/Krüger (1); Wolfdietrich Gerhardt, Neustrelitz (2); VE BMK Süd, KB Industrieprojektierung Zwickau (8); Hans Ziller, Heldrungen (2); Institut für Denkmalpflege Erfurt (2); Joachim Fritz, Basdorf (2); Fritz Rothstein, Berlin (1); Christoph Georgi, Schneeberg (1)

Berichtigung

Durch ein bedauerliches Versehen ist im Inhaltsverzeichnis des Heftes 9/70 ein Beitrag auf Seite 516 angekündigt worden, der erst in einem späteren Heft erscheint.
Wir bitten dies zu entschuldigen.



9 deutsche architektur

XIX. Jahrgang
Berlin
September 1970

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Projektierungskonferenz und Praxis

Wie kann das Bauwesen durch Pionier- und Spitzenleistungen seiner hohen volkswirtschaftlichen Verantwortung bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gerecht werden? Wie muß sich die Projektierung im Rahmen des Einheitssystems Bau entwickeln, damit die neuen Bauaufgaben mit höchster volkswirtschaftlicher Effektivität realisiert werden können?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Projektierungskonferenz, die Mitte des Jahres in Leipzig durchgeführt wurde. In den Referaten des Ministers für Bauwesen und des Präsidenten der Deutschen Bauakademie sowie im Schlußwort des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Kurt Fichtner, wurden auf diese prinzipiellen Fragen sehr konkrete Antworten gegeben (siehe Seite 519 bis 524).

Die zielklaren Schlußfolgerungen, die hier für die Weiterentwicklung der Projektierung gezogen wurden, werden sich in der Praxis nicht ohne Probleme, nicht ohne Konflikte und ideologische Klärung verwirklichen lassen. Zum Beispiel wurde in einer Diskussion die Frage aufgeworfen, ob nicht durch eine so starke Orientierung auf die volkswirtschaftliche Effektivität, auf die Senkung der Kosten und die Materialökonomie die architektonische Qualität, besonders solche weitsichtigen städtebaulichen Forderungen, wie sie auf der 12. Tagung des ZK dargelegt wurden, in den Hintergrund treten könnte.

Diese Fragestellung läßt erkennen, daß bestimmte grundsätzliche Systemzusammenhänge noch nicht überall geklärt sind. Tatsächlich gibt es sowohl bei Architekten als auch bei manchen Investitionsträgern die unreale Wunschvorstellung, daß man alle prognostischen Erkenntnisse im Städtebau schon heute mit den Mitteln von heute realisieren könnte.

Es geht gerade darum, die wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Voraussetzungen zu schaffen, damit prognostische Erkenntnisse im Städtebau verwirklicht werden können, und zwar nicht – wie es in kapitalistischen Ländern üblich ist – als einzelne Paradebeispiele für eine kleine besitzende Schicht, sondern für die ganze Gesellschaft!

Pionier- und Spitzenleistungen im Projektieren und Bauen, das ist die Basis für die Entwicklung der sozialistischen Architektur für die breite Verwirklichung prognostischer Erkenntnisse im Städtebau. Die Leistungen vieler Projektierungskollektive im sozialistischen Wettbewerb zeigen, daß die Forderung nach effektiven Lösungen richtig verstanden wird. Aber gerade Architekten, die diese Aufgabe ernst nehmen, weisen auch darauf hin, daß ihnen durch den großen Aufwand für Routinearbeiten noch zu wenig Zeit für Variantenuntersuchungen, überhaupt für die schöpferische Phase der Vorbereitung der Investitionen bleibt. Andererseits wird noch immer viel Zeit und Geld für sogenannte „Schubkastenprojekte" aufgewendet.

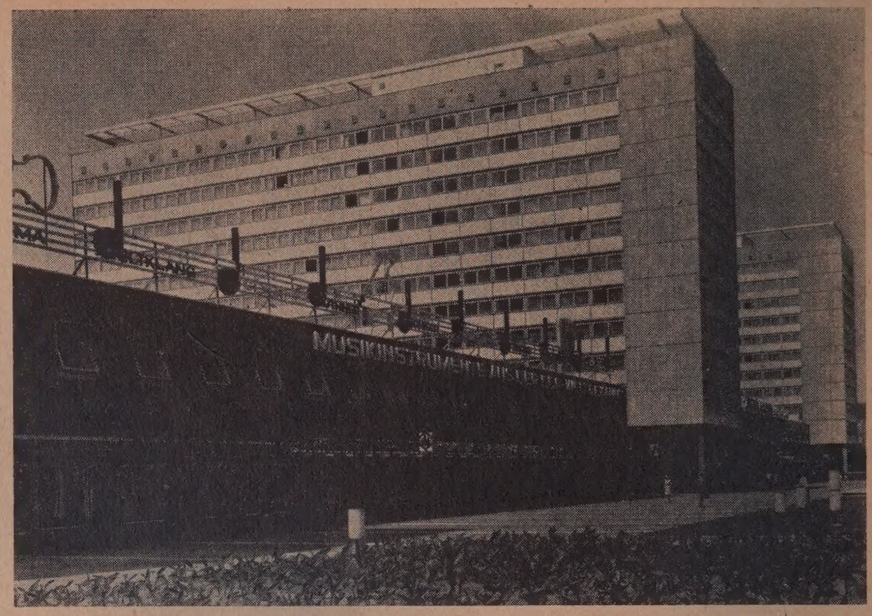
Deshalb sind die Schlußfolgerungen der Projektierungskonferenz zu begrüßen, weil sie den Weg weisen, wie durch Rationalisierung und Automatisierung der Projektierungsprozesse, durch wissenschaftliche Leitung und Organisation gewaltige ökonomische Reserven erschlossen und geistige Potenzen für die Entwicklung des Bauens und der Architektur freigesetzt werden können.

Wir möchten auch mit unserer Zeitschrift dazu beitragen, die Gedanken der Projektierungskonferenz in der Paxis zu verwirklichen. Wir werden über neue Projektierungsmethoden, über neue Erkenntnisse bei der Vorbereitung der Investitionen informieren und unseren Lesern die besten Erfahrungen von Projektierungskollektiven vermitteln. Aber wir werden auch der Problemdiskussion und dem Meinungsstreit über Fragen der Projektierung breiten Raum widmen, nicht zuletzt, weil es hier um ganz konkrete, ja zum Teil um revolutionierende Veränderungen im Schaffensprozeß der Architekten geht. Wir wenden uns deshalb an unsere Leser, an Architekten, Ingenieure und Ökonomen, an Leiter von Projektierungskollektiven und Direktoren der Baukombinate, an Bezirks- und Stadtarchitekten und an die Vorsitzenden der Bezirksgruppen des BDA mit der Frage:

- **Wie werden bei Ihnen die Gedanken der Projektierungskonferenz zielstrebig in die Praxis umgesetzt?**
- **Welche Probleme entstehen dabei, und wie werden sie gelöst?**
- **Welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?**

Wir erbitten Ihre Zuschriften, Diskussionsbeiträge und auch größere Beiträge über neue Projektierungsmethoden an die Anschrift unserer Redaktion: 108 Berlin, Französische Straße 13/14.

Ihre Redaktion „deutsche architektur"



Die Prager Straße in Dresden ist als Fußgängerbereich zwischen dem Hauptbahnhof und dem Altmarkt neuerstanden. An der Ostseite befinden sich die Hotels „Bastei", „Lilienstein" und „Königstein".

Weiterbildung – eine Hauptaufgabe?

Am 26. 6. 1970 fand in Magdeburg die 14. Sitzung des Präsidiums des BDA unter Leitung von Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein statt. Der Bundessekretär, Architekt Werner Wachtel, gab einen Bericht über die Ergebnisse der in Vorbereitung des VI. BDA-Kongresses durchgeführten Bezirkskonferenzen. (Auszüge aus dem Bericht finden Sie auf den Seiten 517 und 518.)

Zum Aufbau eines Systems der Weiterbildung der Architekten sprach der Leiter der Abteilung Städtebau und Dorfplanung im Ministerium für Bauwesen, Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge. Die Weiterbildung der Architekten wird im Rahmen des gesamten Weiterbildungssystems im Bauwesen erfolgen. Die Gründung des Zentralen Institutes für die Weiterbildung der Städtebauer und Architekten ist in dieser Richtung als ein bedeutender Fortschritt anzusehen. Für alle Architekten sollen Qualifizierungslehrgänge und Seminare in den Bezirken durch die Leitakademien des Bauwesens und den BDA organisiert werden. Die Weiterbildung sei künftig als eine Hauptaufgabe des BDA anzusehen.

Das Präsidium faßte ferner Beschlüsse zur Finanzplanung und zu Arbeitsterminen für das Jahr 1971.

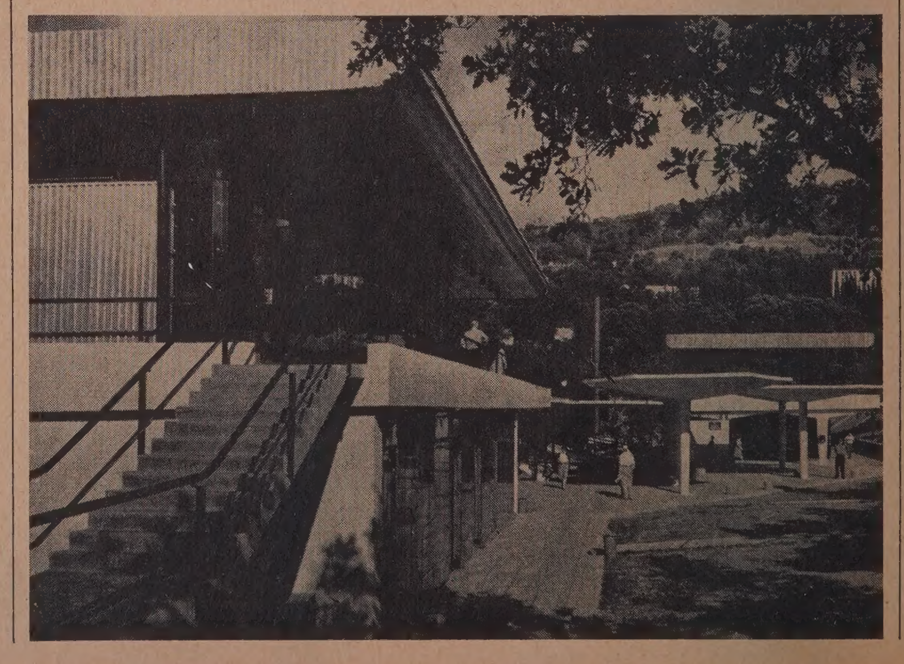
Omsk wird Millionenstadt

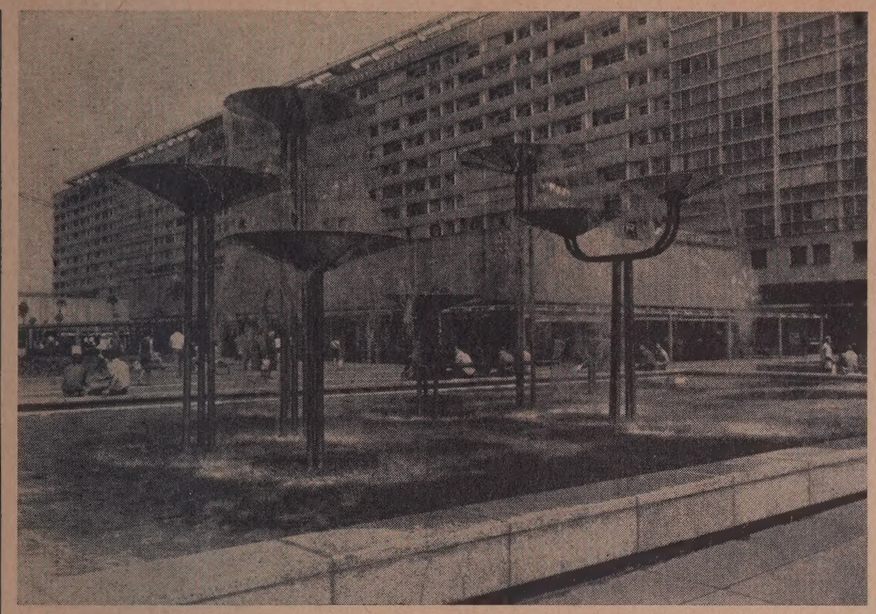
Die Stadt Omsk, die sich in den letzten Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten Industriezentren Sibiriens entwickelt hat, wird nach dem Generalplan am Ende des Jahrhunderts 1,2 Millionen Einwohner haben. In diesem Zeitraum soll die Stadt, die jetzt 40 km lang ist, eine kompaktere Struktur erhalten. Am linken, jetzt nicht bebauten Irtyschufer werden 460 000 Wohnungen errichtet. Im Stadtzentrum werden ein neues Musiktheater, ein Hotel und andere Bauten entstehen.

Zentren für aktive Erholung

Im Leipziger Clara-Zetkin-Park wurde ein Zentrum für aktive Erholung geschaffen, wo sich Einzelpersonen, Gruppen und Familien bei Sport und Spiel erholen können. Das Zentrum, das von Medizinern und Pädagogen betreut wird, dient als Experiment und soll helfen, für den Bau ähnlicher Einrichtungen in anderen Städten Erfahrungen zu sammeln. Eine von der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig herausgegebene Broschüre informiert über erste Ergebnisse.

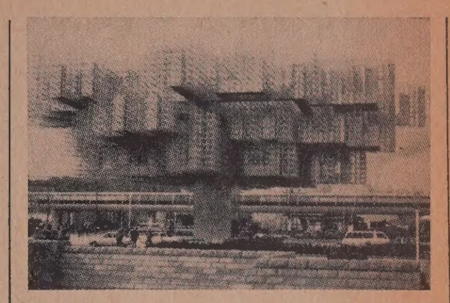
Erholungsbauten im Kurort „Donbass" an der Schwarzmeerküste der Krim. Architekten: A. Poljanski, W. Somow und Ingenieur J. Razkewitsch





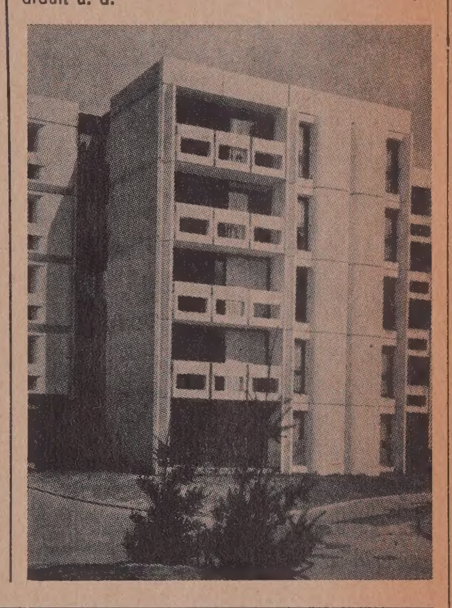
An der Westseite der Dresdner Prager Straße wurden vielgeschossige Wohnungsbauten und Ladenpassagen fertiggestellt. Werke der bildenden Kunst, Brunnen und Blumen beleben die Freiflächen.





Der Luftigkeit eines Baumes gleicht der Schweizer Pavillon auf der Expo '70. 60 000 Aluminiumstäbe und -platten geben der Außenhaut des von den Architekten Walter, Schmid und Leber gestalteten Baus einen filigranartigen Charakter.

In St.-Geneviéve-des-Bois (Frankreich) entstanden diese fünfgeschossigen Wohnbauten in Montagebauweise, die durch ihre sehr plastischen Außenwandelemente sehr lebendig wirken. Architekt: Andrault u. a.



Fernsehen – ein Viertel der Freizeit

Eine Untersuchung über das Freizeitverhalten der städtischen Bevölkerung in England kam zu dem Ergebnis, daß dort das Fernsehen die wichtigste Freizeitbeschäftigung geworden ist. Mehr als 25 Prozent der Freizeit werden dieser passiven Erholungsform gewidmet. Als Schlußfolgerung werden Einrichtungen für eine aktive Erholung gefordert.

Neues Zentrum für Frankfurt (Oder)

Kürzlich wurden neue Projekte für die Gestaltung des Stadtzentrums von Frankfurt (Oder) zur Diskussion gestellt. Im geplanten Kern des Zentrums, am Platz der Republik und am Platz der Einheit, sind neue weiträumige und intime Fußgängerbereiche mit einer Kongreßhalle, einem Haus der Partei und der Massenorganisationen, mit Einkaufspassagen, Gaststätten und einem Warenhaus geplant. Einige Hochhäuser, unter anderem ein Zentrum für Datenverarbeitung, sollen der Stadtsilhouette neue Akzente geben. In den nächsten Jahren sollen außerdem der Komplex „Halbe Stadt", der Komplex Frankfurt-Nord und der Komplex Neu-Beresinchen mit jeweils 3000 bis 5000 Wohnungseinheiten entstehen.

Misere der Großstädte der USA

Nach Berichten amerikanischer Zeitschriften verschärfen sich die Probleme der großen Städte in den USA. Während die Innenstädte immer mehr veröden, weiten sich die städtischen Flächen unübersehbar aus. Die Großstadtzonen wachsen durch die spontane unrationelle Bebauung jährlich um 400 000 ha. Diese „Flucht aus der Stadt" in die Vororte, die auch eine Quelle des Verkehrschaos ist, hat ihre Ursachen in der reaktionären Rassenpolitik und in den krassen sozialen Unterschieden. 1968 lebten in den amerikanischen Zentralstädten 8,3 Millionen Menschen unter der vom Staat definierten „Armutsgrenze". Dadurch weiten sich die Slumsgebiete in den Innenstädten immer mehr aus.

Kompositmaterial

In Schweden wird die Forschung auf dem Gebiet faserverstärkter, sogenannter Kompositmaterialien, intensiviert. Bei mit Kohlefasern verstärkten Kunststoffen und mit Fasern verschiedener Herkunft bewehrtem Aluminium rechnet man mit bisher unerreichten Eigenschaftskombinationen. Eine Versuchsanlage soll 1971 in Betrieb genommen werden.

In Prag wurden in den vergangenen 25 Jahren über 40 000 neue Wohnungen, meist in neuen Wohngebieten am Rande der Stadt, erbaut. In immer stärkerem Maße finden dabei, wie hier im Wohngebiet Cervený vrch, industrielle Bauweisen Anwendung.



Nachfolgend veröffentlichen wir wichtige Auszüge aus dem Bericht des Bundessekretärs des Bundes Deutscher Architekten, Architekt Werner Wachtel, über die Ergebnisse der in Vorbereitung des VI. BDA-Kongresses durchgeführten Bezirkskonferenzen, der auf der 14. Tagung des Präsidiums des BDA behandelt wurde. red.

Verantwortungsbewußtsein und Aktivität der Bezirksgruppen wachsen

Architekt BDA Werner Wachtel
Bundessekretär des Bundes Deutscher Architekten

Auf der Grundlage des Statuts und der Beschlüsse des Bundesvorstandes des BDA wurden die Betriebs- und Kreisgruppenversammlungen sowie die Bezirkskonferenzen vorbereitet und beginnend im November 1969 bis abschließend Ende Mai 1970 durchgeführt. In der Vorbereitung der Betriebs- und Kreisgruppenversammlungen sowie der Bezirkskonferenzen wurde von den Organen des BDA in Zusammenarbeit mit den Bezirksleitungen der SED und den staatlichen Institutionen des Territoriums eine neue Qualität erreicht.

Das Präsidium des BDA hat sich mit einem Brief an alle Mitglieder der Bezirksgruppenvorstände gewandt. In diesem wurden die Mitglieder des Bundes aufgerufen, den VI. Bundeskongreß parteilich, kritisch, konstruktiv und verantwortungsbewußt vorzubereiten. Es wurde eine Reihe von Problemkreisen und Fragen aufgeworfen, deren Klärung für unser zukünftiges Schaffen auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur es bedarf. Es wurde damit beabsichtigt, eine parteiliche und wissenschaftliche Klärung der im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus anstehenden Fragen und Probleme unseres Schaffensprozesses in der DDR zu stimulieren.

Zur Verbesserung der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Versammlungen und Konferenzen wurden unter der Leitung des Bundessekretariates Erfahrungen mit den Vorsitzenden der Bezirksgruppenvorstände, den Parteigruppenorganisatoren des Bezirksvorstandes und dem Vorsitzenden der Bezirksrevisionskommission ausgetauscht. Diese Erfahrungsaustausche gaben den einzelnen Bezirksgruppen die Möglichkeit, in ihre weitere Vorbereitung die besten Ergebnisse der Schrittmacher in der BDA-Arbeit einzubeziehen.

Ein weiteres wesentliches Merkmal waren die Aussprachen des Bundessekretärs mit verantwortlichen BDA-Kadern des Bezirkes in den Bezirksleitungen der SED. Auf diesen Beratungen wurde die Zielrichtung des VI. Bundeskongresses sowie der Bezirkskonferenzen des BDA erläutert und die Partei der Arbeiterklasse gebeten, die Organe des Bundes des Territoriums bei der ideologischen und parteimäßigen Vorbereitung dieser Konferenzen zu unterstützen. Diese Beratungen in den Bezirksleitungen der SED führten darüber hinaus dazu, daß entsprechend der Bedeutung des Städtebaus und der Architektur in unserer sozialistischen Republik alle bezirklichen Organe eine aktive Unterstützung der inhaltlichen Vorbereitung der Bezirkskonferenzen gaben.

Das Neue in der Vorbereitung der Bezirkskonferenzen des BDA war, daß alle territorialen Organe mithalfen, die neuen Aufgaben der Architekten in der sozialistischen Gesellschaft und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus zu formulieren, um, ausgehend von den Bezirkskonferenzen, allen Mitgliedern des Bundes entsprechend den territorialen Aufgaben die Grundprobleme unseres zukünftigen Schaffens nahezubringen.

Diese gemeinsame Verantwortung, auch ein Ausdruck unserer sozialistischen Demokratie, drückte sich nicht nur in der Vorbereitung, sondern auch in der Teilnahme der Bezirksorgane an den Bezirkskonferenzen aus. So waren auf allen Beratungen Vertreter der Bezirksleitungen der SED, und zwar die Sekretäre für Wirtschaft oder deren Vertreter, von den Räten der Bezirke die Bezirksbaudirektoren und bei einer Reihe von Bezirksstädten die Oberbürgermeister anwesend, sprachen in der Diskussion und gaben uns Architekten für die weitere Arbeit auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur sowie der Projektierung wertvolle Hinweise. An allen Konferenzen nahmen auch Delegationen des Bundesvorstandes des BDA teil, deren Leiter und Sprecher vom Bundesvorstand bestätigt wurden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die bezirklichen Organe des BDA sich durch die neue Qualität der Vorbereitung der Bezirkskonferenzen als sozialistischer Fachverband weiter gefestigt haben und damit die Voraussetzungen geschaffen wurden, daß diese Beratungen sich zu einem echten Höhepunkt im Leben des Bundes entwickeln konnten. Allen sei deshalb an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen, die mitgeholfen haben, dieses gute Ergebnis zu erreichen. Wir danken an erster Stelle den Bezirksleitungen der SED für ihre kontinuierliche Unterstützung der Bezirksgruppenvorstände des BDA, den Räten der Bezirke und der Bezirksstädte und nicht zuletzt allen Leitungen der Organe des Bundes für ihre ausgezeichnet geleistete Arbeit.

Die Zielstellung im Brief des Präsidiums zu den Bezirkskonferenzen orientierte besonders darauf,

- die Mitglieder des Bundes und alle Architekten in Vorbereitung auf den VI. Bundeskongreß für die Lösung der neuen und großen Aufgaben in Städtebau und Architektur zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu gewinnen und ihnen klare Vorstellungen über das Wesen und die Perspektive unserer weiteren sozialistischen Entwicklung zu vermitteln, um sie zu befähigen, diese Aufgaben im Prognose- und Perspektivplanzeitraum mit wissenschaftlicher Weitsicht zu lösen,
- prinzipielle Probleme zu klären, wie die des Klassencharakters und der neuen Wesenszüge unserer sozialistischen Architektur, ihre Position zur internationalen Entwicklung und zu den progressiven Traditionen unserer nationalen Baukunst abzustecken und sich kritisch mit den bisher erreichten praktischen Ergebnissen unserer Bautätigkeit parteilich und wissenschaftlich auseinanderzusetzen,
- Hilfe bei der Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufes mittels der marxistischen Wissenschaftsorganisation, der systematischen Anwendung rationeller Projektierungsmethoden, insbesondere rationalisierter und automatisierter Projektierungsverfahren, Ausarbeitung von Projekten mit höchster Materialökonomie und eines hohen volkswirtschaftlichen Nutzeffektes der Investitionen auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zu geben,
- Erfahrungen auszutauschen und Maßnahmen zu beschließen, um das Niveau der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der baukünstlerischen Gestaltung, besonders in den Bau- und Montage-Kombinaten, durch die Bezirks- und Betriebsgruppen zu erhöhen und den Prozeß der Integration von Projektierung und Ausführung zu unterstützen,
- den Stand unserer Tätigkeit auf dem Gebiete der Weiterbildung der Architekten und Städtebauer sowie das bisher hierbei erreichte Niveau einzuschätzen und Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung zu beschließen und
- das Niveau der Leitungstätigkeit der gewählten Organe zu überprüfen und Neuwahlen entsprechend dem Statut durchzuführen.

Alle Bezirkskonferenzen haben aufgezeigt, daß wir im Schaffensprozeß der Architekten auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur in der DDR eine neue Qualität erreicht haben. Dieser Prozeß vollzog sich, als die Stadtzentren der Bezirksstädte neu konzipiert wurden. Im Städtebau ist eine sichere sozialökonomische Struktur und wissenschaftlich fundierte politisch-ideologische Basis geschaffen worden. Gleichzeitig sind bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet der Gesellschaftsprognose gemacht worden.

Die Konferenzen zeigten übereinstimmend, daß die Mitglieder des BDA sich bemühen, die im Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf dem 12. Plenum des ZK der SED gestellten quantitativ und qualitativ neuen Aufgaben des Städtebaus und der Architektur mit ganzer Kraft zu erfüllen. Deutlich wurden auf allen Tagungen der Optimismus und die Begeisterung für unsere großen Aufgaben, die uns die Partei der Arbeiterklasse und damit die sozialistische Gesellschaft stellt. Es kam, wie noch auf keiner Bezirkskonferenz der Jahre zuvor, der Stolz auf vollbrachte Leistungen in Städtebau und Architektur zum Ausdruck, und es wurde die Auffassung bestätigt, daß es richtig ist, die Stadt von innen nach außen zu bauen bei Konzentration auf den Aufbau der Stadtzentren unter Beachtung der strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft. Die bewußtseinsbildende Rolle der Architektur wurde von allen Diskussionsrednern erkannt und anerkannt. Es wurde zu den Beratungen herausgearbeitet, daß sich in der sozialistischen Gesellschaft eine sozialistische Architektur mit spezifischen charakteristischen Zügen entwickelt und daß, wie die sozialistische Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist (in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und der werktätigen Intelligenz die Macht ausübt), auch die sozialistische Architektur Klassencharakter trägt.

Auf den meisten Bezirkskonferenzen haben sich die Mitglieder mit den Problemen der Konvergenztheorie auseinandergesetzt. Sehr klar und parteilich wurde die Konvergenz auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur in Diskussionsbeiträgen der Bezirkskonferenz in Rostock durch Kollegen Dr.-Ing. Urbanski und in Leipzig von Prof. Dr.-Ing. Siegel behandelt.

In den Rechenschaftsberichten der Bezirksgruppenvorstände nahmen die Probleme der Prognoseplanung einen breiten Raum ein. Die hierbei erreichten Ergebnisse wurden überall positiv eingeschätzt. Einschränkend aber wurde zugleich in der Analyse der Bezirksgruppe Leipzig festgestellt, daß die Aussagefähigkeit der städtebaulichen Prognose noch sehr begrenzt ist und daß die Grundlagenarbeit wesentlich beschleunigt und mit exakten Vorgaben und Kennziffern belegt werden müßte. Diese Feststellungen wurden auch in den Bezirksgruppen Gera und Magdeburg getroffen.

Andererseits wurde aber auch die Tendenz sichtbar, daß einigen Architekten und Städteplanern das Vorausdenken in prognostische Zeiträume reizvoller erscheint als das Zurückrechnen auf den Perspektivplanzeitraum oder mehr noch auf den Volkswirtschaftsplan mit seinen harten ökonomischen Forderungen und der Notwendigkeit, sich täglich mit überhöhten Programmforderungen und Kapazitätsbegrenzungen und den eigenen Wunschträumen sowie denen einiger Auftraggeber auseinanderzusetzen.

Die Grundfrage aber ist für uns Architekten, die dialektische Einheit zwischen der Prognose, dem Perspektivplan und dem Jahresplan herzustellen, also, das System- und volkswirtschaftliche Denken und unser sozialistisches Handeln der Architekten in verschiedenen Planungsebenen zu entwickeln. Erst dann werden wir den heutigen und zukünftigen Anforderungen gerecht, die die sozialistische Gesellschaft an uns stellt.

In den Referaten der Vorsitzenden sowie in den Diskussionsbeiträgen zeigte sich, daß alle Architekten ernsthaft bemüht sind, den Kampf um den wissenschaftlichen Vorlauf zu führen und mehr Kraft auf die Vorbereitung der Investitionen zu konzentrieren. Im Zusammenhang mit der Wettbewerbsbewegung zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR ergriffen viele Mitglieder der Betriebs-, Kreis- und Bezirksgruppen eigene Initiativen bei der Ausarbeitung der Generalbebauungspläne. Durch Studienentwürfe und Variantenuntersuchungen trugen sie zur Qualifizierung der Generalbebauungspläne bei.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in Verbindung mit der Integration von Projektierung und Ausführung stand im Mittelpunkt der Beratungen auf den Bezirkskonferenzen.

Genosse Radke als Vorsitzender der Betriebsgruppe des BDA im WBK Berlin, von der der Wettbewerbsaufruf zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR an alle Architekten erging und die auch die Initiative zur Fortführung des Wettbewerbs bis zum 100. Geburtstag von W. I. Lenin ergriff, berichtete auf der Bezirkskonferenz in Berlin, wie sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Architekten, Technologen und Bauausführenden entwickelt hat, wie die Kombinatsleitung den Prozeß der Zusammenführung von Projektierung und Ausführung von Anfang an mit dem Ziel der Integration leitete und wie die Betriebsgruppe diesen Prozeß zielstrebig förderte. Die Betriebsgruppe unterbreitete der Kombinatsleitung Vorschläge zur Durchsetzung einer modernen Wissenschaftsorganisation für die Haupterzeugnisse. Sie leistete einen selbständigen Beitrag zur Gewinnung des wissenschaftlichen Vorlaufs in Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Technologie sowie zur Rationalisierung und Automatisierung der Projektierung. Die Betriebsgruppe hat den Prozeß der engen Verbindung der bautechnologischen Arbeit mit den Projektierungsaufgaben von Anfang an gefördert und erreicht, daß die technologischen

Unterlagen immer mehr zum echten Bestandteil der Projekte wurden.

Auf den Bezirkskonferenzen wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Integration von Projektierung und Ausführung ein Schritt ist, der zu einer neuen Qualität führt. Es wurde von den Mitgliedern festgestellt, daß dieser Prozeß sich gesetzmäßig vollzieht; es wurde aber auch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß der Prozeß der Zusammenführung in den Bau- und Montagekombinaten noch nicht sein Optimum erreicht hat. Diese Situation wurde auf der Projektierungskonferenz vom Minister für Bauwesen Genossen Wolfgang Junker nochmals kritisch beleuchtet, und es wurden Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung gezogen.

Besonders auf den Bezirkskonferenzen in Neubrandenburg, Schwerin und Leipzig wurde hervorgehoben, daß der Zeitpunkt der Zusammenführung benutzt wurde, um von allen möglichen Institutionen und Planträgern her zu versuchen, Projektierungskräfte abzuwerben und damit zu zersplittern. Im Bereich der Landwirtschaft, vorwiegend in den Nordbezirken, in den zwischengenossenschaftlichen Baubetrieben, im Bereich der VVB Warenhäuser „Centrum", im Sport, im Messewesen wurden zahlreiche Projektierungskräfte geradezu abgeworben. Die Einführung des Systems der Rationalisierung und der automatisierten Projektierung erfordert aber eine Konzentration der Projektierung. Auch die Tendenz, Projektierungskräfte selbst innerhalb eines Kombinates zersplittert einzusetzen und auf die einzelnen Baubetriebe des Kombinates zu verteilen, war Gegenstand der Kritik auf den Bezirkskonferenzen in Neubrandenburg und Schwerin.

In diesem Sinne haben die Bezirkskonferenzen auf die Wahrnehmung der vollen Verantwortung der Kombinatsleitungen für die gebaute sozialistische Umwelt einschließlich der gestalterischen und städtebaulichen Aspekte orientiert. Zu den neuen Leitungsmodellen der Kombinate wurden von unseren Mitgliedern dementsprechende Vorschläge unterbreitet, so zum Beispiel in den Kombinaten in Cottbus, Gera, Frankfurt (Oder), Magdeburg, Leipzig und Erfurt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Betriebsgruppen des BDA in den Bau- und Montagekombinaten dazu übergehen, gemeinsam mit den Kombinatsleitungen neue, qualitative Schritte in der Integration von Projektierung und Bauausführung durchzusetzen. Dies drückt sich in den neuen qualitativen Aufgabenstellungen aus, daß wir in den Bau- und Montagekombinaten ein System der Verflechtung im Reproduktionsprozeß zwischen der Integration von Projektierung und Forschung sowie Projektierung und Technologie erreichen müssen. Es vollzieht sich also unter diesen Bedingungen eine Wandlung des Projektierungsprozesses. Die Grundfrage ist, daß die bautechnische Projektierung bei der weiteren Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus und des Einheitssystems Bau den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt unter den Bedingungen der Rationalisierung und Automatisierung erreichen muß. Dieser Prozeß erfordert aber gleichzeitig eine neue Qualität der Arbeit des Architekten. Hierzu ein Beispiel aus der Bezirksgruppe Potsdam:

Auf der Bezirkskonferenz berichtete Kollege van den Herz, wie aus der anfänglichen Unsicherheit seines Kollektivs durch eigene Initiative bei der Ausarbeitung von Studienentwürfen und Variantenuntersuchungen und durch einen Wettbewerb untereinander konstruktive, in die Zukunft weisende Gedanken entwickelt wurden, deren Ergebnis der Konferenz als Beitrag einer sozialistischen Gemeinschaftsarbeit unterbreitet werden konnte. Kollege van den Herz schilderte weiter, wie die sozialistische Gemeinschaftsarbeit den Ideenreichtum des einzelnen weckte und sich die schöpferischen Einzelleistungen sinnvoll in die Gesamtkonzeption einordneten. Er forderte vom Architekten, sich immer verantwortlicher zu fühlen dafür, einen optimalen Beitrag zur Stärkung des nationalen Reichtums für unsere Republik zu leisten und gegen überhöhte Programmforderungen einzelner Planträger aufzutreten. Im Kampf um den optimalen Nutzeffekt müsse durch Variantenuntersuchungen in der Phase der Investitionsvorbereitung ein Maximum an Wissenschaftlichkeit entfaltet werden. Das Beispiel zeigt, daß nur so unsere Architekten alle Aufgaben zum Wohle unserer sozialistischen Heimat erfüllen können.

Einige Bezirkskonferenzen haben sich kritisch mit der Frage der Zusammenarbeit mit den Bezirksbauämtern auseinandergesetzt. Das war besonders in Dresden der Fall. Nachdem der Präsident Prof. Collein in Dresden sich in seinem Beitrag sehr kritisch zu den Fragen der kollektiven Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Organen im Bauwesen, der Technischen Universität und dem Bund Deutscher Architekten geäußert hatte, wurden in der darauffolgenden Auseinandersetzung mit den einzelnen Vertretern Vorbehalte ausgeräumt, und noch auf der Konferenz erklärte der Stadtbaudirektor Uhlig seine Bereitschaft, unverzüglich mit dem neugewählten Bezirksvorstand eine Vereinbarung über Zusammenarbeit bei den entscheidenden Schwerpunktaufgaben, besonders beim Aufbau des Stadtzentrums, abzuschließen.

In der Mehrzahl der Rechenschaftsberichte der Bezirksgruppen konnte positiv zu den Fragen der Weiterbildung der Mitglieder des BDA Stellung genommen werden. Über die besten Ergebnisse konnten die Bezirksgruppen Berlin, Dresden, Erfurt, Halle, Gera und Magdeburg berichten.

Die Bezirksgruppen Karl-Marx-Stadt, Rostock und Suhl waren nur in der Lage, die Organisierung von Weiterbildungsmaßnahmen als Auftrag an den neugewählten Vorstand weiterzugeben.

Auf einigen Bezirkskonferenzen traten Tendenzen zutage, sich hinter den vom Staatsapparat organisierten Weiterbildungsmaßnahmen zu verstecken und sich mit der Tatsache zufriedenzugeben, daß auch einige BDA-Mitglieder an diesen Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen. In Vorbereitung der Bezirkskonferenzen gab es nicht nur in Neubrandenburg und in Karl-Marx-Stadt lange Diskussionen zu dieser Frage.

Die Analyse der Weiterbildung zeigt deutlich, auf welchen Wegen und mit welchen Ergebnissen die Weiterbildungsarbeit z. B. in Berlin, Erfurt, Dresden oder Halle sehr gut organisiert wurde. Die in den BDA-Seminaren behandelten Themen dürfen nicht Neuauflagen von bereits in der KDT oder anderen Organisationen behandelten Themen sein, sondern sie müssen im Sinne einer schöpferischen Information selbst Beiträge zur Weiterentwicklung von Städtebau und Architektur darstellen sowie Grundprobleme des Marxismus-Leninismus mit konkreten städtebaulichen Ergebnissen in Beziehung bringen. Sie müssen die neuesten Forschungsergebnisse in unserem spezifischen Fachbereich vermitteln und selbst zur Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse beitragen.

Die Bezirksgruppenvorstände waren in Vorbereitung des VI. Kongresses durch den Bundesvorstand beauftragt, Architekturanalysen in den Bezirken auszuarbeiten und auf den Bezirkskonferenzen zur Diskussion zu stellen. Dieser Auftrag wurde nicht überall und voll erfüllt. Gute Analysen lagen vor auf den Bezirkskonferenzen in Halle, Gera, Schwerin, Neubrandenburg, Magdeburg und Leipzig. In einigen Bezirksgruppen wurden Rechenschaftsbericht und Analyse miteinander vereinigt, so daß hier wenigstens im Prinzip die Grundlinie der weiter auszuarbeitenden Analyse von den Bezirkskonferenzen bestätigt werden konnte, so in Cottbus, Dresden, Erfurt, Rostock und Karl-Marx-Stadt.

Die Bezirkskonferenz in Berlin, Dresden, Frankfurt/Oder (hier lag eine Disposition zur Analyse in Thesenform schriftlich vor) beauftragte den neuen Bezirksvorstand, in kurzer Zeit eine Analyse in Vorbereitung auf den VI. Bundeskongreß auszuarbeiten.

Schrittmacher in der Ausarbeitung der Analyse der städtebaulichen und architektonischen Entwicklung war die Bezirksgruppe Halle. Sie umfaßte u. a. die städtebauliche Entwicklung und gesellschaftliche Zielstellung, Aussagen zur städtebaulichen Struktur, zur Verkehrslösung, zur hochbaulichen Gestaltung und der Synthese von Architektur und bildender Kunst von Halle-Neustadt sowie der Stadt Halle. Untersuchungen zu den Rekonstruktionsmaßnahmen des Stadtzentrums von Merseburg und Dessau, Einschätzung des Standes des Industrie- und Wohnungsbaues und der Erholung und Landschaftsplanung.

Die Analyse der Bezirksgruppe Gera ging dagegen von ganz anderen Kriterien aus; sie untersuchte in erster Linie Systemzusammenhänge und zog daraus Schlußfolgerungen für die perspektivische Entwicklung des Bauwesens im Bezirk Gera. Auf der Bezirkskonferenz wertete darum der Bezirksdirektor die Analyse als einen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung des Perspektivplanes 1970/1975 und zum Programmentwurf des Bauwesens aus.

Es konnten hier nur 2 Beispiele genannt werden. Diese Beispiele zeigen, daß es richtig war und weiterhin ist, daß die Bezirksgruppen des BDA sich analytisch mit den Ergebnissen des Städtebaus und der Architektur beschäftigen. Die bisherigen Analysen zeigen, daß zwangsläufig alle Bezirksgruppen unterschiedlich an die Lösung vom Inhalt her herangegangen sind. Es ist deshalb für die weitere Arbeit zur Ausarbeitung von Analysen notwendig, daß vom Bundesvorstand des BDA für städtebauliche Aufgaben, Teilbebauungsgebiete und Einzelbauwerke einheitliche Bewertungskriterien ausgearbeitet werden. Dazu ist notwendig,

- die Architekturanalysen weiter auszuarbeiten und fortzuschreiben, wobei vor allem die Erhöhung der Qualität von Städtebau und Architektur und die auf dem 13. Plenum des ZK der SED herausgearbeiteten Gesichtspunkte wie Wissenschaftsorganisation, sozialistische Leitungstätigkeit, die Investitionsvorbereitung mit dem Ziel der Erreichung des optimalen Nutzeffektes in den Kombinaten, Forschung und Projektierung und Bauproduktion zur integrierten Einheit zu führen, als Kriterien anzuwenden sind. (Dabei ist zu beachten, daß bei der Ausarbeitung der Analysen von der Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit ausgegangen werden muß.)

- sich über den Stand der Analysentätigkeit in den Bezirksgruppen gegenseitig zu unterrichten. (Es ist daher zu sichern, daß eine entsprechende Anzahl von Exemplaren zur Verfügung steht und diese gegenseitig ausgetauscht werden.)

Die Bezirkskonferenzen haben gezeigt, daß die Bezirksgruppen des BDA sich in den letzten 4 Jahren politisch und fachlich gefestigt haben. Es ist mit ein Verdienst der BDA-Bezirksgruppen, an dem großen Umwandlungsprozeß der Architekten, der sich in der Berichtszeitperiode vollzogen hat, mitgeholfen zu haben. Dies zeigen viele gute Ergebnisse in unserer Arbeit. Die Bezirksvorstände arbeiteten regelmäßig und richtig orientiert auf Schwerpunkte der politisch-ideologischen Arbeit und des bezirklichen Baugeschehens. Es vollzieht sich jedoch in der Verantwortung der Organe des Bezirkes des BDA in der politisch-ideologischen und fachlichen Arbeit ein Umwandlungsprozeß.

In Vorbereitung des VI. Bundeskongresses müssen wir die Frage beantworten, wie wir als sozialistischer Fachverband noch besser als bisher beitragen können, unsere sozialistische Umwelt entsprechend den Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft zu gestalten. Die Bezirkskonferenzen haben gezeigt, daß wir als Bund nur mithelfen können, diese schöne Aufgabe zu lösen, wenn es uns noch besser als bisher gelingt, eine sinnvolle Abgrenzung der Verantwortung im Rahmen der Aufgaben für die Betriebs-, Kreis- und Bezirksgruppen herauszuarbeiten.

Das Primat für die Betriebsgruppenarbeit liegt unseres Erachtens in den konkreten, systembezogenen Kombinatsaufgaben bzw. den Aufgaben der staatlichen oder wissenschaftlichen Institutionen. In diesen Prozeß ist, soweit wie möglich, die Bezirksfachgruppenarbeit mit einzubeziehen.

Die Arbeit der Kreis- bzw. Bezirksgruppen ist mehr als bisher auf die territorialen Aufgaben bzw. auf die Fragen der Weiterbildung der Architekten im Bezirk zu orientieren.

Es zeigt sich, daß ein Systemzusammenhang in Form einer dialektischen Einheit zwischen der Betriebsgruppenarbeit und der Arbeit der Kreis- und Bezirksgruppen herzustellen ist.

Die Bezirkskonferenzen zeigten aber auch, daß die politische und organisatorische Festigung auch in der Kontinuität der Leitungen und deren Wahl zum Ausdruck kommt. Es wurden in den Bezirksgruppen als Vorsitzende des Bezirksvorstandes gewählt:

Berlin – Dipl.-Ing. Stingl, Architekt BDA
Cottbus – Architekt BDA Guder
Dresden – Architekt BDA Hänsch
Erfurt – Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr, Architekt BDA
Frankfurt (Oder) – Dipl.-Ing. Zeil, Arch. BDA
Gera – Dipl.-Architekt Lonitz, Arch. BDA
Halle – Dr.-Ing. Lembcke, Arch. BDA
Karl-Marx-Stadt – Architekt BDA Hahn
Leipzig – Dipl.-Gärtner Heinze, Architekt BDA
Magdeburg – Dipl.-Ing. Schultz, Architekt BDA
Neubrandenbg. – Dipl.-Ing. Karasch, Architekt BDA
Potsdam – Dipl.-Ing. Pfrogner, Architekt BDA
Rostock – Architekt BDA Tauscher
Schwerin – Dipl.-Ing. Stange, Architekt BDA
Suhl – Dipl.-Ing. Hiltscher, Architekt BDA

In wenigen Fällen gab es einen Wechsel in der Leitung, vor allem dort, wo bewährte Funktionäre des BDA den Wunsch hatten, auf Grund ihres Alters oder ihrer zukünftigen Funktion entlastet zu werden. Es wurde deshalb den bisherigen Vorsitzenden der Bezirksgruppen des BDA Dipl.-Ing. Stier, Architekt BDA (Halle), Prof. Dr.-Ing. E. h. Rettig, Architekt BDA (Dresden), Dipl.-Ing. Franck, Architekt BDA (Neubrandenburg), Architekt BDA Graffunder (Berlin) und Architekt BDA Licht (Suhl) für ihre aufopferungsvolle Arbeit im BDA namens des Präsidiums des Bundes der herzlichste Dank ausgesprochen.

Zusammenfassend können wir einschätzen, daß alle Bezirkskonferenzen das vom Bundesvorstand des BDA gesteckte Ziel in Vorbereitung des VI. Bundeskongresses erreicht haben. Es gilt nunmehr, die auf den Bezirkskonferenzen gefaßten Beschlüsse durch die Einbeziehung aller Mitglieder des Bundes und aller Architekten im Territorium zu realisieren.

Es gilt, zum VI. Bundeskongreß in Berlin von den Bezirksgruppen über neue Pionier- und Spitzenleistungen auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur, der Integration von Projektierung und Bauausführung, der Rationalisierung und Automatisierung der Projektierung, der Synthese von Architektur und bildender Kunst und der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, die erreicht wurden, zu berichten.

Bautechnische Projektierung und volkswirtschaftlicher Nutzeffekt

Projektierungskonferenz des Bauwesens in Leipzig am 21. und 22. Mai 1970

Am 21. und 22. Mai fand in Leipzig-Markkleeberg eine Projektierungskonferenz des Bauwesens statt, an der auf der Grundlage der Referate vornehmlich Vertreter der Projektierungsbetriebe der Baukombinate über die künftigen Aufgaben berieten. Aus dem Hauptreferat des Ministers für Bauwesen, dem Referat des Präsidenten der Deutschen Bauakademie und dem Schlußwort des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats veröffentlichen wir Auszüge, die für Projektanten und Bauschaffende besonders bedeutungsvoll sind. red.

Die Aufgaben der bautechnischen Projektierung bei der weiteren Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus und des Einheitssystems Bau zur Erreichung des höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekts

Wolfgang Junker
Minister für Bauwesen

Die Kernfrage bei der weiteren umfassenden Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus ist die noch wirksamere Nutzung aller Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus, insbesondere des Gesetzes der Ökonomie der Zeit. Das Schlüsselproblem dafür ist die Gestaltung einer modernen sozialistischen Wissenschaftsorganisation zur Erzielung von Pionier- und Spitzenleistungen in Verbindung mit der Systemautomatisierung und der umfassenden Verwirklichung der komplexen sozialistischen Rationalisierung in neuer Qualität.

Dabei gilt es, Systemlösungen als Einheit von Technologien und Erzeugnissen zu entwickeln, die weit über den Rahmen eines Betriebes und Zweiges hinausgehen und es ermöglichen, mit geringstem gesellschaftlichem Aufwand Leistungen von höchster volkswirtschaftlicher Effektivität zu erreichen.

Das Einheitssystem Bau und seine Verflechtung zu anderen Einheitssystemen der Volkswirtschaft ist dafür das entscheidende Führungsinstrument.

Mit der Entwicklung des Einheitssystems Bau kommen die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung voll zur Wirksamkeit, die es gestatten, die Arbeit, den Gedankenreichtum vieler Kollektive unserer Kombinate, Betriebe und Institute zum gemeinsamen Nutzen auf ein großes Ziel – den Durchbruch zu Pionier- und Spitzenleistungen in Verbindung mit der Systemautomatisierung – zu konzentrieren. Hier liegt ein nicht hoch genug einzuschätzender Kraftquell der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das kapitalistische System.

Im Kampf um Pionier- und Spitzenleistungen gewinnt die wissenschaftliche Vorbereitung der Produktion immer mehr an Bedeutung. Ein entscheidendes Teilsystem der Produktionsvorbereitung ist die Projektierung, das Bindeglied zur planmäßigen Überleitung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis.

1. Zur Entwicklung der sozialistischen Wissenschaftsorganisation im Bauwesen in Verbindung mit der Systemautomatisierung und komplexen sozialistischen Rationalisierung auf der Grundlage des Einheitssystems Bau

In Verwirklichung der Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED und der 23. Staatsratstagung über die Wissenschaftsorganisation in der chemischen Industrie sowie ausgehend von der Prognose der Hauptentwicklungsrichtung des Bauwesens wurde die Konzeption der Wissenschaftsorganisation des Bauwesens vom Ministerium für Bauwesen erarbeitet und vom Ministerrat bestätigt. Wir betrachten die sozialistische Wissenschaftsorganisation als eine große gesellschaftliche Aufgabe, die sich unmittelbar aus der strategischen Zielstellung des VII. Parteitages der SED zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ableitet. Die sozialistische Wissenschaftsorganisation umfaßt also keinesfalls nur die innere Organisation der Arbeit der einzelnen Institute und Projektierungsbetriebe des Bauwesens oder die Organisation der Wissenschaft an sich, sondern vor allem die organische Verbindung von Forschung, Entwicklung, Projektierung und Technologie mit dem gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Die sozialistische Wissenschaftsorganisation ist darauf zu richten, durch Anwendung der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft auf die wissenschaftliche Arbeit durch bewußte Koordinierung, Kombination und Konzentration der Arbeit in Wissenschaft und Projektierung die schöpferischen Fähigkeiten der Forscher, Projektanten, Technologen und Arbeiter voll zu entfalten und dazu hochqualifizierte Führungskräfte heranzubilden sowie die ständige Weiterbildung dieser Kader zu gewährleisten.

Ausgehend von den auf dem 12. Plenum des ZK der SED gesetzten neuen Maßstäben, haben wir in unserer Konzeption von der Prognose zurückrechnend und unter Beachtung internationaler Entwicklungstendenzen die Prozesse, Verfahren und Erzeugnissysteme bestimmt, bei denen die Erzielung von Pionier- und Spitzenleistungen den größten volkswirtschaftlichen Effekt bringt und zu deren Erreichung günstige Voraussetzungen bestehen bzw. geschaffen werden. In erster Linie kam es darauf an, die Gebiete der Forschung festzulegen, auf denen wir auf der Grundlage des ökonomischen Systems des Sozialismus und des Einheitssystems Bau das Prinzip „Überholen ohne einzuholen" anwenden wollen.

Der konzentrierte Einsatz unseres Forschungspotentials in den vorgeschlagenen und teilweise bereits gebildeten Großforschungs- beziehungsweise Forschungskomplexen erfolgt mit dem Ziel, auf entscheidenden Gebieten der Baustoffproduktion, der Vorfertigung und bei ausgewählten Bauprozessen die Systemautomatisierung auf der Grundlage des Einheitssystems Bau zu ermöglichen.

Die Lösung dieser Aufgaben erfordert eine konsequente Konzentration der Kräfte und Mittel.

Innerhalb der letzten Jahre ist eine beträchtliche Anzahl von Forschungsstellen in den Kombinaten neu entstanden. Damit ist es gelungen, die Anzahl der Forschungskräfte im Bauwesen entscheidend zu erhöhen. Jetzt kommt es darauf an, die bei einzelnen Kombinatsbetrieben bestehenden Forschungsstellen innerhalb der Kombinate zu Forschungszentren zusammenzuführen. Das ist die Voraussetzung dafür, um im Rahmen der mit dem zentralen staatlichen Plan festzulegenden Spezialisierung zu einer aufgabenbezogenen Zusammenarbeit der Kombinate in der sozialistischen Großforschung zu kommen.

Die in der Wissenschaftsorganisation des Bauwesens konzipierten Großforschungs- und Forschungskomplexe sind auf Systemlösungen des Einheitssystems Bau ausgerichtet. Eine entscheidende Aufgabe besteht darin, daß vor allem die Leiter in allen Führungsebenen des Bauwesens in das Wesen und die Systemzusammenhänge des Einheitssystems Bau eindringen, um daraus die erforderlichen Aufgaben zur Gestaltung des Einheitssystems Bau im eigenen Führungsbereich abzuleiten und die schöpferische Mitwirkung der Werktätigen an der Ausarbeitung und Verwirklichung komplexer Systemlösungen zu gewährleisten. Die vorliegende Systemkonzeption, die Direktive und das Schulungsmaterial zum Einheitssystem Bau bilden die Grundlage für die erforderliche Verstärkung der Arbeit aller staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und wissenschaftlichen Einrichtungen zur weiteren Gestaltung und Verwirklichung des Einheitssystems Bau.

Die IG Bau-Holz, die Kammer der Technik und der Bund Deutscher Architekten haben bei der Durchsetzung des Neuen im Bauwesen stets eine wertvolle Hilfe und Unterstützung gegeben. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Unsere gemeinsame weitere Arbeit sollte sich darauf konzentrieren, unter den Ingenieuren, Architekten, Ökonomen sowie allen Bauschaffenden eine breite Basis zur Beherrschung der Grundfragen des Einheitssystems Bau zu schaffen.

Den bautechnischen und bautechnologischen Projektanten erwächst bei der Verwirklichung des Einheitssystems Bau die Aufgabe, ausgehend von den Ergebnissen der Grundlagen- und prozeßorientierten Forschung, Systemlösungen für

– automatisierungsgerechte Bauelemente, Baugruppen und Bauwerksteile des Erzeugnissystems;
– Grundsatztechnologien der Vorfertigung und Baudurchführung für die Massen- und Serienproduktion und

– Bauwerke und bauliche Anlagen des Industrie-, Verkehrs- und Wohnungs- und Gesellschaftsbaues mit hohem Wiederholungsgrad zu erarbeiten, in EDV-gerechten Katalogen und Angebotsprojekten zusammenzufassen und über die Projektunterlagen für die Baudurchführung praxiswirksam zu machen. Mit der Ausarbeitung und schrittweisen Verwirklichung des Einheitssystems Bau wurde ein Ent-

wicklungsabschnitt unseres Bauwesens eingeleitet, der auf der Grundlage der Einbeziehung aller Phasen des Reproduktionsprozesses, insbesondere auch der Projektierung, in die komplexe Automatisierung und Rationalisierung neue Perspektiven für die schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität eröffnet.

Kritisch müssen wir jedoch einschätzen, daß wir in der Realisierung nicht genügend vorangekommen sind. Das wird vor allem am Wohnungsbau und Mehrzweckgeschoßbau deutlich.

Im Wohnungsbau verfügen wir über 15jährige Erfahrungen in Forschung, Projektierung und Produktion, die uns objektiv in die Lage versetzen, den Welthöchststand in der Arbeitsproduktivität, den Bauzeiten, Selbstkosten und Qualität zu bestimmen. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Leistungen im Wohnungsbau werden jedoch nicht zielstrebig genutzt.

Im ersten Teil meiner Ausführung bin ich bereits auf die hervorragenden Ergebnisse, die auf dem Gebiet des Metalleichtbaues erreicht wurden, eingegangen. Diese Erfolge konnten nur erzielt werden, weil die Gestaltung der Wissenschaftsorganisation vom Generaldirektor als persönliche Führungsaufgabe wahrgenommen und in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit eines großen Kollektivs von Wissenschaftlern, Projektanten, Ökonomen und Schrittmachern des Kombinates, der Deutschen Bauakademie und Kooperationspartnern verwirklicht wird.

Wir betrachten die Grundkonzeption des Metalleichtbaukombinates für die Durchsetzung der Forderung „Überholen ohne einzuholen" und für die Ausarbeitung des Perspektivplanes durch die Baukombinate und -betriebe als beispielgebend. Mit diesem Beispiel wird der untrennbare Zusammenhang zwischen Wissenschaftsorganisation, Einheitssystem Bau und der Systemautomatisierung anschaulich demonstriert.

Bei der Systemautomatisierung im Bauwesen geht es um die Gestaltung durchgängig automatisierter Fließverfahrenszüge zur Herstellung kompletter Bauwerke einer Haupterzeugnisgruppe. Das beginnt bei der Bauelementeproduktion, geht bis zu den Baustellenprozessen und schließt die Automatisierung der technischen Produktionsvorbereitung und -steuerung sowie der Planungs- und Leitungsprozesse ein.

2. Zur Entwicklung des Systems der automatisierten Projektierung

Ausgehend von den Aufgaben unserer Projektierungskonferenz, möchte ich mich im folgenden speziell mit den Fragen der automatisierten technischen Produktionsvorbereitung, das heißt mit dem System AUTEVO Bau, befassen.

Gegenwärtig konzentrieren wir uns auf die Automatisierung der Projektierung als wesentlichen Bestandteil des Systems AUTEVO Bau. Das System der automatisierten Projektierung im Bauwesen hat die Aufgabe, auf dem Wege der Variantenrechnungen zu optimalen Projektlösungen zu gelangen und durch Automatisierung formalisierbarer geistiger Prozesse in der Projektierung die Arbeitsproduktivität wesentlich zu steigern.

Die Gestaltung und Verwirklichung des Systems der automatisierten Projektierung erfordert von den Leitern der staatlichen und der Wirtschaftsorgane, den Wissenschaftlern und Projektanten hohe schöpferische Leistungen und einen tiefgreifenden Wandel in ihrer Denk- und Arbeitsweise.

Hierbei kommt es besonders darauf an, zu erkennen, daß die Automatisierung der Projektierung die schöpferische Arbeit der Projektierung nicht einschränkt, sondern im Gegenteil die Projektanten weitgehend von Routinearbeit befreit und damit die Voraussetzung bietet, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit ihre schöpferische Tätigkeit für die Erarbeitung von Pionier- und Spitzenleistungen in einem bisher nicht erreichten Umfang zu entfalten.

Wo stehen wir bei der Entwicklung des Systems der automatisierten Projektierung?

Zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der DDR wurde durch eine umfassende sozialistische Gemeinschaftsarbeit ein erstes Modell der automatisierten Projektierung am Beispiel der SK-2-MP im VEB Ingenieurhochbau Berlin geschaffen. Hierbei wurden vorhandene Einzellösungen der Anwendung der EDV systemgerecht miteinander verknüpft und im Sinne einer automatisierten technologischen Linie weiterentwickelt.

Mit der Anwendung des Systems der automatisierten Projektierung sind wir in der Lage, im Perspektivplanzeitraum das Leistungsvermögen in der Projektierung zu verdoppeln.

Es ist die Aufgabe aller Kombinate, an der Lösung dieser Forschungsvorhaben aktiv mitzuwirken und gleichzeitig im eigenen Kombinat Voraussetzungen zu schaffen, die eine sofortige praxiswirksame Nutzung der Ergebnisse der Modellbeispiele gewährleisten.

Die Entwicklung und schrittweise Verwirklichung des Systems AUTEVO ist eindeutig der Hauptweg zur Erhöhung der Qualität und zur Leistungssteigerung in der Projektierung. Dabei verliert die Rationalisierung des Projektierungsprozesses keineswegs an Bedeutung. Die beiden Wege zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution ergänzen einander. So bilden die Methoden der Rationalisierung Systembausteine, auf denen sich die Automatisierung aufbaut.

Im Zeitraum 1970/72 muß die Rationalisierung den Hauptanteil der Leistungssteigerung in der Projektierung bringen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Weiterentwicklung des Katalogsystems, das den Forderungen der Rationalisierung entspricht und gleichzeitig eine entscheidende Grundlage für die Automatisierung der Projektierung und die Durchsetzung des Einheitssystems Bau bildet.

Gegenwärtig unterschätzen wir diese Arbeit. Sie wird nicht genügend geführt und staatlich beauflagt. Wir stimmen den Projektanten des Wohnungsbaukombinates Erfurt, die sich hervorragend für die Angebotsprojekte Schulen, Kindergärten u. a. eingesetzt haben, voll zu, daß sie eine generelle staatliche Ordnung für eine solche Arbeit fordern.

Der Vorteil einer solchen Arbeit ist sichtbar. 60 Prozent der Vorbereitungs- und Projektierungsarbeit wurden dort eingespart, wo diese Angebotsprojekte Anwendung finden.

Wir wissen, daß hierfür eine gewaltige Arbeit, insbesondere auch in der Vorfertigungsindustrie, geleistet werden muß. Hier bleiben wir noch zurück. Das müssen wir uns jetzt mit Unterstützung der Generaldirektoren und der Bezirksbaudirektoren vornehmen und in kurzer Zeit lösen.

Die Grundlage gibt die Direktive für die Entwicklung und Verwirklichung des Einheitssystems Bau. Danach sind Kataloge für standardisierte und typisierte Bauelemente, Baugruppen, Bauwerksteile und für Systemlösungen kompletter Bauwerke sowie für Technologien und Maschinensysteme durch die Produzenten in Übereinstimmung mit der im System der Erzeugnisgruppenarbeit festgelegten Verantwortung auszuarbeiten.

Die Beherrschung des vielfältig verflochtenen Prozesses der Gestaltung einer modernen sozialistischen Wissenschaftsorganisation in Verbindung mit der komplexen sozialistischen Rationalisierung und Automatisierung auf der Grundlage des Einheitssystems Bau erfordert eine neue Qualität der Planung und Leitung im Ministerium für Bauwesen, der Deutschen Bauakademie und den Kombinaten und Betrieben.

Das Ministerium für Bauwesen ist für die einheitliche technisch-ökonomische Politik auf der Grundlage des Einheitssystems Bau verantwortlich und leitet den gesamten Prozeß der Gestaltung der modernen Wissenschaftsorganisation mit dem Perspektivplan als Hauptsteuerungsinstrument.

Dazu übergibt das Ministerium für Bauwesen den Generaldirektoren der Kombinate und VVB, den Bezirksbaudirektoren sowie dem Präsidenten der Deutschen Bauakademie zentrale staatliche Führungsgrößen und Direktiven für die Großforschung sowie weitere strukturbestimmende Forschungs- und Automatisierungsvorhaben, die mit den Führungsgrößen für die Produktion dergestalt verbunden werden, daß der gesamte Reproduktionsprozeß der Kombinate und Betriebe auf Pionier- und Spitzenleistungen orientiert wird.

Die mit der Verwirklichung des Einheitssystems Bau und der automatisierten Projektierung verbundenen grundsätzlichen Veränderungen in den Erzeugnissen und technologischen Systemen erfordern, daß das gesamte System der technischen Vorschriften, Standards, Kennzahlen und Normative überprüft und den neuen Bedingungen entsprechend gestaltet wird. Mit Gen. Prof. Heynisch besteht Übereinstimmung darüber, daß in Verantwortung der Deutschen Bauakademie Vorschriften und Normative, die auf eine hohe Materialökonomie orientieren, sowie Ordnungssysteme, die für die weitere Realisierung des Einheitssystems Bau erforderlich sind, noch 1970 ausgearbeitet und für die Projektierungsbetriebe bereitgestellt werden.

Von der Deutschen Bauakademie sind die theoretischen Grundlagen für das Einheitssystem Bau als Voraussetzung für die systemgerechte Gestaltung der durch die Kombinate und VVB zu realisierenden Teillösungen des Einheitssystems Bau und der Automatisierung zu schaffen. Als Leiteinrichtung für den Forschungskomplex „System der automatisierten Projektierung" hat die Deutsche Bauakademie mit ihrem Institut für Wissenschaftsorganisation und Informationsverarbeitung diesen Gesamtkomplex der Forschung und Entwicklung zu steuern und zu organisieren, die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten und deren Überleitung in die Praxis über Modellbeispiele zu gewährleisten. Unter Einbeziehung eigener Prognosen und wissenschaftlich-technischer Konzeptionen haben die Generaldirektoren die ihnen vom Minister für Bauwesen übertragenen Forschungsvorhaben in hoher Qualität durchzuführen und gleichzeitig die Überleitung der Forschungsergebnisse in die bautechnische und bautechnologische Projektierung und damit die umfassende Anwendung in der Produktion zu sichern. Eine hohe Verantwortung erwächst den Direktoren der Kombinate, in denen Modellbeispiele durchzuführen sind. Sie haben dafür zu sorgen, daß die für die Lösung dieser Aufgaben erforderlichen Kräfte sowohl aus der Projektierung als auch aus der Technologie bereitgestellt werden und die Arbeit an den Modellbeispielen sowohl mit der Entwicklung des Gesamtsystems als auch mit der Systemautomatisierung und komplexen Rationalisierung im Kombinat eng verbunden wird.

Für die Planung, Organisierung und Kontrolle der Durchführung der strukturbestimmenden Forschungs-, Entwicklungs- und Automatisierungsvorhaben wird das System der Auftragsleitung angewandt. Als spezifische Methode der sozialistischen Wissenschaftsorganisation dient das System der Auftragsleitung der Sicherung einer hohen Effektivität der Planung und Leitung sowie der Gewährleistung einer exakten Plan- und Vertragsdisziplin.

3. Ein neuer Abschnitt der Planung und Leitung der Kombinate und der entscheidenden Verbesserung der Arbeit der Projektierungsbetriebe

Die Verwirklichung der auf dem 12. Plenum des ZK der SED gegebenen Zielstellung erfordert, das ökonomische System des Sozialismus im Bauwesen als Ganzes und in den Kombinaten und Betrieben schöpferisch durchzuführen.

Es gilt zu erkennen, daß es hierbei um einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der Baukombinate geht. Dieser neue Abschnitt ist dadurch charakterisiert, daß die Kombinate in immer stärkerem Maße die Träger der sozialistischen Großforschung werden, die komplexe sozialistische Automatisierung sowie die sozialistische Rationalisierung in neuer Qualität meistern und sich zu stabilen Partnern der zentralen staatlichen Planung entwickeln. Das erfordert, den Reproduktionsprozeß der Kombinate auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft so zu gestalten, daß für die Gesellschaft und für das Kombinat ein bedeutender ökonomischer Effekt entsteht. Dieser Effekt muß zu einer hohen Nettogewinnabführung an den Staatshaushalt bei voller Erwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion des Kombinates führen.

Entscheidend für die Meisterung dieses neuen Abschnittes in der Entwicklung der Kombinate ist eine höhere Qualität der Planungs- und Leitungstätigkeit. Das Ergebnis wird in beträchtlichem Maße davon abhängen, wie die einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses in den Kombinaten und im System des Bauwesens überhaupt ineinandergreifen und aufeinander abgestimmt sind. Die Beherrschung der Phase der Produktionsvorbereitung spielt dabei eine entscheidende Rolle, wobei die Projektierung auf die Lösung folgender Hauptaufgaben zu konzentrieren ist:

Erstens geht es um die Arbeit an Problemlösungen in der Vorbereitungsphase

zweitens um die Mitarbeit an der Gestaltung des Einheitssystems Bau durch die Entwicklung neuer Erzeugnissysteme, Technologien und Angebotsprojekte und

drittens um die Ausarbeitung der Ausführungspro-

jekte, in denen die technologischen Unterlagen und die Planselbstkostenkalkulation enthalten sind.

Zwischen diesen drei Hauptaufgaben bestehen enge Zusammenhänge, aber auch grundsätzliche Unterschiede, die ein differenziertes Herangehen in der Planung und Leitung sowie der Gestaltung der ökonomischen Systemregelungen erfordern.

Im folgenden möchte ich unseren Standpunkt zu einigen Problemen darlegen, wie

– zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen durch die Projektierung,

– zur Verantwortung der Projektanten für die Erhöhung der Materialökonomie,

– zur weiteren Integration der Projektierung in den Reproduktionsprozeß der Kombinate,

– zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Projektierung und

– zur Gestaltung ökonomischer Systemregelungen.

3.1. Zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen

Es entspricht zutiefst der zentralen Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus, daß alle am Investitionsprozeß Beteiligten für die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen, insbesondere für die Senkung des Bauaufwandes, eine hohe Verantwortung tragen. Den Direktoren der Kombinate sind durch die Eingliederung der Projektierung entscheidende Mittel in die Hand gegeben, um vom Standpunkt des Bauwesens die Höhe der volkswirtschaftlich verfügbaren Investitionen und den Effekt ihrer Verwendung maßgeblich zu beeinflussen. Das heißt, daß sie sowohl für die Effektivität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses als auch des unmittelbar von ihnen zu leitenden Reproduktionsprozesses Verantwortung tragen. Verantwortung für das Ganze zu tragen, hat tiefgreifende Konsequenzen für die Denk- und Arbeitsweise in der Projektierung.

Noch immer gehört es zur Regel, daß der in den Grundsatzentscheidungen festgelegte Aufwand für Investitionen erheblich überschritten wird. Die Überprüfungen der Gutachterstelle des Ministeriums für Bauwesen bringen beträchtliche Einsparungen an Investitionen zutage. Es ist doch besorgniserregend, wenn erst durch Nachprüfungen der Investitionsaufwand auf das dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechende, beziehungsweise vertretbare Maß reduziert werden muß. Selbstverständlich wissen wir, daß die Erhöhung des Bauaufwandes nicht schlechthin auf Unfähigkeit der Projektanten zurückzuführen ist. Es bestehen Probleme und Konflikte, denen sich der Projektant in einer Reihe von Fällen gegenübergestellt sieht. So geschieht es nicht selten, daß der Projektant eine durchaus effektive Lösung vorsieht, deren Verwirklichung für den Baubetrieb nicht die höchste Produktivität bringt. Der Maßstab für die Lösung dieses Konflikts kann nur der volkswirtschaftliche Effekt sein, also die Senkung des gesellschaftlichen Gesamtaufwandes. Hier ist das Feld des Kampfes, den der Projektant konsequent führen muß.

Analysiert man die Ursachen für die ständige Verteuerung zahlreicher Investitionen, so ist die Tatsache nicht zu übersehen, daß die Projektierungskräfte zu einseitig auf die Ausführungsprojekte konzentriert werden. Aber es ist ein gesetzmäßiger Prozeß, daß bereits in der Vorbereitungsphase weitgehend über den Nutzeffekt der Investitionen entschieden wird. Gegenwärtig ist die Lage dadurch charakterisiert, daß nur ein sehr geringer Anteil unserer insgesamt zur Verfügung stehenden Projektierungskräfte für die städtebauliche Lösung zum Einsatz kommt, in der jedoch nach den vorliegenden Einschätzungen über 50 Prozent des gesamten Nutzeffektes beeinflußt werden, und daß nur wenige unserer Projektanten zur Mitwirkung an den Grundkonzeptionen und Studien eingesetzt sind, in denen weitere 25 Prozent des Nutzeffektes entschieden werden. Nun bestreiten aber einige Leiter, daß sie durch die aktive Teilnahme an der Vorbereitungsphase einen ökonomischen Nutzen für das Kombinat haben. Wir teilen die Auffassung, die hierzu kürzlich der Genosse U h l m a n n , Betriebsdirektor des Projektierungsbetriebes im VE Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin, etwa wie folgt zum Ausdruck brachte:

Die höchste Effektivität im Kombinat wird dann erreicht, wenn in der Phase Vorbereitung eine Grundkonzeption entsteht, die höchsten Ansprüchen hinsichtlich Herstellung und Nutzung der Bauwerke gerecht wird, in die die neuesten wissenschaftlichen Kenntnisse und Forschungsergebnisse bei der Errichtung von Pionier- und Spitzenleistungen bereits eingeflossen sind. Nur eine solche Grundkonzeption hat Aussicht, nicht bereits in der nächsten Phase geändert zu werden. Auf diesem Weg kommen wir auch zu einer langfristigen Vorbereitung der Baudurchführung, kann gewährleistet werden, daß die gewählte konstruktive Lösung auch materialseitig bilanzierbar ist, können Kooperationsketten langfristig vertraglich vorbereitet werden.

Die ungenügende Einflußnahme auf die Vorbereitungsphase wird zum Teil damit begründet, daß dafür keine Zeit vorhanden sei. Auf die Probleme der Leistungssteigerung in der Projektierung werde ich noch gesondert eingehen. Hier sei jedoch bereits darauf hingewiesen, daß wir in nachfolgenden Phasen ein Mehrfaches an Zeit für Umprojektierungen aufbringen müssen, wenn wir die Vorbereitungsphase vernachlässigen.

Die Konsequenz besteht also darin, unbedingt eine größere Projektierungskapazität auf die Vorbereitungsphase zu konzentrieren.

Die Forderung, mehr Kraft auf die Phase der Vorbereitung zu konzentrieren, entbindet die Auftraggeber in keiner Weise von der Verantwortung für die Vorbereitung ihrer Investitionen. Vom Auftraggeber erwarten wir weitaus qualifiziertere Angaben über die ökonomische Zielstellung und die funktionellen Anforderungen zur bautechnischen Lösung, das heißt die Vorgabe der bestimmenden technisch-ökonomischen Parameter, auf deren Grundlage dann von den Projektanten der Bau- und Montagekombinate die Studie zur bautechnischen Lösung ausgearbeitet wird. Ein solches Herangehen erübrigt, daß bei den Auftraggebern bautechnische Projektierungskapazitäten aufgebaut werden. Diese Kapazitäten erreichen nicht die kritische Masse, um mit der Dynamik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Schritt zu halten.

Zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen, besonders der Industrie, ist die enge Zusammenarbeit mit dem Anlagenbau von großer Bedeutung. So konnte durch eine solche rechtzeitig organisierte Gemeinschaftsarbeit bei einem Kraftwerk eine erhebliche Verringerung des Bauaufwandes für die Hauptproduktionsanlagen erreicht werden.

Die höheren Anforderungen, die wir an unsere Auftraggeber stellen, verbinden wir mit der Verpflichtung an die Direktoren der Baukombinate, durch systematische Arbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung Pionier- und Spitzenleistungen anzubieten und die Einhaltung der technisch-ökonomischen Parameter zu sichern. Dafür ist die Kenntnis des wissenschaftlich-technischen Höchststandes eine unerläßliche Voraussetzung.

Aufgabe des Ministeriums für Bauwesen ist es, wissenschaftlich begründete Normative sowie Nutzenskennziffern zur Verfügung zu stellen, um den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, eine klare Zielstellung vorzugeben.

Den stärksten Einfluß in dieser Richtung werden wir jedoch durch Angebotsprojekte ausüben.

Gegenwärtig ist es teilweise noch üblich, daß der Projektant allein aus seiner Sicht ein Angebot unterbreitet und nachträglich von der Kombinatsleitung oder anderen Kombinatsbetrieben versucht wird zu korrigieren. Es scheint mir daher notwendig, noch einmal zu unterstreichen, daß gegenüber dem Auftraggeber das Kombinat insgesamt, vertreten durch den Kombinatsdirektor, verantwortlich ist und nicht der Leiter des Projektierungsbetriebes.

3.2. Zur Verantwortung der Projektanten für die Erhöhung der Materialökonomie

Die weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Bauwesens hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie wir es verstehen, mit den vorhandenen Materialfonds ökonomisch zu wirtschaften. Für den Plan 1970 und für den Perspektivplan muß man unumwunden einschätzen, daß die geplanten Zuwachsraten nur zu erreichen sind, wenn in allen Bereichen des Bauwesens das leichte ökonomische Bauen durchgesetzt und so eine grundlegende Verbesserung der Materialökonomie erreicht wird. Dabei möchte ich betonen, daß die Erhöhung der Materialökonomie keine zeitweilige Aufgabe ist, weil einige Materialien gegenwärtig knapp sind. Höchste Materialökonomie, das ist eine Grundfrage der Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus, eine Grundfrage der Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft.

Mehr als 50 Prozent, rund 11 Milliarden Mark, beträgt 1970 der Anteil des Materials an der Bau- und Montageproduktion der DDR. Senkung der Montageproduktion um nur 1 Prozent bringt somit eine direkte Einsparung von 110 Millionen Mark. Hinzu kommen die Einsparungen an Investitionen.

Die Materialökonomie wird immer mehr zu einem entscheidenden Wachstumsfaktor des Nationaleinkommens, den wir noch ungenügend nutzen. Das läßt sich auch an Beispielen aus dem Bauwesen belegen. Hier seien zwei – stellvertretend für viele – genannt: Im Metalleichtbaukombinat, Werk Ruhland, wurden durch die Gutachterstelle des Ministeriums für Bauwesen Einsparungen an Investitionen und besonders Bauanteil im Umfang von 25 Prozent nachgewiesen, die mit großem materialökonomischem Effekt verbunden sind. Dies wurde erreicht durch günstigere Standorte wichtiger Einzelobjekte, den Wegfall von Provisorien durch Änderung der zeitlichen Reihung der Durchführung bestimmter Objekte und anderes.

Die Genossen der Staatlichen Bauaufsicht des Ministeriums für Bauwesen haben den Projektanten des VEB Projektierung Wasserwirtschaft Halle am Projekt einer stählernen Rohrbrücke im Bezirk Potsdam nachgewiesen, daß ohne Beeinträchtigung der Nutzungsfähigkeit der Stahleinsatz gegenüber dem vorgelegten Projekt um 40 Prozent vermindert werden kann. Dieses krasse Beispiel zeigt, in welcher Größenordnung Materialreserven durch mehr Rechenkunst erschlossen werden können.

Diese Beispiele unterstreichen die Einschätzung, daß mehr als 80 Prozent der Materialkosten bereits in den produktionsvorbereitenden Abteilungen entschieden werden.

Wie kommen wir nun zu einer entscheidenden Verbesserung der Materialökonomie?

Der prinzipielle Lösungsweg kann nur die konsequente Durchsetzung des leichten ökonomischen Bauens sein. Ich habe bereits auf der 5. Baukonferenz das leichte ökonomische Bauen als die für die Volkswirtschaft effektivste Form des modernen industriellen Bauens charakterisiert. Der volkswirtschaftliche Effekt muß dadurch erreicht werden, indem wir schnell, materialsparend und mit geringstem Transportaufwand bauen. Die von mir angeführten Beispiele zeigen, daß wir in der konkreten Umsetzung dieser Zielstellung noch große Rückstände haben.

Die Verantwortung der Projektierung liegt in diesem Zusammenhang darin, durch die Anwendung der Materialsubstitution, des Stoff- und Formleichtbaues sowohl Einfluß auf die Elemententwicklung zu nehmen als auch in den Angebots- und Ausführungsprojekten den Bauaufwand unter dem Aspekt der Funktion und auch des moralischen Verschleißes der Bauwerke zu minimieren.

Leichtes ökonomisches Bauen, das bedeutet, insbesondere im Industriebau, auch die Durchsetzung der Frei- und Teilfreibauweise. Die verantwortlichen Leiter in den Kombinaten sowie die Projektanten werden ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung nur dann gerecht, wenn sie den wissenschaftlichen Meinungsstreit mit den Auftraggebern suchen, um volkswirtschaftlich unbegründeten Forderungen entschieden entgegenzutreten. Wir dürfen keinesfalls volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Forderungen akzeptieren, wenn sich nur der Auftraggeber im Rahmen einer vorgegebenen Investitionskennziffer bewegt. Diese Kennziffer ist kein „Bezugschein". Natürlich ist der Auftraggeber in erster Linie für den Nutzeffekt seiner Investitionen verantwortlich, aber auch die Baukombinate tragen für die effektivste Verwendung eines großen Teiles unseres Nationaleinkommens eine hohe Verantwortung. Außerdem nimmt niemand den General- bzw. Kombinatsdirektoren deren Bilanzverantwortung ab. Schon deshalb ist eine aktive Position der Baukombinate unerläßlich. Ich rede damit nicht der Tendenz das Wort, aus Mangel an Baukapazität notwendigen Baubedarf herunterzuhandeln. Vielmehr geht es darum, die effektivste Lösung zu suchen, mit weniger Aufwand an Material und Kosten das vor dem Auftraggeber stehende Investitionsproblem zu lösen und volkswirtschaftlich unberechtigte Forderungen, die gegen das bewährte sozialistische Prinzip des sparsamen Wirtschaftens verstoßen, nachdrücklich zurückzuweisen.

Ein solches Herangehen an die Vorbereitung der Investitionen seitens der Baukombinate verlangt völlige ideologische Klarheit in den Grundfragen der politischen Ökonomie des Sozialismus bei allen daran Beteiligten. Diese ideologische Arbeit kann auch nicht durch exakte Vorgaben und wissenschaftlich begründete materialökonomische Kennziffern ersetzt werden.

Trotzdem ist es notwendig, daß vom Ministerium für Bauwesen in den staatlichen Aufgaben und

Plandirektiven an die Generaldirektoren und Bezirksbaudirektoren für einen längeren Zeitraum materialwirtschaftliche Vorgaben sowie Kennziffern und Normative über den sparsamsten Materialeinsatz festgelegt werden. Auf dieser Grundlage müssen die Kombinatsdirektoren den Projektierungsbetrieben für die entscheidenden Positionen eine klare Orientierung geben, mit welchen Materialien und vorgefertigten Elementen sowie Ausrüstungen sie projektieren können. Dabei wird sich das Ministerium auf die entscheidenden Positionen wie Stahl, Zement, Plaste und wichtige Positionen der Haustechnik konzentrieren, während weitere Materialien von den Kombinatsdirektoren in eigener Verantwortung mit den Bilanzorganen abzustimmen und zur Grundlage verbindlicher Vorgaben an die Projektierung zu machen sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß oft durch die von den Projektanten vorgesehenen Engpaßmaterialien die Materialbilanzen gesprengt werden. Immer wieder stellen wir fest, daß teure Buntmetalle und andere Stoffe, die wir mit hohen Valutamitteln importieren müssen, insbesondere als Gestaltungsmittel angewandt werden. Der Einsatz von edlen Materialien ist kein Ersatz für fehlenden Erfindergeist und gestalterisches Können. Ein gutes Beispiel für den städtebaulich attraktiven Einsatz einheimischer Baustoffe gaben die Architekten bei der Gestaltung des Stadtzentrums Cottbus und des Wohnkomplexes Lütten Klein. Durch Kombination vorgefertigter Betonelemente mit keramischen Materialien und differenziertem Außenputz wurde nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine sehr landschaftsbezogene Gestaltung erreicht.

3.3. Zur weiteren Integration der Projektierung in den Reproduktionsprozeß der Kombinate

Zur weiteren Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Bauens ist die Integration der Projektierung in den Reproduktionsprozeß der Kombinate zielstrebig weiterzuführen. Besonders die Schrittmacherkombinate haben in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Einordnung der Projektierung und der Arbeit mit den Projektanten Erfolge aufzuweisen und Erfahrungen gesammelt. Eine kritische Einschätzung zeigt jedoch, daß die möglichen Effekte der Kombination von Forschung, Projektierung und Bauausführung bei weitem noch nicht ausgeschöpft werden. Wo liegen die Ursachen? Der entscheidende Grund dafür ist offensichtlich die ungenügende Beherrschung der Leitung des Reproduktionsprozesses des Kombinates überhaupt. In vielen Kombinaten wurde nur eine formale Zusammenfassung von Projektierungseinrichtungen und bauausführenden Betrieben durchgeführt, ohne gleichzeitig eine neue Qualität der Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses durchzusetzen. Das führt dann dazu, daß im Wohnungsbaukombinat Cottbus heute noch viele Projektanten von „dem“ statt von „ihrem“ WBK sprechen.

Worin sehen wir den Hauptweg der weiteren Integration der Projektierung in die Kombinate?

Dem Wesen nach geht es um die immer stärker werdende Verschmelzung von Forschung, Entwicklung, Projektierung technologischer Vorbereitung bis hin zur Fertigungssteuerung zu einem einheitlichen Prozeß. Davon ausgehend wird zum Beispiel in einigen BMK die echte sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Technologen und Projektanten organisiert. Dabei ist es unerheblich, ob die Technologen der bauausführenden Betriebe des Kombinates zeitweise in die Projektierungskollektive delegiert werden oder ständig ihren Arbeitsplatz in der Projektierung erhalten. Entscheidend ist vielmehr, daß die Technologie zusammen mit den Projektanten ausgearbeitet wird und daß die technologischen Unterlagen wie Ablaufplan, Netzwerk, Material- und Maschineneinsatzplan, Planselbstkostenkalkulation und Preisangebot zum Inhalt der Projekte werden. Damit wird Doppelarbeit zwischen dem Projektanten und den bauausführenden Betrieben vermieden. Das wird dazu beitragen, den Projektierungsaufwand zu reduzieren.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit darf jedoch nicht nur auf die Projektanten und Technologen begrenzt werden, insbesondere sind die Neuerer und Arbeiterforscher des Kombinats in die gesamte Vorbereitungsphase einzubeziehen. Es hat sich auch immer wieder bestätigt, daß es von großem Vorteil ist, wenn der künftige Bauleiter von Anfang an, beginnend im Stadium der Vorbereitung der Investitionen, in die Arbeit der Projektanten einbezogen wird.

Die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit haben sich mit der Einbeziehung der Projektierung in die Kombinate bedeutend erweitert. Die Verteidigung der Projekte und Grundsatztechnologien, die planmäßig von den Leitern zu organisieren sind, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Sie sind eine bewährte Form, alle geistigen Potenzen zu erschließen. Wichtig ist, daß die Verteidigung bereits mit der Zielstellung für das Projekt beginnt.

In den vergangenen Jahren wurden in der Mehrzahl der Kombinate Modelle der Planung und Leitung ausgearbeitet. Dabei stand auch die Aufgabe, die Stellung der Projektierung zu bestimmen. In einigen Kombinaten wurde die Bildung eines einheitlichen Leitungsbereiches für die produktionsvorbereitende Phase vorgesehen. Ich halte es für notwendig, auf den dort gesammelten Erfahrungen aufbauend, zu einer gewissen Vereinheitlichung der Prozeß- und Aufbauorganisation zu gelangen. Das wird besonders zwingend bei der Einführung der automatisierten Projektierung, deren Leistungsfähigkeit nur dann voll ausgeschöpft werden kann, wenn gleichzeitig die Organisation des Prozesses neu gestaltet wird. Bei der Bildung des einheitlichen Leitungsbereiches muß jedoch die wirtschaftliche Rechnungsführung in den Projektierungsbetrieben voll erhalten bleiben und im Rahmen des Kombinates weiterentwickelt werden. Die Integration der Projektierung in den Reproduktionsprozeß der Kombinate sowie die von mir bereits dargelegten differenzierten Hauptaufgaben der Projektierung werfen auch neue Probleme der staatlichen Leitung auf, denen bei der Vervollkommnung des wissenschaftlichen Führungssystems des Ministeriums für Bauwesen entsprochen wird.

3.4. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Projektierung

Die entscheidende Frage, um die von mir charakterisierten Aufgaben der Projektierung in ihrer Gesamtheit zu lösen, ist die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Projektierungsbetriebe.

Einige Kombinatsdirektoren legen uns Berechnungen auf den Tisch, daß neben der Steigerung der Arbeitsproduktivität auch eine extensive Erweiterung der Projektierungskapazität erforderlich ist. Sicherlich sind diese Direktoren nicht im Unrecht. Wichtig ist zu erkennen, daß der Anteil der in der Vorbereitung der Produktion Beschäftigten gesetzmäßig steigt. Daraus ist in erster Linie die Schlußfolgerung zu ziehen, innerhalb des Kombinates die Hoch- und Fachschulkader so einzusetzen, daß zwischen Forschung, Projektierung, Technologie und Fertigungsorganisation optimale Relationen hergestellt werden. Das heißt also, neben dem Einsatz von Absolventen auch bewährte Kader aus dem Bereich der Fertigung für die Stärkung der produktionsvorbereitenden Abteilungen zu gewinnen. Wir können noch soviel Forderungen nach mehr Hoch- und Fachschulkadern formulieren; mehr, als wir heute haben und in den nächsten Jahren an unsere Hoch- und Fachschulen zum Studium delegieren, werden uns nicht zur Verfügung stehen.

Der entscheidende Weg zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kann deshalb nur die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Projektierung sein. Auf einige Möglichkeiten bin ich bereits eingegangen, allen voran die schrittweise Einführung des Systems der automatisierten Projektierung und die komplexe sozialistische Rationalisierung in neuer Qualität. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Konzentration und Spezialisierung in der Projektierung. Gegenwärtig gibt es eine große Zersplitterung.

Welche Möglichkeiten sehe ich zur Konzentration der Projektierungskapazitäten?

Erstens sollte von den betreffenden Kombinatsdirektoren beziehungsweise Generaldirektoren geprüft werden, ob es, wie im BMK Süd, zweckmäßig ist, in einem Kombinat mehrere Projektierungsbetriebe bestehen zu lassen.

Zweitens sind wir gegen die Tendenz der Aufteilung kombinatseigener Projektierungsbetriebe auf einzelne Kombinatsbetriebe, wie das zum Beispiel im WBK Halle versucht wurde und eindeutig zur Leistungsminderung führte.

Drittens werden wir gemeinsam mit anderen zentralen staatlichen Organen die Zweckmäßigkeit prüfen, bestimmte jetzt bei den Auftraggebern vorhandene bautechnische Projektierungskapazitäten den geeigneten Baukombinaten zuzuordnen, um damit zu höherer Effektivität und zu klarer Abgrenzung der Verantwortung und der Aufgabenstellung zwischen Auftraggeber und Bauwesen zu kommen.

Gleichzeitig mit dem Prozeß der Konzentration ist die weitere Entwicklung der Spezialisierung präzise zu bestimmen. Das ist eine erstrangige Führungsaufgabe des Ministeriums für Bauwesen, die wir gemeinsam mit den Kombinaten in Angriff nehmen werden. Es kommt darauf an, in der Spezialisierung eine neue Qualität zu erreichen. Es geht nicht um eine Neuauflage der Bestimmung von Spezialprojektanten, sondern um die Steuerung der Spezialisierung der Kombinate mittels des Planes. Das Kombinat soll, beginnend in der Forschung bis hin zur Angebotsprojektierung, die Verantwortung für die Entwicklung des Haupterzeugnisses und der zu seiner Herstellung entscheidenden Technologien und Verfahren übernehmen.

Das bedeutet nicht, daß sämtliche Erzeugnisse einer Art nur von einem Kombinat durchgeführt werden. Bedingung ist, daß das betreffende Haupterzeugnis zum Produktionsprofil des betreffenden Kombinates gehört und daß die auszuarbeitenden Projektlösungen beziehungsweise Angebotsprojekte mit bestimmten Anpassungen in anderen Bezirken auch anwendbar sind. Mit den Angebotsprojekten gelingt es uns zweifellos am besten, die Vorbereitungszeit der Investitionen zu verkürzen und gleichzeitig die Effektivität der Investitionen bauseitig am wirksamsten zu beeinflussen.

Die Spezialisierung muß selbstverständlich unter Beachtung der konkreten territorialen Bedingungen und realen Voraussetzungen des Kombinates erfolgen. Wir brauchen kein Spezialisierungsmodell, das die Spezialisierung um jeden Preis und auf Kosten der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauarbeiterkollektive zum Ergebnis hat.

Wir sind jedoch prinzipiell der Auffassung, daß in der Bauindustrie der Spezialisierungsgrad in den produktionsvorbereitenden Phasen, einschließlich der Angebotsprojektierung, höher sein muß und auch kann als der Spezialisierungsgrad in der materiellen Produktion. Es ist doch kein Zustand, daß Kindergärten und Kinderkrippen, die hinsichtlich ihrer Funktion am Ostseestrand und in den Südbezirken den gleichen Forderungen genügen müssen, in jedem Bezirk individuell entwickelt und projektiert werden. Es ist notwendig, durch das Ministerium für Bauwesen klare Festlegungen zu treffen, wie der arbeitsteilige Prozeß zu organisieren ist. Durch die Gestaltung des Einheitssystems Bau sind die Voraussetzungen und mittels des Planungssystems die Garantien dafür zu schaffen, daß die arbeitsteilige Durchführung spezialisierter Projektierungsleistungen auf Gegenseitigkeit beruht und vor allem auf einer zuverlässigen, vertraglich zu sichernden stabilen Grundlage basiert.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Gestaltung des Einheitssystems Bau ist jedoch, daß die Kombinate der Vorfertigungsindustrie, insbesondere des Metalleichtbaukombinats, das Betonleichtbaukombinat und das Kombinat für Technische Gebäudeausrüstung, ihrer Verantwortung für die Entwicklung von Systemlösungen des Roh- und Ausbaus voll gerecht werden und die hierfür erforderlichen Projektierungskapazitäten im Kombinat aufbauen. Dabei sollte Klarheit darüber bestehen, daß wir auf dem Wege der Umverteilung vorhandener Projektierungskapazitäten von einem Kombinat zum anderen keine Leistungssteigerung erreichen. Deshalb sollten die Kombinatsdirektoren der Vorfertigungsindustrie ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, eigene Kapazitäten für die Konstruktion der Elemente zu schaffen, und sich nicht auf die Forderung an das Ministerium für Bauwesen nach Umverteilung der Projektierungskapazitäten beschränken.

Geleitet werden muß der Prozeß der Spezialisierung durch staatliche Vorgaben und Auflagen, deren Erfüllung in den Rechenschaftslegungen abzurechnen ist.

Konzentration und Spezialisierung der Projektierung sind nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Projektierungsprozeß selbst, sondern auch eine Grundbedingung für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung.

Die internationale Zusammenarbeit in der Projektierung wird um so effektiver sein, je besser es uns gelingt, die Erzeugnis- und Verfahrenssysteme der beteiligten Länder zu koordinieren, eine einheitliche Normativbasis und ein aufeinander abgestimmtes Informationssystem zu schaffen.

Durch Anwendung der sozialistischen Wissenschaftsorganisation zu Pionier- und Spitzenleistungen in Forschung und Projektierung

Prof. Werner Heynisch
Präsident der Deutschen Bauakademie

Die qualitative und quantitative Entwicklung der Bauproduktion im Perspektivplanzeitraum bis 1975 erfordert, die Leistungsfähigkeit der bautechnischen Projektierung auf 180 Prozent des Standes von 1970 zu steigern, ohne daß eine wesentliche Erhöhung der Arbeitskräftezahl vorgenommen werden kann.

Das ist nur möglich, wenn auch im Projektierungsprozeß die Systemautomatisierung auf entscheidenden Gebieten organisch mit der komplexen sozialistischen Rationalisierung in neuer Qualität verbunden wird, wie das Walter Ulbricht auf der 12. Tagung des ZK der SED zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution prinzipiell forderte. Entsprechend diesen Forderungen haben wir begonnen, die automatisierte Projektierung als wichtigen Teil des Einheitssystems Bau planmäßig zu entwickeln. Bedeutende Kräfte und Mittel der Akademie, der beteiligten Kombinate und der Hochschulen sind in einem Großforschungskomplex auf die Lösung dieser Aufgabe konzentriert worden. Die Akademie, der die Leitung dieses Großforschungskomplexes übertragen worden ist, steht vor einer Reihe komplizierter Aufgaben. Neu ist dabei für alle Beteiligten sowohl der Forschungsgegenstand als auch die Beherrschung der notwendigen Formen des Zusammenwirkens der Kräfte verschiedener Wissenschaftsdisziplinen.

1. Verwirklichung der Angebotsproduktion in Verbindung mit EDV-gerechten Katalogen bei gleichzeitiger Weiterführung der Konzentration, Spezialisierung und Kombination der Projektierungskräfte auf die Haupterzeugnisse.

2. Rationalisierung und Automatisierung der produktionsvorbereitenden Prozesse, insbesondere der Projektierungsprozesse.

3. Aufgabenbezogene Qualifizierung zur Durchsetzung der automatisierten Projektierung.

■ Zur 1. Aufgabe

Der sich im Bauwesen auf immer größerer Breite vollziehende Übergang zur industriellen Produktion stellt die Bauforschung, die Technologie und die Projektierung vor neue Probleme mit großer volkswirtschaftlicher Tragweite. Man kann zum Beispiel die Herstellung von Baugruppen des gebäudetechnischen Ausbaues mit der Baugruppenfertigung im Maschinenbau vergleichen und trotz der Unzulänglichkeit solcher Vergleiche feststellen, daß die serienreife Entwicklung und Standardisierung neuer Bauelemente und Baugruppen umfangreiche technologische und konstruktive Arbeiten in Abstimmung mit den Anwendern erforderlich macht. Die Ausarbeitung EDV-gerechter Angebotskataloge ist eine entscheidende Voraussetzung für einen hohen Nutzeffekt in der Investitionstätigkeit. Das trifft sowohl auf die produktionsvorbereitende Phase als auch auf die Phase der Produktion selbst zu.

Diese Katalogisierung ist notwendig, um den gesamten Prozeß der Vorbereitung der Produktion und der Fertigung im umfassenden Sinne zu rationalisieren und um die erforderlichen vereinheitlichten Primärdaten für die automatisierte Projektierung zu schaffen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß diese Arbeiten einen beträchtlichen Aufwand — sozusagen als Vorleistung für die automatisierte Projektierung — erfordern. Es wird deshalb notwendig, in zunehmendem Maße Projektierungskapazitäten, besonders bei den Leitkombinaten der Erzeugnisgruppen, aufzubauen und für die Entwicklung, Konstruktion, Standardisierung und Katalogisierung von Bauelementen und Bauwerksteilen einzusetzen. Die dafür erforderlichen Kräfte können nur durch die Rationalisierung und Automatisierung der Routineprozesse vor allem in den produktionsvorbereitenden Bereichen und Abteilungen gewonnen werden. Auf der Grundlage des Einheitssystems Bau entwickelte, standardisierte und katalogisierte Bauelemente und Baugruppen des Roh- und Ausbaues geben dem Projektanten die Möglichkeit, unter Nutzung der EDV für die einzelnen Bauwerke jeweils die volkswirtschaftlich effektivsten Lösungen zu finden. Damit werden schöpferische Potenzen in den Projektierungskollektiven freigesetzt, die dringend zur Entwicklung des Sortiments standardisierter Massenbauelemente für neue hocheffektive Bauwerkssysteme benötigt werden.

Zusammenstellung und Form der Kataloge können den einzelnen Kombinaten und Betrieben nicht freigestellt werden, sondern müssen unter gezielter Anleitung des Ministeriums für Bauwesen überall einheitlich gestaltet werden.

■ Zur 2. Aufgabe

Über das System der automatisierten Projektierung hat Genosse Minister Junker in seinem Referat Ausführungen gemacht. Der Deutschen Bauakademie ist die Funktion des Auftragleiters für die wissenschaftliche Arbeit dieses Großforschungskomplexes übertragen worden.

Es ist verständlich, daß nicht alle Aufgaben dieses Komplexes, der eine Umwälzung des gesamten Reproduktionsprozesses besonders in den produktionsvorbereitenden Phasen bedeutet, gleichzeitig gelöst werden können.

Die Deutsche Bauakademie konzentriert ihre Kräfte auf die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Systementwicklung und die Gestaltung der Informations- und Speichersysteme.

Wenn wir bereits 1971 und 1972 bei einigen wichtigen Haupterzeugnissen des Bauwesens die Automatisierung der Projektierungsprozesse bis zur programmgesteuerten Produktion von Bauelementen erreichen, dann ist das in erster Linie den Schrittmacherleistungen der Projektierungskollektive in den Kombinaten IBK Berlin, Erfurt, Rostock, BMK Süd und im Metalleichtbaukombinat zu verdanken.

■ Zur 3. Aufgabe

Die Entwicklung von Systemlösungen und die Durchführung der Systemautomatisierung erfordern die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sowie die aufgabenbezogene Qualifizierung.

Es geht vor allem um die Aneignung und Vertiefung der Kenntnisse auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften und der technologischen Wissenschaften sowie der modernen Ingenieurtheorie. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß gerade die Qualifizierungsmaßnahmen eine wesentliche Voraussetzung für die Anwendung des Systems der automatisierten Projektierung sind. In den produktionsvorbereitenden Prozessen, besonders in der Projektierung, sind bekanntlich etwa 80 Prozent aller Arbeitsgänge formalisierbar und können damit der Anwendung der EDV erschlossen werden.

Das verdeutlicht, daß an der qualitativen Umwälzung dieser Prozesse alle Beschäftigten in Forschung, Entwicklung und Projektierung in einer oder anderer Weise beteiligt sind und die schöpferische Aktivität jedes einzelnen erforderlich ist. Deshalb werden bereits jetzt unter Leitung des Ministeriums für Bauwesen gemeinsam mit der Deutschen Bauakademie, dem Zentrum Organisation und Datenverarbeitung Berlin, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und auf der Grundlage der Erfahrungen der Leitkombinate im System automatisierter Projektierung entsprechende Qualifizierungsprogramme vorbereitet und Weiterbildungslehrgänge durchgeführt.

Das Ziel dieser Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ist es, im Rahmen eines kompletten Programms das erforderliche komplexe Qualifikationsniveau, beginnend bei den Kollegen, die die Eingabedaten aufbereiten, bis zum Programmierer und zum Systemingenieur, aufzubauen. Auf dieser Grundlage werden alle Kombinate in der Lage sein, schrittweise, termingerecht und zielgerichtet die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen eigenverantwortlich in ihrem Bereich durchzuführen.

Der Bedarf unserer Volkswirtschaft an Gebäuden für Industrie, Landwirtschaft und gesellschaftliche Einrichtungen steigt im Prognosezeitraum schneller als bisher an. Die qualitative Entwicklung der Gebäude ist durch verstärkte Anwendung des komplexen und konzentrierten Bauens gekennzeichnet.

Aus den Anforderungen der Industrie und Landwirtschaft, aber auch für gesellschaftliche Bauten ist die Tendenz zur Großflächigkeit und flexiblen Nutzung bei den konstruktiven und funktionellen Lösungen zu berücksichtigen. Außerdem kommt es darauf an, die Vorzüge verschiedener moderner Bauweisen so zu verbinden, daß durch günstige Kombinationen unterschiedlicher Baustoffe und Massenbauelemente eine hohe Materialökonomie erreicht wird.

Auf dem Gebiete der mehrgeschossigen Gebäude wird der Stahlbetonbau auch weiterhin dominierend bleiben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Möglichkeiten der Massenreduzierung durch höhere Materialfestigkeit zur Wirkung kommen. Es kommt jetzt darauf an, die zur Zeit produzierten unterschiedlichen Konstruktionen durch einheitliche Lösungen zu ersetzen und den vereinheitlichten Geschoßbau, für den die Produktionsvorbereitungen abgeschlossen sind, schnell in die Praxis einzuführen.

Optimale Werkstoffkombinationen und die Ausnutzung von Verbundwirkungen zwischen Stahlfachwerk und Stahlbetonplatten in den Decken ermöglichen bei diesen Gebäuden eine Senkung des spezifischen Stahlverbrauches um 40 Prozent gegenüber herkömmlichen Stahlbaukonstruktionen. Die kurze Zeit für Entwicklung und Einführung in die Praxis von rund einem Jahr wird auch hier durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Metalleichtbaukombinat, dem BMK Kohle und Energie, den Projektierungsbetrieben des BMK Ost und BMK Erfurt und der Deutschen Bauakademie in weitgehend paralleler Grundlagenarbeit, Projektierung und Produktionsvorbereitung erreicht.

Um die volkswirtschaftlichen Vorteile von prozeßorientierten Systemlösungen für ein- und mehrgeschossige Gebäude zu nutzen und optimale Werkstoffkombinationen zu erreichen, wird noch in diesem Jahr die Forschungs- und Entwicklungskapazität des Metalleichtbaues und des Betonleichtbaues zu einem Forschungskooperationsverband zusammengefaßt.

Für die Entwicklung ein- und mehrgeschossiger Gebäude im Rahmen des Einheitssystems Bau wird ein universelles Sortiment ein- und mehrgeschossiger Skelettkonstruktionen geschaffen, dessen Gestaltung die automatisierte Massenvorfertigung und eine hochmechanisierte Endfertigung auf der Grundlage einheitlicher Technologien ermöglicht. Die zur Zeit noch vorhandenen Produktionssortimente mit relativ voneinander unabhängigen Konstruktionstypen und geringen Losgrößen, deren Anwendung sich auf vielen Gebieten überschneidet, sind schrittweise einzustellen.

Im Auftrag des Metalleichtbau- und des Betonleichtbaukombinates erarbeitet die Deutsche Bauakademie zur Zeit mit einer Vielzahl von Projektierungseinrichtungen der verschiedensten Baukombinate die Vereinheitlichung der Massenelemente der ein- und mehrgeschossigen Mehrzweckgebäude. Gleichzeitig wird mit dieser Forschungsaufgabe die Neuentwicklung von Gebäudesystemen auf der Grundlage des Einheitssystems Bau ausgearbeitet.

Für dieses Sortiment sind die im Prognosezeitraum zu erwartenden Veränderungen der materiell-technischen Basis in bezug auf einen effektiven Einsatz traditioneller und neuer Baustoffe zu berücksichtigen. Dabei zeichnet sich in der Forschung bereits jetzt ab, daß durch neue Baustoffe, wie zum Beispiel textile Materialien in Verbindung mit Plasten, leichte weitgespannte Dachkonstruktionen als Bestandteil des universellen Sortiments möglich sind.

Zur Entwicklung universeller Systemlösungen für ein- und mehrgeschossige Gebäude gehört der Ausbau. Mit der Ausarbeitung des Perspektivplanes haben einige Kombinate und VVB mit der Vorbereitung der automatisierten Massenproduktion von Ausbauelementen begonnen. Ebenso werden den Automatisierungsvorhaben für die Produktion von Elementen des bautechnischen Ausbaues von Baugruppen der technischen Gebäudeausrüstung in Angriff genommen.

Als wichtiges Element der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Siedlungszentren berührt die wissenschaftliche und technisch-ökonomische Politik im Wohnungsbau unmittelbar die Interessen aller Bürger unseres Staates. Mit der Herausbildung der sozialistischen Lebensweise, wie sie auf der 12. Tagung des ZK der SED sowie auf der 19. und 23. Staatsratssitzung charakterisiert wurde, entstehen qualitativ neue Anforderungen an die Stadtentwicklung hinsichtlich der immer stärkeren Integration ihrer einzelnen Bereiche des Arbeitens und Wohnens, der Bildung und Erholung.

Prognostische Erkenntnisse und volkswirtschaftliche Berechnungen führten in Vorbereitung des Perspektivplanes 1971 bis 1975 zur weiteren Präzisierung der wissenschaftlich-technischen Politik im Wohnungsbau.

Im Volkswirtschaftsplan 1970 und bis 1975 ist eine bedeutende Steigerung des Neubauvolumens vorgesehen. Damit sind die komplexen, strukturbestimmenden Maßnahmen zur Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern und hohe politisch-baukünstlerische Aussagen in den Stadtzentren zu erreichen. Für die Entwicklung im Bauwesen ergeben sich daraus zwei miteinander vielfach verknüpfte Aufgabenkomplexe:

1. Mit den wissenschaftlichen Grundlagen auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur die Voraussetzungen für effektive Lösungen und eine hohe Ökonomie der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Siedlungszentren zu schaffen, um die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft zu fördern.

2. Auf dem Weg der komplexen Automatisierung und Rationalisierung der Fertigungsprozesse, durch neue Methoden der Produktionsorganisation und mit effektiven Baumaterialien, Bauelementen und Baugruppen, das heißt durch konsequente Verwirklichung des Einheitssystems Bau, die Arbeitsproduktivität im Wohnungsbau entscheidend zu steigern. Es sind also Systemlösungen zu entwickeln, die eine große Variabilität bei der Gestaltung und Nutzung der Wohnbauten und eine hocheffektive industrielle Produktion ermöglichen. Volkswirtschaftliche Berechnungen zeigen, daß dabei die Konzentration auf 5- bis 11geschossige Gebäude notwendig ist und der Plattenbau auch im Prognosezeitraum die im Massenwohnungsbau dominierende Bauweise bleibt.

Die Deutsche Bauakademie arbeitet zur Zeit gemeinsam mit Projektanten und Technologen der Wohnungsbaukombinate und Betonwerke an der gestalterischen Vervollkommnung und Erweiterung der architektonischen Aussagekraft der Lösungen des gegenwärtigen und im Perspektivplanzeitraum zur Anwendung kommenden 5geschossigen Wohnungsbaues in der Plattenbauweise.

Durch Konzentration der Forschungskapazitäten des Bauwesens und des Maschinenbaues sind — ausgehend von den bisherigen Schrittmacherleistungen des Wohnungsbaukombinates Rostock — die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die im Perspektivplan wirksam werdenden automatisierten Plattenwerke kurzfristig abzuschließen.

Parallel dazu ist die unter Leitung des Wohnungsbaukombinates Halle neu entwickelte Wohnungsbauserie R 70 mit 6 m Deckenspannweite als Angebotsprojekt fertigzustellen. Diese neue Wohnungsbauserie läßt eine flexible Grundrißgestaltung zu und berücksichtigt die Anwendung industrieller Ausbaumethoden. So werden zum Beispiel ab 1972 im Perspektivplanzeitraum schrittweise die vom VEB Kombinat TGA teilautomatisiert hergestellte Küche-Bad-Zelle, neuartige Fußbodenbeläge, oberflächenartige Trennwände sowie Schrank-Wand-Kombinationen der Möbelindustrie zur Anwendung kommen. Diese Entwicklung zielt darauf ab, im mehrgeschossigen Wohnungsbau den Arbeitszeitaufwand auf 420 h/WE zu senken und bezogen auf 80 WE eine maximale Bauzeit von 40 Tagen zu erreichen.

Mit der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Städte ergeben sich Forderungen für die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Zentren und Einrichtungen in den Wohngebieten. Der Übergang von körperlicher zu geistiger Arbeit und eine sinnvolle Ausnutzung der Freizeit verlangen Einrichtungen für die aktive Erholung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Menschen, wo in konzentrierter Form eine Reihe von Möglichkeiten der sportlichen Betätigung, der Gesundheitspflege, für Erholung und Kultur untergebracht sind.

Erhöhung der Effektivität der Projektierung

Dr. Kurt Fichtner
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats

Jedes Investitionsvorhaben entsteht faktisch zweimal. Einmal in der Etappe der Vorbereitung bis zum Projekt als geistiges Produkt – und danach materiell. Dabei ist es wichtig zu erkennen, daß über die Effektivität eines Investitionsvorhabens in außerordentlich hohem Maße bereits in der Projektierung entschieden wird, daß die Möglichkeit, Varianten auszuarbeiten, zu optimieren und so die höchste volkswirtschaftliche Effektivität zu erzielen, real nur in dieser Etappe besteht. Diese Feststellung erscheint zwar trivial, wird aber in der Praxis zuwenig beachtet. Oftmals wird die ungenügende Effektivität einer Lösung erst am im Bau befindlichen Objekt, wenn sie anschaulich zutage tritt, festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt gibt es jedoch kaum noch Korrekturmöglichkeiten. Unbedingt notwendig ist, bereits in der Etappe der Projektierung – und dabei wiederum in den ersten schöpferischen Phasen – durch die Suche nach optimalen Lösungen in enger Zusammenarbeit mit den Auftragnehmern den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen zu sichern.

Es nützt also nicht, über Verschwendung von Investitionen zu klagen, wenn der Bau schon steht. Vielmehr kommt es darauf an, durch eine zielgerichtete politisch-ideologische und technisch-organisatorische Arbeit in den Baukombinaten zu erreichen, daß die Projektanten ihre schöpferische Arbeit von Beginn an objekt- und aufgabenbezogen mit hohem volkswirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein durchführen. Dabei ist es notwendig zu untersuchen, was sich eigentlich hinter dem Begriff „Projektierung" verbirgt.

Hauptrichtungen der Projektierung

Es schälen sich einige Hauptrichtungen heraus, die eine unterschiedliche Behandlung in wissenschafts- und wirtschaftsorganisatorischer Beziehung, in den Fragen der Anwendung ökonomischer Systemregelungen usw. erfordern.

Die Projektierung ist erstens im Sinne der Bearbeitung von Problemlösungen zu betrachten. Ausgangspunkt ist dabei eine bestimmte gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Aufgabe wie Produktions- und Produktivitätssteigerung, Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Gestaltung der räumlichen Umwelt. Diese Aufgabe der Projektierung erfordert eine enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit von Städtebauern, technologischen und bautechnischen Projektanten, Gutachtern und Investitionsauftraggebern.

Hier liegt der entscheidende Ansatzpunkt zur Erreichung höchster gesellschaftlicher Effekte bei der Verwendung unseres Nationaleinkommens. Einmal gilt es, bereits mit der Generalbebauungsplanung und städtebaulichen Konzeption unter Leitung der örtlichen Staatsorgane eine den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende räumliche und zeitliche Einordnung der Investitionen festzulegen. Zum anderen kommt es darauf an, gemeinsam mit den Investitionsauftraggebern jede Position der konkreten Investitionsforderungen einer exakten Überprüfung hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu unterziehen, ehe der erste Bleistiftstrich für das eigentliche Projekt gezogen wird.

Die Skala der möglichen Ergebnisse dieser Arbeit reicht von der Erkenntnis, daß das Vorhaben überhaupt nicht ausgeführt zu werden braucht, da die geforderten Effekte sich durch höhere Auslastung oder Rationalisierung anderer Anlagen erreichen lassen, bis zur Einschätzung, daß sich die Anforderungen des Investitionsauftraggebers mit den bereitgestellten Mitteln nicht verwirklichen lassen und grundsätzlich andere Lösungen gefunden werden müssen. Es muß offen erklärt und die Arbeit mit den Projektanten entsprechend geführt werden, daß die Qualität der Arbeit auf diesem Gebiet der Projektierung in erster Linie von politisch-moralischen Faktoren wie Verantwortungsbewußtsein, Gewissenhaftigkeit, Mut zum Beschreiten völlig neuer Wege, Bereitschaft zur Einordnung in ein aufgabenbezogen zusammengesetztes interdisziplinäres Kollektiv abhängt.

Zweitens bestehen die Aufgaben der Projektierung in der Ausarbeitung von Systemlösungen.

Die auszuführenden Bauaufgaben lassen sich zum überwiegenden Teil in Elemente, Bauwerksteile, zum Teil sogar in komplette Gebäude mit hohem Wiederholungsgrad auflösen. Die Projektierung für diese an sich standardisierungsfähigen Elemente, Bauwerksteile und Gebäude wird teilweise noch in großem Umfang individuell für jedes Objekt vorgenommen. Teilweise sind die Baukombinate dazu übergegangen, eigene Systeme zu entwickeln. Es ist das Hauptanliegen der Verwirklichung des Einheitssystems Bau, diese Vergeudung geistiger Arbeit zu überwinden und ein paßfähiges System von Bauelementen, Bauwerksteilen und Technologien als Grundlage für die automatisierte Massenproduktion zu schaffen.

Ein wesentliches Hemmnis zur Verwirklichung dieser richtigen Gedanken ist jedoch, daß die übergroße Mehrheit der im Bauwesen tätigen Projektanten mit der eigentlichen Objektprojektierung beschäftigt ist, die Kombinate der Bauelementeindustrie und der technischen Gebäudeausrüstung nur über völlig unzureichende Projektierungskapazitäten verfügen, die Arbeit an Systemlösungen zwischen den Baukombinaten nur schwach organisiert ist und im Gegensatz zu hochentwickelten kapitalistischen Ländern die Industrie der DDR nur in völlig ungenügendem Maße Roh- und Ausbauelemente als Systemlösung anbietet.

Es kommt jetzt darauf an, die Konzentration und Spezialisierung zu organisieren und mit hoher Staatsdisziplin durchzusetzen. Ein Schwerpunkt hierbei ist, die Projektierungskapazitäten in den Kombinaten der Vorfertigungsindustrie zur Ausarbeitung von Systemlösungen im Rahmen des ESB zu verstärken, die automatisierte Massenproduktion standardisierter Bauelemente zu organisieren und diese Produktion in EDV-gerechten Katalogen anzubieten.

Drittens geht es in der Projektierung darum, konkrete Angebote der Baukombinate für komplette Gebäude und bauliche Anlagen sowie Ausführungsunterlagen für die Baudurchführung auszuarbeiten. Die Lösung dieser Aufgabenstellung basiert auf den Ergebnissen und Erkenntnissen der Arbeit an den Problem- und Systemlösungen.

Höchste Effektivität für den Nutzer und in der Baudurchführung werden wir nur dann erreichen, wenn alle drei Hauptrichtungen der Projektierung als Einheit erfaßt werden, sich wechselwirkend bedingen und aktiv beeinflussen. Das komplizierte Problem besteht hierbei darin, solche Methoden in der Leitung und Organisation der Projektierung sowie in der moralischen und materiellen Stimulierung anzuwenden, die der Differenziertheit dieser Richtung in ihrer Zielsetzung sowie in der Arbeitsweise bei ihrer Lösung gerecht werden.

Unter diesem Aspekt muß auch die weitere Integration der Projektierung in den Reproduktionsprozeß der Baukombinate gesehen werden, die zur Einheit von Forschung und Entwicklung, Projektierung und bautechnologischer Vorbereitung führen muß.

Die umfassenden Aufgaben, die sich aus der Verwirklichung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ergeben, erfordern jetzt, den sozialistischen Wettbewerb und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit darauf zu richten, die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1970 allseitig zu erfüllen und damit gleichzeitig den erforderlichen Vorlauf für die Vorbereitung und Durchführung des Planes 1971, das heißt einen kontinuierlichen Übergang zum Perspektivplan 1971 bis 1975 zu gewährleisten.

Ausgangspunkt dafür ist der kompromißlose Kampf um Pionier- und Spitzenleistungen entsprechend dem Grundsatz „Überholen ohne einzuholen". Maßstab für unsere Tätigkeit ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie der Leistungsfähigkeit im Bauwesen und die volkswirtschaftliche Effektivität der zu errichtenden Gebäude und baulichen Anlagen. Zusammengefaßt sind es folgende Aufgaben, auf die alle Leiter, Projektanten, Architekten und Bauschaffenden bei der Weiterentwicklung des Bauwesens ihre ganze Kraft konzentrieren müssen:

■ Ausgehend von der auf dem VII. Parteitag der SED festgelegten und mit der 5. Baukonferenz präzisierten Hauptentwicklungsrichtung des Bauwesens gilt es, konsequent um die Bestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes bei den Haupterzeugnissen und wichtigsten Verfahren zu kämpfen und eine hocheffektive Strukturpolitik im Bauwesen zu sichern; die durch eine hohe Stufe der Industrialisierung auf der Grundlage des leichten ökonomischen Bauens gekennzeichnet ist. Entsprechend der hohen Verantwortung des Bauwesens für die Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik sind Projektlösungen zu erarbeiten, die die Erzielung und schnelle Produktionswirksamkeit von Pionier- und Spitzenleistungen bei der Vorbereitung und Errichtung der Bauwerke und baulichen Anlagen sichern.

■ Die sozialistische Wissenschaftsorganisation ist in Übereinstimmung mit dem Einheitssystem Bau so zu gestalten, daß eine konsequente Konzentration der Kapazitäten bei gleichzeitiger Erhöhung des Kombinationsgrades im Bauwesen erreicht wird. Die entscheidende Aufgabe im Jahre 1970 besteht darin, die sozialistische Wissenschaftsorganisation über ein System von Forschungs- und Großforschungskomplexen und den Aufbau leistungsfähiger Forschungszentren zu verwirklichen.

Das wissenschaftlich-technische Potential des Bauwesens, das heißt die Forschungs- und Projektierungskapazitäten, ist konsequent auf die strukturentscheidenden Aufgaben des Bauwesens zu konzentrieren. Dabei ist davon auszugehen, die prozeßorientierte Forschung und Projektierung arbeitsteilig innerhalb der DDR und in Kooperation mit der UdSSR zu organisieren.

Als wissenschaftliches Instrument zur Beherrschung dieses komplexen Prozesses ist das Einheitssystem Bau im Perspektivplanzeitraum weiter zu gestalten und zielstrebig zu verwirklichen. Ausgehend davon ist eine straffe staatliche Ordnung in der Erzeugnisgruppenarbeit sowie in den Beziehungen zwischen Kooperation, Spezialisierung, Konzentration und Kombination und der sich daraus ergebenden Verantwortung der Kombinate und Betriebe durchzusetzen.

■ Die komplexe sozialistische Rationalisierung und Automatisierung ist mit aller Konsequenz zu verwirklichen. Damit ist die technische Basis für ein hohes Entwicklungstempo bei der Gestaltung des Einheitssystems Bau und der Erreichung von Pionier- und Spitzenleistungen entsprechend der Losung „Überholen ohne einzuholen" zu schaffen. Bei der Lösung dieser Aufgabe ist von der Komplexität der Automatisierung, beginnend bei der Produktionsvorbereitung über die Produktionssteuerung bis zur Leitung und Kontrolle und der Rationalisierung, auszugehen. Durch die zielstrebige Entwicklung und Verwirklichung der automatisierten technologischen Vorbereitung (AUTEVO Bau) als ein entscheidendes Kettenglied im System der Automatisierung sind in den Projektierungsbetrieben der Baukombinate Voraussetzungen zu schaffen, um die erforderliche Erhöhung der Projektierung zu sichern, andererseits um die schöpferischen Potenzen der Projektanten in hohem Maße für die Erarbeitung optimaler Projektlösungen einzusetzen. In Verwirklichung der komplexen sozialistischen Rationalisierung sind in allen Projektierungsbetrieben die bereits bewährten Methoden der Rationalisierung des Projektierungsprozesses umfassend anzuwenden.

■ In allen Leitungsebenen des Bauwesens ist die wissenschaftliche Führungstätigkeit auf der Grundlage der zentralen staatlichen Planung und der Eigenverantwortlichkeit der Kombinate und Betriebe für ihren eigenen Reproduktionsprozeß weiter zu vervollkommnen. Dabei muß es darum gehen, die eigenverantwortliche Vorbereitung, Durchführung, Vervollkommnung und Erweiterung der Reproduktion in den Kombinaten und Betrieben eng mit den volkswirtschaftlichen Interessen zu verbinden, die Projektierung und Bautechnologie im Reproduktionsprozeß der Kombinate organisch zu verbinden und unter einheitlicher Leitung als Teilsystem zur automatisierten technischen Vorbereitung der Produktion zu entwickeln. Auf der Grundlage exakter Kenntnis über den wissenschaftlich-technischen Höchststand ist in der Projektierung ein beharrlicher Kampf um die Verwirklichung von Pionier- und Spitzenleistungen über optimale Projektlösungen zu führen. Dabei muß es darum gehen, komplexe Projektlösungen für Industrie- und Versorgungsnetze sowie für städtebauliche Ensembles zu erarbeiten, die eine hohe Materialökonomie gewährleisten und die zum Zeitpunkt ihrer Realisierung den wissenschaftlich-technischen Höchststand verkörpern sowie für die Dauer ihrer Nutzung eine hohe volkswirtschaftliche Effektivität sichern. Die ökonomischen Systemregelungen sind eindeutig auf diese Zielstellung auszurichten.

■ Die Aus- und Weiterbildung der Projektanten ist als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems zu gestalten. In jedem Verantwortungsbereich ist die Aus- und Weiterbildung, ausgehend von den zu lösenden perspektivischen Aufgaben, zu entwickeln. Es geht hier vor allem um die Aneignung der Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie und der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft, Technik und Ökonomie. Es geht darum, daß die Leiter die Festlegung von Programmen für die Aus- und Weiterbildung der Projektanten zusammen mit der Ausarbeitung von perspektivischen Aufgaben sichern und die fähigsten Ingenieure, Architekten und Ökonomen zur Lösung der Hauptaufgaben einsetzen.

Die Lösung dieser für die Entwicklung unseres sozialistischen Staates entscheidenden Aufgabe erfordert von allen Bauschaffenden, insbesondere von den Wissenschaftlern, Architekten und Ingenieuren, in der Projektierung ein hohes politisches und ideologisches Bewußtsein und einen festen Klassenstandpunkt.

In kurzer Zeit entstand im Berliner Plänterwald ein attraktiver Vergnügungspark. Er ist Teil einer weitreichenden Konzeption für die Gestaltung eines großen Kulturparkes. Die Gesamtkonzeption werden wir in einem der nächsten Hefte vorstellen.
red.



1

Kulturpark Berlin

1. Bauabschnitt – Vergnügungspark

Planung und Aufbau

Diplomgärtner Walter Hinkefuß, Architekt BDA
Chefarchitekt des Kulturparks Berlin

1
Nationalitätengaststätte und Riesenrad im Zentrum des Vergnügungsparks

2
Training für den Großstadtverkehr: Die Autopiste

2



In Vorbereitung des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik wurde auf Grund eines Beschlusses des Magistrates von Groß-Berlin im Jahre 1969 mit dem Aufbau des „Kulturparkes Berlin" als komplexes Naherholungszentrum der Hauptstadt der DDR – Berlin – begonnen.

Das Gebiet des neuen „Kulturparkes Berlin", das dafür vorgesehen ist, allen Formen der sozialistischen Freizeitgestaltung – Erholung, Bildung, Sport und Vergnügen – breiten Raum zu gewähren, umfaßt den traditionsreichen Treptower Park mit den bekannten Hauptbereichen, dem sowjetischen Ehrenmal, der Station der Weißen Flotte, dem Rosengarten, dem Ausstellungsgelände „Plastik und Blumen", den beliebten Gaststätten „Zenner" und „Plänterwald" sowie den bisher wenig erschlossenen Waldparkteil Plänterwald.

Eingebettet zwischen der Spree und den Hauptmagistralen des innerstädtischen Verkehrs vom Zentrum zum Flughafen Berlin-Schönefeld, umfaßt diese in sich geschlossene, waldparkähnliche Grünfläche ein Gebiet von rund 230 ha, bei etwa 3,6 km Gesamtausdehnung und durchschnittlich 600 m Tiefe.

Für die Gestaltung des Plänterwaldes als neuen Schwerpunkt des Kulturparkes wurde ein unter Leitung des Verfassers entwickelter Aufbauplan bestätigt, der in seiner Konzeption im wesentlichen vier Hauptbereiche vorsieht:

- einen großräumigen Vergnügungsparkteil (12 ha Fläche)
- ein Volkssportzentrum (12 ha Fläche)
- einen Familienerholungsparkteil (12 ha Fläche) und
- ein Ausstellungszentrum (6 ha Fläche).

Zur Durchführung der weitreichenden Aufbau- und Bewirtschaftungsmaßnahmen wurde am 1. April 1969 ein volkseigener,

dem Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Kultur, nachgeordneter Betrieb „Kulturpark Berlin" gegründet und ihm unter Leitung des Betriebsdirektors Günter Kolb vorrangig die Aufgabe übertragen, bis zum 20. Jahrestag der DDR den Aufbau des Vergnügungsteiles in seinen wesentlichen Teilen durchzuführen.

Um Lärmbelästigungen zu vermeiden und um den Baumbestand nicht zu beeinträchtigen, wurde als Standort für den Vergnügungspark die im Plänterwald gelegene ehemalige städtische Baumschule gewählt. Dieser Standort ist durch seine unmittelbare Lage an der Spree inmitten eines ausgedehnten Waldmassivs sehr günstig, bringt aber durch schwierige Baugrundverhältnisse, hohen Grundwasserstand und seine Entfernung zu den bestimmenden Nahverkehrsmitteln (S-Bahn, den Straßenbahn- und Omnibushaltestellen im Ortsteil Treptow-Baumschulenweg) auch Probleme mit sich.

Um das Vergnügungsparkgelände stadttechnisch und baulich zu erschließen, mußten in der kurzen Zeit vom 1. Mai 1969 bis zum Eröffnungstage am 4. Oktober 1969

etwa 30 000 m^3 Mutterboden abgetragen,

rund 45 000 m^3 Füllboden angefahren und eingebracht,

2600 m Hochdruck- und Niederdruckgasleitung verlegt, eine Freiluftgasreglerstation gebaut,

ungefähr 3000 m Schmutz- und Regenwasserkanäle und Frischwasserleitungen gebaut,

rund 12 000 m Kabel für Kraftstrom, Beleuchtung, Beschallung und Telefon verlegt, eine Energieübergabestation für eine Leistung von 4 Megawatt und drei Trafostationen für 6 kV Umspannleistung errichtet,

36 000 m^2 Schwarzdecke für Fahrstraßen und Wege aufgebracht,

2500 m^3 Fundamente betoniert,

14 stationäre und ortsbewegliche Großfahrgeschäfte des Schaustellergewerbes aufgestellt sowie eine gastronomische Einrichtung und weitere Versorgungsstützpunkte gebaut werden.

Nur durch eine beispielhafte Unterstützung der beteiligten Magistratsabteilungen unter persönlicher Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Herbert Fechner, des Bezirksbauamtes Berlin mit den volkseigenen Baubetrieben Ingenieurhochbau Berlin und Tiefbaukombinat Berlin, der Magistratsabteilung Verkehr und der Versorgungsbetriebe BEWAG und Gasversorgung Berlin wurde diese große Aufgabe bis zum 20. Jahrestag gelöst.

Das Programm der Vergnügungsparkeinrichtungen umfaßte den Aufbau von 14 Fahrgeschäften des volkseigenen Schaustellergewerbes, darunter einem Riesenrad von 42 m Höhe, einer Stahlachterbahn von 64 m Länge und 22 m Höhe, einer Autoarena (Skooter) und einer überdachten Autohallenpiste, einer fünfzehnbahnigen Riesenrutsche sowie weiteren attraktiven Fahrgeschäften für Erwachsene und Kinder, ergänzt durch die besten traditionellen Fahrgeschäfte und Einrichtungen des privaten Schaustellergewerbes aus der ganzen Republik.

Der Eindruck eines üblichen Volksfestplatzes mit Zeilenaufstellung von Fahrgeschäften und Schaubuden sollte vermieden werden zugunsten des in der Konzeption angestrebten Charakters eines Vergnügungsparks. Deshalb wurden die Fahrgeschäfte sehr locker und weiträumig um eine langge-



3



4



5

6



3
Zwischen Riesenrad
und Kosmodrom
befindet sich
das Boulevardcafé

4
Auch die Düfte der Stände mit
Bratwurst,
Backhähnchen
und gebrannten Mandeln
gehören zum Vergnügen

5
Die große Wellenrutschbahn

6
Kopfstand mit Fliehkraft
auf der Kosmosgondel



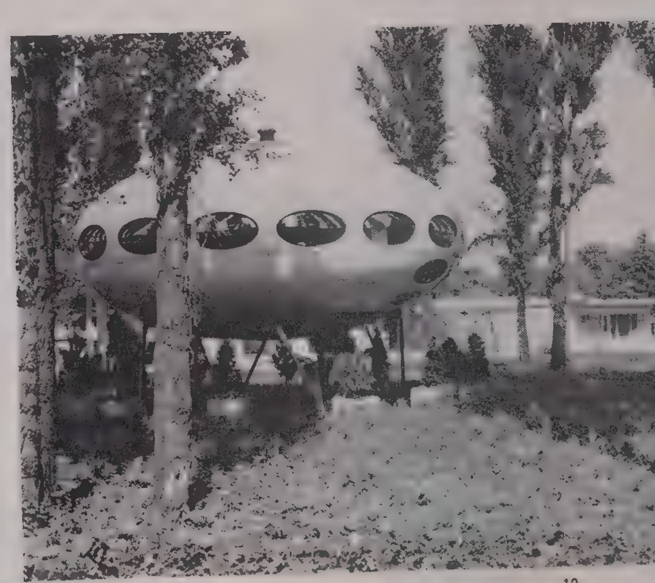
7
Teilbebauungsplan des Kulturparks

1 Konzertmuschel
2 Kulturelles Zentrum
3 Planetarium
4 Archenhold-Sternwarte
5 Rathaus Treptow
6 Gaststätte „Plänterwald" und Touristenhotel
7 Haupteingang
8 Abfahrtspavillon, Ausstellungszüge
9 Sesselliftstation
10 Ausstellungszentrum
11 Liegewiese mit Parkbibliothek
12 Versorgungszentrum, HO
13 Fischgaststätte
14 Minigolfanlage
15 Großgaststätte
16 Betriebsgärtnerei
17 Bootsverleih
18 Spreezille
19 Bierhalle
20 Gaststätte „Schonkost"
21 Wellenreiter
22 Gaststätte „Thüringen"
23 Raketenbahn
24 Reitschule
25 Aussichtsplattform
26 Achterbahn
27 Transportable Bühne
28 Planung
29 Kegelbahn
30 Kinderautobahn
31 Spezialitätengaststätte
32 Autopiste
33 Autoarena
34 HO
35 Riesenrad
36 Kosmosgondel
37 Raupenbahn
38 Bobbahn
39 Kosmodrom
40 Sputnik
41 Kinderfahrgeschäft
42 Boulevardcafé
43 Alt-Berlin-Bahn
44 Wirtschaftsbereich
45 Altes Eierhäuschen
46 Planschbecken
47 Tiergehege
48 Insel der Jugend mit Flußfontäne

8



9



10



11



12

streckte zentrale Grünfläche gruppiert, die durch eine Wasserkunst attraktiv bereichert werden soll.

Darüber hinaus wurden sämtliche Fahrgeschäfte an eine einheitliche Beschallungsanlage angeschlossen. Ein attraktiver Kunststoffpavillon in der Achse des Hauptzuganges, durch eine vorhandene alte Pappelallee eingeschirmt, dient als Unterkunft für Parksprecher und Übertragungsanlagen.

Auf einer Grundfläche von 2500 m^2 wurde vom 1. 6. 1969 bis zum 30. 9. 1969 eine eingeschossige Gaststätte in Metalleichtbauweise schlüsselfertig errichtet. In vier Gasträumen mit je 80 Innenplätzen und je 80 Plätzen auf zugeordneten überdachten Terrassen werden den Besuchern gastronomische Spezialitäten aus der Sowjetunion, der Volksrepublik Ungarn, der Volksrepublik Polen und der Volksrepublik Bulgarien angeboten.

Die Gaststätte ist ganzjährig nutzbar, besitzt eine vollelektrische Küchenausstattung und ist in der Lage, stündlich bis zu 1500 Portionen auszugeben.

Besondere Mühe galt der Anlage von Grünflächen, soweit dies in der Kürze des 1. Bauabschnittes möglich war.

Durch Auslichtung des über 20 Jahre pflegerisch extensiv behandelten Waldgeländes im Bereich des Vergnügungsparkes wurden für den in der Konzeption angestrebten landschaftlichen Waldparkcharakter erste Voraussetzungen geschaffen. Dadurch ist es bereits gelungen, Sichtbeziehungen zur Spree herzustellen und im Bereich des Plänterwaldes die Fortführung einer gestalteten Uferpromenade vom S-Bahnhof Treptow bis zum Ortsteil Baumschulenweg einzuleiten. Den Kernpunkt des Vergnügungsparkteiles bildet ein großräumiges, blumengeschmücktes Mittelbeet, das mit Sitzplätzen die Gelegenheit bietet, an der Lebensfreude von Menschen aller Altersstufen teilzuhaben. Für die Benutzer des Riesenrades sind der weite Überblick auf die anmutige Spreelandschaft, das ausgedehnte Waldmassiv des Kulturparkes und der Blick auf die Silhouette des nahe gelegenen Stadtzentrums ein besonderes Erlebnis.

Unsere sozialistische Gesellschaftsordnung hat begonnen, gestützt auf das Beispiel des „Gorki-Parkes für Erholung und Kultur" in Moskau, sich auch auf diesem Gebiet der Gartenkunst eine eigene Ausdrucksform zu schaffen.

Mit festlichen Gartenräumen, Terrassen, Festplätzen, Bühnen und Einrichtungen der Kultur und Erholung, eingeordnet in ein künstlerisch gestaltetes Parkgelände, wird das Bemühen unserer Bürger unterstützt, in ihrer Freizeit Zugang zu den vielfältigen Formen der Erholung und zu kulturellen Gütern zu finden. Zugleich werden Voraussetzungen für ein ganzjähriges Angebot verschiedenster Kulturveranstaltungen und für die Durchführung zentraler Volksfeste geschaffen.

Der weitere Ausbau des „Kulturparks Berlin", dienend der festlichen Repräsentation, dem kulturellen Anliegen und der weiten Skala der Erholung und des Vergnügens der Bürger und Gäste der Hauptstadt Berlin, ist zugleich der Ausdruck einer neuen, sozialistischen Gartenkunst, die allen Schichten des Volkes Raum schafft zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft, und zur Entfaltung ihrer Lebensfreude.

Wir wünschen uns zur Lösung dieser Aufgabe auch künftig eine breite Mitwirkung aller Bürger, aller gesellschaftlichen Institutionen und Betriebe der Hauptstadt Berlin.



13

8
Eine große Grünfläche, die künftig mit Wasserspielen belebt wird, bildet den Mittelpunkt des Vergnügungsparks

9
An der Bobbahn

10
Die Tonzentrale ist in diesem aus Kunststoff gebauten Pavillon untergebracht

11
Elektronisch gesteuerte Oldtimer in „Alt-Berlin"

12
Auf der Bobbahn

13
Der Stahlleichtbau der Achterbahn

14
Das Riesenrad am Abend — weithin leuchtendes Wahrzeichen des Vergnügungsparks

14



1

Erholungsschwerpunkt Helme-Talsperre Kelbra

Oberingenieur Ernst Proske
Gartenbauingenieur Kurt Brandenburger
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle
Abteilung Generalbebauungsplan des Bezirkes

2



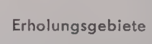
Autoren der Gesamtkonzeption der Helme-Talsperre Kelbra:
Oberingenieur Ernst Proske (Leiter)
Gartenbauingenieur Kurt Brandenburger
Dipl.-Ing. Kurt Ludley
Dipl.-Ing. Dieter Rühl
Architekt Max Fiedler
Dipl.-Gärtner Hedemarie Zacharias

1
Modell der Erholungskonzeption Talsperre Kelbra

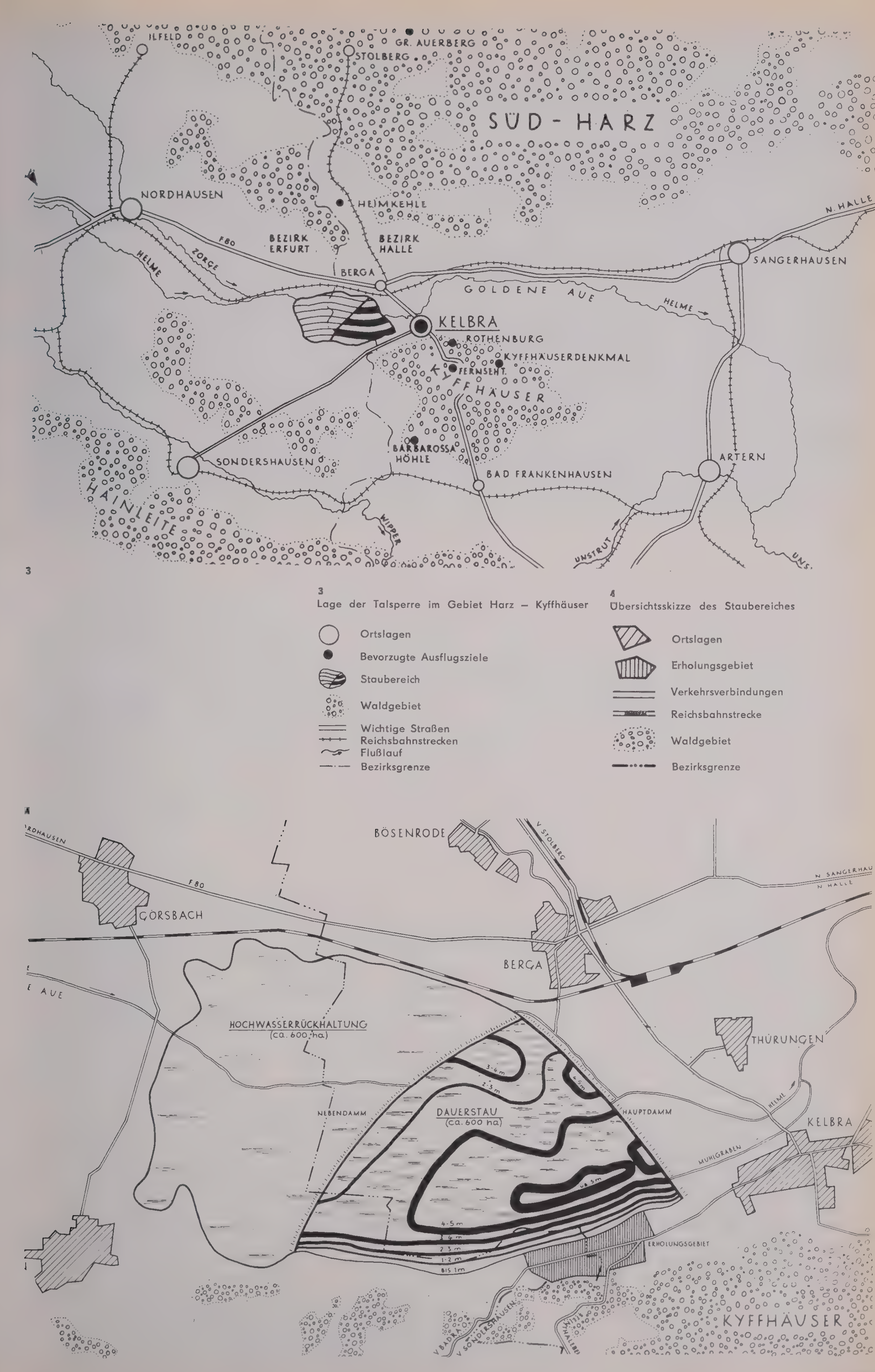
2
Generalisierter Ausschnitt aus dem Generalbebauungsplan des Bezirkes Halle


Ballungsgebiet Halle-Merseburg


Bevorzugte Erholungsgebiete


Erholungsgebiete

Anteil der Erholungsuchenden anderer Bezirke (Die Zahlen stellen Durchschnittswerte während der Saison dar.)



3
Lage der Talsperre im Gebiet Harz – Kyffhäuser

- Ortslagen
- Bevorzugte Ausflugsziele
- Staubereich
- Waldgebiet
- Wichtige Straßen
- Reichsbahnstrecken
- Flußlauf
- Bezirksgrenze

4
Übersichtsskizze des Staubereiches

- Ortslagen
- Erholungsgebiet
- Verkehrsverbindungen
- Reichsbahnstrecke
- Waldgebiet
- Bezirksgrenze



5

Die dynamische Entwicklung von Produktion und Wissenschaft in den territorialen Konzentrationspunkten erfordert, den Fragen der Umweltgestaltung eine immer größere Aufmerksamkeit zu widmen. Ausgehend von dem Prognosekomplex „Grundlinie der ökonomischen Entwicklung mit dem Schwerpunkt Chemisierung der Volkswirtschaft", wurde unter anderem auch der Prognosekomplex „Erholung und Landeskultur" bearbeitet und in die Umweltgestaltung einbezogen. Das bezirkliche Teilsystem der Anlagen und Einrichtungen der Erholung und des Sports war dabei so zu entwickeln, daß die notwendige Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft in der arbeitsfreien Zeit garantiert wird.

Daher wurden im Generalbebauungsplan des Bezirkes Halle weitgehende Untersuchungen mit dem Ziel, die vorhandenen Ressourcen höchstmöglich zu nutzen, durchgeführt. Ein wesentlicher Gesichtspunkt war dabei, außer der Einschätzung der prognostischen Entwicklung einen Beitrag zur Koordinierung und Konzentration der Mittel und Kräfte für den Zeitraum bis 1975 zu leisten. Im städtebaulichen Angebot zur prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes wurden die Siedlungsschwerpunkte mit besonderer Bedeutung für die Erholung herausgestellt.

Die Ermittlung der Erholungsschwerpunkte im gesamten Erholungsgebiet „Harz-Kyffhäuser" erfolgte durch eine einheitliche Erfassung der im Hinblick auf die Erholungsfunktion aussagefähigen Daten mit entsprechender Bewertung. Der dazu durchzuführende Rechenprozeß mußte noch traditionell erfolgen. Die tabellarische Übersicht der Daten nach folgenden Gesichtspunkten war jedoch sehr aufschlußreich:

- Erholungsfaktoren und Einrichtungen (0 bis 40 Punkte)

Lage in der Landschaft, Kurort, Sehenswürdigkeiten, Badegelegenheit, keine Störfaktoren, Gastronomie für langfristige und kurzfristige Erholung, Übernachtungsmöglichkeiten (Hotel, FDGB, Reisebüro, Betriebsferienheime, Privat, SVK, Jugendherbergen, Zeltplätze, Bungalowsiedlung, Kinderferienlager und Pionierlager).

- Verkehr (0 bis 20 Punkte)

Reichsbahnanschluß, Liniennetzanschluß des Kraftverkehrs, Straßenanschluß des Netzes I., II., III. Ordnung, guter Zustand der Hauptzufahrtsstraße, Maßnahmen im Generalverkehrsplan des Bezirkes vorgesehen, Verbesserung der Ortsdurchfahrten ohne größeren Abbruch möglich, Ausbaumöglichkeiten von Parkplätzen, Tankstellen speziell mit Sonntagsdienst.

- Ingenieurtechnische Erschließung (0 bis 20 Punkte)

Wasserversorgung — Fernwasserversorgung vorhanden, Gruppenwasserversorgung vorhanden, Gruppenwasserversorgung möglich, Fernwasserversorgung möglich, Brunnenfassung, Sickerleitung und Quellfassung;

Entwässerung — Ableitung, Behandlung;
Elektroenergieversorgung — Gasversorgung vorhanden, Gasversorgung ohne größeren Aufwand möglich.

- Baugelände (0 bis 20 Punkte)

Ausreichend freie Bauflächen vorhanden, freie Bauflächen in geringem Maß vorhanden, Bauflächeninanspruchnahme nur durch Rekonstruktion der Altbausubstanz möglich.

- Klima — Standort, Einwohner (0 bis 50 Punkte)

Schneetage im Gebiet pro Jahr, Angaben über mittlere Niederschläge Oktober bis März, Baugebiete mit guten klimatischen und landschaftlichen Bedingungen für Erholungsbauten, Einwohnerzahl in den verschiedenen Kategorien.

Die Helme-Talsperre bei Kelbra, die die Hochwassergefahr im Unstrut-Helme-Gebiet reduziert, bot sich als ein besonderer Schwerpunkt an. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die Reihe der sofort zu entwickelnden Erholungsschwerpunkte im Bezirk Halle war die rund 600 ha große Wasserfläche und die Lage dieser Wasserfläche in einem landschaftlich reizvollen Gebiet.

Da die Wasserfläche auf den Territorien der Bezirke Halle und Erfurt liegt, wurden in enger Gemeinschaftsarbeit die Grundsatzfragen zwischen allen Stellen beider Bezirke geklärt. Ebenso fanden informatorische Abstimmungen bezüglich des Harzgebietes mit dem Bezirk Magdeburg statt. Es kann festgestellt werden, daß nach der offiziellen Eröffnung des Strandbades im Sommer 1969 auch ein hoher Besucherstrom aus dem Bezirk Erfurt zu verzeichnen war. Das Strandbad liegt auf dem Territorium des Bezirkes Halle, die Baulichkeiten für den Segelsport auf dem Territorium des Bezirkes Erfurt. Der Standort für die Anlagen des Strandbades wurde auf Grund eingehender Ermittlungen gewählt. Ausschlaggebend waren dabei die günstigen Wassertiefen.

5
Die Talsperre bietet viele Möglichkeiten des Wassersportes

6
Generalisierte Gesamtkonzeption für die Bebauung an der Talsperre Kelbra
1 Strandbad (1. Bauabschnitt)
2 Strandbad (Erweiterung)
3 Zelt- und Campingplatz
4 Erweiterung
5 Wassersporteinrichtungen
6 Betriebsferieneinrichtungen
7 Motel
8 Parkplatz
9 Stauwärter
10 Staudamm

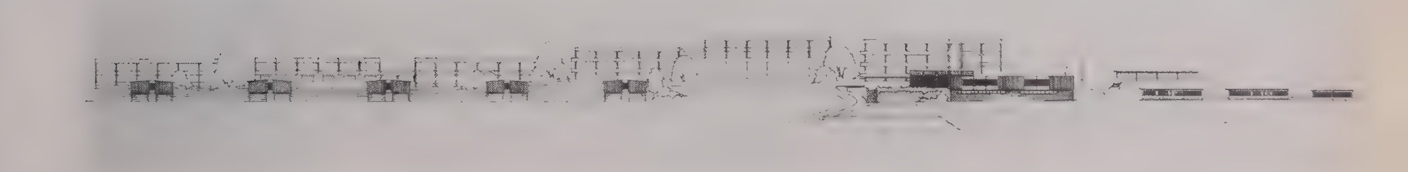
Vorschlag für betriebliche Ferieneinrichtungen (600 Betten)

7
Ansicht der Bebauung von der Landstraße

8
Lageplan

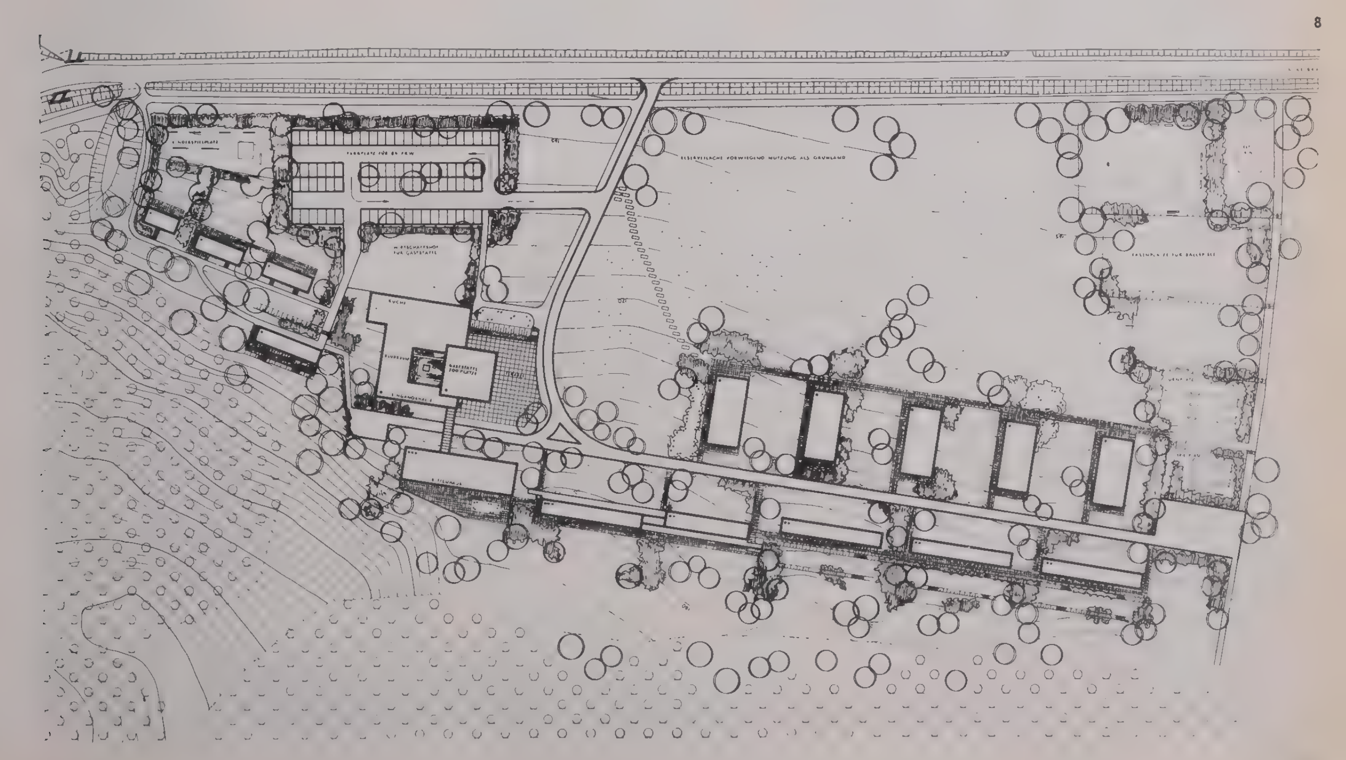
154.25 EISERNER BESTAND
155.25 DAUERSTAU
157.00 HOCHSTSTAU

6



7

8



9

10

9
Liegewiese

10
Bebauungsvorschlag für das Motel Kelbra

11
Bar im Untergeschoß Hotel „Tourist"



11

Da sich die Helme-Talsperre malerisch vor den Höhen des Kyffhäusergebirges und den Erhebungen des Südharzvorlandes präsentiert, ist anzunehmen, daß die Besucherströme dieser bekannten Ausflugsziele sich auch sehr bald auf das neue Erholungszentrum richten werden. Hauptanziehungspunkt dürften dabei die sich anbietenden Möglichkeiten der aktiven Erholung in einem Landschaftsschutzgebiet sein. Hier kann ein echtes Bedürfnis der Menschen, die in industriellen Ballungsgebieten leben, befriedigt werden. Schwimmen und Segeln werden dominierende Formen der aktiven Erholung darstellen.

Zum ersten Bauabschnitt gehören die Eingangssituation einschließlich Verwaltung, ein Umkleidegebäude, gastronomische Einrichtungen, die Liegewiese, der Hauptweg zum Strand, der Strandbereich selbst, ein Bootsanlegesteg und sanitäre Anlagen. Teile dieser Einrichtungen konnten am 14. 6. 1969, dem Eröffnungstag, der Bevölkerung zur Nutzung übergeben werden. Das Strandbad war schon 1969 ein beachtlicher Anziehungspunkt. In der kurzen Saison hatte es 162 310 Besucher zu verzeichnen. An Spitzentagen wurden schon 13 900 Badegäste gezählt. Bemerkenswert erscheint, daß der „Klub der Werktätigen" der Stadt Kelbra bereits die kulturelle Betreuung dieser Erholungsstätte übernommen hat.

Zur Entwicklung der Bebauungskonzeption

Grundgedanke bei der Entwicklung der Bebauungskonzeption für die Talsperre Kelbra war, von den Bungalowsiedlungen abzukommen und den Weg zum Bau von Ferienheimen zu beschreiten. Alle Anträge auf den Bau von Bungalows wurden daher abgelehnt und in der Bebauungskonzeption funktionstüchtige Komplexanlagen ausgewiesen. Die Verhandlungen mit den Interessenten laufen zur Zeit.

Die Bungalowsiedlung am Süßen See war zum Zeitpunkt ihrer Errichtung zwar ein Fortschritt in der Entwicklung gegenüber der ungelenkten Bungalowbebauung in einigen Gebieten des Bezirkes. Bei der Konzipierung der Bungalowsiedlung am Süßen See war jedoch bereits allen Beteiligten klar, daß andere, effektivere Lösungen gefunden werden mußten. Der Vergleich der Bebauungskonzeption „Süßer See" mit der Bebauungskonzeption „Helme-Talsperre" verdeutlicht die Weiterentwicklung.

Inhalt dieses Berichtes ist nicht die Darstellung aller bei einem solchen Projekt zu lösenden Aufgaben. Die Planung durchlief alle Stadien vom Flächennutzungsplan bis zum bestätigten Bebauungsplan und Teilbebauungsplan und der Gesamtbebauungskonzeption mit den notwendigen perspektivischen und prognostischen Aspekten. Für die Möglichkeiten der technischen Erschließung, der günstigsten Verkehrsanbindung, wurde eine Vielzahl von Varianten untersucht. Die Ergebnisse aller Untersuchungen mündeten in exakte städtebauliche Dokumentationen ein, auf denen die bautechnische Projektierung fußen konnte.

Wesentlich unterstützt wurde die Aufgabe der Koordinierung durch die Bildung eines Zweckverbandes und die Konstituierung einer örtlichen Aufbauleitung.

Die Gesamtkonzeption für die Erholungseinrichtungen an der Talsperre wurde so entwickelt, daß eine abschnittsweise Realisierung möglich ist. Die erste Ausbaustufe des Strandbades, die Wassersporteinrichtungen (Rudern und Segeln) und die Parkplatzanlagen sind fertiggestellt.

Strandbad, 1. Bauabschnitt	12,00 ha
davon Sandstrand	1,10 ha
Strandlänge	250 m
Gelände für Wassersporteinrichtungen	1,50 ha
Zeltplatz, 106 Plätze für Normalzelte je 65 m^2	0,68 ha
45 Plätze für Campinghänger je 100 m^2	0,45 ha
Strandlänge	200 m
Parkplatz für 170 PKW, 385 Kräder, 140 Mopeds und 75 Fahrräder	0,90 ha

Der Sandstrand, von der Liegewiese durch eine niedrige Stützmauer abgegrenzt, die Liegewiese mit der gefälligen Geländeprofilierung und einigen Baumgruppenpflanzungen, die mit Großplatten befestigten Wege zu den Umkleidekabinen und den gastronomischen Einrichtungen geben der Gesamtanlage ein großzügiges Gepräge. Die durchgeführte Profilierung ergibt nicht nur eine gute Einbindung in die Landschaft, sondern ermöglicht auch die notwendigen Wassertiefen zum Schwimmen und für die Sprungtürme.



12
Zelt- und Campingplatz

Zur Diskussion steht die Frage, ob ein Hotel oder ein Motel benötigt wird. Variantenuntersuchungen wurden hierzu durchgeführt. Die Baukapazitäten und die Finanzierung spielen hier eine wichtige Rolle. In einer für das Motel erarbeiteten Variante wird vorgeschlagen, das hängige Baugelände zur Gewinnung der für ein Motel gewünschten überdachten Parkplätze zu nutzen.

Zur Entwicklung der Stadt Kelbra

Die komplexe Planung des Erholungsschwerpunktes Kelbra behandelt auch die Fragen der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Kelbra selbst. Dominierend waren zuerst die Fragen der Verkehrsanbindung und die Fragen der Gastronomie. Im Zusammenhang mit den Fragen des Verkehrs sind folgende Zahlen im Hinblick auf die Benutzung der Verkehrsmittel aus der ersten Saison 1969 interessant. Insgesamt wurde in der Saison die Anfahrt von rund 24 000 Personenkraftwagen, 14 000 Motorrädern und Rollern, 9000 Fahrrädern und 450 Bussen gezählt. Für die Saison 1970 sind mit dem VEB Kraftverkehrskombinat Eisleben Absprachen geführt, um eine Verstärkung des Linienverkehrs herbeizuführen. Große Anstrengungen wurden von den örtlichen Organen unternommen, um die Gastronomie der Stadt Kelbra entsprechend der Bedeutung dieses Erholungsschwerpunktes zu verbessern. Als erster Schritt erfolgte der Ausbau des HO-Hotels „Tourist" mit einer leistungsfähigen Küchenkapazität. Die gepflegten Restaurationsräume und die Bar werden auch verwöhnten Ansprüchen gerecht.

Hauptaufgabe ist zur Zeit, darüber zu wachen, inwieweit das Baugeschehen in der Stadt Kelbra der sich abzeichnenden prognostischen Entwicklung entspricht. Schwerpunkte des prognostischen Baugeschehens wurden hier ausgearbeitet und unter anderem in einer tabellarischen Übersicht zusammengefaßt.

Tabelle 1 Maßnahmen der weiteren Entwicklung der Stadt Kelbra

DERZEITIGER ZUSTAND			DRINGENDE MASSNAHMEN F.D. WEITERE ENTWICKLG.					MÖGL. KAPAZITÄTSERHÖHUNG	
			WASSER-VERSORG.	KANALISAT. +KLÄRANL.	ENERGIE-VERSORG.	VERKEHR +PARKPL	SCHAFFUNG V. BAUFREIH.		
1	EINWOHNER	3081 EW						KEINE WESENTL. ERHÖHG.	
2	ERHOL. SUCH. TAGESGÄSTE	1000 TÄGL.						UM 1500	JNSG. 2500
3	ERHOL. SUCH. LANGFRISTIG	400 TÄGL.	ERFOLGT IN VERBINDUNG MIT DEN ENTSPR. MASSNAHMEN D. ERHOLUNGSZENTRUMS AM RÜCKHALTEBECKEN			VERBESS. D. INNERST. VERKEHRS ORTSDURCHFAHRT U PARKPL.	BAUFREIH F.D. STRASSEN DURCHBR.	UM 200-300	JNSG. 600-700
4	BETTENZAHL HOTEL + PRIVAT	66 +34 FDGB A.H.						NEUBAU EINES HOTELS CA 160 BETTEN	JNSG. 550 BETTEN BAUKOST. - 3,2 MIO.
5	BETTENZAHL IN BUNGALOWS	250 + 25 DR						WEITERE BETRIEBSFERIENHÄUSER IM ERHOL.-ZENTR.	
6	MITTAGESSEN ANZ. D. SITZPL.	125 PL.						MODERNE GASTSTÄTTE M. CA 300 PL. IN VERB. M. ZIFF. 4	EVTL. M. VORBEREITUNGSKÜCHE - BAUKOST. - 2,2 MIO.
7	ZELTER	—				ZUR KAPAZITÄTS-ERHÖH. NOTWEND.		IM ERHOLUNGSZENTR.	—
8	BADEANSTALT	IM ERH. ZENTR.						IM ERHOLUNGSZENTR.	—
9	VERSORG. EINR. DIENSTLEIST.	Z.ZT. AUSREICH.						ERHÖHUNG WIRD DURCH D. ERHOLUNGSZENTR. BEEINFL.	—

ANMERKUNG: DIE KAPAZITÄTEN DES ERHOLUNGSZENTRUMS AN DER TALSPERRE SIND IN DER TABELLE NICHT ENTHALTEN!

Der bisherige Ausbaustand des Erholungszentrums „Helme-Talsperre Kelbra" konnte nur durch die kooperative Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe erzielt werden. Das bereits Geschaffene ist ein Beitrag, um das geistig-kulturelle Leben und die sportliche Betätigung der Werktätigen im Sozialismus reicher und vielfältiger zu gestalten. Zum weiteren Ausbau dieses Erholungsschwerpunktes muß die organisierte Gemeinschaftsarbeit der Städte und Gemeinden durch intensive Arbeit im Zweckverband und Bildung von weiteren Versorgungs- und Interessengemeinschaften den wesentlichsten Beitrag leisten.



1
Kurort „Blauer Issyk-Kul"

Neues Erholungsgebiet am Issyk-Kul-See

Architektin Elsa Snamenskaja

Projektierung des Erholungsgebietes Issyk-Kul:
Zentrales Forschungs- und Projektierungsinstitut für den Städtebau
Zentrales Forschungsinstitut für die experimentelle Projektierung von Heil- und Kurbauten
Zentrales Forschungsinstitut für Erholungswesen und Physiotherapie
Kirgisisches Institut für Erholungswesen
Projektierungsinstitut „Kirgisgiprostroi"

In den fünfzig Jahren der Sowjetmacht war die Errichtung von Erholungszentren nicht immer leicht. Bis 1941 entwickelten sich Kurorte und Sanatorien in der Hauptsache auf der Krim, an der Schwarzmeerküste des Kaukasus und im nördlichen Kaukasus (Kurortgruppe Kawminwodsk). Das gesamte Kurortnetz der Sowjetunion hatte bis zu diesem Zeitpunkt eine Kapazität für 1,5 Millionen Heilungsuchende und Urlauber. Der Krieg hat die weitere Entwicklung der Kurorte in den Jahren 1941 bis 1945 erheblich aufgehalten. Aber schon 1959 konnten die Kurorte bereits 5,5 Millionen Gäste aufnehmen. Bei der Standortwahl für neue Einrichtungen der Gesundheitspflege wich man von der bis dahin üblichen Praxis ab. Man begann neben den traditionellen geographischen Bereichen auch solche in der Nähe großer Industriegebiete (Ural, Donbass, Kusbass, Sibirien und Fernost) zu bebauen.

In den sechziger Jahren machten sich demgegenüber neue Tendenzen in der Planung und Bebauung der Kurorte bemerkbar. Man ging zur Schaffung von Groß-Kurorten über, neue Erholungsgebiete entstanden aus dem Zusammenschluß mehrerer Kurorte auf der Grundlage einer zentralisierten Dienstleistungsorganisation und einer Zusammenfassung der technischen Einrichtungen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung von Kurorten ohne Sanatoriumsbehandlung, die als Erholungszentren vorgesehen waren, entstanden neue Formen von Erholungseinrichtungen, wie „Kurstädtchen", Hotels und Pensionen.

In den letzten Jahren wurde die Planung und Errichtung von Kurorten allmählich zu einem integrierenden Bestandteil der Stadt- und Gebietsplanung. Der große Aufschwung in der Schaffung von Erholungseinrichtungen – gegenwärtig stehen in der Sowjetunion mehr als 800 000 Plätze in Sanatorien, Urlauberheimen und Touristenstationen zur Verfügung – und die territoriale Ausbreitung dieser Einrichtungen stehen in engen Wechselbeziehungen zur Siedlungspolitik sowie zur Entwicklung und Standortverteilung der Produktivkräfte.

In der Sowjetunion beginnt die Frage der Erholung zu einem zentralen Problem zu werden. Diese Entwicklung wird ausgelöst durch die wissenschaftlich-technische Revolution, das rasche Wachstum der Städte mit großer Bevölkerungsdichte sowie andererseits durch den wachsenden Wohlstand der Bevölkerung, das steigende Bildungsniveau und die zunehmende Freizeit der Werktätigen.

Man kann den Kurort nicht länger als ein selbständiges Gebilde ansehen und muß seinen Platz im Gesamtnetz der Sanatoriums- und Erholungseinrichtungen des Landes und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft klar definieren.

Das historisch gewachsene Netz der Sanatorien und Kurorte der Sowjetunion ist ungleichmäßig über das Land verteilt. So befinden sich etwa 80 Prozent der Sanatoriumsplätze und 40 Prozent der Plätze in Urlauber- und Touristenheimen im europäischen Teil der Sowjetunion. Diese Disproportion erschwert die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung.

Das Erholungsgebiet an den Ufern des



2

Issyk-Kul-Sees in Nordkirgisien steht in Einklang mit den vorgesehenen Entwicklungsperspektiven der Produktivkräfte im Ural und in Sibirien und der hieraus resultierenden Verlagerung von Bevölkerungszentren nach den östlichen Regionen. Eine vergleichende Analyse der Entfernungen zu den Kurorten der Schwarzmeerküste und zum Issyk-Kul-See zeigt, daß die Reise an diesen See für alle Menschen, die östlich der Linie Swerdlowsk–Aschchabad wohnen, einen erheblich geringeren Zeit- und Kostenaufwand erfordert. Man darf annehmen, daß das Erholungsgebiet Issyk-Kul künftig Urlauber und Erholungsuchende nicht nur aus Mittelasien, sondern auch aus Sibirien und dem Fernen Osten der UdSSR aufnehmen wird.

Im Hinblick auf die potentiellen Erholungsmöglichkeiten nimmt der Issyk-Kul-See einen der ersten Plätze in der Welt ein. Der See friert niemals zu, sein kirgisischer Name Issyk-Kul bedeutet „Warmer See". Man kann ihn als ein Becken mit gigantischen Abmessungen ansehen, das mit mineralhaltigem Wasser gefüllt ist. Dieses Wasser zeichnet sich durch seine ungewöhnliche Klarheit und Reinheit aus. Die Zusammensetzung der in ihm gelösten Salze erinnert an die Zusammensetzung der berühmten kaukasischen Mineralwässer. Außerdem enthält das Wasser das radioaktive Gas Radon.

In Tabelle 1 sind die Daten einiger bekannter Seen und des Issyk-Kul zu Vergleichszwecken einander gegenübergestellt. Das in der Projektierung befindliche Erholungsgebiet am Issyk-Kul-See ist das erste Erholungsgebiet der Sowjetunion, das nach einer einheitlichen Konzeption geschaffen wird. Das Projekt ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit von Architekten, Sachverständigen in Fragen des Gesundheitswesens und der Erholung, Soziologen, Volkswirtschaftlern, Geographen und Ingenieuren der verschiedensten Fachrichtungen.

Die Grundlage der Entwicklung und der Existenz des Issyk-Kul-Erholungsgebietes sind große Gebiete mit sowohl landschaftlichem als auch kulturhistorischem Wert. Die Errichtung von Sanatorien wird durch wertvolle natürliche Heilmittel begünstigt, wie Mineralwässer, Heilschlämme, günstige klimatische Bedingungen, Bademöglichkeiten und Sandstrände.

Für die Urlauber-Erholung verfügt der See ebenfalls über alle erforderlichen Voraussetzungen, wie gesundes Klima, schöne und verschiedenartige Gebirgslandschaften und ein großartiges natürliches Reservoir warmen Wassers. Beste Möglichkeiten zum Rudern, Segeln, Motorbootfahren, Angeln, Reiten, Bergsteigen und Skilaufen sind vorhanden.

Auch die Touristik als aktivste Form der Erholung findet am Issyk-Kul-See ein weites Betätigungsfeld. Die Touristen können einzigartige Landschaftsbilder erleben, Wunder der Natur kennenlernen und sich mit den Lebensbedingungen, Gewohnheiten und den kulturgeschichtlichen Werten des kirgisischen Volkes bekannt machen.

Die geographische Lage des Issyk-Kul-Sees, die natürlichen Gegebenheiten, die Ausmaße des verfügbaren Territoriums und nicht zuletzt die Notwendigkeit der Nutzung dieser wertvollen Eigenschaften waren Ausgangspunkte für die Festlegung der Perspektivdimensionen des zu projektierenden Erholungsgebietes.

Die Größe des Territoriums innerhalb der durch die Projektierung vorgesehenen Grenzen – gegeben durch die Wasserscheiden der Höhenzüge des Tjan-Schan, Kungei, Terskei und Alatau – und die in diesem Gebiet vorhandenen unbegrenzten Heilreserven erlauben es, bei günstigen Bedingungen für Heilkuren und Urlaubsaufenthalte mehrere hunderttausend Kur- und Ferienplätze zu schaffen. Eine sozialökonomische Beurteilung des Territoriums, die Untersuchung des Bedarfs des Landes an Sanatoriumsplätzen und eine Analyse des voraussichtlichen Interesses der Bevölkerung der gesamten Sowjetunion an den Erholungsmöglichkeiten im Issyk-Kul-Gebiet führten dazu, die Perspektivgröße auf 160 000 Plätze zu fixieren. Seiner Größe nach wird das Erholungsgebiet am Issyk-Kul etwa den Schwarzmeergebieten Krim und Kaukasus nahekommen. (So stehen am Südufer der Krim 101 000, im Erholungsgebiet Anapa-Tuapse 210 000 und im Raum Groß-Sotschi 200 000 Plätze zur Verfügung.)

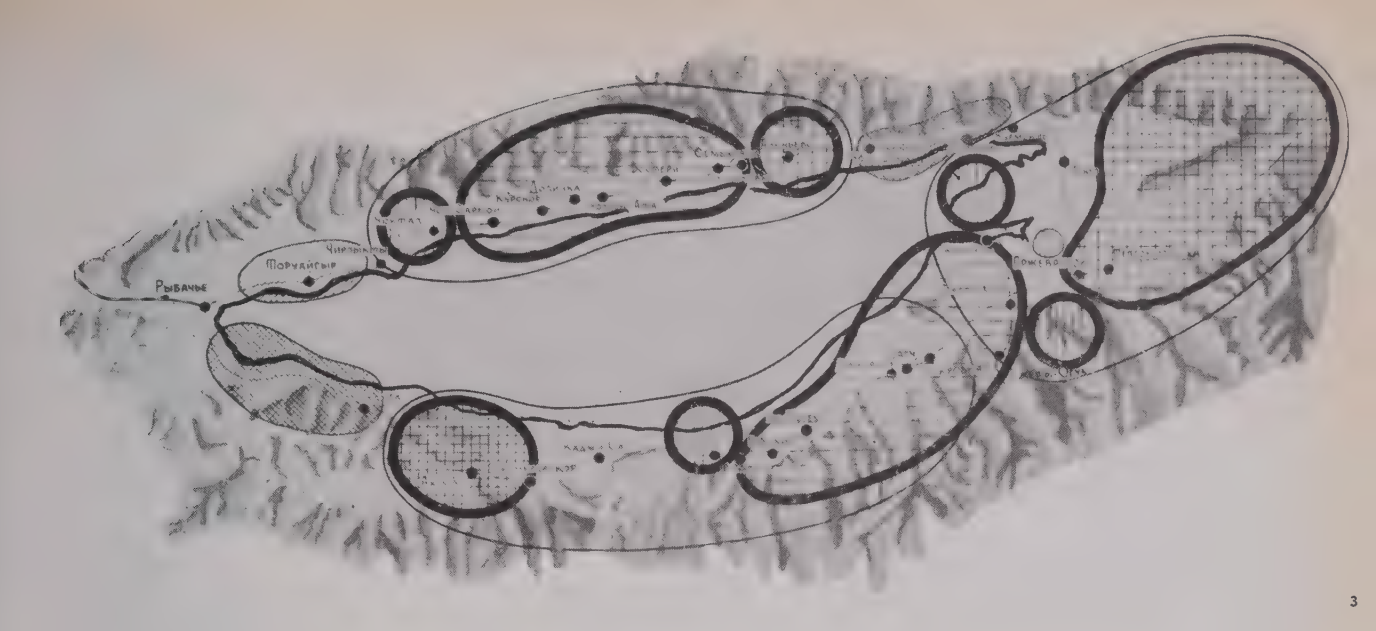
Auf Grund einer Untersuchung und Analyse der natürlichen und der Heilfaktoren des Issyk-Kul-Gebiets und einer Prognose der Entwicklung eines Kurort-Netzes entschloß man sich, im wesentlichen die Entwicklung von Einrichtungen für Urlauber und Touristen (90 Prozent der Plätze) vorzusehen.

Nach der Funktionszeit werden 40 Prozent aller Plätze für den ganzjährigen Betrieb und 60 Prozent für den Saisonbetrieb projektiert. Zu den ganzjährig geöffneten Einrichtungen werden die Sanatorien (unter Einbeziehung von Pionierlagern mit Sanatoriumscharakter) und Kurhotels gehören. Die Urlauberheime werden im wesentlichen für den Saisonbetrieb projektiert, wobei einige auch für ganzjährigen Betrieb vorgesehen sind. Das Verhältnis der Sommerplätze zu den Winterplätzen in diesen Häusern wird etwa bei 4 : 1 liegen.

Als Begründung für die Projektierung von Urlauber- und Touristenheimen für die Wintersaison wird angeführt, daß die Möglichkeit gegeben sein muß, auch in der kalten Jahreszeit interessante Wanderungen unterschiedlichen Schwierigkeitsgrades zu veranstalten, und daß in der Zeit vom Dezember bis zum Februar Wintersport getrieben werden kann.

Entlang dem gesamten Ufer des Issyk-Kul-Sees sollen große Kurorte mit Seeklima geschaffen werden, zwischen denen Grüngürtel und Badestrände angeordnet werden.

Die Dienstleistungseinrichtungen sollen im Inneren der Kurorte möglichst zentralisiert untergebracht werden, um die Gäste so umfassend und gut wie möglich betreuen



3

2
Auslauf des Sailisker Als-Tau

3
Zonengliederung nach medizinischen und touristischen Gesichtspunkten

Balneoklimatische Kurorte

Kindererholungskurorte

Gebiet für Tourismus und Sport

Gebiet für Sommererholung


Gebiet für ganzjährige Erholung


Naturschutzgebiet

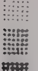
4
Schema des zeitlichen Ablaufes der Errichtung von Kurorten

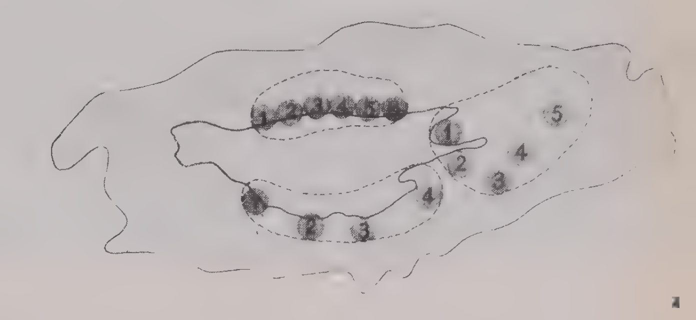
5
Schematische Darstellung der ersten Baustufe des Erholungsgebietes

Projektierte Erholungseinrichtung

Wesentliche vorhandene Erholungseinrichtungen


Grenze der ersten Baustufe


Eignungsgebiet für Kurorte

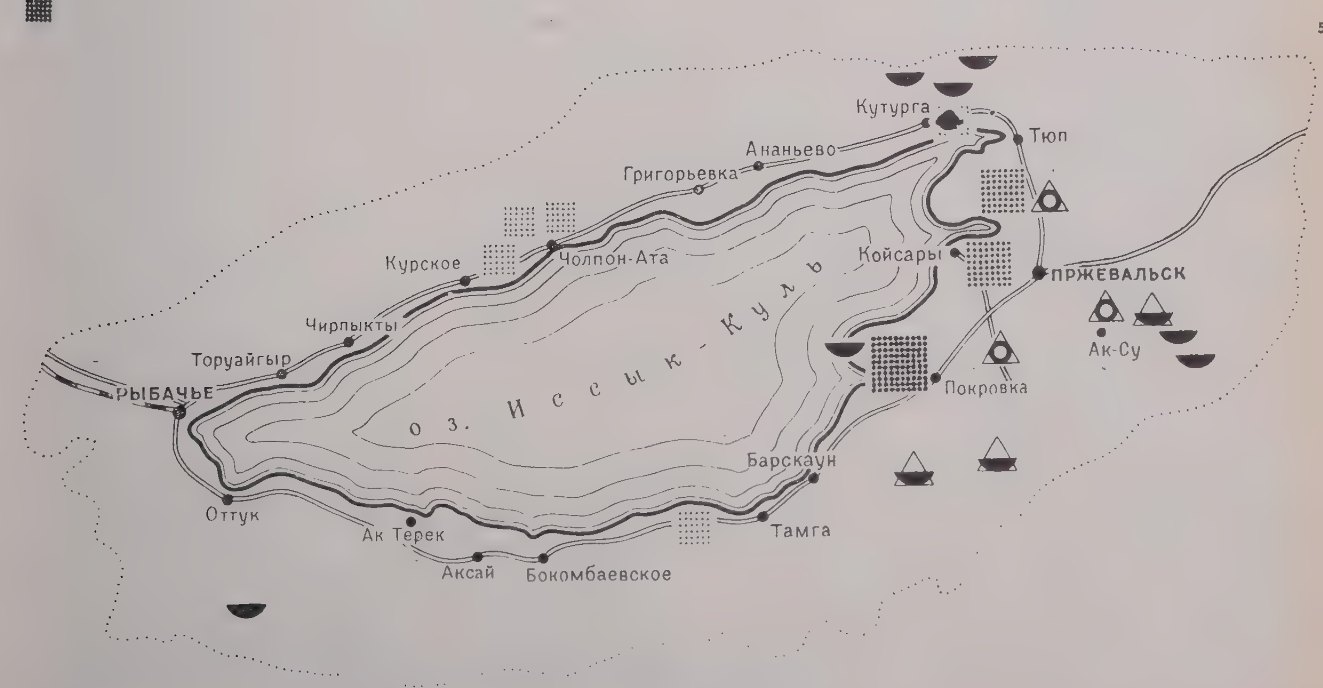


4

Tabelle 1 Vergleich einiger Seen der Welt

See	Land	Fläche km²	Tiefe m	Länge km	Breite km	Höhe über NN m
Baikal	Sibirien	31500	1741	636,0	79,0	453
Issyk-Kul	Kirgisien	6100	702	182,0	60,0	1610
Wan	Türkei	3700	25	130,0	10,0 ... 40,0	1720
Sewan	Armenien	1418	40 ... 90	72,0	37,5	1919
Balaton	Ungarn	596	3 ... 11	80,0	8,0	106
Genfer See	Schweiz	581	310	72,3	14,0	375
Maggiore	Italien	214	372	62,0	1,5 ... 4,5	193
Como	Italien	146	410	50,0	1,5 ... 4,5	199

5





6
„Tal der sieben Stiere" (Dshety-Ogus)

zu können und das wertvolle Gelände optimal zu nutzen. Gebäude für die komplexe Bedienung aller Zweige des Kurortbetriebes sollen in Kooperation errichtet werden. Hierdurch werden nicht nur die planmäßige Bebauung jedes Kurortes und die rationelle Lösung aller Bauaufgaben gefördert, sondern auch die ökonomische Effektivität des Baus und des Betriebes erhöht.
Weiterhin ist vorgesehen, die Objekte jedes Bauabschnittes konzentriert anzuordnen. Dieses Vorgehen wird es möglich machen, die technische Ausrüstung gleichzeitig und vollständiger zu nutzen und in jedem Bauabschnitt in sich abgeschlossene architektonische Ensembles an wichtigen Stellen zu errichten. Um eine ökonomische Effektivität sicherzustellen und die Baufristen zu verkürzen, ist vorgesehen, auf dem Gelände der Groß-Kurorte große Stützpunkte für den Aufbau der Kurorte nach industriellen Methoden zu schaffen.
Große Bedeutung wird einer einheitlichen Verwaltung (Leitung) des Kurortsystems beigemessen. Zu ihrer Kompetenz werden der Aufbau und Betrieb des Kurortes und die Organisation der Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren gehören. In der Leitung der Verwaltung wird die Stelle eines Chefarchitekten des Erholungsgebietes Issyk-Kul geschaffen. Er wird berechtigt sein, Entscheidungen in allen Fragen der Planung und Bebauung jedes einzelnen Kurortes und des gesamten Gebietes zu treffen.
Es wurden auch Grundsatzempfehlungen zum Aufbau und natürlich auch zur Planung von Kurorten am Ufer des Issyk-Kul-Sees ausgearbeitet. Ihnen liegt der Gedanke zugrunde, allen Bewohnern des Erholungsgebiets (sowohl den zeitweilig anwesenden Gästen als auch der ständig dort wohnenden Bevölkerung) gleiche Möglichkeiten zur Nutzung der vielfältigen Einrichtungen zu geben. Parallel mit der Projektierung der Kurorte werden Wohnsiedlungen für das Dienstleistungspersonal projektiert.
Die Autoren gingen von der Zielstellung aus, daß ein Kurort im ganzen nur bei Beachtung einer einheitlichen Grundlinie geschaffen werden kann. Die Bauwerke und Ensembles sollen untereinander und mit der sie umgebenden Landschaft über eine einheitliche Konzeption und Formensprache in harmonischem Einklang stehen. Bei der Ausarbeitung von Projekten für die Bebauung einzelner Kurorte wird man immer bemüht sein, die nationale Eigenart in der plastischen und farblichen Gestaltung der Gebäude voll zu erhalten.
Die Kurorte werden auf der einen Seite durch das Seeufer und auf der anderen Seite durch bergiges Gelände begrenzt. In Übereinstimmung mit der Größe des Kurortes wird die Eingliederung von Ufergelände in einem solchen Umfang vorgesehen, daß man einen entsprechenden Badestrand und eine Badeanstalt in ausreichender Größe unterbringen kann. An der Bergseite steht so viel Gelände zur Verfügung, daß die Urlauber ausreichende Bewegungsfreiheit haben und daß die erforderlichen stationären Einrichtungen für Urlauber und Touristen untergebracht werden können.
Auf solche Art erhalten die Urlauber die Möglichkeit, während ihres Aufenthalts unter verschiedenen natürlichen Bedingungen, wie in den Bergen des Tjan-Schan oder am „kirgisischen Meer", zu leben. Der Wechsel der Eindrücke und die verschiedenartigsten Möglichkeiten der Betätigung gewährleisten einen vollwertigen und in der Fülle des Gebotenen ungewöhnlichen Urlaub.
Die vorgesehene Tiefenstruktur verlangt eine neuartige Organisation des Transportwesens. Der eigentliche Kurortverkehr (Autozüge, Autobus- und Trolleybuslinien) dient der Herstellung von Verbindungen zwischen dem Seeufer und den vielen schönen Gebirgstälern, die es in dieser Gegend gibt. Urlauber, die im Uferbereich des Kurortes wohnen, können geplante Bergwanderungen direkt am Fuße des Gebirges beginnen.
Die Uferstraße, die sich am „Kirgisischen Meer" entlangzieht, wird den Touristen und Urlaubern ebenfalls viele interessante Eindrücke vermitteln. Schon jetzt gehören Einrichtungen wie das Sanatorium „Blauer Issyk-Kul" und die Urlauberheime der Kasachischen SSR mit ihren modernen Bauten und weiten Geländeflächen zu den viel besuchten Sehenswürdigkeiten. Am gesamten Seeufer findet man steinerne Zeugen längst vergangener Zeiten, Reste uralter Kultur- und Gesellschaftsbauten.
In den folgenden Stadien der Projektierung wird man eine ausführliche schematische Karte historischer Gedenkstätten, örtlicher Sehenswürdigkeiten (Wasserfälle, Seen, Schluchten, ungewöhnliche Felsdenkmäler) zusammenstellen, die alle Orte zeigen wird, die für Touristen von Interesse sein können. Diese Karte wird gleichzeitig als organisatorisches Hilfsmittel für die An-



7
Der Wechsel der Eindrücke und die verschiedenartigen Möglichkeiten der Betätigung gewährleisten einen ungewöhnlichen Urlaub.

lage eines Netzes von Wanderwegen und ähnlichem dienen.

In der Nähe des Touristik-Zentrums, inmitten einer großen Grünfläche oder an einem historisch bedeutsamen Ort, ist die Errichtung eines Freiluftmuseums vorgeschlagen worden. Dort wird man Kultur- und Gebrauchsgegenstände des kirgisischen Volkes zusammentragen und ausstellen (z. B. steinerne Götzenbilder aus dem 6. bis 12. Jahrhundert). Hier soll auch das Modell einer typischen kirgisischen Siedlung in natürlicher Größe aufgestellt werden. Jedes Gebäude dieser Siedlung wird eine besondere Abteilung des Museums sein.

In der Karte soll auch der „Santasch"-Paß (Santasch bedeutet gezählter Stein) in der Nähe der Stadt Prshewalsk aufgenommen werden. Auf diesem Paß befinden sich zwei große Steinhaufen, die von der Überlieferung mit der Legende von dem berühmten Heerführer Mittelasiens, Timur (Tamerlan), in Zusammenhang gebracht werden. Er lebte in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Nach der Überlieferung befahl Timur, als er in den Krieg zog, jedem seiner Krieger, einen Stein in die Hand zu nehmen und ihn beim Übergang über den Paß an der linken Seite der Heerstraße abzulegen. Aus dem Feldzug zurückgekehrt, mußte jeder Krieger einen Stein aus dem großen Haufen aufheben und auf der anderen Seite der Straße ablegen. Auf diese Art soll Timur seine Verluste in den Schlachten ermittelt haben.

Eines der interessantesten Objekte für den Touristen ist die Stadt Prshewalsk, die im Jahre 1969 ihr hundertjähriges Bestehen feierte. Diese Stadt, die eng mit den Namen bedeutender russischer Geographen, wie Prshewalski, Semjonow Tjan-Schanski und Berg verbunden ist, wird in Zukunft das Verwaltungs- und Kulturzentrum des Erholungsgebiets Issyk-Kul sein. Auf dem hohen Ufer des Issyk-Kul-Sees befindet sich das Grab Prshewalskis, des ersten Naturforschers Zentralasiens, der hier im Herzen des Tjan-Schan-Gebirges kurz vor dem Aufbruch zu seiner fünften Tibetexpedition im Jahre 1888 verstarb. Das Grab des berühmten Naturforschers ist eine der bedeutendsten Gedenkstätten am Issyk-Kul.

In Prshewalsk findet man auch ein bemerkenswertes Architekturdenkmal, die hölzerne Dungan-Moschee. Im Park von Prshewalsk wächst eine große Anzahl der verschiedenartigsten Bäume, unter ihnen auch die Tjan-Tanne. Die Stadt selbst bietet mit ihren breiten, reich begrünten Straßen einen freundlichen Anblick.

In der Nähe von Prshewalsk gibt es eine Reihe von Tälern und Schluchten, alle haben ihren eigenen, besonderen Charakter. Eine ungewöhnlich schöne Natur, zahlreiche Mineralquellen, Lagerstätten von Heilschlamm und weiter oben eine ständige Schneedecke — alles dies ist charakteristisch für die Ostseite des Seeufers, ein Gebiet, in dem man die verschiedenartigsten Einrichtungen für die Erholung und für Heilkuren vorgesehen hat.

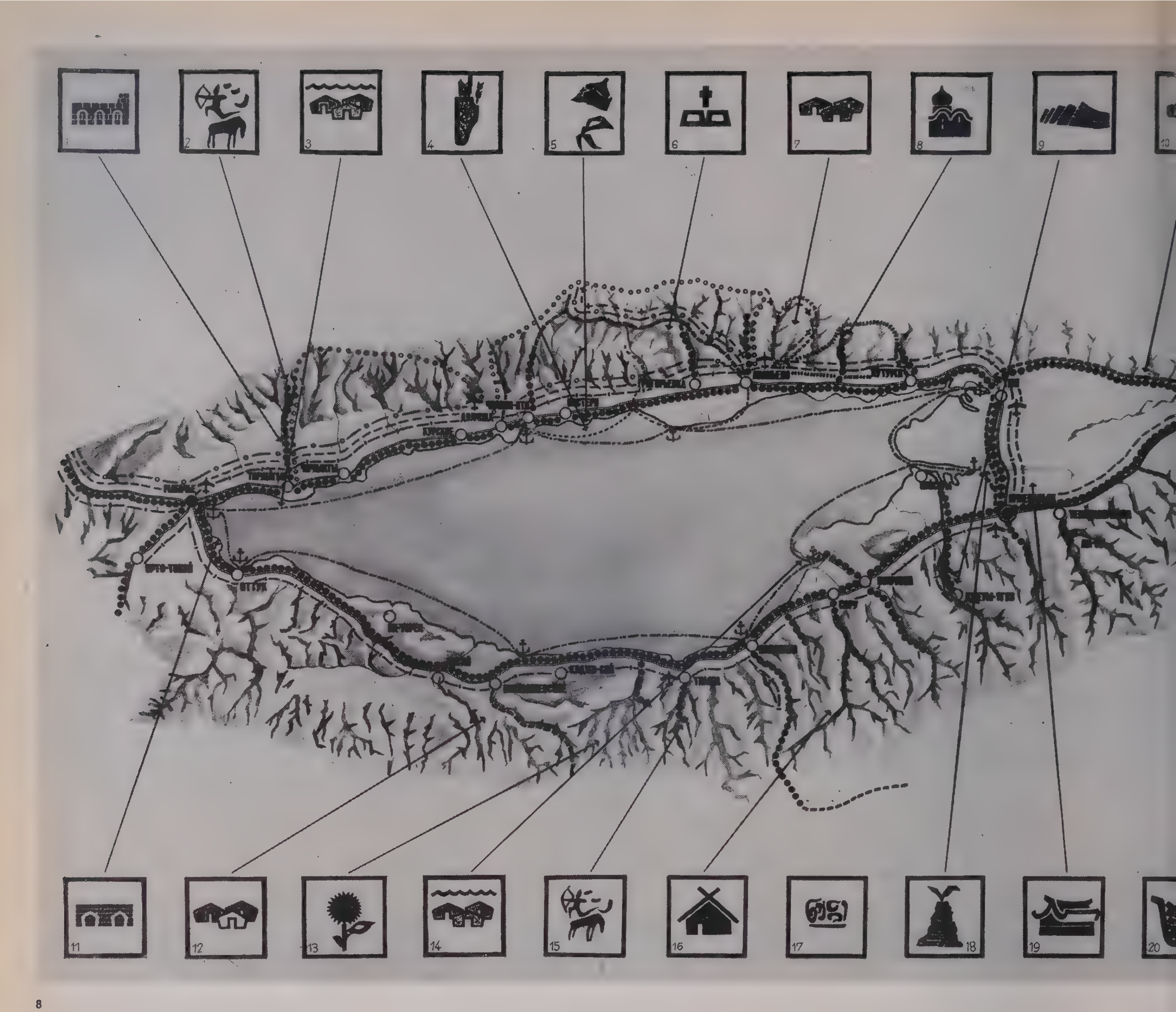
Besonderes Interesse darf das Dshety-Ogus-Tal beanspruchen. Übersetzt heißt sein Name „Schlucht der sieben Stiere". Tatsächlich wurden hier sieben Stiere aus dem roten Felsen über dem Gebirgstal herausgehauen, in dem jetzt eins der bekannten Sanatorien des Issyk-Kul-Gebietes steht. Die sehr schöne landschaftliche Umgebung, vorzügliches Gelände und radonhaltige Mineralquellen bieten beste Voraussetzungen für die künftige Entwicklung des Kurortes Dshety-Ogus.

Das Tal von Tschon-Kysyl-Su ist ebenfalls hervorragend für die Nutzung als Erholungszentrum geeignet. Es ist verhältnismäßig breit, an seiner rechten Seite ragen rote Felsen empor. Bei einer Wanderung ins Innere verändert sich die Landschaft. Die Berghänge sind jetzt bewaldet, und in der Ferne sieht man schneebedeckte Gipfel. Je weiter man geht, um so hübscher wird das Tal — überall Blumen, blühende Büsche und Wasserfälle.

In einer Entfernung von 4 km vom Anfang des Tales befinden sich heiße Quellen. In ihrer Nähe ist der Bau des Sanatoriums der Turkmenischen SSR vorgesehen. Die Berge rundum sind hervorragend für den Skisport geeignet. Man kann leicht begehbare Trassen durch die Gletscher anlegen, so daß auch weniger geübten Touristen aller Altersstufen die Bergwelt erschlossen werden kann.

An seinem südlichen Ufer bildet der Issyk-Kul-See viele Buchten, die für die Entwicklung des Segel- und Motorwassersports genutzt werden sollen. Auch hier gibt es zahlreiche interessante Täler, in denen man vielleicht gut erhaltene Überreste alter Siedlungen, Grabdenkmäler und bearbeitete Steine finden wird.

An der Straße von Frunse nach dem Issyk-Kul-See steht ein gut erhaltenes attraktives



8

Architekturdenkmal aus dem 14. Jahrhundert, der sog. Buran-Turm.

Die natürlichen und kulturhistorischen Schätze dieses Gebiets stellen den Forschungs- und Projektierungsinstituten die verantwortungsvolle Aufgabe, die Natur des Issyk-Kul und seine Denkmäler zu erhalten. Darum muß der Aufbau dieses Erholungsgebietes als eine komplexe Aufgabe angesehen werden, die im Interesse des Gesundheitswesens der UdSSR gelöst werden muß.

Der erste Schritt auf diesem Wege ist der Aufbau einer medizinischen Zonengliederung des gesamten Territoriums, die zu einer Erschließung des Gebiets für die unterschiedlichsten Arten der Erholung führen wird. Die medizinische Zonengliederung wird auf der Grundlage einer Charakteristik der natürlichen Bedingungen und der Heilfaktoren ausgearbeitet. Hierbei wird die Erholung selbst (dieser Begriff schließt hier auch die Sanatoriumsbehandlung in Kurorten ein) nach verschiedenen Gesichtspunkten klassifiziert, wie

nach der Art der Erholung: Heilkur, Urlaub, Touristik

nach den Erholungsuchenden: Erwachsene, Kinder, Erwachsene mit Kindern, Jugendliche

nach der Dauer des Erholungsaufenthalts: lang, kurz

nach der Betriebszeit der Einrichtungen: ganzjährig, Saisonbetrieb (Sommer oder Winter).

Nach der Gesamtheit der Bedingungen für die Organisation einer bestimmten Erholungsart werden am Ufer des Sees Bereiche mit balneoklimatischen Kurorten, Zonen für Kinder-Kurorte, für Touristik und Wintersport, für Sommerurlauber, Naherholungszonen für die Städte Frunse, Rybatschje, Prshewalsk und Vogelschutzgebiete vorgesehen.

Eine derartige Gliederung des Geländes ermöglicht es, die Bedürfnisse bestimmter Gruppen von Erholungsuchenden richtig einzuschätzen und dabei von der Komplexlösung für den gesamten Erholungsbereich als einheitliches System der Erholung und des Tourismus auszugehen.

Der nächste Schritt auf dem Wege zur Lösung der Gesamtaufgabe ist die Entwicklung eines Gliederungsplanes für die gesamte Uferlandschaft des Issyk-Kul-Sees.

Dem Gliederungsplan liegt ein Prinzipschema zugrunde, dem der Aufbau der Kurorte und die Entwicklung der Wechselbeziehungen zwischen ihnen folgen wird: Einzeleinrichtung – Komplex der Einrichtungen – Kurort – Erholungsgebiet. Die besonderen natürlichen Bedingungen und die gewaltigen Dimensionen des Territoriums machten es jedoch erforderlich, das Gesamtgebilde in die drei Unterbereiche Nord, Ost und Süd zu gliedern.

Die Gesamtkapazität der zu projektierenden Erholungseinrichtungen nach vollständigem Abschluß der Aufbauperiode wird für die Perspektive mit etwa 1,5 Millionen Gästen im Jahr vorgesehen. Davon sollen 25 Prozent in Sanatorien, Pionierlagern und Urlauberheimen (hier 24 Tage) und 75 Prozent in Urlauberheimen und Touristenunterkünften (12 Tage) untergebracht werden.

Eine Prognose, die zu der Entwicklung des Erholungsgebiets Issyk-Kul aufgestellt wurde, hatte auch zu berücksichtigen, daß sich bereits jetzt medizinische, Urlauber- und Touristikdienste als besonderer Wirt-

8
Touristenwege und Sehenswürdigkeiten des Erholungsgebietes

1 Ziegelei (17. Jahrhundert)
2 Alte Höhlenzeichnungen und Malereien
3 Versunkene Siedlung (archäologische Forschungsmöglichkeit)
4 Quartier von Timur auf einer Insel bei der Stadt Bosteri
5 Pionierdenkmal
6 Wehrfestung
7 Altes Gebirgsdorf
8 Berühmtes Kloster
9 „Tal der sieben Stiere"
10 Altertümliches Städtchen
11 Architekturdenkmal
12 Reste einer historischen Siedlung
13 Dahlienwiesen
14 Versunkene Siedlung
15 Höhlenzeichnungen
16 „Bauernhütte" am Fluß Große Sauka
17 Mineralquellen bei Burkans
18 Prshewalski-Denkmal
19 Chinesische Pagode
20 „Santasch-Paß"



schaftszweig entwickeln. Dies hängt damit zusammen, daß ungeachtet der großen Vielfalt der Arten und Formen der Erholung alle eine einheitliche Seite des gesellschaftlichen Lebens darstellen. Die Organisation der Erholung berührt die Interessen aller Schichten der Bevölkerung und spielt eine überaus wichtige Rolle in der Gesunderhaltung und Erziehung des Volkes.

Die zweckmäßige Gestaltung der Heilbehandlung, der Erholung und der Touristik, also die richtige Nutzung der hierfür vorgesehenen Einrichtungen, vermag nicht nur kranke und erschöpfte Menschen in ein normales, tätiges Leben zurückzuführen, sie ist außerdem ökonomisch. Einmal handelt es sich dabei um einen indirekten ökonomischen Effekt – die Hebung der Gesundheit der Werktätigen und damit die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, begleitet von einem erheblichen ökonomischen Effekt in der Volkswirtschaft. Auf der anderen Seite steht der direkte ökonomische Effekt durch Einnahmen aus dem Touristenverkehr.

Im Lichte der modernen Entwicklungstendenzen des Erholungsproblems werden bei der Ausarbeitung des Projekts „Erholungsgebiet Issyk-Kul" folgende Ziele verfolgt:

Es ist ein vielschichtiges Erholungsgroßgebiet von Unionsrang aufzubauen, das den Bedürfnissen der Bevölkerung der Sowjetunion entspricht.

Die wirtschaftliche Betriebsweise des Erholungsgebiets ist so zu organisieren, daß sie zur Quelle erheblicher Staatseinnahmen wird.

Die Entwicklung der Basisstruktur des Gebiets (Handel, Gemeinschaftsverpflegung, Verkehrswesen, Bauwesen, örtliche Industrie, Handwerk und Landwirtschaft) ist maximal anzuregen.



9
Seiner Größe nach wird das Erholungsgebiet am Issyk-Kul etwa den Schwarzmeergebieten Krim und Kaukasus nahekommen.

10
Der See friert niemals zu, sein kirgisischer Name bedeutet warmer See.



11
Rote Felsen im Dshety-Ogus-Tal

Erholungszentrum Talsperre Spremberg

Dipl.-Ing. Brigitte Neubert
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Lehrgebiet Gesellschaftsbauten

Die Landschaft ist einem ständigen Veränderungsprozeß unterworfen, der sich in immer rascherer Folge vollzieht. Landschaftliche Veränderungen, durch neu entstehende Industrieanlagen, Stadtteile und Städte, sind heute überall zu erkennen. Industrielandschaften werden zu Erholungslandschaften (z. B. der Senftenberger See im ehemaligen Braunkohlenabbaugebiet), und typische Erholungslandschaften am Meer, im Flachland und im Gebirge werden zu intensiv genutzten Erholungszentren.

Die sinnvolle Planung und Entwicklung dieser Erholungsgebiete für die Nah- und Urlaubserholung ist gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich von außerordentlicher Bedeutung. Sie ist Zielsetzung eines Forschungsauftrages, der am Lehrgebiet Gesellschaftsbauten Professor Dipl.-Ing. Göpfert vom Verfasser bearbeitet wird und an dem für die spezielle Aufgabenstellung „Erholungszentrum Talsperre Spremberg" Mitarbeiter des Lehrgebietes und Studierende der Sektion Architektur im Sinne des wissenschaftlich-produktiven Studiums mitwirkten. Der folgende Beitrag soll einen Einblick in diese Planungsarbeit geben.

Aufgabenstellung

Im Auftrag des Zweckverbandes für das Erholungszentrum Talsperre Spremberg waren

- in erster Stufe Entwurfsvorschläge für zahlreiche Einzelobjekte zu erarbeiten,
- in zweiter Stufe ein Gesamtbebauungsvorschlag für das Talsperrengebiet aufzustellen.

Grundlage der Planung bildeten ein Flächennutzungsplan des Büros für Städtebau und Dorfplanung des Rates des Bezirkes Cottbus und Kapazitäts- und Raumprogrammforderungen des Zweckverbandes.

Die Talsperre Spremberg soll in den kommenden Jahren als Naherholungszentrum für ein Einzugsgebiet von 110 000 Einwohnern und als Fernerholungszentrum für die Bezirke Dresden und Frankfurt (Oder) ausgewiesen werden.

Neben einem Hotel, einem Motel mit Sauna-Anlage, mehreren Campingplätzen für je 500 Personen, vier Gaststätten mit je 200 bis 600 Plätzen und Bootsausleihe, einem Verwaltungszentrum, Einkaufsmöglichkeiten und Siedlungsgemeinschaften für die Betriebe sollten Feriensiedlungen, ein Kinderferienzentrum, eine Rettungsstation mit Wachtürmen an mehreren Standorten und zahlreiche Sporteinrichtungen für Rudern, Segeln und Angeln mit Bootshäusern, Sportlerherbergen und Klubräumen vorgesehen werden. Eine ganzjährige Nutzung mehrerer Objekte war angestrebt. Die Talsperre Spremberg liegt 10 km südlich von Cottbus. Die landschaftlichen Gegebenheiten sind unterschiedlich, Kiefernbewuchs überwiegt. Ein Landschaftsentwicklungsplan wurde vom Büro für Territorialplanung Cottbus in Abstimmung mit dem Gesamtbebauungsplan aufgestellt.

Das künftige Erholungsgebiet ist zum Landschaftsschutzgebiet erklärt worden. Privates Bauen ist untersagt. Betriebe, die an der Nutzung des Erholungszentrums interessiert sind, bilden Interessengemeinschaften. Es sind umfangreiche Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Ziele der Planung

- standortmäßige, städtebauliche und landschaftsgestalterische Eingliederung der Einzelobjekte im Hinblick auf einen differenzierten, aber einheitlichen Gesamtbebauungsvorschlag
- keine gleichmäßige Verteilung der Bauten am Ufer, sondern Schwerpunktbildung, Wechsel zwischen geschlossenen Siedlungen und freier Landschaft
- keine Barackensiedlungen oder Anhäufung von Einzellauben, aber auch kein städtischer Bebauungscharakter
- einheitliche gestalterische Grundhaltung, aber vielfältige differenzierte Baukörper mit plastischen Akzenten
- Beschränkung auf wenige Hauptmaterialien, einheitliche Farbhaltung
- einheitliches Maßsystem, Anwendung vorgefertigter Bauteile und einheitlicher Sanitärkerne
- Zentralisierung der Speisevorbereitung und der Dienstleistungseinrichtungen.

Ergebnisse

Es kann hier nur ein Werkstattbericht gegeben und nicht die endgültige Lösung vorgestellt werden.

Die Studierenden verteidigten ihre Entwurfsvorschläge vor dem Auftraggeber in Spremberg, den künftigen Nutzern und Vertretern der Projektierung mit dem erfreulichen Ergebnis, daß mehrere Entwürfe unverändert verwirklicht werden sollen. Aus den verteidigten Entwurfsvorschlägen werden zwei Beispiele näher erläutert.

Campingplatz Westufer

cand. arch. Christian Helms

1. Hauptentwurf am Lehrgebiet Gesellschaftsbauten Professor Dipl.-Ing. Göpfert

Grundstücksgröße 4,2 ha
Kapazität 500 Personen (max. 840)
durchschnittliche Anzahl je Zelteinheit 3 Personen
Grundstücksfläche je Zelteinheit mit PKW 100 m²

Campingplatz Westufer

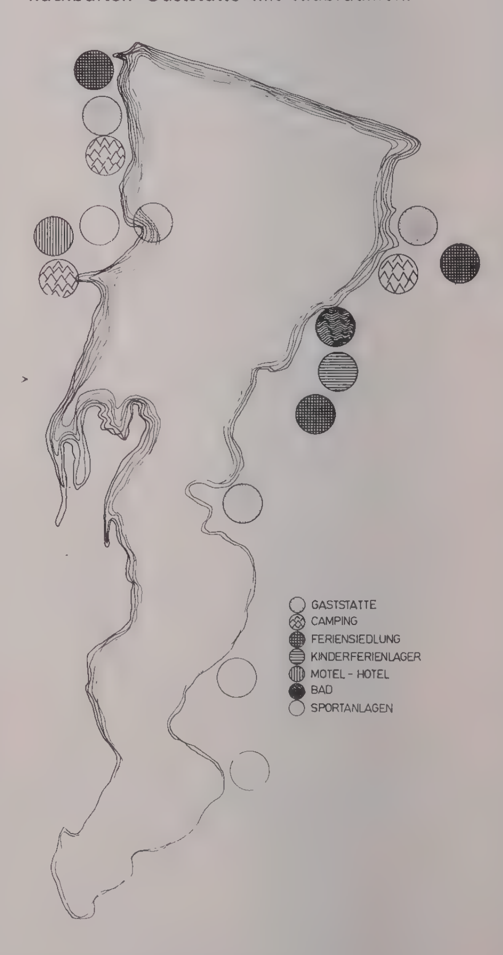
Die Gesamtanlage ist in drei Zeltbereiche mit eigenen Sanitärgebäuden aufgeteilt.

Das Hauptgebäude ist an zentraler Stelle für zentrale Funktionen ausgewiesen (vier Funktionsgruppen).

Für die Konstruktion wurden zwei Varianten auf dem Grundraster 12 M für Handmontage ausgearbeitet:

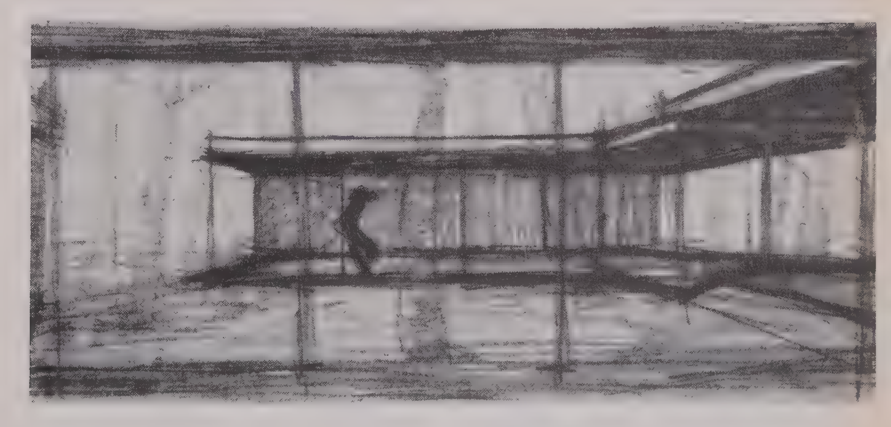
Flachdach belüftet mit 5 Prozent Neigung, Wände in Ziegelmauerwerk oder aus Leichtbauplatten 1200 mm × 2400 mm, Fußböden als Klinkerpflasterung oder Estrich auf Unterbeton und Packlage.

Der Kiefernbewuchs ist innerhalb der Zeltbereiche auszulichten, zwischen den Bereichen mit widerstandsfähigen Laubgehölzen zur Lärm- und Sichtabgrenzung zu unterpflanzen. Jeder Zeltbereich hat eigene Spiel- und Sportflächen für die aktive Erholung und günstige Verbindungen zum Strandabschnitt, zur Liegewiese und zur benachbarten Gaststätte mit Klubräumen.



Übersichtsskizze Talsperre Spremberg

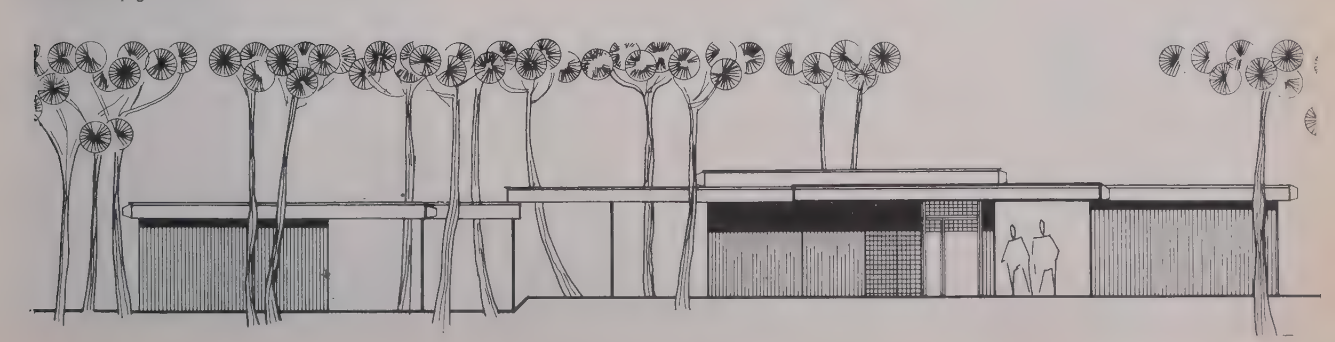
2
Perspektivskizze Hauptgebäude

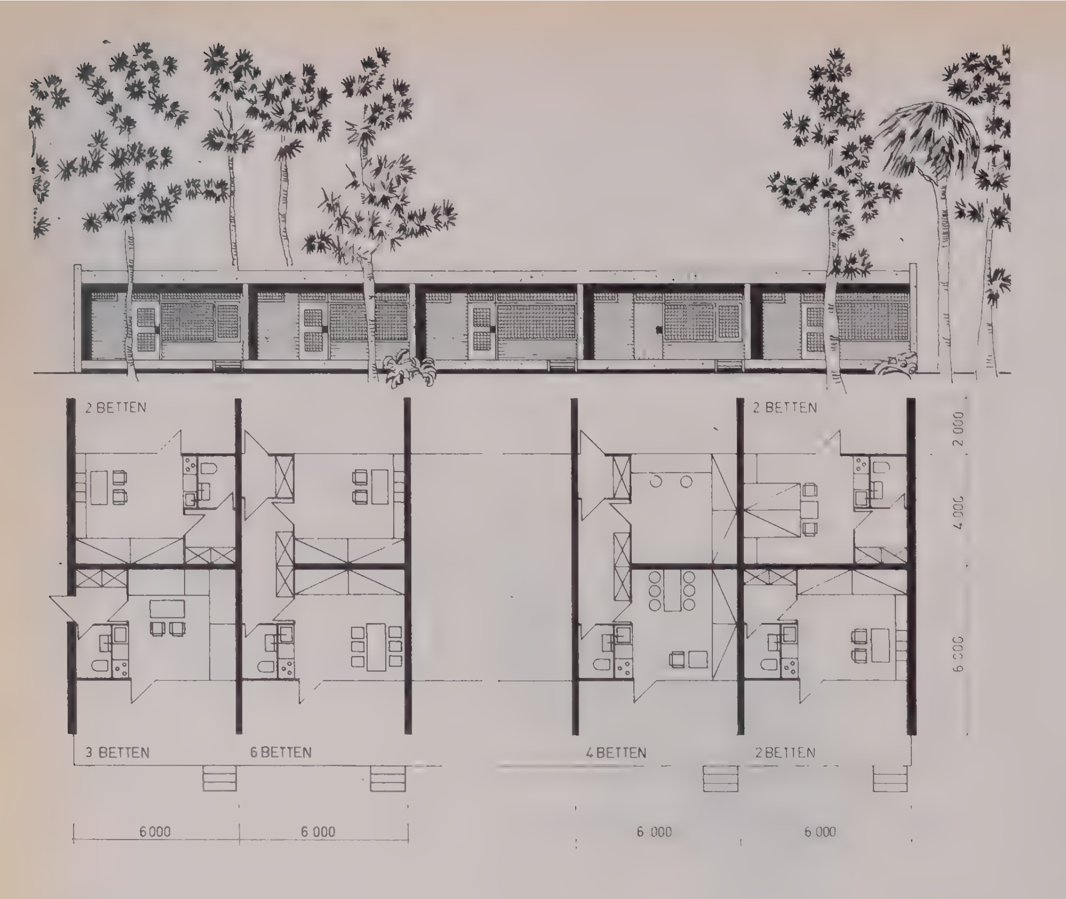


3
Grundriß Hauptgebäude

1 Empfangsraum
2 Büro für Platzwart
3 Postdienst
4 Werkstatt
5 Sportgeräte-Ausleihe
6/7 Verkauf
8 Krankenzimmer
9 Pausenraum
10 Umkleide- und Waschraum mit WC für 6 Frauen
11 Umkleide- und Waschraum mit WC für 2 Männer
12 Abstellraum
13 Kochstelle
14 Waschraum
15 Bügelstube
16 Abstellraum

4
Ansicht Hauptgebäude





Feriensiedlung Bagenz

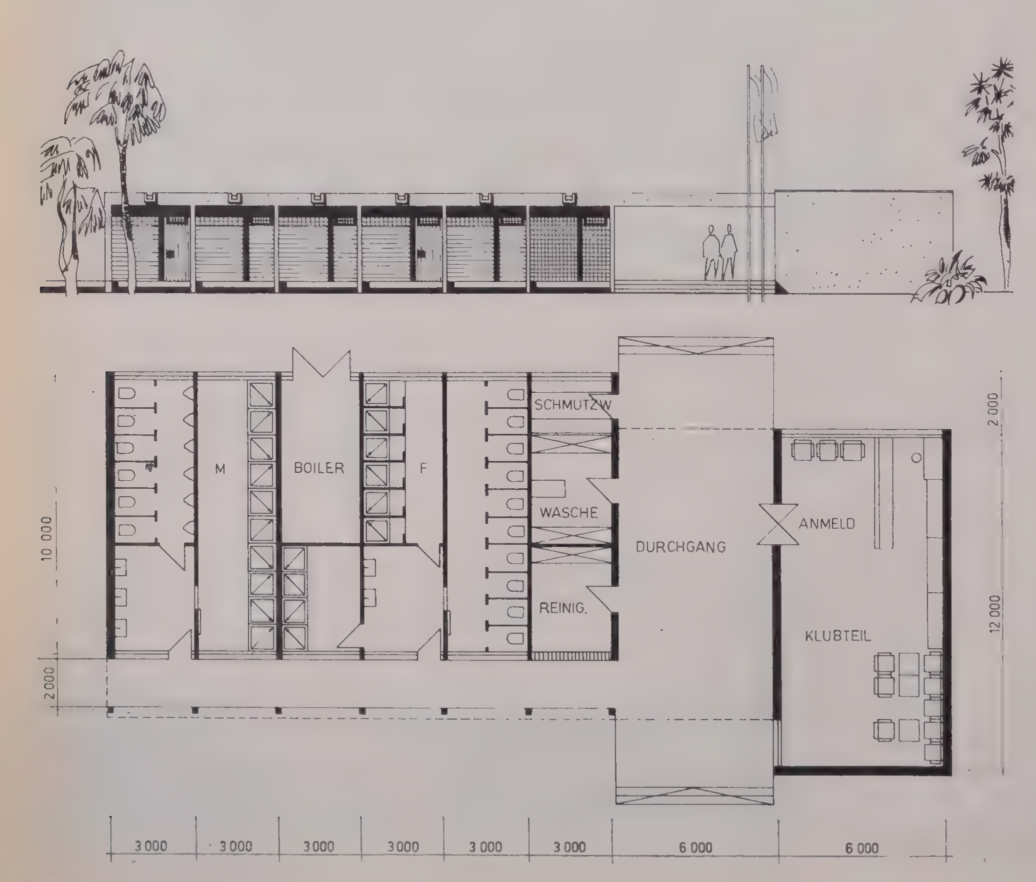
5
Ferieneinheit mit 6000 mm Deckenspannweite, Grundriß, Ansicht

Feriensiedlung Bagenz

Studie Lehrgebiet Gesellschaftsbauten:
Professor Dipl.-Ing. Göpfert
Dipl.-Ing. Volkrad Drechsler
Dipl.-Ing. Waldtraut Moch
Dipl.-Ing. Brigitte Neubert
Dipl.-Ing. Peter Prohl
Teilkonstrukteur Heike Wenderoth
Grundstücksgröße 15 ha
Kapazität 2000 Betten

Feriensiedlung Bagenz

Die Feriensiedlung, unterteilt in zehn Einheiten für je 200 Betten, wird für Interessengemeinschaften der Betriebe errichtet, die die Finanzierung voll verantwortlich übernehmen. Sie ist stufenweise zu verwirklichen und innnerhalb der Gesamtanlage in überschaubare Einzelbereiche mit Flächen für die aktive Erholung unterteilt. Grundidee der Planung ist die Ausbildung einer Grundrißeinheit von 6000 mm mal 6000 mm Größe für 3000 und 6000 mm Dekkenspannweite mit vorgelagerter Terrasse (Erhöhung des Wohnwertes), einheitlichem Sanitärkern (das WC kann wahlweise entfallen) und einseitigen Fenster- und Türöffnungen. Diese Grundrißeinheit ist beliebig reihbar, staffel- und stapelbar und für 2 bis 6 und mehr Betten geeignet. Für jeweils 200 Betten werden ein Gemeinschaftsgebäude und 50 PKW-Stellflächen vorgesehen. Das Gemeinschaftsgebäude wird je nach Bedarf mit zentralen WC- und Duschanlagen ausgerüstet oder als Klub- und Zirkelgebäude eingerichtet. Für die zentrale Versorgung der Feriensiedlung ist eine Verkaufsstelle vorgesehen, die unter anderem Halbfertig- und Fertiggerichte anbieten soll.



6
Gemeinschaftsgebäude
Grundriß, Ansicht

Zur Entwicklung von Erholungs- und Touristenunterkünften

Dipl.-Ing. Henry Männich

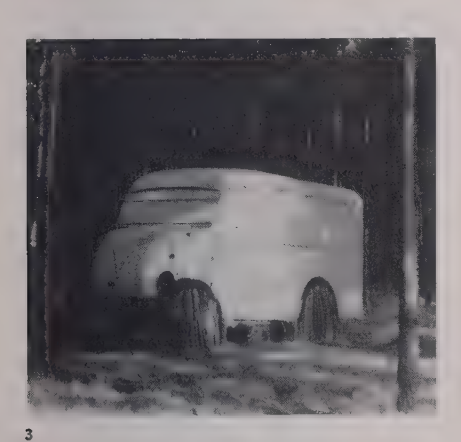
1
Beispiel für die Verbauung von See- und Flußufern

2 3|4
„Wilde Bebauung" im forstwirtschaftlich genutzten Hochwald

1



2



3

4



Unter den vier Hauptfunktionen des gesellschaftlichen Lebens – Wohnen, Arbeiten, Erholen und Verkehr – entwickelt sich das Erholungswesen parallel mit der zunehmenden Mobilität besonders spontan. Der sichtbarste Ausdruck dafür ist der rapid anwachsende Bedarf an Unterkünften für den kurz- und langfristigen Aufenthalt im Erholungsgebiet. In der Saisonzeit werden die bevorzugten landschaftlichen Gebiete von Erholungsuchenden regelrecht überflutet, und die Räte der Kreise werden in zunehmendem Maße bestürmt, Parzellen für die Errichtung individueller Unterkünfte bereitzustellen. Eine Befragung im Sommer 1967 bei einigen Räten der Kreise im Bezirk Halle ergab allein 150 bis 200 Antragsmeldungen von privaten und betrieblichen Interessenten monatlich. Die weitere individuelle und betriebliche Verbauung von See- und Flußufern sowie Waldrändern und Berghängen würde zu einem Ausverkauf schönster Landschaften führen.

Es ist an der Zeit, diese Entwicklung, soweit sie objektiv ist, rechtzeitig zu erkennen und im System der Volkswirtschaft zu ordnen, denn allein durch Bauverbote und hemmende Reglementierungen ist weder das Problem zu lösen, noch das Bedürfnis auszuschalten.

Durch den Verfasser wurden in diesem Thema im Rahmen einer Dissertation Untersuchungen insbesondere in Wochenendsiedlungen des Bezirkes Halle angestellt, wovon einige Ergebnisse hier dargelegt werden.

Gegenwärtige Situation

Die Auswertung einer Analyse in 59 Kreisen ergibt eine überschlägliche Schätzung des derzeitigen Bestandes an individuellen Wochenend- und Ferienhäuser in der DDR von 22 000 bis 25 000 Appartements, das entspricht rund 65 000 bis 75 000 Betten.

Zur Zeit gibt es im Bezirk Halle rund 1700 individuelle Wochenendhäuser. Der Bezirk verfügt über eine Gesamtkapazität an Erholungs- und Touristenunterkünften (ohne Hotels) von rund 30 000 Betten. Ein Sechstel davon sind individuelle Nutzer von Wochenendheimen.

An Hand einer Befragung von 600 Nutzern von Wochenendhäusern konnten erste Analysenwerte in territorialer, soziologischer, baulicher und ökonomischer Hinsicht ermittelt werden.

- Mit einem Anteil von mehr als 90 Prozent sind die Appartements individueller Wochenendsiedlungen zum größten Teil Privatbesitz.
- Die Kapazität der Wochenendhäuser beträgt im Durchschnitt 3,8 Betten, die Belegung liegt bei 3,5 Betten.
- Etwa ein Drittel aller Befragten benutzt das Wochenendhaus ganzjährig.
- Die beanspruchte Grundstücksgröße liegt mit der oberen Grenze des Durchschnittes bei 450 m^2, wobei 52 Prozent aller Grundstücke kleiner als 250 m^2 sind.
- Durchschnittlich hat jedes Appartement 2,4 Räume. Mit 50 Prozent und 37 Prozent sind das Zwei- und Dreiraumappartement am meisten vertreten, wobei die Kombinationen 1 Wohnraum/1 Schlafraum (34 Prozent), 1 Wohnraum/2 Schlafräume (15 Prozent) und 1 Wohnraum/1 Schlafraum/1 kombinierter Raum (16 Prozent) die bevorzugten Varianten sind.
- Rund 97 Prozent aller Appartements haben eine Küche oder Kochnische.
- Die stadttechnische Erschließung ist mangelhaft. 58 Prozent aller Häuser haben keine Bewässerung, 71 Prozent nur eine Trockentoilette, 43 Prozent keinen Elektroanschluß, und 30 Prozent haben keine Möglichkeit der Beheizung. 38 Prozent der Nutzer von Wochenendhäusern bringen das Trinkwasser von zu Hause mit, und nur 17 Prozent der Appartements haben Anschluß an eine Trinkwasserleitung.
- 79 Prozent aller Bewohner verpflegen sich ausschließlich selbst, während 20 Prozent nur teilweise selbst kochen und auch eine Gaststätte aufsuchen. Die Möglichkeit einer Selbstversorgung ist also nahezu bei allen Appartements vorhanden.
- Das Durchschnittsalter liegt bei 47 Jahren, die durchschnittliche Kinderzahl beträgt 1,5.
- 200,– Mark werden jährlich für Reparaturen ausgegeben.
- Etwa die Hälfte aller Siedler gibt als Grund für den Bau eines Wochenendhauses allgemeinen Milieuwechsel an (Luft- und Ortsveränderung), nur 10 Prozent nennen gesundheitliche Gründe. 35 Prozent benutzen das Wochenendhaus als Ort des intensiven Familienlebens.
- Interessant ist die Tatsache, daß sich nur 6,3 Prozent aller Befragten in der Erholungszeit mit schöpferisch-künstlerischen Arbeiten beschäftigen und sich über 90 Prozent in der Natur (Wasser, Wald und Garten) aufhalten.
- Das Bedürfnis nach Spiel, Sport und Baden in der Erholungszeit steht mit 72 Prozent an erster Stelle, das Erleben der Natur beim Wandern mit 67 Prozent an zweiter Stelle, Ruhe im allgemeinen mit 62 Prozent an dritter Stelle und körperliche Betätigung im Freien mit 57 Prozent an vierter Stelle, während das Bedürfnis nach Vergnügen und Geselligkeit mit 5 Prozent abfällt. Schwimmen, Wandern und Touristik und Ballspiele sind die wichtigsten sportlichen Betätigungen in der Erholungszeit.
- Bei nahezu der Hälfte aller Nutzer spielte Wasser- und Waldlage die entscheidende Rolle für die Standortwahl des Wochenendhauses, bei über 20 Prozent genügte die Seelage mit Bade- und Wassersportmöglichkeiten, und bei 12 Prozent war die abwechslungsreiche Landschaft zum Wandern und zum Wintersport ausschlaggebend.
- Etwa 45 Prozent aller Befragten haben während des Erholungsaufenthaltes Kontaktbedürfnis mit Nachbarn, bei 30 Prozent beschränkt sich der Kontakt auf die notwendigsten gegenseitigen Hilfeleistungen
- Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Wochenendhäuser beträgt 70 bis 80 Tage im Jahr.

Bedürfnis nach Milieuwechsel

Eine Stichprobenbefragung in drei Dessauer Betrieben über Erholungsbedürfnisse ergab, daß 70 Prozent der Beschäftigten zum Wochenende eine Ortsveränderung außerhalb des Wohnortes wünschen. Auf dieses Bedürfnis nach Ortsveränderung hat der Besitz eines individuellen Erholungsgrundstückes im Wohnort nur geringen Einfluß. (Etwa 50 Prozent aller Befragten besitzen ein individuelles Erholungsgrundstück in Form eines Schrebergartens oder Hausgartens.)

Macetti weist in seinem Buch „Großwohneinheiten" Faktoren für die Entwicklung neuer großstädtischer



5

5
Erholungssiedlung im Harz mit individuellen Wochenendhäusern. Beispiel für willkürliche und individuelle Bebauung

6
Auslastung eines Wochenendhauses im Jahr

7
Durchschnittliche Entfernung vom Wohnort zur Erholungssiedlung im Bezirk Halle

8
Traditionelles Erholungsobjekt. Kombination von Gastronomie (Erdgeschoß) und Übernachtung (Obergeschoß) „Haus Ochsenkopf" Dübener Heide

9
Erholungsmotel (250 Betten) mit eingeschossigen Appartements

10
Erholungshotel an der Müritz mit Schwimmhalle, Sauna, Speise- und Mehrzwecksaal, Klubgebäude, Läden und Bibliothek

Wohnformen nach. Die Tendenz der weiteren Konzentration des Wohnungsbaus in kompakten Wohnzentren in Verbindung mit den wichtigsten Versorgungseinrichtungen ist zweifellos objektiv und auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung und des Bevölkerungswachstums notwendig. Diese Entwicklung stellt aber einen weiteren Schritt zur Trennung der Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten und Erholen dar.

Wenn ein erheblicher Teil der bisherigen Wohnfunktionen in den gesellschaftlichen Bereich übergeht (einschließlich Kinderbetreuung- und -erziehung), dann könnte sich die bisher übliche Wohnungsgröße quantitativ reduzieren.

Die zusammenhängende Erholungszeit, wie das verlängerte Wochenende, wird mit der Familie außerhalb des Wohnzentrums in der Erholungslandschaft verbracht. Nach der Befragung wollen 73 Prozent die Wochenenderholung mit der Familie gestalten. Aus diesen Gründen ist wahrscheinlich auch der Versuch verfehlt, das naturnahe Milieu des „Einfamilienhauses mit Garten" in die Großwohneinheit schematisch zu übertragen.

Wenn man von diesen Bedingungen ausgeht, kann der periodische Milieuwechsel als echtes Bedürfnis gewertet werden, das durch die Trennung der Lebensbereiche und vor allem jedoch durch die zunehmende Mobilität entsteht.

Die Lösung dieser Probleme im Erholungswesen kann nicht nur Aufgabe des Städteplaners sein, sondern muß einem Kollektiv von Soziologen, Medizinern, Pädagogen, Gesellschaftswissenschaftlern, Architekten und Städtebauern anvertraut werden. Interessant ist, daß im allgemeinen an das Erholungsmilieu nicht die gleichen Komfortansprüche gestellt werden, die man im Wohnbereich verlangt. Auf die Frage, „Welche Anforderungen stellen Sie an eine Übernachtungsstätte im Erholungsgebiet?" haben sich 52 Prozent für den Bungalow und 34 Prozent für ein einfaches Touristenhotel ohne Komfort entschieden. Nur 9 Prozent wählten das Campingzelt und 18 Prozent das herkömmliche Hotel mit Komfort als Erholungsunterkunft. Einen Preis von 4,00 bis 5,00 Mark je Bett und Übernachtung halten die meisten für angemessen. In der Analyse wurde von keinem der Nutzer eines Wochenendhauses eine komfortable Ausstattung der Appartements gewünscht, und 30 Prozent beschränkten sich sogar nur auf die einfachste und notwendigste Ausstattung. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache könnten beim Bau von Erholungs- und Touristenunterkünften wesentliche Mittel zugunsten einer größeren Quantität eingesetzt werden.

Baulicher und territorialer Aufwand

An Hand einer Analyse von Einzelgebäuden individueller und gesellschaftlicher Erholungsunterkünfte sowie von Erholungssiedlungen wurde der Versuch unternommen, Kennziffern insbesondere über den Flächenaufwand einzelner Funktionsbereiche zu ermitteln. Es ist nachgewiesen, daß die Nebenfläche und die Wohnfläche im Verhältnis zur gesamten Nutzfläche der Erholungseinheit in verschiedenen Gebäudekategorien erhebliche Unterschiede aufweisen. Während bei den individuellen Unterkünften (Wochenendhäuser) alle erforderlichen Funktionen auf engstem Raum konzentriert und zum Teil überlagert sind, führt bei den gesellschaftlichen Unterkünften (ein- und mehrgeschossige Bettenhäuser) die notwendige Funktionstrennung in Schlaf-, Sanitär-, Aufenthalts-, Versorgungs- und sonstige Bereiche zur Erhöhung des Aufwandes für die Nebenflächen. Bei individuellen Unterkünften liegt das Verhältnis von Nebenfläche (m^2/Bett) zur Wohnfläche (m^2/Bett) bei etwa 1 : 4, bei gesellschaftlichen Unterkünften dagegen bei 1 : 1.

Andererseits beträgt die Sanitärfläche individueller Unterkünfte etwa 0,60 bis 0,80 m^2/Bett, bei gesellschaftlichen Unterkünften 1,2 bis 1,5 m^2/Bett. Ähnliche Verschiebungen gibt es auch bei den Flächenaufwendungen für Verpflegung und Verkehr. Die Analyse läßt den Schluß zu, daß das eingeschossige Appartement gegenwärtig noch eine ökonomische Bauform ist, die auch den Bedürfnissen der Erholungsuchenden weitgehend entspricht.

Eine Untersuchung des Flächenaufwandes verschiedener Siedlungsbeispiele sowohl individueller Appartements als auch gesellschaftlicher Erholungsobjekte ergab, daß die gesamte Siedlungsfläche, nämlich rund 200 m^2/Bett, für individuelle und gesellschaftliche Unterkunftsbauten annähernd gleich ist. Von diesen 200 m^2 sind rund 12 m^2 bebaute Fläche und 188 m^2 Siedlungsfreifläche/Bett.

Die anteilige Verkehrsfläche für Erschließungswege und Parkplätze sowie erforderliche Leitungslängen sind bei den individuellen Siedlungen allerdings um das Doppelte größer. Jedoch werden vom Verfasser auch Siedlungsbeispiele untersucht, die diesen teuren Flächenanteil um 100 Prozent reduzieren.

Aus den vorliegenden Ergebnissen kann eingeschätzt werden, daß das eingeschossige Appartement — auch als Siedlungsmotel — Vorteile in konstruktiver und ökonomischer Hinsicht bietet.

Versuch einer Bedarfsermittlung

Die Kennwerte über die Anzahl der Erholungsuchenden schwanken zur Zeit von 5 Prozent bis 50 Prozent. Auf Grund der schweren Erfaßbarkeit sind statistische Zählungen entweder ganz unmöglich oder nur mit großem Aufwand durchführbar. Es wurde deshalb versucht, nach einer theoretischen Methode die Anzahl der Erholungsuchenden und den entsprechenden Bedarf an Unterkünften für den kurzfristigen Erholungsaufenthalt zu ermitteln. Die Berechnungen beziehen sich auf eine Einwohnerzählung 1961 in Dessau.

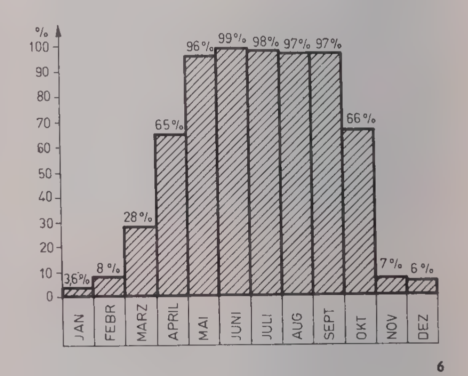
Danach haben von insgesamt 33 800 Haushalten 14 751 Familien einen Schrebergarten oder größeren Hausgarten. Das sind 43 Prozent der Gesamteinwohner, bei denen zunächst keine primäre Notwendigkeit besteht, ein naturnahes Erholungsmilieu außerhalb des Wohnortes aufzusuchen.

Zieht man von den restlichen 57 Prozent alle diejenigen Einwohner ab, die entweder krank sind, einen Kur- oder Schwangerenurlaub haben, die ständig berufstätig sind, ihren Jahresurlaub verleben, die Veranstaltungsbesucher sind oder sich zu Hause, bei Bekannten oder in den öffentlichen Grünanlagen der Stadt aufhalten, dann erhält man maximal 22,5 Prozent der Gesamtbevölkerung einer Stadt, die am Wochenende ein Erholungsmilieu außerhalb der Stadt aufsuchen. Bei einer Befragung in drei Dessauer Großbetrieben konnten 60 Prozent von den Erholungsuchenden ermittelt werden, die während ihres Aufenthaltes im Erholungsgebiet eine Übernachtungsmöglichkeit in Anspruch nehmen würden. Legt man diesen Wert zugrunde, dann kann man für die Berechnung der Unterkünfte im Erholungsgebiet einen Bezugswert von 13,5 Prozent der Gesamtbevölkerung annehmen.

Wenn eine Familie vier bis fünf kurzfristige Erholungsaufenthalte mit Übernachtung im Erholungsgebiet je Jahr macht und je Aufenthalt zwei bis drei Übernachtungen angesetzt werden, dann ergibt sich ein Bedarf von rund 150 000 Übernachtungen je Jahr. Bei einer maximalen ganzjährigen Auslastung der Erholungskapazität mit rund 250 Tagen wäre für eine Stadt von 100 000 Einwohnern eine Unterkunftskapazität für den kurzfristigen Erholungsaufenthalt von 600 Betten erforderlich. Das entspricht einem Wert von 3 Betten je 100 Erholungsuchende oder 160 bis 170 Einwohner/Bett und bezieht sich auf eine kontinuierliche Nutzung über die ganze Woche.

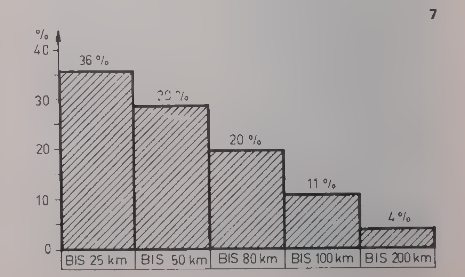
Diese Berechnungsmethode stellt zunächst nur einen Versuch in der empirischen Forschung dar. Die Tatsache, daß es auf dem Gebiet der kurzfristigen Erholung kaum konstante Ausgangswerte für die Planung gibt (im Gegensatz zur langfristigen Urlaubserholung), ist jedoch keine Begründung dafür, diese Erholungskategorie der lokalen Initiative einiger Räte der Kreise und Gemeinden oder dem Selbstlauf zu überlassen, denn immerhin macht die Wochenendfreizeit etwa ein Drittel des gesamten Zeitbudgets des Jahres aus. Aus ökonomischen Gründen ist eine ganzjährige Auslastung der Erholungsunterkünfte anzustreben. Maximal wären für den Erholungsaufenthalt in der Sommersaison 168 Tage und für die Wintersaison 84 Tage anzusetzen.

Da Erholung und Bildung eine sinnvolle Kombination ist, könnten die Erholungseinrichtungen



6

7



84 Tage im Jahr für Bildungszwecke verwendet werden, während die restlichen 28 Tage der Instandsetzung und Pflege vorbehalten werden müßten.

Schlußfolgerungen und Tendenzen

Der zunehmende Verstädterungsprozeß führt zur weiteren Konzentration der Menschen in den Ballungsgebieten. Andererseits läßt aber dieser Prozeß das Bedürfnis nach dem dezentralisierten Aufenthalt in unmittelbarer Natur- und Landschaftsbezogenheit entstehen. Die Aufgabe des Städtebauers ist es, diese Entwicklung im Erholungswesen zu untersuchen und in die Planung einzubeziehen. Voraussetzung für eine optimale Planung ist allerdings die Ermittlung meßbarer und vergleichbarer Qualitäts- und Quantitätseinheiten.

Was die Entwicklung der Unterkünfte betrifft, so ist anzunehmen, daß die traditionellen Stadthotels mit ihrem hohen Komfort für den Erholungsaufenthalt nicht an Bedeutung gewinnen werden. Das Hotel im Stadtzentrum wird vor allem Reiseziel für Dienstreisende und Touristen sein. Für den Aufenthalt der Familie werden in Zukunft immer mehr Ferienhotels und Motels im Erholungsgebiet an Bedeutung gewinnen.

Unter den Bedingungen des wachsenden Erholungsbedürfnisses kann sich auch das herkömmliche, an den Hauptverkehrsstraßen gelegene Motel bei einer landschaftlich reizvollen Umgebung von einer Rast- und Dienstleistungsstätte für den durchreisenden Autotouristen immer mehr zum Zielort des Erholungsaufenthaltes entwickeln.

Das Erholungsmotel als gesellschaftliche Unterkunftsform bietet dem Erholungsuchenden folgende Vorteile:

- bequeme Verkehrserschließung mit dem Auto
- Geräumigkeit für den Familienaufenthalt einschließlich Freiraumnutzung
- Naturverbundenheit
- Möglichkeiten der individuellen und gesellschaftlichen sportlichen Betätigung
- zwangloses Milieu der Selbstversorgung
- ökonomische Erstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung (die Kosten liegen beim Motel um mehr als 50 Prozent niedriger als beim Hotel).

In diesem Zusammenhang muß jedoch auch auf die breite Palette der Gestaltungsmöglichkeiten hingewiesen werden, die es bei der Schaffung von Erholungsunterkünften gibt. Neben einer Quantifizierung des Bedarfs ist hier eine qualitative Auswahl erforderlich.

Aus den unterschiedlichen Ansprüchen während der kurz- und langfristigen Erholungszeit hinsichtlich des Komforts und der Ausstattung mit kulturellen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen können auch Schlußfolgerungen für die bauliche Gestaltung der Unterkünfte gezogen werden.

Die in der Nähe von Siedlungszentren gelegenen Naherholungsgebiete, die speziell in der kurzfristigen Erholungszeit benutzt werden, eignen sich vor allem für die Ausstattung mit eingeschossigen Appartements. Diese Wahl ist schon bedingt durch das relativ beschränkte ökonomische Potential der Kreise und Gemeinden, die auf Grund des neuen Landeskulturgesetzes für die Planung von Naherholungsgebieten verantwortlich sind.

Die Erholungslandschaften von zentraler Bedeutung sind meist identisch mit den bevorzugten Ferien- und Urlaubsgebieten. Hier erlaubt die größere Ballung von Erholungsuchenden den Bau von komfortablen mehrgeschossigen Bettenhäusern und den dazugehörenden vielseitigen kulturellen und gesellschaftlichen Einrichtungen.

Die jeweilige örtliche Situation, die Größe des Baulandes und die ökonomischen Möglichkeiten bestimmen letztlich die Gestaltung eines Erholungsgebietes; dabei ist interessant, festzustellen, daß sich entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen auch mehr und mehr die Mischung verschiedener Unterkunftsformen als günstige Variante herausstellt. So sieht das französische Erholungsprojekt „la Grande Motte" an der Mittelmeerküste folgende Kapazitäten vor:

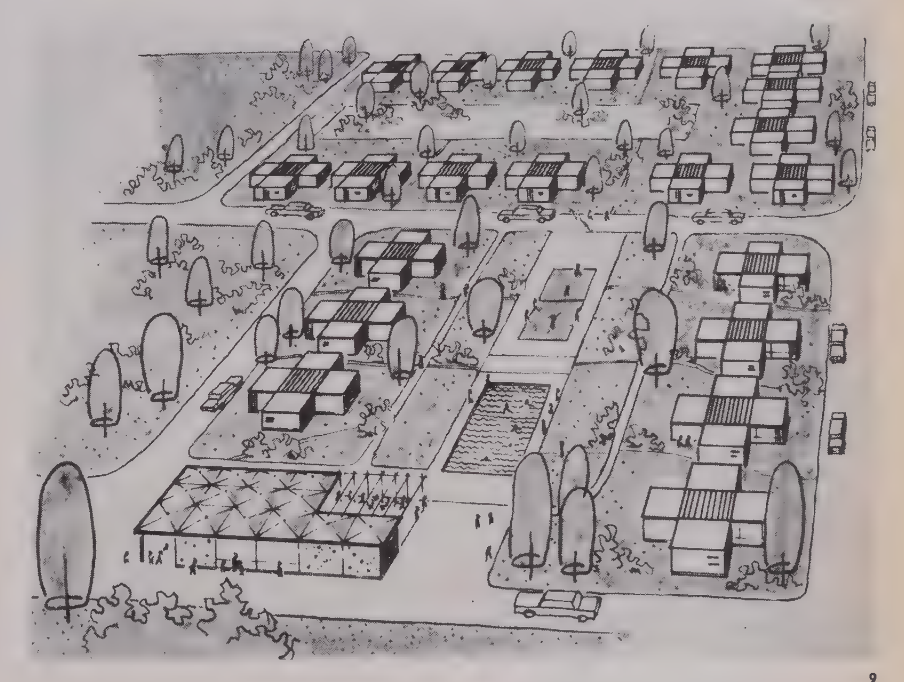
■ vorübergehende Unterkünfte (Touristenhotels)	10 000 Betten	(20 %)
■ individuelle Unterkünfte (eingeschossige Appartements)	10 000 Betten	(20 %)
■ gesellschaftliche Unterkünfte (mehrgeschossige Erholungsheime)	20 000 Betten	(40 %)
■ ständige Unterkünfte (eingeschossige Appartements)	5 000 Betten	(10 %)
■ Campingplätze	5 000 Betten	(10 %)

Abschließend kann gesagt werden, daß die Schaffung von Unterkünften eine bedeutende Voraussetzung für die weitere Entwicklung und Erschließung des natürlichen Erholungspotentials darstellt.

Dazu ist es jedoch notwendig, das Erholungswesen allgemein aus der lokalen Isolierung zu lösen und in ein ökonomisches und organisatorisches System der gesamten Volkswirtschaft einzubauen.

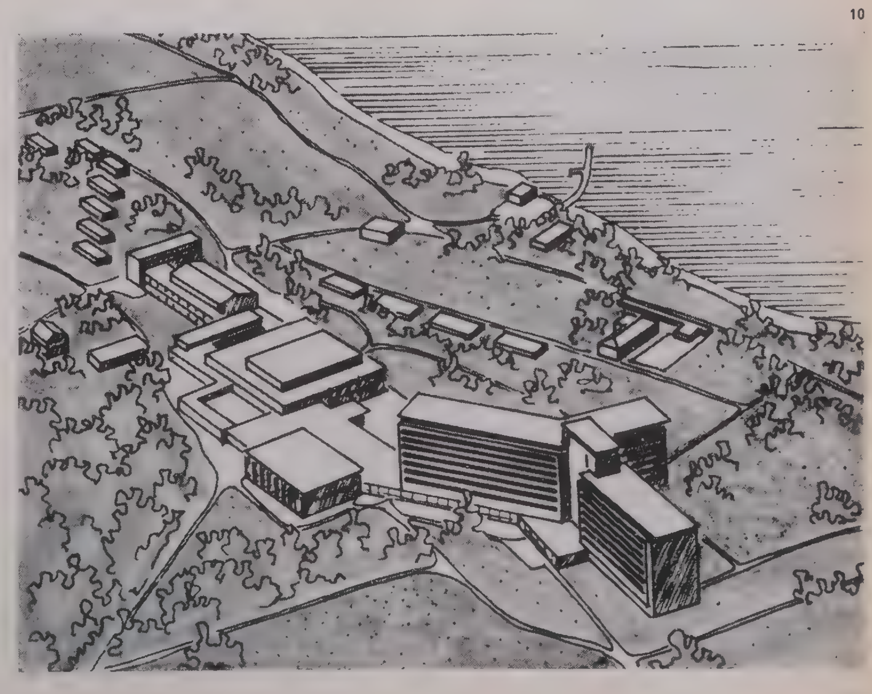


8



9

10





1

Gestaltung von Sportbootrastplätzen

Dr.-Ing. Gottfried Glieme, KDT

Sportbootverkehr und Erholungsplanung

Die starke Förderung des Massen- und Leistungssportes in der Deutschen Demokratischen Republik, der wachsende Drang der Jugend und der Werktätigen zur aktiven Erholung und nicht zuletzt das stetige Wachstum des Lebensstandards mit dem gesteigerten Bedürfnis zur Anschaffung eigener Straßenfahrzeuge, Boote und Campingausrüstungen führt zu einer starken Entwicklung des Wasserwanderns und damit des Sportbootverkehrs auf unseren Wasserstraßen.

Für die Planung von Rast- und Campingplätzen an den verschiedenen Wasserwanderwegen mit ihren unterschiedlichen Charakteristiken und für die Ausstattung dieser Rastplätze mit den notwendigen Anlagen zum Festmachen, Anlandnehmen, Zuwasserlassen, Warten, Reparieren und Lagern von Sportbooten ist die Kenntnis von der Entwicklung der Sportbootzahlen und -arten von ausschlaggebender Bedeutung (2).

Unter Charakteristik eines Wasserwanderweges wird seine geographische Lage zur Verkehrsquelle und zum Zielgebiet und seine Nutzbarkeit für die verschiedenen Bootsarten verstanden.

In Anlehnung an die Charakteristiken für Schiffshebeanlagen (1) können Wasserwanderwege in Gruppen mit folgenden Eigenschaften gegliedert werden:

Gruppe 1
Gewässer, die ausschließlich in Naherholungsgebiete führen

Gruppe 2
Gewässer, die den Zugang zu reizvollen und ausgedehnten Wanderstrecken und zu großräumigen Zielgebieten (Fernziele) darstellen

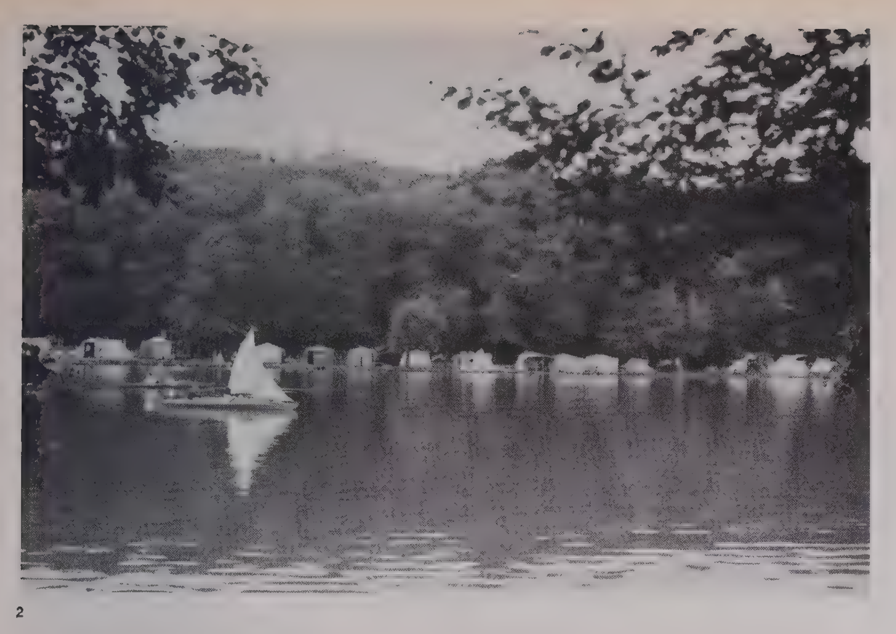
Gruppe 3
Gewässer, die innerhalb von Naherholungsgebieten liegen

Gruppe 4
Gewässer, die innerhalb eines großräumigen Wander- und Zielgebietes liegen

Gruppe 5
Gewässer, die sowohl zu Naherholungsgebieten als auch zu Fernzielen führen.

Entsprechend diesen Kriterien sind die Standorte der Rastplätze, ihre Entfernung untereinander und ihre Gesamtausrüstung zu wählen. Gewässer der 1. Gruppe werden meist ohne Unterbrechung bis zum Ziel durchfahren und benötigen keine Rastplätze, während die der Gruppe 2 in zumutbaren Entfernungen Rastplätze mit verkehrs- und versorgungstechnischen Ausrüstungen und Übernachtungsmöglichkeiten für einen Teil der Wassersportler (meist nur für eine Nacht) aufweisen müssen. Die Gruppe 5 stellt eine Kombination der Gruppen 1 und 2 dar. Bei gleichem Ausgangspunkt für das Nah- und Fernziel sind Rastplätze erst zwischen beiden notwendig. Gewässer der Gruppen 3 und 4 sollten Rast- oder Campingplätze an landschaftlich schönen und hygienisch einwandfreien, bioklimatisch, verkehrs- und versorgungstechnisch günstig gelegenen Stellen erhalten. Ihr gegenseitiger Abstand darf nicht größer sein als die vom langsamsten Sportfahrzeug je Tag zu bewältigende Strecke, um bei größeren Gebieten Wander- und Rundfahrten zu ermöglichen. Die Ausstattung richtet sich nach der zu erwartenden Aufenthaltsdauer auf diesem Platz.

Der Bootsbestand in der DDR-Hauptstadt Berlin entwickelte sich von 19 700 Sportbooten im Jahre 1954 auf 29 200 im Jahre 1965 (1). In der gesamten Republik wurde 1965 der Sportbootbestand auf 118 600 geschätzt (etwa 150 Einwohnern/Boot). Entsprechend der Landschaftsform konzentrieren sich Bootsbestand und Sportbootverkehr auf die Bezirke Potsdam, Neubrandenburg, Schwerin, Frankfurt und Rostock mit Müritz-Elde-, Müritz-Havel-, Obere Havel-, Untere Havel-Wasserstraße, Spree, Berliner Gewässer einschließlich der abzweigenden und verbindenden Gewässer. Auf den Binnengewässern der Nordbezirke der DDR hat der Sportbootverkehr in den Saisonmonaten Mai bis August sehr stark zugenommen. In Jahren mit extremen Witterungsbedingungen treten selbstverständlich auch Maxima und Minima der Sportbootzahlen auf. Außerdem wirken sich politische Ereignisse auf die Stärke des Sportbootverkehrs aus. Da sich diese Faktoren nicht vorausbestim-



2

1|2
Bereits acht Prozent der Bevölkerung nutzen die Erholungsmöglichkeiten, die der aktive Wassersport bietet.

men lassen, ist eine Prognose nur mit Hilfe von Trendberechnungen und Schätzungen möglich.

Die Zusammensetzung des Sportbootstromes und die Entwicklung der Bootsarten sind abhängig von der Lage der Wasserwandergebiete zu Verkehrsaufkommensquellen und Zielgebieten. Man erkennt die durch die Gewässercharakteristik hervorgerufenen Unterschiede. Fast überall ist ein leichter Rückgang der Anzahl von Ruder- und Paddelbooten und dafür ein Ansteigen der Motorbootzahlen zu verzeichnen. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung an Schleusen zu beobachten, die den Zugang zu Naherholungszentren darstellen (Gruppe 1). Es ist zu erwarten, daß dieser Drang zum mittelgroßen und großen motorisierten Wasserfahrzeug auch weiterhin anhält. Auf den Gewässern der Gruppen 1 und 3 ist der Anteil der Kleinboote ohne Übernachtungsmöglichkeit gering (z. B. Zählstelle Schleuse Marienthal), während er auf Gewässern der Gruppe 2 schon größer ist (z. B. an den Schleusen Liebenwalde, Bredereiche und Fürstenberg) und auf denen der Gruppe 4 einen Höchstwert erreicht (z. B. Schleusen Steinhavel und Canow).

Auf den Gewässern der Gruppen 1 und 3 beginnt die Wassersportsaison bei günstiger Witterung bereits an den Wochenenden und Feiertagen im Mai und endet fast schlagartig mit den letzten Augusttagen. Im Juli und August tritt auch an den Werktagen ein geringer Sportbootverkehr auf, der jedoch unter der Wochenendstärke bleibt. Gewässer der Gruppen 2 und 4 werden fast ausschließlich im Juli und August belastet (Schulferien), wobei bisher tägliche Spitzenwerte bis zu 700 Prozent vom Tagesmittel bei Gruppe 2 und bis zu 400 Prozent bei Gruppe 4 aufgetreten sind.

Gestaltung von Sportbootrast- und Campingplätzen

Zur Befriedigung der Bedürfnisse der Wassersportler, zur Vergrößerung der Freude am Wassersport und zur Erhöhung des Erholungsgrades sollen in den genannten Bezirken zahlreiche Rast- und Zeltplätze für Wasserwanderer eingerichtet und mit einem Mindestkomfort ausgestattet werden. Ein solcher Rast- und Campingplatz sollte im allgemeinen folgende Komplexe umfassen:

- Bootsliegestellen und -lager mit Einrichtungen zum Anlandnehmen und Zuwasserbringen
- Wohnkomplex mit festen Gebäuden und Zeltplatz
- Versorgungs-, Verwaltungs- und Service-Komplex mit Verkaufs-, Post-, Reparatur-, Koch-, Abwasch-, Bügel-, Trocken-, Aufenthalts- und Sanitätseinrichtungen
- Sanitärkomplex mit Wasch-, Toiletten- und Kläreinrichtungen und Müllsammelstellen
- Sport- und Spielflächen, Badestelle
- Parkplatz für Pkw und Bootsanhänger.

Die Größe der Gesamtanlage und der Umfang der Ausrüstung mit den einzelnen Komplexen sind abhängig von dem zur Verfügung stehenden Gelände beziehungsweise von der vorgesehenen Kapazität, von der Charakteristik des Gewässers (Gruppe 1 bis 5) und den damit in Zusammenhang stehenden Parametern des Sportbootstromes und von der Lage des Rastplatzes zur nächsten Ortschaft. Abgesehen von Sanitäreinrichtungen stehen selbstverständlich ökonomische Gesichtspunkte im Vordergrund. Die vorgeschlagene Kapazität von Rastplätzen für 50 Personen erscheint als zu klein (3).

An Gewässern der Gruppe 2 im genannten Bereich kann man im Saisondurchschnitt täglich mit 20 bis 30 und maximal mit 120 bis 140 Booten rechnen. Die durchschnittliche Personenzahl je Boot dürfte etwa bei 2 liegen. Demzufolge ist auch für diese Plätze die Ausstattungsstufe II bis III vorauszusehen (2). Campingplätze in Naherholungsgebieten sind je nach Größe entsprechend der Ausstattungsstufe III bis IV und Campingplätze in Urlaubsgebieten (Fernziele) nach den Ausstattungsstufen IV, V und VI anzulegen. Auf jeden Fall ist größter Wert auf die Sanitäreinrichtungen und auf verkehrs- und betriebssichere Liegeplätze für die Sportboote zu legen. Für Boote, die im Wasser verbleiben, sind Liegestellen außerhalb des Fahrwassers oder vorhandener Strömungen anzuordnen (in Ufereinbuchtung ungeschützt vor Wellen vorbeifahrender Schiffe und Boote, in durch einen Trenndamm geschützte Ufereinbuchtung oder in einem künstlich geschaffenen Becken mit schmaler Zufahrt zum durchgehenden Gewässer).

Die erste Variante erfordert den wenigsten Platz. Die Variante 2 hat einen etwa dreimal so großen Platzbedarf wie Variante 1, dagegen werden für Variante 3 nur 170 bis 200 Prozent der Variante 1 benötigt. Innerhalb jeder Variante spielt die Anordnung des einzelnen Bootes auch eine Rolle. Hintereinander parallel zum Ufer festgemacht, benötigen sie den wenigsten Platz (3). Der Flächenbedarf ist jedoch für die Wahl der Liegestellenform nicht allein entscheidend. Vorhandene Gelände- und Uferform, Entfernung der vorbeifahrenden Schiffe und Boote und erforderliche Baumaßnahmen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Die Ufer sind so auszubauen, daß die Boote sicher festgemacht werden und liegen und daß die Personen gefahrlos ein- und aussteigen können. Dazu ist es erforderlich, die Ufer senkrecht und möglichst glatt, zum Beispiel aus Stahlbetonfertigteilen, herzustellen oder als Holzpfahlwand auszubilden. Der obere Abschluß sollte nicht mehr als 0,50 m über dem Wasserspiegel liegen. An das Uferbauwerk muß sich ein mindestens 1,50 m breiter horizontaler Weg anschließen. Höher gelegene Gelände müssen durch Treppen und Rampen mit dem Weg verbunden sein.

Das Anlandnehmen und Zuwasserbringen von Kleinbooten (Faltbooten) erfordert keine technischen Einrichtungen auf Rast- und Campingplätzen. Mit größeren Booten müssen diese Arbeiten nur in bestimmten Fällen durchgeführt werden (Reparaturen, An- und Abreise des Bootes mit einem Straßenfahrzeug zum und vom Campingplatz, Trockenlagerung des Bootes in dafür vorgesehenen Schuppen). Schrauben- und Steuerreparaturen können jederzeit und an jedem Ort notwendig werden. Deshalb ist es erforderlich, daß auf Rastplätzen an Gewässern der Gruppe 2 jeder zweite oder dritte mit dazu geeigneten Einrichtungen ausgestattet wird. Der Straßentransport von Booten wird sich nur auf Plätzen mit direktem und gutem Fernstraßenanschluß und die Trockenlagerung auf Ausnahmen (z. B. ganzjährig benutzte Erholungseinrichtungen) beschränken. Für Reparaturen genügen im allgemeinen Bootsschleppen. Zum Ab- und Aufsetzen von und auf Straßenfahrzeuge eignen sich Davits und kleine Portalkrane mit Laufkatze (3).

An Freiflächen wird Gelände für den Zeltplatz, für Sport- und Spielplätze, für Wege, Parkplätze und für die Lagerung von Booten benötigt. Je nach Größe der Gesamtanlage sind die Flächen für Dauer- und Kurzzeitzeltler getrennt anzuordnen. Die Größe einer Dauerzeltstelle beträgt 60 m² und die einer Kurzzeitzeltstelle 30 m² einschließlich Wege, Gebäude und Kleinsportanlage. Es werden dafür pauschal 100 bis 150 m² angegeben (2). Die Kleinsportanlage mit Feldern für Fuß-, Hand-, Feder- und Volleyball mit den Abmessungen 36 m × 24 m und der Kinderspielplatz mit Spielgeräten und Planschbecken (22 m mal 10 m) sollten auf keinem Campingplatz fehlen (3). Die Anlage eines Parkplatzes ist auf den Campingplätzen notwendig, die eine Anreise der Wassersportler mit eigenem Wagen erwarten lassen. Je Fahrzeug werden etwa 25 m² Parkfläche benötigt. Die Parkplatzgröße sollte reichlich bemessen werden, damit ein wildes Parken auf Wegen oder gar zwischen den Zelten verhindert wird. Als Befestigungsmittel werden Beton-Gras- oder Beton-Wabenplatten vorgeschlagen, die sowohl eine feste Fahrbahn als auch eine grüne, die Staubentwicklung hemmende Fläche bilden. Der Parkplatz soll zur Vermeidung von Geräusch- und Abgasbelästigungen 100 bis 200 m vom Campingplatz entfernt und von Buschwerk und Bäumen als Schattenspender umgeben sein. Sport- und Spielplätze sind zwar nicht unmittelbar auf dem Zeltgelände, aber dennoch so anzuordnen, daß Kinder leicht



3



4

5

3
Campingplatz am Seeufer

4
Motel Dresden

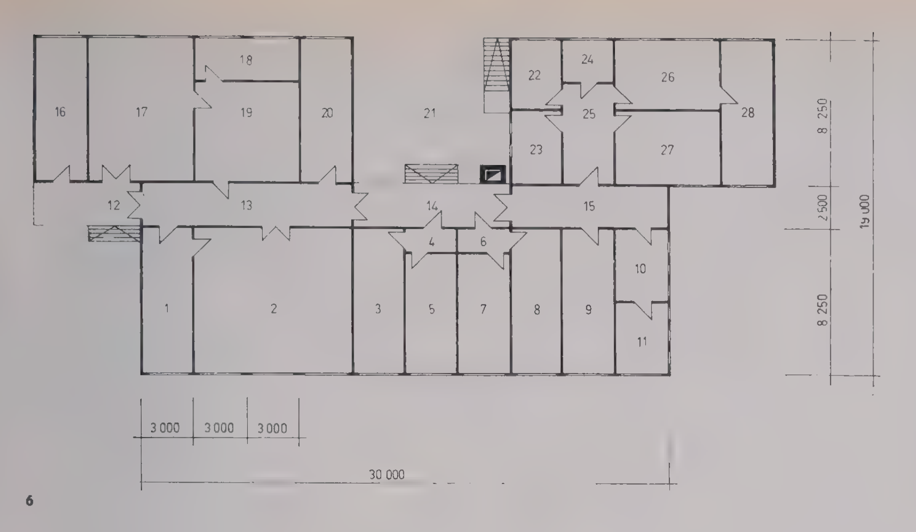
5
Kindergartengebäude aus Raumzellen der Hoch- und Tiefbau KG Niesky

6
Grundrißvorschlag eines Rast- und Campingplatzgebäudes aus Nieskyer Zellen für Bestausstattung bei 150 bis 250 Personen Platzkapazität
1 Koch- und Abwaschraum
2 Aufenthalts- und Klubraum
3 Herrenwaschraum
4 5 Herrentoilette
6 7 Damentoilette
8 Damenwaschraum
9 Verwaltung, Anmeldung
10 Bügelraum
11 Trockenraum
12/14 Überdachter Außengang
13/15 Flur
16 Sanitätsraum
17/18/19 Verkaufsstelle
20 Post
21 Innenhof
22 bis 28 Platzwartwohnung

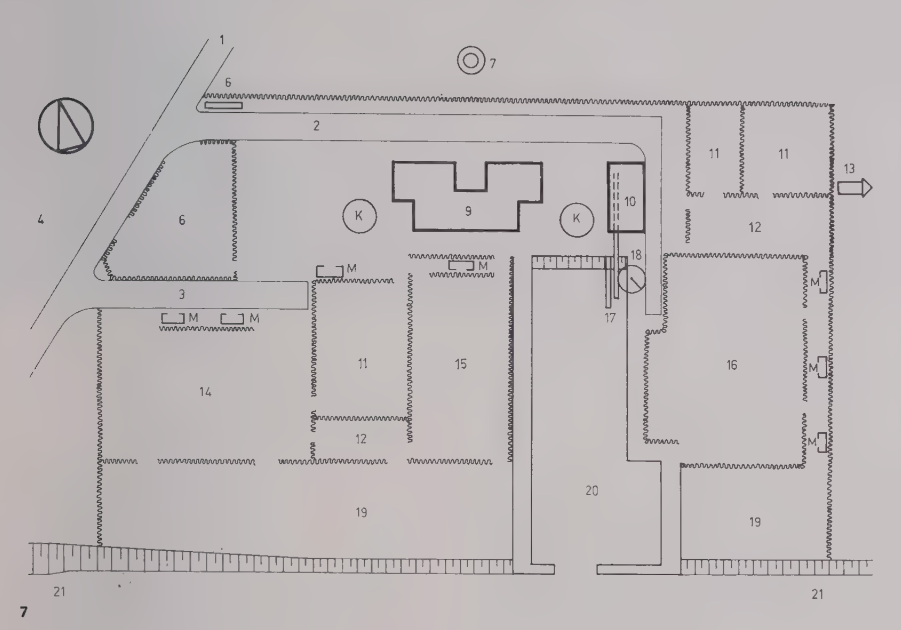
7
Entwurf eines Rast- und Campingplatzes in ortsferner Lage mit Bestausstattung

8
Entwurf eines Rast- und Campingplatzes in ortsnaher Lage

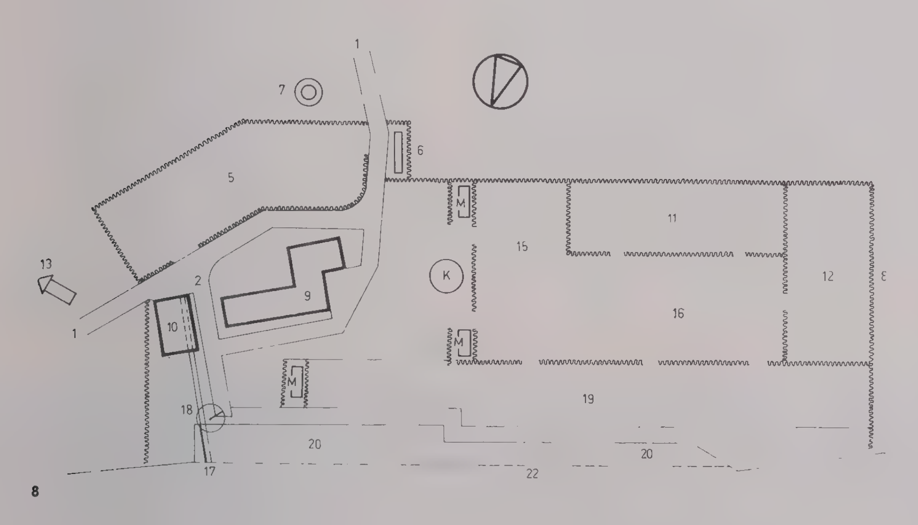
Legende zu 7 und 8
1 Öffentlicher Weg, Zufahrt zum Campingplatz
2 Zufahrt innerhalb des Zeltplatzes
3 Zufahrt zum Platz der Wohnwagen
4 Erweiterungsfläche (besonders für Parkplatz)
5 Parkplatz
6 Tankboxen
7 Wasserhochbehälter
8 Erweiterungsfläche (Aufstellfläche für Campinghäuser)
9 Zentrales Rastplatzgebäude mit Platzwartwohnung
10 Bootsschuppen, Werkstatt
11 Sportfläche
12 Kinderspielplatz
13 Abwasser-Oberflächenverrieselung
14 Platz für Wohnwagen
15 Zeltplatz für Kurzzeltler
16 Zeltplatz für Dauerzeltler
17 Bootssteg und Aufslippanlage
18 Kleiner Kran
19 Liegewiese
20 Bootshafen
21 Gewässer
22 Bootsliegegrenze
K Außenkochanlage mit Geschirrspüle
M Müllbox



6



7



8

zu beaufsichtigen sind. In die gesamte Freifläche ist entsprechend den örtlichen Gegebenheiten vorhandener Baumbestand (evtl. durch Ergänzung) so einzubeziehen, daß günstige bioklimatische Verhältnisse erhalten oder geschaffen werden und eine sinnvolle Gliederung der Gesamtanlage erfolgt.

Zur Unterbringung der sanitären Anlagen, Versorgungs- und Verwaltungseinrichtungen, der Platzwartwohnung und der Wasser- und Energieversorgungsanlagen wird die Errichtung eines zentralen Gebäudes vorgeschlagen (3). Welche Einrichtungen in diesem Gebäude unterzubringen sind, richtet sich nach der Größenordnung des Platzes und seiner Lage zur nächsten Ortschaft. Grundsätzlich sind die von Otto in „Deutsche Architektur" Heft 9, 1967, Seite 562, unter „Klassifikation der Zeltplätze nach Größen und Ausstattungsstufen" aufgeführten Funktionsobjekte vorzusehen. Die Ausstattungsstufe I entspricht nicht den persönlichen und hygienischen Bedürfnissen der Wassersportler und sollte deshalb durch die Ausstattungsstufen II und III ersetzt werden. Grundsätzlich werden Spültoiletten gefordert. Die Realisierung dieser Forderung wäre selbstverständlich zu begrüßen, denn gegenwärtig sind diesbezüglich teilweise noch recht schlechte Verhältnisse anzutreffen. Die Kosten für solche Anlagen liegen zwar erheblich über denen für Trockenaborte, jedoch mit Hilfe der Furchenverrieselung lassen sich für Plätze ab 150 Personen die Kosten in erträglichen Grenzen halten. Versuche mit Furchenverrieselung haben bei richtiger Anlage des Rieselfeldes zu guten Ergebnissen geführt (5).

Zur Versorgung eines Rast- und Campingplatzes mit Wasser für 150 bis 250 Personen werden täglich 15 bis 25 m^3 Trink- und Brauchwasser benötigt (3), das entweder aus dem Netz eines nahegelegenen Ortes oder aus einem dafür angelegten Brunnen entnommen werden muß. Um den Bedarf in den Spitzenverbrauchszeiten decken zu können, ist ein Vorratsbehälter (Hochbehälter) mit etwa 5 m^3 Inhalt notwendig.

Entsprechend den nach einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen entwickelten Raumabmessungen und Grundtypen für Gebäude auf Rastplätzen wird empfohlen, derartige Einrichtungen in Zellenbauweise zu errichten (3). Dadurch ist es möglich, je nach Bedarf das Gesamtobjekt zu komplettieren und einzelne Gruppen (Wohnungs-, Versorgungs-, Verwaltungs-, Sanitärblock) je nach Gebäudebeschaffenheit und Gestaltungswünschen einzeln, in loser Verbindung (durch offene überdachte Gänge) oder kompakt anzuordnen. In solcher Zellenbauweise sind mit westdeutschen Elementen das Motel Dresden (Abb. 4) und mit Zellen der Firma Hoch- und Tiefbau KG Niesky ein Kindergarten in Dresden–Gruna (Abb. 5) errichtet worden. Die Nieskyer Bauweise gestattet eine zweigeschossige Bauweise, eine sehr variable Wandgestaltung mit Türen und Fenstern und eine fast beliebige Raumtrennung. Die Raumzellen haben ein Rastermaß von 8250 mm mal 3000 mm und eine nutzbare Innenfläche von etwa 27 m^2. Ihr Gewicht beträgt 16 Mp. Die Investitionskosten je m^3 umbauter Raum betragen etwa 550 bis 600 M (6). Beim Bau des Kindergartens ist eine Montagetechnologie entwickelt worden, die es gestattet, die Einzelzellen ohne Kran mit einer Aufzugswinde vom Straßentransportfahrzeug zu ziehen und auf die vorbereiteten Streifenfundamente zu setzen. Abbildung 6 zeigt als Grundrißskizze einen Vorschlag, wie ein Rast- und Campingplatzgebäude für 150 bis 250 Personen Platzkapazität mit Bestausstattung in Nieskyer Zellenbauweise aussehen könnte. Auf Bild 7 wird dieses Gebäude in einen ortsfernen Campingplatz an der Müritz-Elde-Wasserstraße eingeordnet (4).

Einen ortsnahen Platz (4) mit dem entsprechenden Gebäude in Zellenbauweise stellt Abbildung 8 dar (4). Beide Plätze sind ebenfalls für eine Kapazität von 150 bis 250 Personen ausgelegt.

Literatur:

(1) Untersuchung des derzeitigen Standes und der Entwicklungstendenzen der an Staustufen vorhandenen Anlagen für den Sportboot- und Kleinfahrzeugverkehr unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrssicherheit und der Vermeidung längerer Aufenthalte sowie größerer Wasserverluste.

Abschlußbericht einer Forschungsarbeit. Bearbeiter: Prof. Dr. Engelke, angefertigt an der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List" Dresden, Lehrstuhl für Verkehrswasserbau, März 1966, unveröffentlicht

(2) Otto: Klassifizierung der Zeltplätze (Entwurf), in: Deutsche Architektur Heft 9/1967, S. 561

(3) Ebermann: Entwurf von Sportbootrastplätzen. Diplomarbeit, angefertigt an der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List" Dresden, Lehrstuhl für Verkehrswasserbau, Dezember 1967, unveröffentlicht

(4) Hygienische Richtlinien für Einrichtungen des Erholungswesens. Bezirks-Hygiene-Institut Schwerin, 1965

(5) Gruhler, Böhme: Beseitigung der Abwässer aus Zeltplätzen, in: Wasserwirtschaft – Wassertechnik Heft 7/1967, S. 232

(6) Janetzko: Raumelementebauweise beim Bau des ersten Motels der DDR, in: Bauzeitung Heft 5/1969, S. 252

1

Erweiterung des Urlauberdorfes Klink

Architekt BDA Manfred Lüdke
VEB Industriebau Neubrandenburg

Projektant: VEB Industriebau Neubrandenburg

Bauausführung: VEB Wohnungsbaukombinat Neubrandenburg Betriebsteil Malchin

Entwurf: Architekt BDA Manfred Lüdke, Dipl.-Ing. Kurt Krüger, Architekt BDA Harald Heyde, Innengestaltung

Statik und Konstruktion: Ingenieur Kurt Ihloff, Dipl.-Ing. Joachim Töpfer

Heizung, Lüftung, Sanitärtechnik: Ingenieur Hans Fuchs, Ingenieur Reinhard Pobel

Elektroinstallation: Ingenieur Arndt Ostermann

Der Feriendienst der Gewerkschaften baut am Westufer der Müritz (Bezirk Neubrandenburg) ein neues FDGB-Erholungsheim, mit dem die bereits bestehende Urlaubersiedlung „Völkerfreundschaft" noch attraktiver wird. 1973 soll die gesamte Anlage zur Nutzung übergeben werden.

Die Müritzseenplatte gehört zum größten Potential des Erholungswesens im Bezirk Neubrandenburg. Damit werden auch an die Landschaftsgestaltung, den Städtebau und die Architektur neue Maßstäbe gestellt. Die neue Qualität muß sich besonders in einem hohen Nutzeffekt der gesamten Anlage auswirken. Die Kapazität soll um etwa 1000 Plätze erweitert und eine ganzjährige Nutzung angestrebt werden. Dem jetzigen Entwurf gingen umfangreiche territoriale Studien und Variantenuntersuchungen für die städtebaulichen Lösungen voraus. Mit dem neuen Gebäudekomplex sollte eine funktionelle und gestalterische Einheit mit der bestehenden Anlage gefunden werden. Die bereits vorhandenen Wirtschaftseinrichtungen sollen rekonstruiert und als öffentliche Gaststätte eingerichtet werden. Durch den Bau eines neuen Küchengebäudes erhöht sich die Kapazität um 2200 Vollportionen.

Neben dem neuen Küchengebäude befindet sich der neue Speisesaal mit etwa 550 Plätzen. Dieser Saal ist zum Teil für Kellnerbedienung und zum Teil für Selbstbedienung vorgesehen. Sämtliche gastrono-

2



1
Modell des Urlauberdorfes

2
Blick auf das Bettenhaus, die Schwimmhalle und die gesellschaftlichen Einrichtungen

3
Die bestehende Urlaubersiedlung umfaßt 50 Sommerbungalows und vier zweigeschossige Bettenhäuser.

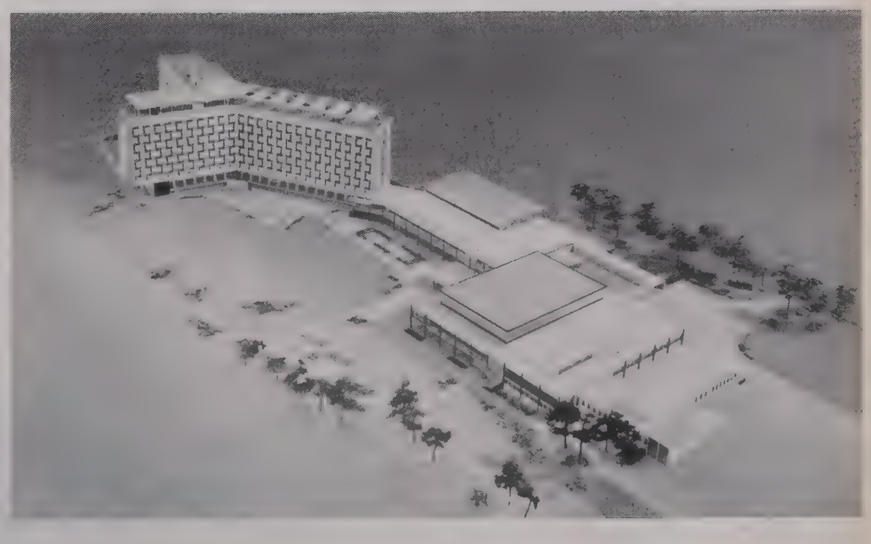
4
Blick auf die Müritz

5
Modell der Erweiterung. Blick von Osten

misch nicht betreuten Klubräume wurden ebenfalls diesem Bereich zugeordnet. Weiterhin ist eine neue Milchbar mit 100 Plätzen im Innenraum und zusätzlichen Terrassenplätzen vorgesehen. Die Schwimmhalle wurde in einem gesonderten Baukörper untergebracht. Sie enthält neben dem Schwimmbecken ein Becken für Vorschulkinder und Nichtschwimmer. Durch eine raumhohe Glasfront ist die Schwimmhalle von der Passage getrennt. Die Passage beginnt vor dem Eingang zum Speisesaal und endet im Bereich der zentralen Aufzugsanlage und der Empfangshalle des Y-förmigen Bettenhauskörpers. In diesem Komplex werden weiterhin eine ständige Verkaufsausstellung des VEB Zentrum Bildende Kunst, Neubrandenburg, ein Verkaufsbasar, eine Volksbuchhandlung, ein Frisiersalon, eine Annahme für Dienstleistungen sowie ein Stützpunkt der Post und der Reichsbahn untergebracht. Zur aktiven Erholung stehen Gymnastikräume und Räume für Tischtennis und Billard zur Verfügung. Zum prophylaktischen Gesundheitsschutz werden ein Wassertretbecken, eine Sauna, Unterwasserdruckstrahlmassage, Bestrahlungseinrichtungen und medizinische Wannenbäder in Verbindung mit einem Stützpunkt des sportmedizinischen Dienstes eingerichtet. Auf dem Dachgeschoß bieten eine Dachgaststätte mit einer Aussichtsplattform sowie Liegeterrassen einen weiten Blick auf die Seenplatte. Kinderspielräume und Einrichtungen für künstlerische Selbstbetätigung wurden in das Programm mit aufgenommen.
An den 33,80 m hohen Gleitkern grenzen drei siebengeschossige Bettenhausflügel. Sie werden in der Großblockbauweise 0,8 Mp montiert. Sämtliche Urlauberzimmer werden mit Hoteltypenmöbeln ausgestattet und erhalten eine Sanitärzelle mit Dusche, WC und Waschbecken. Im Erschließungskern befinden sich vier Personenaufzüge für je zwölf Personen und ein Lastenaufzug, der sich auch zum eventuellen Krankentransport eignet. Die Riegel der Stahlbetonstockwerksrahmen über dem Erdgeschoß bilden die Montageebene für die sieben darüberliegenden Bettengeschosse. Das Sockel- und Erdgeschoß wird in monolithischer Bauweise hergestellt. Sämtliche Flachbauten sowie die Dachgestaltung über dem Bettenhauskörper werden in einer leichten Stahlbauweise, alle Geschoß- und Dachdecken mit Stahlbetonfertigteilplatten ausgeführt. Die Beheizung erfolgt über eine Fernheizleitung von einem Ölheizwerk. Eine neue Zufahrtsstraße, ausreichende Parkplätze, neue gärtnerische Anlagen, die Erweiterung der Strandflächen sowie eine etwa 800 m lange Strandpromenade zum ehemaligen Schloß Klink gehören ebenfalls zum Programm.


3


4

5




Erweiterung eines Ferienheimes

Bettenhaus „Haus Aktivist“ Oberwiesenthal

Hanns Haueisen, Chefarchitekt

Bautechnischer Projektant:	VE Bau- und Montagekombinat Süd Betriebsteil Industrieprojektierung Zwickau
Studie:	Chefarchitekt Hanns Haueisen Architekt Hubertus Firley
Leitung:	Architekt Günter Klotz
Entwurf:	Architekt Helmut Schmidt
Statik:	Bauingenieur Eberhard Roßner
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Lothar Liebig
Sanitärtechnik:	Ingenieur Wolfgang Zschenderlein
Heizungsanlage:	Ingenieur Günther Gruschwitz
Licht- und Kraftinstallation:	PGH Elektrotechnik Aue/Schwarzenberg, BA Glauchau
Innenausbau:	VEB Innenprojekt Halle
Hauptauftragnehmer Bau:	Bau- und Montagebetrieb SDAG Wismut Ronneburg

2

1
Blick von Südosten

3
Blick von Südwesten

2
Lageplan
1 Erholungsheim „Aktivist“
2 Erweiterung Bettenhaus
3 Schwimmhalle (geplant)
4 Talstation der Fichtelberg-Schwebebahn

Bei der Rekonstruktion des vorhandenen Ferienheimes „Haus Aktivist“ in Oberwiesenthal wurde von der IG Wismut eine Erweiterung der vorhandenen Bettenkapazität gefordert, da die vorhandenen gastronomischen Einrichtungen im Altbau und die Räume für die kulturelle Betreuung für eine zusätzliche Bettenkapazität ausreichen. Durch Umgestaltung und geringe Erweiterungen dieser vorhandenen Bereiche ist die Versorgung und Betreuung gewährleistet.

Der Auftraggeber hat weiterhin geplant, den Komplex durch Einrichtungen für sportliche Betätigung zu ergänzen. Unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten wurde ein fünfgeschossiger Baukörper vorgesehen.

Das Bettenhaus wurde als zweihüftige Anlage ausgebildet. In den drei oberen Geschossen befinden sich die Aufenthalts- und Schlafräume. Das funktionelle Raumschema entspricht einer Hotelsektion. Über die angeordnete Doppeltür können nach Bedarf im Vorraum zwei Sektionen zu einem Appartement verbunden werden.

Im Erdgeschoß erfolgt die Anbindung zum Hauptgebäude über einen vollverglasten Zwischenbau. Diese Ebene gehört zum kulturellen und gastronomischen Bereich des Komplexes.

Der vorhandene Baumbestand wurde weitestgehend erhalten.

Geländebedingt erfolgt eine zusätzliche Erschließung des Gebäudes über einen Nebeneingang im Untergeschoß. Hier befinden sich unter anderem folgende Funktionsbereiche:

- Ski-Ausleihstation mit Werkstatt
- Sauna
- Pförtner
- Damen- und Herrenfriseur
- Wohnung des Heimleiters

Die Teilunterkellerung beinhaltet Räume der Gebäudetechnik.

Für die tragenden Quer- und Längswände wurde nach Abstimmung mit dem ausfüh-

3



4 Blick auf den Erweiterungsbau. Im Hintergrund der Fichtelberg mit Schwebebahn und Fichtelberghaus

5 Verbindungsgang



renden Betrieb unter Berücksichtigung der Terminstellung, starker Geländeneigung und materialtechnischer Gegebenheiten Mauerwerk verwendet. Die Geschoßdecken sowie Teile des Ausbaues sind aus Fertigteilen montiert. Alle Fundamente wurden in Ortbeton ausgeführt.

Das Warmdach erhielt eine fünfprozentige Neigung mit Innenentwässerung. Die Wärmedämmung und Dachhautausbildung wurden den extremen Witterungsbedingungen angepaßt.

Die bestimmenden Materialien der äußeren Gestaltung des Hauptgebäudes (Bruchstein und Holzverschalung) entsprechen den landschaftlichen Bedingungen und wurden bei der Erweiterung wieder angewandt. Die Pfeilerelemente sind aus hellem Kunststein als Fertigteil montiert, die horizontalen Brüstungsbänder wurden mit Holz verkleidet. Das mit Bruchstein verblendete Sockelgeschoß ist als Kontrast zu den oberen Geschossen um 30 mm zurückgesetzt. Die Fenster erhielten außen eine Thermoverglasung und eine zusätzliche innere Einscheibenverglasung. Zwischen den Scheiben befindet sich eine nach außen entlüftbare Sonnenschutzjalousie. Für die Gestaltung der Innenräume war VEB Innenprojekt Halle verantwortlich.

Der Heizungsanschluß erfolgt über die bestehende erweiterte Zentrale unter Verwendung einer Pumpenwarmwasserheizung 90/70 °C, die als Zweirohrsystem mit unterer Verteilung arbeitet.

Radiatoren wurden für die Bettenräume installiert. Die Sanitärzellen werden mit Warmluft beheizt und entlüftet, sie enthalten außer WC und Waschbecken (Kalt- und Warmwasser) überwiegend Duschen, zum Teil Wannenbäder.

Teilmontierte schallgedämmte Installationsschächte dienen der Rohrleitungsführung und Lüftung.



6



7

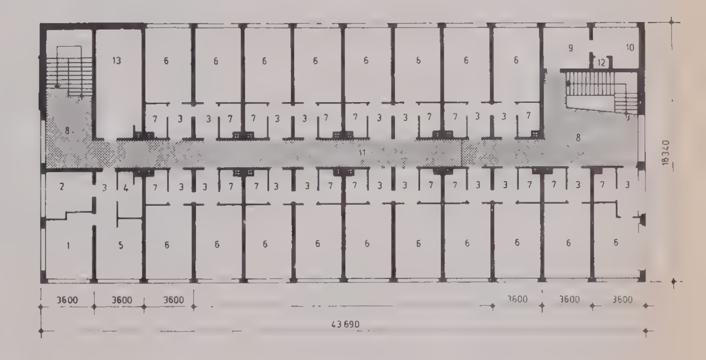
6
Natursteinverkleidung und Holzverblendung sind die wesentlichen Gestaltungselemente der Fassaden.

7
Blick aus dem Verbindungsgang

8
Podest im Treppenflur

10
Sektionen 1 : 100

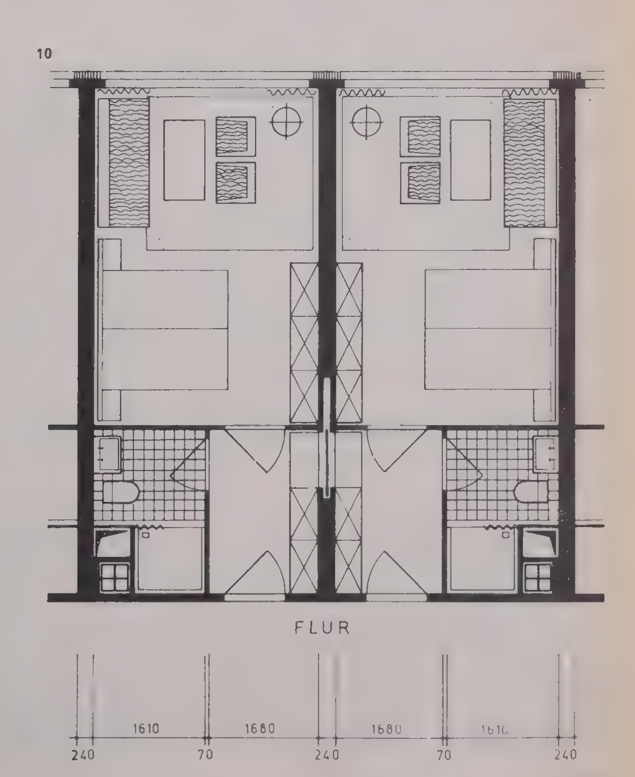
9
Normalgeschoß 1 : 500
1 Aufenthaltsraum
2 Kinderzimmer
3 Vorraum
4 Bad/WC
5 Schlafraum
6 Aufenthaltsraum
7 Brause/WC
8 Treppenflur
9 Reinigungskräfte
10 Wäschelager
11 Gang
12 Aufzug
13 Bügelraum



8



10



Die Einbeziehung von Denkmälern in die Erholungsplanung des Bezirkes Erfurt

Dipl.-Ök. Bauingenieur Kurt Weinrich, BDA
1. Stellvertreter des Bezirksarchitekten Erfurt



Schloß Molsdorf

1 Südansicht (Zustand vor der Restaurierung)

Referat auf der Jahrestagung der Zentralen Fachgruppe Denkmalspflege des Bundes Deutscher Architekten am 13. 5. 1970 im Schloß Reinhardsbrunn

Die diesjährige Arbeitsberatung der Zentralen Arbeitsgruppe des Bundes Deutscher Architekten fand in Reinhardsbrunn und Erfurt am 13. und 14. Mai 1970 statt. Die schon im Vorjahr aufgestellten „Thesen zur städtebaulichen Einbeziehung und zur kulturellen und ökonomischen Nutzung der wertvollen historischen Bausubstanz bei der Rekonstruktion der Städte und Dörfer der DDR" wurden nochmals beraten und sollen dem VI. Bundeskongreß des BDA vorgelegt werden. Der Stellvertreter des Bezirksarchitekten von Erfurt, Dipl.-Ök. Weinrich, wies in seinem Bericht auf den hohen ökonomischen Gewinn hin, der im Bezirk Erfurt durch die Einbeziehung der Baudenkmäler in die Erholungsplanung erreicht wurde. Die Tagung fand in einem der lukrativsten Objekte des Bezirks, in dem zu den Reisebüro-Hotels zählenden Schloß Reinhardsbrunn/Friedrichroda, statt. Dieses in einem großen Park mit wertvollem Baumbestand gelegene Schloß wird vorzugsweise für Tagungen genutzt. Das 1827 bis 1835 im englisch-neugotischen Stil völlig veränderte ehemalige Barockschloß ist eines der für Thüringen bemerkenswerten Schöpfungen romantischer Baugesinnung.

Im Hauptgebäude mit den teilweise erhaltenen alten Ecktürmen und seiner neugotischen Fassade befinden sich große Tagungsräume, die von dem Restaurator Fritz Leweke 1964 bis 1965 erneuert wurden.

Die zu dem Burgenkomplex der Drei Gleichen gehörende Wachsenburg ist heute Museum und Gaststätte zugleich. Durch ihre landschaftlich günstige Lage ist sie bequem zu erreichen und hat entsprechend hohe Besucherzahlen (etwa 180 000 Besucher im Jahr). Bei der durch den Burgcharakter bedingten Raumbeschränkung ist es schwierig, ein harmonisches Gleichgewicht zwischen den kulturpolitischen Forderungen eines Museums und dem erwünschten ökonomischen Nutzen herzustellen. Die vorhandene Kapazität von 30 Betten ist ständig ausgelastet. Die Zimmer haben fließendes warmes Wasser und sind mit Fernsehgeräten ausgestattet. Der Burghof wurde von dem verantwortlichen Bauleiter und Architekten Keller so gestaltet, daß er bei jedem Wetter passierbar ist. Die Ausstattung der Gasträume hätte sich jedoch über das konventionelle Restaurantschema erheben müssen. Von der schon in den Jahren 1903 bis 1905 restaurierten und mit neuem Bergfried und Palas versehenen Thüringer Burg kann noch vieles modernisiert und genutzt werden.

Als drittes gastronomisches und auch kulturpolitisches Objekt wurde das Rokokoschlößchen Molsdorf besichtigt. Das durch Gottfried Heinrich Krohne in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts umgebaute Schloß erhielt eine im schmiegsamen Rokoko gehaltene künstlerische Innenausstattung, an der die Maler Kupetzky und Pesne großen Anteil hatten.

Lineatur und Modellierung der sehr bewegten Stukkaturen weisen auf enge Beziehungen zur Heidecksburg hin.

Trotz vieler Verluste an Bildern und Ausstattungsstücken wurde mit Unterstützung staatlicher Museen Thüringens die ursprüngliche Repräsentanz wieder erreicht. Aus der doppelten Nutzung – kulturelle Bildungsstätte und Gaststätte zugleich – wird der erhebliche Kostenaufwand für Instandhaltung und Restaurierung bestritten. Die im Obergeschoß gelegenen Prunkräume bieten sehr flexible Möglichkeiten für Empfänge, Kammermusiken und kleine Spielopern, aber auch für Tagungen und wissenschaftliche Kolloquien.

Der Schloßpark soll möglichst unter Einhaltung denkmalpflegerischer Belange erneuert werden.

Die interessante Tagung fand ihren Abschluß durch einen Vortrag des Stadtarchitekten von Erfurt, Dipl.-Ing. Nitsch, über die Probleme der sozialistischen Rekonstruktion von Erfurt. Ziel und Aufgabe der Erfurter Stadtplanung sind es, Teile der mittelalterlichen Stadt funktionsfähig für heute und morgen zu erhalten und zugleich eine Großstadt für 350 000 Einwohner zu errichten. Etwa 200 Baudenkmäler, von denen 30 sakrale und 90 profane den Kategorien wertvoll und sehr wertvoll angehören, befinden sich in Erfurt. Der Stadtkern markiert sich im Stadtmodell sehr eindrucksvoll als eigener Komplex, der durch den Gerabogen als Kontaktgürtel mit der neuen Stadt „gerahmt" und abgegrenzt wird. Im Osten der Altstadt wächst schon ein erstes Neubaugebiet heran. Durch Entkernung und Sanierung wurden Gewerberäume (insgesamt 15 000 m² verlagert. Die Hofseiten der am alten Flußlauf und an der Stadtmauer angrenzenden kleinstädtischen Bebauung wurden zu einer neuen Straßenfront, deren andere Seite Scheiben mit moderner Wohnbebauung aufweist.

Hier in diesem Komplex der Leninstraße werden 1400 Wohnungen neu gebaut. Dabei werden acht Gebäude rekonstruiert, die wertvolle Altsubstanz aufweisen. Bei vielen Gebäuden, so bei dem Baudenkmal des Stockfischs, treten Nutzungsänderungen ein. Wenn die Sanierung und Neubebauung im Osten Erfurts beendet sind, soll die städtebauliche Erneuerungsarbeit in den Gerabogen verlegt und bis 1975 abgeschlossen werden.

Städtebaulicher Höhepunkt Erfurts wird die künftige Bebauung des Petersberges sein. Die Problematik, hier in Anlehnung an den bisherigen historischen und in der städtebaulichen Prognose als zentralen Platz beibehaltenen Domplatz, eine neue Stadtkrone zu erbauen, wirft viele Fragen auf. Die Domtreppe wiederholt sich noch monumentaler im Winkel zur Kirchendominante zu einem neuen Ensemble von Hochbauten, die sich über dem vielgliedrigen Komplex der alten Festungsanlage (16. und 17. Jahrhundert) erheben. Neben die Altbauten, darunter die romanische Basilika aus dem 12. Jahrhundert, werden die mit industrialisierten Methoden errichteten Dominanten unserer Zeit treten. Eingebettet in reichliches Parkgrün, ausgestattet mit Einrichtungen neuer Art für Freizeitgestaltung, hat der Petersberg Verbindung zu dem großen Areal der iga.

Auf einem kurzen Stadtrundgang erläuterte der Stadtarchitekt an den Bauten die vorher dargelegten Probleme.

Der in seiner goldfunkelnden neuen Farbgestaltung vollendete „Breite Herd" legt als ein Beispiel Zeugnis ab von einer sinnvollen Einfügung der Baudenkmäler in die sich erneuernde und verjüngende Bezirksstadt Erfurt.

Dipl.-Ing. Fritz Rothstein

Allgemeine Grundsätze zur Einbeziehung der Baudenkmäler in die Erholungsplanung

Die Bewältigung der Aufgaben bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR ist eng verbunden mit der Bewußtseinsformung der Menschen, wobei die Sichtbarmachung der historischen Entwicklung der Gesellschaft ein wesentliches Moment in der Darlegung der historischen Mission des Sozialismus darstellt.

Baudenkmäler verkörpern das kulturelle Erbe eines Volkes. Sie bieten die Möglichkeit, im „Vorübergehen" bildend auf die Menschen einzuwirken. Es bedarf keines besonderen Engagements, sich mit den Zeugen der kulturellen Entwicklung auseinanderzusetzen, wie das beispielsweise mit der Literatur und Musik notwendig ist. „Baudenkmale sind jedem zugänglich, der sie besichtigen und sich an ihnen bilden will" (1).

An den Bauwerken kann man, wie kaum an anderer Stelle, die politische und wirtschaftliche Entwicklung vergangener Zeiten erkennen. Es ist zu erwarten, daß die Kenntnis von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen während der Entstehung des Bauwerkes und den mit dem Bauwerk verbundenen Ereignissen, wie Konferenzen, Vertragsabschlüsse und Aufenthalte von historisch bedeutsamen Persönlichkeiten, das Geschichtsbewußtsein fördern und zur Kritik an vergangenen Gesellschaftsepochen herausfordern. Deutlich kommen hierbei die Widersprüche der vergangenen Gesellschaftsformationen zum Ausdruck und regen dazu an, die Fortschritte der sozialistischen Gesellschaft in ihrer Wirkung auf die Menschen vergleichend zu werten. Man darf voraussetzen, daß die Bereitschaft, ein Baudenkmal mit Muße zu betrachten, die notwendige Zeit zu diesen Vergleichen läßt und man folglich eine nachhaltige Wirkung im Bewußtsein der Menschen erwarten kann.

Es ist wünschenswert, daß in den Kultur- und Bildungsplänen der Betriebe und Brigaden, in den Exkursionsprogrammen der Schulen und in den Reiseprogrammen des Reisebüros noch stärker als bisher der Besuch von historischen Stätten aufgenommen wird. Für die Touristen ergeben sich hier,



2 Eingangshalle zum Café und Restaurant

3 Obergeschoß. Decke des Marmorsaals (Detail)



aus dem Bedürfnis nach Ortsveränderung und Entspannung, Möglichkeiten der politisch-ideologischen Bildung. Diese Möglichkeiten werden jedoch noch zuwenig genutzt.

Neben dem Kennenlernen der einzelnen Kultur- und Stilepochen wird das ästhetische Empfinden der Beschauer maßgeblich beeinflußt. Städtebauliche Ensembles, architektonische Meisterschaft und handwerkliches Können der Vergangenheit setzen Maßstäbe, die von jedermann erkannt werden und sich im ästhetischen Empfinden niederschlagen. Daraus resultiert die Forderung, im sozialistischen Städtebau unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu Meisterleistungen zu kommen, die die Menschen gleichermaßen ansprechen und ihren Ansprüchen an Schönheit, Zweckmäßigkeit und baulicher Manifestation unserer Gesellschaftsordnung gerecht werden.

Da in der Freizeit, insbesondere während der Erholungszeit, eine erheblich größere Bereitschaft besteht, sich der Bildung auf kulturellem Gebiet zu widmen, kommt der Einbeziehung der Baudenkmäler in die Planung des Erholungswesens besondere Bedeutung zu.

Die Betrachtung der Baudenkmäler fördert die Kontakte zwischen den Menschen und steigert schließlich durch den Austausch der Eindrücke den Erlebnisgehalt.

Das unverwechselbare Antlitz unserer Städte wird bislang maßgeblich mit von historischen Bauten und Ensembles geprägt. Es ist das Anliegen der Erholungsuchenden in ständig größerem Umfang zu verzeichnen, sich mit den Besonderheiten der Städte und Landschaften vertraut zu machen, sie in das Bewußtsein aufzunehmen, darüber zu berichten und letztlich in Erinnerung zu behalten. Je größer der Genuß im Anblick der gestalteten Umwelt ist, um so größer ist die Ausstrahlung auf das Verhalten der Menschen. Es erscheint daher um so notwendiger, die landschaftsbedingten Besonderheiten der Bauweise wie auch Nutzung der Gebäude – gemeint ist hier unter anderem die Spezifik von Baudenkmälern der Produktion – deutlich zu machen und erlebnisreich zu gestalten.

Es ist typisch für das Verhalten der Menschen, Besuchern neben den Errungenschaften unserer Zeit, historische Gebäude, Parkanlagen und andere Sehenswürdigkeiten zu zeigen. In diesem Verhalten dokumentiert sich insbesondere der Stolz auf die heimatliche Umwelt. Diese Tatsache scheint von großer Bedeutung für die Bewußtseinsentwicklung unserer Menschen zu sein, die von ihrer generellen politischen Aufgabe bis zum persönlichen Engagement im Massenwettbewerb zur Verschönerung der Landschaft, Städte und Gemeinden reicht.

Baudenkmäler und die sie umgebende Landschaft sind auch Anziehungspunkte für den Auslandstourismus. Sie tragen in hohem Maße zur Wertschätzung des Staates durch das Ausland bei. Die Pflege und Erhaltung historischer Gebäude wird vom Ausländer besonders kritisch beurteilt und hinterläßt Eindrücke über das kulturelle Niveau der Gesellschaft und die Bemühungen, das kulturelle Erbe in das Geschichtsbewußtsein einfließen zu lassen. Das Ansehen des Staates wird maßgeblich vom Zustand und von der Nutzung der baulichen Zeugen der Vergangenheit mit beeinflußt. Letztlich tragen die Zeugnisse der kulturellen Eigenart der Nation zur Wertschätzung des Volkes bei, das diese Leistungen vollbrachte. „So werden Geschichts- und Kulturdenkmale zu Mittlern des Verständnisses der Freundschaft zwischen den Völkern" (1).

Schloß Reinhardsbrunn

4 Gesamtansicht

5 Speisesaal

Es ist folglich naheliegend, Baudenkmäler noch stärker als bisher für den Auslandstourismus zu nutzen.

Die Fülle von Baudenkmälern in unserer Republik dürfte uns Veranlassung geben, sie neben dem Inlandstourismus und dem Erholungswesen für den Auslandstourismus attraktiv zu gestalten. Im Bezirk Erfurt wurde dieser Aspekt der Baudenkmalspflege und -nutzung in den Vordergrund der Überlegungen gestellt mit der Absicht, die materiellen und finanziellen Möglichkeiten zur Erhaltung der Gebäude und gegebenenfalls ihrer Umgebung zu erweitern.

Die Entwicklung in den letzten Jahren beweist aber auch, daß eine dem Charakter der Gebäude angepaßte Nutzung durch Erholungsuchende des In- und Auslandes eine rationelle Nutzung ermöglicht. Insbesondere durch Einbauten von Gaststätten, zum Teil exklusiver Nationalitätengaststätten und Spezialitätengaststätten, kann eine sinnvolle Einbeziehung der Baudenkmäler in die Befriedigung individueller Bedürfnisse der Einwohner und Besucher geschaffen werden.

Weitere Möglichkeiten der Nutzung in der Erholungswirtschaft ergeben sich durch Hoteleinbauten, Einrichtung von Jugendherbergen, Kultursälen und Klubräumen, Ausleihstationen, Einrichtungen für die gesundheitliche Betreuung der Urlauber und Touristen sowie spezieller Einrichtungen des Fremdenverkehrs, wie Informationsstellen, Reisebüros und Kurverwaltungen.

In Abhängigkeit von ihrem baulichen Zustand und Gebrauchswert stellen die Baudenkmäler Grundfonds dar, deren effektive Nutzung eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Gelingt es, diese Bauwerke einer qualitativen gesellschaftlichen Nutzung zuzuführen, können wesentliche Mittel



Beispiele der Nutzung historischer Bauten im Bezirk Erfurt

Objekt	vorherige Nutzung	derzeitige Nutzung	Inbetriebnahme	finanzieller Aufwand	ökonomischer Nutzen
Wachsenburg Kreis Arnstadt	Gaststätte und Museum	Hotel und Gaststätte Naherholungszentrum	1969	etwa 4500,– M (Endausbau)	1200,– TM Ums./a 120,– TM Gew./a (Plan)
Freudenthal (Dreigleichengebiet)	landw. Betrieb und Gaststätte	Naherholungszentrum 15 Hotelbetten 160 Gaststättenplätze 250 Terrassenplätze	1967	640,– TM	
Belvedere Weimar	Naherholungsziel	Naherholungszentrum der Stadt Weimar	1967	722,– TM	70 000 Besucher/a 272,– TM Umsatz/a
Runneburg Weißensee	Kartoffelkeller	Weinrestaurant	1967	30,– TM	
Wasserburg Kapellendorf	Wohnungen	Museum und Gaststätte		400,– TM	10 000 Besucher 130,– TM Umsatz/a
Schloß Reinhardsbrunn, Friedrichroda	Feuerwehrschule Ferienheim	Reisebüro – Hotel	1966	2000,– TM	
Zum Mohren, Gotha	HOG	Volkshaus, Arbeitergedenkstätte, Gaststätte, Hotel	1969	750,– TM	
Orangerie Gotha	keine	Bibiliothek, Café	1962	700,– TM	
Eckhoftheater Schloß Gotha	Museum	Museum, zeitw. Bespielung	1968	280,– TM	
Graues Schloß Mihla	Wohnungen	Bibliothek, kult. Zentrum	1967–1971	500,– TM	
Probsteizella Frankenroda	landw. Betrieb	Ferienlager Kfl. Eisenach	1967	150,– TM	
Wartburg-Gadem Eisenach	Tischlerwerkstatt	Café	1966	150,– TM	300,– TM Umsatz/a
Zum goldenen Löwen Eisenach	Hotel	Arbeitergedenkstätte	1967	950,– TM	
Schloß Molsdorf	Wohnungen, Kinderheim	Museum, Gaststätte	1966	1300,– TM	370,– TM Umsatz/a
Schloß-Karussell Sonderhausen	ohne	Konzertsaal		750,– TM	
Jagdschloß Possen	Restaurant ehem. Reitbahn	Naherholungszentrum	1968	650,– TM einschl. Straßen und Außenanlagen	660,– TM Umsatz/a
Niederburg Kranichfeld	Wohnungen, Schule	Gaststätte des FDGB-Feriendienstes, Schule (bis 1973), Naherholungszentrum		30,– TM	201,– TM Umsatz/a
Schloß Schlotheim	Wohnungen (baufällig)	Kulturzentrum, Gaststätte	1968	500,– TM	700,– TM Umsatz/a
Burg Scharfenstein Kreis Worbis	Wohnungen	Erholungsheim und Gaststätte des VEB Solidor Heiligenstadt	1966	1593,– TM	130,– TM Umsatz/a
Burg Gleichenstein Kreis Worbis	Wohnungen landw. Betrieb	Kinderferienlager und Gaststätte des VEB Sachsenring Zwickau	1968	600,– TM	120,– TM Umsatz/a
Hohe Lilie Erfurt	ohne	Weinrestaurant	1969	2500,– TM	1200,– TM Umsatz/a (Plan)
Hauptcaponniere iga Erfurt	ohne	Gaststätte	1961	153,– TM	204,– TM Umsatz/a
Zum alten Schwan Erfurt	Gaststätte	Weinrestaurant	1966	550,– TM	300,– TM Umsatz/a
Zur Engelsburg Erfurt	ohne	Studentenclub der Med. Akademie	1967	200,– TM und NAW	
Krämerbrücke 7 und 8 Erfurt	ohne	Staatl. Kunsthandel	1965	200,– TM (Bau)	
Kongreßsäle Erfurt	Gaststätte	Arbeitergedenkstätte, Café, Klubräume des VEB Optima		659,– TM	800,– TM Umsatz/a

für die Schaffung neuer Einrichtungen bereitgestellt werden. Hinzu kommen Materialeinsparungen und die Möglichkeiten zur Durchführung von Winterbaumaßnahmen für die Umgestaltung und Rekonstruktion der Innenräume. Jeder Abriß führt zu Verlusten des Volksvermögens, da die demontierten Bauteile kaum verwendbar sind. Folglich sollte bei jedem Baudenkmal gründlich überlegt werden, ob sich nicht eine sinnvolle Nutzung finden läßt.

Diese Grundüberlegungen veranlaßten den Rat des Bezirkes Erfurt, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen, in stärkerem Maße Baudenkmäler in das Erholungswesen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Generalbebauungsplanung des Bezirkes Erfurt wurde im Frühjahr 1967 durch die Außenstelle des Instituts für Denkmalpflege Erfurt in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kultur des Rates des Bezirkes die Denkmalliste des Bezirkes überprüft und zu einer Auswahlliste für die Planung des Zeitraumes 1968 bis 1980 aufbereitet. Die Kostenzusammenstellung erbrachte allein die notwendige Summe von etwa 30 Millionen Mark für die Sicherung des Bestandes, denkmalpflegerische Maßnahmen und die Herstellung beziehungsweise Verbesserung der Nutzbarkeit.

Darüber hinaus werden Empfehlungen für die Nutzung des Oberschlosses in Kranichfeld, Kreis Weimar, und des Schlosses Tenneberg in Waltershausen, Kreis Gotha, gegeben.

Für das Oberschloß in Kranichfeld entwikkelte die Außenstelle des Instituts für Denkmalpflege Erfurt eine Studie zum etappenweisen Ausbau (2), mit einer ausgewiesenen Kapazität von 48 Betten im Schloßbau und 60 bis 80 Betten im Vorhof, 200 Gaststätten- und 120 Konferenzplätzen. Wegen der relativ hohen Kosten, etwa 4 bis 5 Millionen Mark, wurde mit dem Ausbau bisher noch nicht begonnen, obwohl mit der Realisierung des Vorhabens eine für Ausländer attraktive Unterbringung in der Nähe der Städte Erfurt und Weimar geboten würde. Zur Zeit wird jedoch die Wachsenburg bei Holzhausen, Kreis Arnstadt, unter Leitung des Architekten Johann Keller zu einem exklusiven Hotel mit Restaurant ausgebaut. Sie dient gleichzeitig als Naherholungsziel. Das Hotel hat zur Zeit eine Kapazität von 30 Betten und 180 Gaststättenplätzen. Besonders zu erwähnen ist, daß die Initiative vieler Bürger in Feierabendarbeit zu diesem Ergebnis geführt hat.

Ausgehend vom Inhalt der Auswahlliste wurde den Räten der Kreise und kreisfreien Städte die Empfehlung gegeben, Investitions- und Werterhaltungskapazitäten für Erhaltung, Pflege und Aufwertung be-



6 Wachsenburg (Detail)



7 „Haus zum Stockfisch" Erfurt. Fassade

ziehungsweise wirtschaftliche Nutzung von Baudenkmälern zu sichern. Die Maßnahmen zur Vergrößerung des zusammenhängenden Freizeitfonds förderten die Initiative der Räte zur Inangriffnahme weiterer Ausbauten. Es muß allerdings betont werden, daß die Generalbebauungsplanung keine sporadische Aktion auslöste, sondern die Anfänge der Einbeziehung von Baudenkmälern in das Erholungswesen aufgriff und forcierte.

Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit

Der Bezirk Erfurt ist zur Zeit damit beschäftigt, das erste regionale Erholungs-Entwicklungs-Programm für den Thüringer Wald zu erarbeiten. Weitere Programme werden für den Südteil des Harzes, die Umgebung von Erfurt, das mittlere Ilmtal im Raum Kranichfeld-Bad Berka sowie andere für das Erholungswesen zu erschließende Landschaften aufgestellt. Es besteht dabei die Absicht, die komplexe Entwicklung dieser bereits erschlossenen oder für die Erholung zu erschließenden Landschaftsteile zu sichern.

Der Rat des Bezirkes legt besonderen Wert darauf, Baudenkmäler für die Erholung und kulturelle Betätigung zu nutzen, und hat die örtlichen Räte aufgefordert, gründlich diese Möglichkeiten zu prüfen. Besonderer Wert wird dabei auf die Hotelnutzung mit internationalem Niveau, die dem Charakter des Gebäudes entsprechende gastronomische Nutzung und auf die kulturelle Betreuung und Selbstbetätigung der Urlauber und Einwohner gelegt. Die Abteilungen Kultur, Jugendfragen, Körperkultur und Sport haben darüber die Räte der außerhalb der angesprochenen Erholungsgebiete liegenden Städte und Gemeinden aufgefordert, historische Gebäude einer Nutzung in obengenannten Sinne zuzuführen.

Es erscheint angebracht, wenn seitens des Pädagogischen Bezirkskabinetts Exkursionsprogramme für die Schulen erarbeitet würden, um die geschichtliche, kulturelle und ästhetische Bildung der Kinder und Jugendlichen bewußt durch den Besuch von historischen Stätten zu fördern.

Vorschläge zur veränderten Nutzung historischer Bauten

Objekt	derzeitige Nutzung	vorgeschlagene Nutzung
Schloß Tenneberg, Waltershausen	Museum, Wohnungen, Sonderschule	Touristenhotel, Museum, Gaststätte
Judenturm Nordhausen	ohne (Ruine)	Spezialgaststätte (80 Plätze) des VEB Nordbrand
Burg Hohnstein, Kreis Nordhausen	Gaststätte	Hotel mit Gaststätte
Haus der Frau von Stein, Weimar	Wohnungen, Unterricht	Historisches Café
Palmenordenhaus Weimar	Wohnungen	Weinrestaurant
Kloster Georgenthal, Kornhaus		Schäfermuseum
Schloß Ehrenstein, Ohrdruf	ohne	Ferienheim oder Hotel
Schloß Ehrenstein, Plaue	Gaststätte	Naherholungszentrum, Umgestaltung mit Hilfe des DKB
Schloß Kromsdorf bei Weimar	Wohnungen	Jugendherberge
Schloß Marksuhl, Kreis Eisenach	Wohnungen	Ferienhotel und Klubhaus
Petersberg Erfurt	Lager, Betriebe	Naherholungs-, Kultur- und Bildungszentrum
Haus zum roten Ochsen Fischmarkt Erfurt	Lager	Ausstellungszentrum der Stadtentwicklung Erfurt
Hoffmansches Haus, Erfurt Marktstr. 21	Wohnungen Lager	Restaurant
Haus zum güldenen Rad Erfurt, Marktstr. 50	Wohnungen	Spezialitätengaststätte
Schildchenmühle Erfurt	Lager	Mühlenmuseum
Horngasse 4, Erfurt	ohne	Volkskundemuseum
Haus zur Sichel, Erfurt, Anger 37/38	Lager	Gaststätte

Literatur:

(1) Autorenkollektiv „Denkmale der Geschichte und Kultur – ihre Erhaltung und Pflege in der DDR", Berlin 1969, Seite 6

(2) Wagner, Klaus „Das Oberschloß zu Kranichfeld". deutsche architektur Heft 12/1968, Seite 734 ff

Zu Problemen der 24. Tagung des Staatsrates der DDR

Zur weiteren Entwicklung von Städten bis 50 000 Einwohner

Dr. Karl Bergelt

Mit der Verwirklichung der im Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom April 1970 formulierten Aufgaben „zur weiteren Gestaltung des Systems der Planung und Leitung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden" verbindet sich die zielstrebige Arbeit an der Entwicklung einer Konzeption zur Umgestaltung der Städte und der Herausbildung einer dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte entsprechenden Siedlungsstruktur. Die Kenntnis des gegenwärtigen Entwicklungsstandes und der Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden sowie der Formen ihres Zusammenwirkens in funktionsteiligen Siedlungssystemen bildet hierfür eine entscheidende Grundlage.

Für die Großstädte und die größeren Mittelstädte wurden im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen bereits die notwendigen Grundlagen und davon ausgehend konkrete Vorstellungen über den Charakter der weiteren Entwicklung dieser Städte erarbeitet.

Für die Mehrzahl der weniger als 50 000 Einwohner umfassenden Klein- und Mittelstädte liegen vorläufig keine ähnlichen Materialien vor. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß sich die Aufmerksamkeit der städtebaulichen Forschung und Praxis in den vergangenen Jahren auf die Schwerpunkte der industriellen Entwicklung und des Wiederaufbaues konzentrierte, die in der Regel in den Großstädten und größeren Mittelstädten lagen. Bei der Mehrzahl der Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern bedarf es daher in der Regel erst einer konkreten Einschätzung ihrer Ressourcen und der Möglichkeiten ihrer effektiven Nutzung für die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Ausgehend von der Notwendigkeit entsprechende Grundlagen zu erarbeiten und dem Bestreben, in der Forschung den notwendigen Vorlauf für die Lösung der anstehenden Probleme zu erreichen, wurde im Jahre 1969 das Thema „Probleme der städtebaulichen Entwicklung von Klein- und Mittelstädten im Siedlungsnetz" in den Arbeitsplan des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie aufgenommen und zum Gegenstand der direkten Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Partnerinstitut, dem Zentralen Wissenschaftlichen Forschungs- und Entwurfsinstitut für Städtebau (ZNIIP), gemacht. Die im Rahmen dieser Zusammenarbeit entstandenen Forschungsberichte enthalten Aussagen zum gegenwärtigen Entwicklungsstand der Klein- und Mittelstädte und erste Vorstellungen über die weitere Entwicklung. In den folgenden Beiträgen wird versucht, ausgehend von diesen Erkenntnissen und den in dem Beschluß des Staatsrates gestellten Aufgaben einige besonders aktuelle Probleme dieser Entwicklung aufzuzeigen.

Schneeberg – eine kleine Stadt mit großer Initiative



Der Beschluß zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik und die Entwicklung der Städte bis 50 000 Einwohner

Dr. Martin Pietz

Der Staatsratsbeschluß vom April 1970 enthält Richtlinien zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bevölkerung aller Städte und Gemeinden. Um hierbei die höchste Effektivität der Investitionen zu sichern, ist ein umfassendes System von Maßnahmen mit unterschiedlichem Charakter vorgesehen, das sich auf das gesamte Siedlungssystem bezieht und differenzierte Auswirkungen auf die einzelnen Städte und Gemeinden hat. Für die Städte bis 50 000 Einwohner, deren Entwicklungsmöglichkeiten hier speziell behandelt werden sollen, ergeben sich einige neue Aspekte, die für ihre Entwicklung von großer Bedeutung sind.

Die wichtigste Aufgabe im Siedlungssystem der DDR hat eine Gruppe von Städten, die „Zentren der Strukturpolitik und des gesellschaftlichen Lebens" sind. In diesen Städten werden konzentriert weitere materiell-technische Grundlagen zur komplexen Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen. Zu dieser Kategorie von Städten gehören in erster Linie die bestehenden Großstädte, darüber hinaus aber auch eine Anzahl von Städten mit weniger als 50 000 Einwohnern, die sich im Prognosezeitraum noch vergrößern wird. Diese territorialen Konzentrationspunkte zentraler und teilweise vorerst noch bezirklicher Bedeutung werden sich – sofern sie noch keine Großstädte sind – in der Regel bis zum Jahre 2000 zu Großstädten entwickeln. Sie erhalten nicht nur für ihre eigenen Bewohner, sondern auch für einen mehr oder weniger ausgedehnten Einzugsbereich die Funktion eines Zentrums aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Die Entwicklung dieser Schwerpunktstädte ist ein Ausdruck der Strukturpolitik. Sie entspricht gleichzeitig den Tendenzen, durch Vergrößerung der Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen zu höherer Qualität und rationellerem Betrieb dieser Einrichtungen zu gelangen. Nicht zuletzt fördert sie die städtische Lebensweise der Einwohner und wirkt sich positiv auf das gesellschaftliche Bewußtsein der Bevölkerung aus. Somit ist die Entwicklung dieser Gruppe von Städten hinsichtlich der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von der Konzeption her verhältnismäßig weitreichend und klar bestimmt.

Wesentlich problematischer sind die Entwicklungsmöglichkeiten in den anderen Städten mit weniger als 50 000 Einwohnern. Da nicht jede Stadt dieser Größe alle für eine optimale Versorgung und Betreuung notwendigen Einrichtungen selbst erhalten kann und auch die wünschenswerte Palette an Arbeitsmöglichkeiten nicht in den eigenen Mauern geschaffen werden kann, muß eine äquivalente Lösung gefunden werden, die die Arbeits- und Lebensbedingungen auch in diesen Städten und ihrem Umland schrittweise verbessert. Der Weg hierfür kann nicht eine extreme Konzentration der Bevölkerung auf eine begrenzte Anzahl von großen Städten sein. Wenn man bedenkt, daß allein eine Ansiedlung der Bevölkerung von kleinen ländlichen Gemeinden in Siedlungsschwerpunkten nach ersten Schätzungen einen Aufwand von etwa 50 Milliarden Mark erfordern würde, wird deutlich, wie stabil das gegenwärtige Siedlungsnetz auch in der Zukunft noch sein wird und wie ernst es als Ausgangspunkt von Prognosen für das Siedlungssystem zu nehmen ist.

Somit muß zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den kleinen Städten einschließlich ihrer umliegenden Gemeinden ein anderer Weg beschritten werden: die systematische Entwicklung eines territorialen Versorgungs- und Betreuungssystems und der Aufbau eines darauf abgestimmten modernen und effektiven Verkehrssystems. Die örtlichen Staatsorgane haben schrittweise moderne Versorgungs- und Betreuungssysteme zu schaffen, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Territorium übereinstimmen, komplex entwickelt werden und volkswirtschaftlich effektiv sind.

Diese Zielstellung wirft viele Fragen auf, die mit der Ausweitung der Betreuungs- und Versorgungssysteme auf das ganze Territorium zusammenhängen und zum Gegenstand der künftigen Forschungsarbeit insbesondere für die Entwicklung der vielen Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern werden müssen. Ausgehend von der Entwicklung der gesellschaftlichen Anforderungen und Bedürfnisse sind gewisse Richtwerte über die notwendige Entwicklung der Betreuung und Versorgung der Bevölkerung als Normative aufzustellen, die zeitlich gestaffelt sein müssen. Diese Normative sind eine unentbehrliche Grundlage für die territoriale oder städtebauliche Planung. Darüber hinaus muß für eine optimale Gestaltung von territorialen Betreuungs- und Versorgungssystemen geklärt werden, welcher Zeitaufwand zum Erreichen der einzelnen Einrichtungen zumutbar oder anzustreben ist und welche Mindestanforderungen an die dafür erforderlichen Verkehrsmittel hinsichtlich Verkehrsfolge, Geschwindigkeit und Komfort zu stellen sind. Es ist offensichtlich, daß die Entwicklung des Verkehrswesens, vielleicht völlig neuer Verkehrsmittel, einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des Siedlungsssystems und damit auch auf die Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern hat.

Die Komplexität der Aufgabe, territoriale Betreuungs- und Versorgungssysteme zu schaffen, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß auch die Technologien der einzelnen Einrichtungen einer Entwicklung unterworfen sind, die sich z. B. in der Veränderung effektiver Einrichtungsgrößen, in der Entwicklung verbesserter oder neuartiger Einrichtungen und in der Veränderung des Einzugsbereichs äußern.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Aufgabe an Bedeutung, vorhandene Einrichtungen in das umfassende System einzubeziehen und effektive Lösungen ihrer weiteren Verwendbarkeit zu finden. Schließlich gehören solche Fragen zu dem Problemkreis, welche Kombinationseffekte verschiedener Einrichtungen bestehen und wie sie genutzt werden können, und umgekehrt, welche Einrichtungen in verschiedenen Orten im Sinne einer Funktionsteilung zwischen benachbarten Ortschaften untergebracht werden können. Die Klärung dieser Fragen ist für die städtebauliche Entwicklung, gerade der kleinen Städte, von ausschlaggebender Bedeutung.

Ein weiterer Problemkreis, der aus der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im territorialen System resultiert, betrifft die optimale Zuordnung der neuen Wohnungen zu den Arbeitsstätten und umgekehrt der neuen Betriebe zu den bestehenden Wohnungen.

Einerseits besteht das Bestreben, neue Betriebe in territorialen Konzentrationspunkten zu planen und die Neubauwohnungen ebenfalls dort zu errichten, andererseits können aber auch die Arbeitskräfteressourcen in überwiegend ländlichen oder nur weniger industrialisierten Gebieten sehr effektiv genutzt werden, wenn man neu zu errichtende Betriebe in der Nähe der bestehenden Wohnungen baut und dadurch die hohen Ansiedlungskosten für Arbeitskräfte vermeidet. Es ist gegenwärtig auch noch nicht abzusehen, wie sich die vermehrte Freizeit der Bevölkerung auf die Wünsche hinsichtlich der Lage der Wohnung auswirkt, so z. B. auf die Bevorzugung von Erholungsgegenden. Die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zum Arbeitsort könnte einer solchen Entwicklung, die vielen kleineren Städten größere überörtliche Bedeutung als Wohnstandort geben würde, Vorschub leisten. Die Kriterien für den optimalen Standort in jedem einzelnen Fall müssen deshalb noch erforscht werden, und sie sind sicher nicht nur auf einem Sektor der Ökonomie zu suchen.

Die Ausdehnung der Planungsmaßnahmen auf ganze territoriale Systeme erfordert in verstärktem Maße, die Generalbebauungsplanung auch für Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern durchzuführen. Damit bekommen die örtlichen Staatsorgane und die Volksvertretungen fundierte Entscheidungsgrundlagen für die langfristige Entwicklung ihrer Städte in die Hand. Es ist zu überprüfen, wie die Generalbebauungsplanung den speziellen Anforderungen der kleineren Städte angepaßt werden kann und welche Methoden geeignet sind, den territorialen Verknüpfungen gerecht zu werden. Zu untersuchen ist, wie die gegenwärtige Generalbebauungsplanung im Hinblick auf die Anwendung EDV-gerechter Verfahren verändert werden kann und welche Formen der Ausarbeitung und der Darstellung der Pläne die besten Voraussetzungen für die Mitarbeit der Bevölkerung an der Planung und Verwirklichung der Stadterneuerung bieten.

Der Staatsratsbeschluß überträgt den örtlichen Räten und Volksvertretungen höhere Verantwortung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und mehr Rechte und Möglichkeiten zur Realisierung entsprechender Maßnahmen. Sie erhalten je nach Bedeutung der Stadt ein gestaffeltes, langfristiges Haushaltsnormativ zur eigenverantwortlichen Finanzierung der ihnen mit dem Plan übertragenen Aufgaben.

Die örtlichen Volksvertretungen sollen diese Mittel schwerpunktmäßig für das Bildungswesen und die Kinderbetreuungseinrichtungen, die Gesunderhaltung, die Erholung und die sportliche Betätigung der Bürger, die Entfaltung eines interessanten geistig-kulturellen Lebens sowie für die Entwicklung sozialistischer Wohnbedingungen einsetzen. Besonders vermerkt wird, daß die Volksvertretungen auf Vorschlag ihrer Räte auf der Grundlage des zentralen staatlichen Planes und ihrer Generalbebauungspläne auch über das optimale Verhältnis zwischen den Maßnahmen der Erhaltung, des Ersatzes und der Erweiterung vorhandener Wohn- und Gesellschaftsbauten entscheiden.

Gerade die Überalterung und der große Nachholebedarf an Werterhaltungs- und Modernisierungsarbeiten führen in vielen kleineren Städten zu großen Problemen. Die Einzelinitiativen staatlicher oder privater Grundstücksinhaber reichen zur komplexen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nicht aus. Aufgabe der örtlichen Organe ist es daher, diese Einzelinitiativen zielgerichtet in die gesamtstädtischen Maßnahmen einzubeziehen. Darüber hinaus sind örtliche Reserven zur Erhöhung der Baukapazitäten auszuschöpfen.

Zur Gewährleistung eines effektiven territorialen Versorgungs- und Betreuungssystems werden die örtlichen Räte aufgefordert, mit den benachbarten Städten und Gemeinden eng zusammenzuarbeiten und über gemeinsam zu errichtende und zu nutzende Einrichtungen Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Auf diese Weise ist gerade für die kleineren Städte und ihre umliegenden Gebiete die schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen am wirkungsvollsten zu erzielen. Die damit verbundenen Standortentscheidungen setzen allerdings eine langfristige strukturpolitische Planung voraus. Es darf keinesfalls dahin führen, daß die Zuordnung verschiedener neuer Einrichtungen zu den Ortschaften von den kooperierenden örtlichen Organen nach subjektiven Maßstäben ausgehandelt wird. Dadurch würde anstelle der Konzentrationsbestrebungen im Siedlungsnetz mit all den günstigen Kombinationseffekten eine Zersplitterung der Einrichtungen der materiell-technischen Territorialstruktur bewirkt werden. Die Konzentration von Neubaumaßnahmen in bestimmten Siedlungsschwerpunkten muß vielmehr mit der Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zu den Ortschaften im Einzugsbereich der Siedlungsschwerpunkte einhergehen, damit die durch die Konzentration erreichten Vorteile der gesamten Bevölkerung des Einzugsbereiches zugute kommen.

Eine weitere neue Möglichkeit für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den kleineren Städten ist die Zusammenarbeit von örtlichen Organen und Industriebetrieben. Ausgehend von der Verantwortung der sozialistischen Warenproduzenten für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und für die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in den Territorien haben diese Betriebe planmäßig Eigenmittel und Kredite für die Finanzierung von entsprechenden Maßnahmen, wie z. B. für den Bau von werkseigenen Wohnungen, Bildungs- und Kindereinrichtungen, Polikliniken, Einrichtungen zur Versorgung sowie zur kulturellen und sportlichen Betreuung einzusetzen.

In Abstimmung mit den örtlichen Staatsorganen sind betriebliche Einrichtungen so zu planen und zu leiten, daß sie nicht nur von den Betriebskollektiven, sondern auch von der Bevölkerung der Stadt oder Gemeinde effektiv genutzt werden können. Auch hier zeigt sich die Notwendigkeit für die örtlichen Staatsorgane, über exakte Planungen zu verfügen, die in überzeugender Form die gesamtstädtischen Belange zum Ausdruck bringen. Nur so können die Volksvertretungen der Städte und ihre Räte von ihrem Recht Gebrauch machen, mit der Erteilung der Standortgenehmigungen den Betrieben, Kombinaten und Einrichtungen Auflagen zur territorialen Koordinierung von Investitionen zu erteilen. Nur wenn Kriterien für objektive Entscheidungen zum Nutzen der Bevölkerung vorliegen, kann die Forderung des Staatsratsbeschlusses, nach der die Leiter der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie die örtlichen Staatsorgane alle Möglichkeiten der territorialen Investitionskoordinierung zu nutzen haben, voll wirksam werden.

Die höhere Verantwortung der örtlichen Staatsorgane für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und damit für die städtebauliche Entwicklung der Städte bis 50 000 Einwohner bedingt somit auch eine hohe fachliche Qualifikation. Die Belange des Städtebaues sollten daher in das Weiterbildungsprogramm der örtlichen Staatsorgane und der Volksvertretungen aufgenommen werden.

Zur Verbesserung der Leitungstätigkeit wäre es außerdem zweckmäßig, daß auch die Städte dieser Größe in verstärktem Maße über einen Stadt- oder Kreisarchitekten verfügten, der die staatlichen Organe und die Volksvertretungen beim Erkennen und Lösen der städtebaulichen Probleme unterstützt und damit zur Verbesserung der städtebaulichen Planung beiträgt.

Entwicklungsmöglichkeiten für Städte bis 50 000 Einwohner in Siedlungssystemen

Dr. Ruth Günther

Die ständig fortschreitende wissenschaftlich-technische Revolution in allen Bereichen der Volkswirtschaft der DDR verstärkt die Arbeitsteilung im allgemeinen und die territoriale Arbeitsteilung im besonderen. Dadurch entstehen neue, erweiterte territoriale Systeme sowohl innerhalb der produktiven und konsumtiven Bereiche als auch zwischen diesen Bereichen. Es erhöht sich aber auch die Notwendigkeit zur rationellen Organisation dieser Systeme, damit die Produktion und die Betreuung und Versorgung der Bevölkerung so effektiv wie nur möglich erfolgen können.

Als Standorte der Anlagen und Einrichtungen der Produktion, des Wohnens, der Versorgung und der Erholung sind auch die Siedlungen Bestandteile der Systeme gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion. Das bedeutet, daß nicht jedes Dorf und jede Stadt so ausgerüstet werden müssen, daß sie allein und komplex alle Anforderungen der Gesellschaft erfüllen. Die Erkenntnis, daß Siedlungen auf Grund ihrer wechselseitigen überörtlichen funktionellen Verflechtungen Siedlungssysteme bilden, erfordert, jede Siedlung entsprechend ihrer gegenwärtigen oder künftigen Rolle innerhalb solcher Systeme zu entwickeln und auszustatten sowie die entsprechenden systemimmanenten Kooperationsbeziehungen zu anderen Siedlungen abzusichern.

Die Siedlungssysteme werden von einer unterschiedlich großen Anzahl von Städten und Dörfern gebildet, die in unterschiedlich vielen Bereichen und Zweigen der materiellen Produktion und außerhalb der materiellen Produktion miteinander kooperieren, „um dadurch gemeinsam jene Anforderungen der Gesellschaft an ihre gebaute Umwelt zu erfüllen, die das Leistungsvermögen der einzelnen Siedlung übersteigen". (1)

Unterschiede in der gebietsbildenden Wirkung der Wirtschaftsbereiche und Betriebe, in der Verteilung der Produktivkräfte und territorialen Ressourcen und die differenzierten Anforderungen der Einrichtungen der nichtmateriellen Bereiche hinsichtlich Anzahl der Nutzer und Erreichbarkeit führen zur Bildung von Siedlungssystemen verschiedener Struktur, Bevölkerungsanzahl und Flächengröße. Dabei kommt es sowohl zur Überlagerung hierarchisch unterschiedlicher als auch zur Verzahnung von Siedlungssystemen gleicher Bedeutungsstufe.

Zum Wesen der Siedlungssysteme gehört, daß unterschiedlich viele Siedlungen Dienste bestimmter Art in Anspruch nehmen, die von anderen Siedlungen erbracht werden; diese wiederum sind auf Leistungen angewiesen, die von einigen der übrigen Siedlungen geboten werden. Das bedeutet, daß es Siedlungen gibt, die gleichzeitig Dienste anderer benötigen und selbst andere bedienen und solche, die im wesentlichen nur Leistungen anderer in Anspruch nehmen. Anzahl, Umfang und Art der heute und künftig in Anspruch genommenen oder selbst geleisteten Dienste bestimmen die Rolle und Beziehungen der Städte und Dörfer innerhalb von Siedlungssystemen und damit auch ihre strukturelle und bauliche Entwicklung.

Unabhängig von der Wertigkeit der Rolle einzelner Städte und Dörfer sichert die Entwicklung im Rahmen von Siedlungssystemen allen Bewohnern annähernd gleichartige, dem jeweiligen Entwicklungsstand angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen. So kann auch das Ziel der allmählichen Aufhebung der wesentlichsten Unterschiede zwischen Stadt und Land schneller und wirkungsvoller erreicht werden. Gleichfalls ergeben sich so in kleinen Städten und Dörfern effektivere Möglichkeiten für die Überwindung von Stagnationserscheinungen auf den Gebieten der materiellen Versorgung und kulturellen Betreuung.

Die Funktionen und Bedeutung, die die Städte bis 50 000 Einwohner in Siedlungssystemen übernehmen, und die Beziehungen, die sie mit anderen Siedlungen eingehen können, ergeben sich vorrangig aus der Strukturpolitik, durch die die Entwicklung und Standortverteilung der Produktivkräfte gelenkt wird, sowie aus den gesellschaftlichen Zielsetzungen, die das Tempo und den Maßstab der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen mitbestimmen. Darüber hinaus werden die Entwicklungsmöglichkeiten für die Städte bis 50 000 Einwohner in Siedlungssystemen natürlich auch von der Lage der Städte, ihren Ressourcen, gegenwärtigen Funktionen und überörtlichen Beziehungen sowie von ihrer Bausubstanz beeinflußt. Den genannten Einflußfaktoren zufolge zeichnen sich für Städte bis 50 000 Einwohner folgende prinzipielle Entwicklungsrichtungen und -ziele ab:

1. Schwerpunktstädte mit überbezirklicher Bedeutung

Hierbei handelt es sich gegenwärtig um sechs Städte der DDR, in denen entweder wichtige Betriebe zur Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Strukturlinien (PCK, EKO u. a.) entwickelt oder sonstige Maßnahmen der zentralen territorialen Strukturpolitik (Neubrandenburg, Halle-Neustadt) durchgeführt werden. Diese Städte haben ein unerhört schnelles Wachstum und sind im Begriff, bald in die Gruppe der Mittelstädte mit mehr als 50 000 Einwohnern oder in die der Großstädte aufzurücken. Dem starken wirtschaftlichen Wachstum und dem Bevölkerungswachstum entsprechend konzentriert sich in ihnen ein beträchtlicher Teil der Neubautätigkeit unserer Republik. Das Gesicht dieser Städte wird mehr und mehr von neuen Industrie- und Wohngebieten geprägt, die mit den zu rekonstruierenden Altbaugebieten verschmelzen.

Hand in Hand mit der baulichen Entwicklung dieser Städte vollzieht sich ein starker Wandel ihrer Bedeutung im Siedlungssystem. Einmal entstehen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zwischen der Stadt und den Siedlungen der angrenzenden Gebiete neue produktionsbedingte Beziehungen, z. B. Kooperationsbeziehungen zwischen Haupt- und Zulieferbetrieben oder Arbeitskräftependlerbeziehungen. Zum anderen ermöglicht die ohnehin in Städten über 50 000 bzw. 100 000 Einwohner übliche Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen für einen großen Nutzerkreis die zusätzliche Versorgung der Einwohner eines entsprechenden Einzugsgebietes, etwa eines Bezirkes oder mehrerer Kreise. Damit entwickeln sich diese Städte zu bedeutenden gesellschaftlichen Zentren.

Da vier dieser sechs Städte in bisher industriell weniger entwickelten Bezirken der DDR liegen, trägt ihre Entwicklung in bedeutendem Umfang zur Überwindung der überkommenen territorialen Disproportionen zwischen dem Norden und dem industriereichen Süden der DDR bei.

Es wird für möglich gehalten, daß nach 1980 auf Grund der Strukturpolitik auch noch weitere Städte mit heute weniger als 50 000 Einwohnern — besonders in den Nordbezirken — als überbezirkliche Zentren ausgebaut werden.

2. Schwerpunktstädte mit bezirklicher Bedeutung

Während es sich bei der ersten Gruppe um Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern handelt, deren Entwicklungsziele feststehen, deren Planung erfolgt und im Stadium der Verwirklichung ist, kann gegenwärtig noch nicht ganz konkret gesagt werden, welche und wie viele Städte zur zweiten und den weiteren Gruppen gehören werden. Daher kann es sich bei den folgenden Ausführungen auch nur um die Skizzierung von Entwicklungsmöglichkeiten handeln, die aus der Analyse des Bestehenden und der Synthese aus Prinzipien der Strukturpolitik und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen geschlußfolgert werden.

Ausgehend von den strukturpolitischen Zielsetzungen jedes einzelnen Bezirkes werden in den Städten, in denen keine zentralen strukturpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden, zunächst alle jene Betriebe erhalten und gegebenenfalls rekonstruiert und erweitert, die der bezirklichen Strukturlinie entsprechen oder die den Bedarf der Produktion und der Bevölkerung decken helfen. Zur Vervollkommnung der Produktionsstruktur werden in den Bezirken aber auch noch weitere Betriebe benötigt, z. B. Zulieferbetriebe für die strukturbestimmende Industrie, Betriebe der Baumaterialienindustrie, Betriebe zur Verarbeitung örtlicher Rohstoffe und Abfallprodukte und andere.

Wenn bei der Wahl der Standorte für derartige Betriebe in den Bezirken die Gesichtspunkte der Konzentration, der Nutzung von Ressourcen und der rationellen Zuordnung zu den Abnehmern berücksichtigt werden, ist zu erwarten, daß ein Teil der Kreisstädte und der Städte mit entsprechenden Voraussetzungen (Konzentrations- und Kombinationseffekt, Verkehrslage, Ressourcenlage) für die Entwicklung als Schwerpunkte bezirklicher Strukturpolitik in Betracht kommt. Diese und alle jene Städte, in denen entwicklungsfähige oder erhaltenswerte Industriebetriebe vorhanden sind, können zu den potentiellen Schwerpunktstädten mit bezirklicher Bedeutung gezählt werden. Es sind in der Regel Städte mit heute weniger als 50 000 Einwohnern.

Im Vergleich zur ersten Gruppe haben diese Städte eine sehr breite Palette konkreter Entwicklungsmöglichkeiten. Während es sich einmal darum handeln kann, eine schon eingesetzte Rückentwicklung zu beenden und der Stadt eine gesicherte ökonomische Basis und dauerhafte wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Funktionen in einem entsprechenden Siedlungssystem zu geben ohne nennenswertes Wachstum der Bevölkerungsanzahl, kann in einem anderen Falle die wirtschaftliche Basis so erweitert werden, daß die Stadt einmal mehr als 50 000 Einwohner haben wird. Entsprechend wird sich im ersten Fall die Entwicklung als Rekonstruktion der alten Stadt vollziehen, während im zweiten Fall rekonstruierte Gebiete und Neubaugebiete zu einem harmonischen neuen Stadtbild zusammengefügt werden müssen.

Wichtig ist, daß die künftigen Schwerpunktstädte mit bezirklicher Bedeutung in jedem Fall als Elemente von Siedlungssystemen entwickelt werden. Soweit die Einwohner einer solchen Schwerpunktstadt Dienste anderer Städte in Anspruch nehmen oder ihre Produktionsbetriebe mit Betrieben anderer Städte kooperieren, ist die betreffende Stadt Bestandteil von Siedlungssystemen, in denen andere Städte zentrale Funktionen ausüben. In dem Maße, wie die betreffende Stadt selbst mit ihren Produktionsbetrieben und den gesellschaftlichen Einrichtungen die Bewohner anderer Städte und Dörfer versorgt, ist sie das Zentrum eines Siedlungssystems. Die planmäßige Nutzung aller verfügbaren Ressourcen und Potenzen sichert diesen Städten eine dauerhafte Grundlage und eine aktive, dem gesellschaftlichen Fortschritt dienende Funktion bei der Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen in Stadt und Land. Das wird sich einmal in zunehmend rationelleren Pendler- und Lieferbeziehungen ausdrücken. Vor allem aber wird die Struktur und Ausstattung der Städte, die sich als Standorte der Produktion und Zentrum der gesellschaftlichen Reproduktion in einem Kreis oder auch größeren Gebiet entwickeln sollen, dieser Funktion entsprechend vervollkommnet werden. Städtebaulich muß das durch gute verkehrsmäßige Anbindungen der zu bedienenden Städte und Dörfer gelöst werden. Durch entsprechenden Wohnungsbau kann außerdem die Anzahl der Einpendler gesenkt werden. So wird die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion nicht nur in der Stadt, sondern auch innerhalb des Siedlungssystems erhöht.

3. Ländliche Siedlungsschwerpunkte

Ländliche Siedlungsschwerpunkte werden sich vor allem in dünner besiedelten, industriearmen landwirtschaftlichen Gebieten entwickeln und hier eine Schrittmacherrolle bei der Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ländlichen an die der Stadtbewohner übernehmen. Sie werden wichtige Betriebe der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, Organe der Planung und Leitung, der Produktion sowie Anlagen und Einrichtungen aufnehmen, die der Befriedigung der wachsenden Ansprüche der ländlichen Bevölkerung dienen und nicht in jedem Dorf vorgesehen werden können.

Da ökonomische Gesichtspunkte die weitgehende Nutzung vorhandener Potenzen bei der Entwicklung sozialistischer Produktions- und Lebensverhältnisse erfordern, ist es zweckmäßig, nur solche Siedlungen zu ländlichen Siedlungsschwerpunkten auszubauen, die schon eine gewisse Zentralität als

Standort der Produktion und Versorgung haben und verkehrsmäßig entsprechend erschlossen sind. Das sind in der Regel Städte und Dörfer zwischen 2000 und etwa 10 000 Einwohner. Viele dieser Orte werden durch ihre günstige Lage zu landwirtschaftlichen Produktionsgebieten entscheidende Aufgaben bei der Entwicklung der Systeme der Produktion und der Versorgung in ihrem Einzugsgebiet erhalten. Dadurch können die vorhandene bauliche Substanz in Form von Produktionsbetrieben, Wohnungen, gesellschaftlichen Einrichtungen usw. in den künftigen Siedlungsschwerpunkten und seinem Einzugsgebiet weiter genutzt und erforderliche Neubauten stärker im Siedlungsschwerpunkt konzentriert werden. Gleichzeitig werden sich durch die gemeinsamen Produktionsinteressen und die Organisation der täglichen und teilweise periodischen Versorgung und Betreuung der Einwohner aller Siedlungen im Einzugsgebiet des Schwerpunktes effektive Produktions- und Versorgungsbeziehungen entwickeln, die das Siedlungssystem ständig festigen und die Konzentration der Bausubstanz fördern. Die Aktivierung und Integrierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlich-kulturellen Lebens in den sich zu ländlichen Siedlungsschwerpunkten entwickelnden kleinen Städten und ihr damit verbundener Bedeutungszuwachs als Zentrum für einen Kreis – sofern diese Stadt Kreisstadt ist – oder für einen Teil eines Kreises werden gerade in den kulturell noch stärker zu erschließenden ländlichen Gebieten mit ihrem heute noch sehr zersplitterten Siedlungsnetz eine wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen herbeiführen und die Zersplitterung überwinden helfen.

4. Städte mit Sonderfunktionen

Aus der Vielzahl der Städte bis 50 000 Einwohner in der DDR werden sich im Prognosezeitraum und danach eine große Anzahl als Schwerpunktstädte mit bezirklicher Bedeutung und als ländliche Siedlungsschwerpunkte entwickeln können. Außerdem werden Städte dieser Größe auch noch auf Grund zweier Sonderfunktionen, die für die Reproduktion der Arbeitskraft sehr wichtig sind, stabile Entwicklungsmöglichkeiten haben.

In erster Linie sind das alle mit dem Erholungswesen zusammenhängenden Funktionen. Unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen von Siedlungen im Siedlungssystem muß dabei zwischen den Aufgaben der Ferienerholung und der Naherholung unterschieden werden. Ferienerholungsorte haben dort gute Entwicklungsmöglichkeiten, wo es die natürlichen Bedingungen gestatten. Ihre Entwicklungschancen und Attraktivität hängen im wesentlichen von den Qualitäten der Landschaft und dem Niveau der Erholungseinrichtungen ab. Ferienerholungsorte haben in der Regel Bedeutung für die gesamte Republik, einige erhalten auch internationalen Rang. Diese Feststellungen gelten auch für das Kurwesen und die Kurorte.

Die Entwicklung von Naherholungsorten beruht auf dem großen Bedarf nach kurzfristiger Erholung, wie er in Bevölkerungsagglomerationen auf Grund der Überbauung großer zusammenhängender Territorien gegeben ist. Hier gilt es, innerhalb oder im Randgebiet der Agglomeration Dörfer und kleine Städte unter 50 000 Einwohner durch die Nutzung geeigneter natürlicher Bedingungen für die Erfüllung von Naherholungsfunktionen auszubauen. Da die Deckung des Bedarfs in einer Entfernung von maximal 90 Minuten für jeden Bewohner der Agglomeration schon gegenwärtig möglich gemacht werden muß, sind bei fehlenden landschaftlichen Voraussetzungen gegebenenfalls künstlich Naherholungsmöglichkeiten zu schaffen. Kleine Städte mit Naherholungsfunktionen sind im Unterschied zu Ferienerholungsorten in jedem Fall Glieder eines Siedlungssystems, dessen Zentrum ein Ballungskern ist.

Einer Standortanalyse (2) zufolge konzentrieren sich heute die wichtigsten Einrichtungen des Erholungswesens der DDR in Dörfern und in Städten unter 50 000 Einwohner. Die Entwicklungsmöglichkeiten, die Städte dieser Größe aufgrund von Erholungsfunktionen haben, beruhen unter anderem auf dem gesteigerten Bedarf infolge Zunahme an Freizeit und den Forderungen nach höherem Komfort und größerer Vielseitigkeit der Einrichtungen. Städtebaulich ergeben sich daraus Aufgaben der Rekonstruktion und Erweiterung bestehender Ferien- und Naherholungsorte und die Entwicklung weiterer kleiner Städte zu modernen Erholungszentren. Bei der städtebaulichen Planung und Projektierung dieser Ferien- und Naherholungsorte sollten alle Möglichkeiten der Konzentration im Siedlungsnetz bedacht werden. Indem bei der ohnehin erforderlichen Ausstattung der Erholungsorte mit Einrichtungen aller Art zugleich der Bedarf der Einwohner der Umgebung mit berücksichtigt wird, können die Erholungsorte gleichzeitig zu gesellschaftlichen Zentren eines Siedlungssystems werden.

Andere Fragen hinsichtlich Struktur und funktionellen Beziehungen im Siedlungssystem ergeben sich bei den zahlreichen Städten, die im Einzugsgebiet von Industrieagglomerationen die Funktion von Wohnstandorten für Arbeitskräfte dieser Agglomerationsgebiete haben. Ohne tiefer auf diese Probleme einzugehen, sei festgestellt, daß ein Teil ihrer Wohnbausubstanz – Eigenheime, Werkswohnungen – hinsichtlich Zustand und Ausstattung relativ gut ist und die Wohngebiete im wesentlichen den Anforderungen an Licht, Besonnung und Begrünung entsprechen. Im allgemeinen sind diese Städte auch verkehrsmäßig dem Bedarf entsprechend mit den Agglomerationszentren verbunden. Um diese Ressourcen und Potenzen zu nutzen, wird die Mehrzahl dieser Städte ihre Wohnstandortfunktion im Einzugsgebiet von Agglomerationen beibehalten. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß künftig in diesen Städten in großem Umfang Wohnungsneubau betrieben wird, der zur Aufnahme zusätzlicher, im Ballungsgebiet noch benötigter Arbeitskräfte bestimmt ist. Das würde dem Grundsatz der Konzentration widersprechen.

Auf Grund der Bedeutung dieser Städte für den Produktionsprozeß in Ballungszentren muß erwogen werden, ob hier nicht auch noch andere Anlagen und Einrichtungen geschaffen werden können, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen in solchen Siedlungssystemen insgesamt beitragen. Hierbei kann es sich z. B. um die Vervollständigung der örtlichen und für nahe gelegene Landorte erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen handeln, die zur optimalen Befriedigung des täglichen Bedarfs und der bilanzierten Absicherung des periodischen und aperiodischen Bedarfs im gesamten Siedlungssystem notwendig sind, oder um die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für die Frauen an den Wohnstandorten, um den Ausbau des Ortes als Naherholungszentrum u. ä. Dadurch können Städte mit Wohnstandortfunktionen stabile wirtschaftliche Grundlagen erhalten und planmäßig in ein optimal organisiertes Siedlungssystem mit einem oder mehreren Ballungskernen als übergeordneten Zentren einbezogen werden.

Die Entwicklung der Städte bis 50 000 Einwohner ist nur ein Teil des alle Bereiche der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens erfassenden Prozesses der immer vollkommeneren Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR.

Innerhalb dieses Systems kommt der Entwicklung der baulichen Umwelt als einem Teilsystem große Bedeutung zu, da die optimale Organisation des Netzes der Städte und Dörfer und ihre strukturelle und architektonische Gestaltung nicht nur Ausdruck und Ergebnis sozialistischer Produktions- und Lebensverhältnisse sind, sondern deren Entwicklung auch aktiv fördern. Welche Bedeutung diesem Entwicklungs- und Gestaltungsprozeß beigemessen wird, beweist nicht zuletzt der Beschluß des Staatsrats vom 16. 4. 1970.

Viele der Städte bis 50 000 Einwohner haben gegenwärtig vielseitige, wichtige Funktionen im Siedlungssystem der DDR zu erfüllen. Diese und weitere Städte dieser Größe werden durch die sozialistische Entwicklung und Umgestaltung des Siedlungsnetzes neue Aufgaben und städtebauliche Grundlagen erhalten.

Literatur:

(1) Beiträge zur Einführung von Optimierungsverfahren in die Generalbebauungsplanung der Bezirke sowie zur Umstellung des Planwerkes auf die EDV. Autorenkollektiv, Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie. Berlin 1969, Seite 2, Manuskript

(2) Wagner, G.; Carl, F. E.; Schultze, H. U.; Boßdorf, G.: Rekonstruktions- und Neubautätigkeit im Erholungswesen der DDR. Schriftenreihe Städtebau und Architektur, Berlin 1966, H. 8

Zur Gestaltung von Versorgungs- und Betreuungssystemen in Städten bis 50 000 Einwohner

Dipl.-Ing. Marianne Battke

Die allseitige Verbesserung der Lebensbedingungen ist in der jetzigen Etappe der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine der Grundvoraussetzungen für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es gilt, die Reproduktionssphäre so zu beeinflussen und zu gestalten, daß eine optimale Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte gewährleistet ist. Die ständig wachsende Arbeitsproduktivität hat eine zunehmende Freizeit zur Folge, und mit dieser Entwicklung wächst das Bedürfnis der Menschen nach sinnvoller Freizeitgestaltung und rationeller Nutzung der Zeit. Einen maßgeblichen Einfluß auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung hat die Schaffung moderner Systeme der Versorgung und Betreuung. Zu diesen Systemen gehören Einrichtungen der materiellen Versorgung, Dienstleistungen, sozialen und gesundheitlichen Betreuung, Bildung, Kultur sowie des Sports und der Erholung.

Für eine Vielzahl von Klein- und Mittelstädten ergibt sich bei der Lösung dieser Aufgabe eine Reihe von Problemen, insbesondere aus der Tatsache, daß gesellschaftliche Einrichtungen aus ökonomischen und technologischen Gründen an bestimmte Mindestgrößen und Besucher- und Benutzerzahlen und damit an bestimmte Einwohnerzahlen gebunden sind. Viele der Klein- und Mittelstädte sind auf Grund ihrer Einwohneranzahl und der des Einzugsgebietes gegenwärtig nicht in der Lage, alle gesellschaftlichen Einrichtungen für den periodischen und aperiodischen Bedarf effektiv zu nutzen. Insbesondere auf Grund der großen Anzahl, unterschiedlichen Größe und Lage der Klein- und Mittelstädte im Siedlungsnetz sowie der wirtschaftlichen Möglichkeiten ist es weder möglich noch erforderlich, jede Stadt mit allen notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Einwohner auszustatten.

Die relativ hohe Dichte des Netzes der Klein- und Mittelstädte in der DDR schafft die Voraussetzung, daß in einem bestimmten Umfang gesellschaftliche Einrichtungen von mehreren Städten und Gemeinden genutzt werden. Das bedingt in stärkerem Maße eine Funktionsteilung zwischen den Städten und Gemeinden und Kooperationsbeziehungen zur gemeinsamen Nutzung gesellschaftlicher Einrichtungen. Durch eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden lassen sich die Leistungen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung erhöhen.

Die Klein- und Mittelstädte haben in Abhängigkeit von ihrer Funktion, ihrem Einzugsgebiet und ihrer Größe ein unterschiedliches Programm zur Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen.

Das vorhandene Netz gesellschaftlicher Einrichtungen entspricht hinsichtlich Angebot und Erreichbarkeit oft nicht den Ansprüchen und Bedürfnissen der Einwohner. Es ist die Schaffung zusätzlicher, gemeinsam durch mehrere Städte und Gemeinden zu nutzender Einrichtungen notwendig. Der systemorientierten Standortverteilung der gesellschaftlichen Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung im Siedlungssystem kommt dadurch eine besondere Bedeutung zu.

Insbesondere gilt es Wege zu finden, unter Berücksichtigung

- der historisch entstandenen Beziehungen zwischen den Städten und Gemeinden,
- der Kaufgewohnheiten und
- der Kombinationsvorteile

die gesellschaftlichen Einrichtungen in die Städte funktionell günstig einzuordnen und die vorhandene Substanz entsprechend ihrem Wert weitgehend zu nutzen. Dabei soll angestrebt werden, der Bevölkerung in den Klein- und Mittelstädten und in ihrem Einzugsgebiet ein breites Angebot an gesellschaftlichen Einrichtungen mit Hilfe eines überörtlich koordinierten Systems gesellschaftlicher Zentren und die bequeme Erreichbarkeit dieser Einrichtungen entsprechend der Häufigkeit ihrer Inanspruchnahme zu gewährleisten.

Zur Einschätzung des Kapazitätsbedarfs ist es notwendig, die gesellschaftlichen Einrichtungen in den Klein- und Mittelstädten zu erfassen und Kapazität, Bauzustand, Zeitwert und Restnutzungsdauer zu analysieren. Untersuchungen der Kapazität gesellschaftlicher Einrichtungen ergaben, daß selbst bei Bezug auf die Einwohneranzahl des Stadtgebietes vielfach kein Überschuß, sondern ein ungedeckter Bedarf auftritt, der sich bei Berücksichtigung der Einwohneranzahl des Einzugsgebietes noch vergrößert. Ausgehend von der analytischen Untersuchung kann eingeschätzt werden, daß für einen Teil der gesellschaftlichen Einrichtungen in den Klein- und Mittelstädten auf Grund ihrer geringen Größe, des baulichen Zustandes, der geringen Flexibilität und Erweiterungsmöglichkeiten eine Umgestaltung, Erweiterung oder ein Neubau notwendig ist. Dabei kommt der Einordnung der neu zu schaffenden gesellschaftlichen Einrichtungen eine besondere Bedeutung zu. Durch ihre Koordinierung mit den weiterhin funktionstüchtigen Einrichtungen wird mit geringem Aufwand ein maximaler Kapazitätszuwachs erreicht. Durch ihre funktionelle Zuordnung zu den weiterhin zu nutzenden gesellschaftlichen Einrichtungen werden infolge der Kontaktvorteile die Zeitaufwendungen der Nutzer reduziert und eine städtebauliche Ensemblebildung ermöglicht.

Um zu Ansatzpunkten für die Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen in das Stadtgebiet zu gelangen, ist eine Erfassung ihrer Standortverteilung in den Klein- und Mittelstädten notwendig. Die Vielzahl und die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen der Klein- und Mittelstädte führten zu Unterschieden in der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen. Charakteristisch für Städte mit weniger als 5000 Einwohnern ist die Konzentration der meisten gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtzentrum innerhalb des historischen Kerns und in Städten ohne ausgeprägten historischen Kern die Verteilung der gesellschaftlichen Einrichtungen über das Stadtgebiet. In Städten mit 5000 bis 50 000 Einwohnern sind die gesellschaftlichen Einrichtungen für den periodischen und aperiodischen Bedarf im Stadtzentrum konzentriert und die Einrichtungen für den täglichen Bedarf über das gesamte Stadtgebiet verstreut. In Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern gibt es daneben mehrere Konzentrationszonen, vorwiegend von Einrichtungen für den täglichen Bedarf, entlang den Verkehrsstraßen und in der Nähe des Bahnhofs. Die vorhandenen gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadtzentrum liegen überwiegend an den historisch entstandenen Plätzen und Straßen. Besondere Bedeutung haben dabei die Marktplätze, wo sich auch heute noch die meisten Einrichtungen konzentrieren. Hier ist eine Vielzahl von Einrichtungen abwechslungsreich angeordnet und maßstäblich mit historischen Baudenkmalen und Anlagen verbunden.

Wie die Analyse zeigt, bieten insbesondere das Stadtzentrum und der Bereich unmittelbar am Bahnhof in den Klein- und Mittelstädten günstige Ansatzpunkte für die funktionelle und strukturelle Einordnung zusätzlicher gesellschaftlicher Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung. Infolge der günstigen funktionellen Beziehungen zu den Ziel- und Quellpunkten des Verkehrs wird eine bequeme Erreichbarkeit dieser Einrichtungen für die Einwohner der Stadt und des Einzugsgebietes gewährleistet. Die Verkehrserschließung dieser Einrichtungen ist dem Fußgänger angemessen.

Diese Zuordnung ist insofern bedeutungsvoll, als der Zeitaufwand der Bewohner umliegender Städte und Gemeinden zur Erreichung der gemeinsam zu nutzenden gesellschaftlichen Einrichtungen durchschnittlich 45 Minuten nicht überschreiten sollte, denn bei zu großer räumlicher oder zeitlicher Entfernung wird die Anziehungskraft dieser Einrichtungen in Frage gestellt. Zur Klärung dieser Problematik könnte eine Schwellenuntersuchung beitragen, die als Ergebnis die Festlegung von Einzugsbereichen von gemeinsam zu nutzenden gesellschaftlichen Einrichtungen ermöglicht. Ist das Problem der Einordnung zusätzlicher Einrichtungen zu lösen, so sind die Siedlungsdichte, die Häufigkeit der Inanspruchnahme der Einrichtungen und Kontaktvorteile für die Ermittlung räumlicher und zeitlicher Entfernungen ausschlaggebend. Weit häufiger steht aber die Frage, in welchem Maße bestehende Einrichtungen in den Klein- und Mittelstädten geeignet sind, die Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Einwohner umliegender Städte und Gemeinden zu gewährleisten. Die zeitliche Entfernung von durchschnittlich 45 Minuten reicht dabei zur Ermittlung des Einzugsbereiches nicht aus. Von großem Einfluß auf die Abgrenzung des Einzugsbereiches und auf die Häufigkeit der Inanspruchnahme sind ein konzentriertes und vielseitiges Angebot an gesellschaftlichen Einrichtungen und bequeme Verkehrsverbindungen. Die Konzentration führt durch Kontaktvorteile zu wesentlichen Zeiteinsparungen bei der Inanspruchnahme der Einrichtungen. Liegen die Städte und Gemeinden in der Nähe einer größeren Stadt mit hohem Ausstattungsniveau, so wird ein Teil der Einwohner eine größere zeitliche und räumliche Entfernung in Kauf nehmen, um das vielseitige Angebot an gesellschaftlichen Einrichtungen nutzen zu können. Von Bedeutung ist auch die Standortverteilung der Arbeitsstätten. Ein Teil der Beschäftigten wird gesellschaftliche Einrichtungen, insbesondere Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Einrichtungen zur medizinischen Betreuung, am Arbeitsort in Anspruch nehmen.

Auf Grund der geringen Ausdehnung des Stadtgebietes der meisten Klein- und Mittelstädte hat die Erreichbarkeit aller Bereiche der Stadt für den Fußgänger das Primat. Diese Spezifik sollte erhalten bleiben. Dazu kann außer der günstigen funktionellen Zuordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen, insbesondere zum Wohnbereich, die intensive Erweiterung dieser Städte innerhalb der vorgegebenen Grenzen beitragen. Die Ansatzpunkte hierfür scheinen durch zahlreiche, innerhalb der Baugebietsfläche gelegene Reserveflächen und die extensive Nutzung einer Reihe von Baugebietsflächen, deren Bausubstanz nicht erhaltenswert ist, ohne weiteres gegeben.

Die für gesellschaftliche Einrichtungen zu verzeichnende Tendenz zur Konzentration und Spezialisierung hat spezifische Anforderungen an den Standort sowie die Art und Größe der Bauwerke zur Folge. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß der hohe Grad der Zersplitterung der gesellschaftlichen Einrichtungen in den Klein- und Mittelstädten schon heute zu betrieblichen Nachteilen für die Einrichtungen führt (insbesondere zu Schwierigkeiten für Handelseinrichtungen bei der Lagerhaltung). Hinzu kommt, daß im innerstädtischen Bereich der meisten Klein- und Mittelstädte schon heute eine starke Behinderung durch den Verkehr auftritt. Die Belieferung der Einrichtungen, insbesondere der Handelseinrichtungen, muß normalerweise von der Passantenseite her erfolgen. Zusätzlich führt der überörtliche Verkehr durch die Einkaufsstraßen. Die Anzahl der Stellplätze für den ruhenden Verkehr ist nicht ausreichend. Die meist sehr engen Straßen und die schmalen Fußwege können den Straßenverkehr nicht bewältigen. So entstehen Gefahren für die Fußgänger, die vielfach gezwungen sind, die Fahrbahn zu benutzen. Um die Anziehungskraft der Einrichtungen zu erhöhen, muß nach Möglichkeiten gesucht werden, die einen gefahrlosen und angenehmen Schaufensterbummel und Einkauf gewährleisten. Die historischen Stadtkerne in den Klein- und Mittelstädten bieten dabei günstige Ansatzpunkte für die Schaffung von attraktiven Fußgängerbereichen. Durch die städtebauliche Verbindung von gesellschaftlichen Einrichtungen, historischen Baudenkmalen und Anlagen ist die Schaffung interessanter und abwechslungsreicher Erlebnisbereiche möglich.

Darüber hinaus sind für die Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung Tempo, Richtung und Umfang des Wachstums der Stadt sowie der Maßstab der vorhandenen Bebauung von Bedeutung. Mit der territorialen Erweiterung der Städte sind Veränderungen der Funktionsbeziehungen in der Stadt verbunden. In Abhängigkeit vom Tempo und Umfang des Wachstums der Stadt verändert sich zwangsläufig der Einzugsbereich der Zentrumseinrichtungen. Bei einer bestimmten Entwicklungsstufe kann das bestehende Stadtzentrum von seiner Lage und Kapazität her seiner Aufgabe – der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in der Stadt und im Einzugsgebiet zu dienen – nicht mehr gerecht werden. Für die Stadtplanung ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, den Zeitraum für die Neufestlegung des Standortes oder Erweiterung des Stadtzentrums vorausschauend zu bestimmen. Es ist auch notwendig, die erforderlichen Neu- und Erweiterungsbauten mit der in den Zentren der Klein- und Mittelstädte der unteren Gemeindegrößengruppen vorhandenen ein- bis zweigeschossigen Bebauung und in den größeren Städten vorhandenen drei- bis viergeschossigen Bebauung maßstäblich zu verbinden. Die Tendenz geht dahin, die für gesellschaftliche Einrichtungen vorgesehenen Neubauten als universell zu nutzende und größere, industriell vorgefertigte Baukörper auszuführen. Bei der Entwicklung dieser Baukörper muß berücksichtigt werden, daß sie sich in die vorhandene Bebauung der Stadtzentren der Klein- und Mittelstädte maßstäblich einfügen sollten, um so den harmonischen Eindruck des Innenstadtbereichs zu erhalten.

Zur Klärung der genannten Probleme sind künftig speziellere Untersuchungen notwendig, die erst zur Ableitung allgemeingültiger Grundsätze führen können und dazu beitragen, den effektiven Einsatz der Mittel und die maximale Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Einwohner zu gewährleisten.

Natur und Gesellschaft

Zum Landeskulturgesetz vom 14. Mai 1970

Dipl.-Jurist Winfried Müller

Als am 1. Juni 1970 das Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der Deutschen Demokratischen Republik – Landeskulturgesetz – vom 14. Mai 1970 (GBl. I Nr. 12 S. 67) Rechtskraft erlangte, wurde damit eine bedeutsame Etappe zur Erhaltung und Pflege der Landschaft durch die wissenschaftliche Weiterentwicklung des Natur- und Landschaftsschutzes eingeleitet. Bereits in den „Grundsätzen des Naturschutzes in der Deutschen Demokratischen Republik" aus dem Jahre 1960 wurde die enge Zusammenarbeit zwischen Naturschutz, Bergbau, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sowie der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung zur harmonischen Eingliederung der Betriebe in die umliegende Landschaft angeführt (1). Um Rauch-, Staub- und Gasschäden zu verhindern, wurde gefordert, bei der Planung von Anlagen für Industriebetriebe auf die richtige Standortwahl zu achten. Damals wurde bereits dem Bauwesen aufgegeben, die Bauten gut in die Landschaft einzugliedern und bei den Bauvorbereitungen den Boden und die Pflanzenwelt rücksichtsvoll zu behandeln.

Während bisher die harmonische Übereinstimmung der Interessen des Naturschutzes mit denen des Bauwesens auf einzelne Maßnahmen konzentriert wurden, ist heute das allseitige Zusammenwirken aller Bereiche der Volkswirtschaft, die graduell unterschiedlich Anteil an der Landeskultur haben, in der sozialistischen Gesellschaft sichtbar geworden. Die Weiterentwicklung des Naturschutzes und ihre potenzierte Verantwortung im Rahmen der Landeskultur werden durch die neue Zielstellung hervorgehoben, umfaßt die sozialistische Landeskultur ein komplexes System von gesellschaftlichen Maßnahmen zur sinnvollen Gestaltung der natürlichen Umwelt und zum wirksamen Schutz der Natur im Interesse des Wohlergehens unserer Bürger und einer kontinuierlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft zur Verbesserung und effektiven Nutzung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen der Gesellschaft – Boden, Wasser, Luft sowie Pflanzen- und Tierwelt in ihrer Gesamtheit – und die Verschönerung der sozialistischen Heimat (2).

Hierzu gehört die planmäßige Entwicklung, rationelle Nutzung, die Pflege und der Schutz der Landschaft mit ihren Reichtümern auf der Grundlage neuester Erkenntnisse durch die Staats- und Wirtschaftsorgane, Betriebe und Genossenschaften im Zusammenwirken mit der Nationalen Front, den gesellschaftlichen Organisationen und Bürgern. Städtebau und Architektur haben in ihren Wirkungssphären zur Gestaltung der menschlichen Umwelt – Arbeiten, Wohnung, Erholen – die gewachsene Bedeutung der sozialistischen Landeskultur zu berücksichtigen. Das kann heute nicht mehr auf die Erledigung formaler Bedürfnisse zur Abwendung augenblicklicher Gefahren beschränkt bleiben. Städtebauliche Planung und sozialistische Architektur erfahren durch die Berücksichtigung der gesteigerten Belange der Landeskultur in unserer Gesellschaft eine sinnvolle Bereicherung. Dieser Prozeß gegenseitiger Förderung erfährt bei unterschiedlichen Standpunkten durch Beachtung gesamtgesellschaftlicher Interessen seine entscheidende Klärung. Oberstes Ziel aller gesellschaftlichen Maßnahmen ist die Konzentration der Kräfte und Mittel auf die volkswirtschaftlichen und territorialen Schwerpunkte bei der Standortverteilung der Produktivkräfte sowie der rationelle Einsatz der Fonds bei der Vorbereitung der Investitionen.

Die Hauptaufgabe der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe in den Städten und Gemeinden ist auf die Sauberhaltung der Wohngebiete, Straßen, Wege, Plätze, Park-, Garten- und Grünanlagen, Gewässer und ortsnahen Wälder, auf die Minderung des Lärms und auf die Beseitigung der Abfälle gerichtet. Vielfältig sind hierzu die spezifischen Mittel des Bauwesens, die beispielsweise erlauben, Voraussetzungen zur bequemen Säuberung der Straßen und Wege mit modernen Reinigungsmaschinen zu schaffen, die Anlage von Lärmschutzgebieten für Krankenhäuser, Feierabendheime oder die ökonomisch günstige Anlage von Deponierplätzen zur hygienischen Verwertung der Siedlungsabfälle zu ermöglichen. Zu den Aufgaben der örtlichen Räte gehört es auch, darauf zu achten, daß durch die Betriebe ihres Territoriums keine Schäden verursacht und daß gegebenenfalls Maßnahmen zu ihrer Beseitigung getroffen werden.

Planmäßig sind die fortgeschrittenen Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zur Verwirklichung der Aufgaben in der sozialistischen Landeskultur anzuwenden. Das stellt der Bauwissenschaft die Aufgabe, ständig nach Möglichkeiten zu forschen, schädigende Wirkungen und Belästigungen für die Menschen bei der baulichen Gestaltung seiner Umwelt fernzuhalten und nach der ökonomischen, möglichst vollständigen Verwertung der in der Produktion anfallenden Abprodukte (z. B. Verwendung von Braunkohlenasche zu Baustoffen) zu suchen. Die Verbesserung des Schallschutzes wird ebenfalls von den Aspekten der sozialistischen Landeskultur berührt. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution bietet die Wissenschaftsorganisation die Gewähr für das funktionelle Zusammenwirken interdisziplinärer Wissenschaftszweige.

Um die Mehrfachnutzung der Landschaft zu erreichen, sind landschaftsverändernde Maßnahmen durch Bauten des Verkehrs, der Industrie und Gesellschaft so in die Landschaft einzufügen, daß eine rationelle und landschaftsgemäße Flächennutzung erreicht wird. Der Erholungswert und die Schönheit der Landschaft müssen durch die zivilisatorischen Einwirkungen nicht nur weitgehend erhalten, sondern unter Berücksichtigung der kulturhistorischen und ästhetischen Werte der sozialistischen Heimat nach Möglichkeit noch gesteigert werden. Durch diese Forderungen werden dem Projektanten und Städteplaner, dem Architekten und Bauingenieur ein hohes Maß an Verantwortung bei der langfristigen und komplexen Gestaltung der natürlichen Umweltbedingungen in den Städten und Gemeinden abverlangt. Bei Baumaßnahmen wie die Anlage einer Talsperre, die Rekonstruktion eines Ferienheimes, die Erweiterung eines Industriebetriebes, die Planung von Autobahnen sind die biologischen Störungen der Landschaft nur vorübergehend zuzulassen und überhaupt nur in den Fällen erlaubt, wenn die Landschaft durch die zeitlich begrenzten Eingriffe wiederhergestellt wird. Damit bleibt auch der gesundheits- und erholungsfördernde Wert unserer Landschaft erhalten und kann aktiv für die Erneuerung der Produktivkräfte in unserer Gesellschaft genutzt werden. Hierbei kommt den Erholungsgebieten, Kur- und Erholungsorten besondere Bedeutung zu.

Die Bebauung einschließlich der Einzäunung von Grundstücken in Uferzonen von Gewässern ist grundsätzlich nicht gestattet. Zur Spezifizierung dieser Festlegung werden die Räte der Kreise nach § 8 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Erschließung, Pflege und Entwicklung der Landschaft für die Erholung – vom 14. Mai 1970 (GBl. II Nr. 46 S. 336) zum Entzug oder zur Beschränkung von Nutzungs- und Eigentumsrechten an Grundstücken oder Grundstücksteilen ermächtigt. Hier wurde die unmißverständliche Rechtsgrundlage für die Gestaltung von Erholungsgebieten geschaffen. Sie bietet auch den staatlichen Organen des Bauwesens und allen für sie tätigen Landschaftsarchitekten und Territorialplanern die Basis zur Enwicklung von Gestaltungvorschlägen, Dorfbebauungsplänen usw., die nicht mehr von Eigentumsinteressen oder individuellen Rücksichtnahmen durchkreuzt oder eingeschränkt werden können. Die im persönlichen Eigentum stehenden Grundstücke werden im Interesse gesellschaftlicher Erholungsinteressen keineswegs rechtswidrig enteignet. Jedoch werden alle gesellschaftlichen Umstände abgewogen, und durch Ratsbeschlüsse können die Inhaber nichtvolkseigener Grundstücke beim Entzug des Eigentumsrechts durch Ersatzgrundstücke oder Geldentschädigung abgefunden werden. Die Rechtsgrundlage hierfür bildet analog der Inanspruchnahme für Zwecke des Bauwesens das Entschädigungsgesetz vom 25. April 1960. Um Fehlentscheidungen bei der Beschränkung oder dem Entzug von Nutzungs- und Eigentumsrechten auszuschließen, sieht die Verordnung ein Beschwerdeverfahren beim Rat des Kreises vor. Eine endgültige Entscheidung wird durch den Rat des Bezirkes getroffen. Während die Beschwerde zunächst aufschiebende Wirkung hat, ist sie jedoch nicht so aufzufassen, daß jedes Beschwerdeverfahren zur Aufhebung von Ratsbeschlüssen führt. Das Verfahren bietet jedem Bürger die Möglichkeit, einen entsprechenden Beschluß auf seine Richtigkeit überprüfen zu lassen. Dabei werden dieselben Normen angewendet, die in gleicher Weise für alle Staatsorgane verbindlich sind.

Einen besonderen Rechtsschutz erfährt die Küste mit ihrem Strand, den Dünen und Steilufern, um die Küstenlandschaft gegen Landverluste zu schützen. Bei der Errichtung, Rekonstruktion oder dem Umbau von Ferienheimen, Bungalows oder der Anlage von Zeltplätzen sind die Bestimmungen zur Erhaltung und Pflege der Küstenschutzanlagen zu beachten. Vielfach sind diese an der Küste gelegenen Ländereien zu Landschaftsschutzgebieten erklärt worden, in denen ohnehin landschaftsverändernde Maßnahmen wie Hoch- und Tiefbauten der Zustimmung der örtlichen Räte nach § 9 Abs. 2 der Ersten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz und Pflege der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten – (Naturschutzver-

Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus erfordert die komplexe Entwicklung, die sinnvolle und rationelle Nutzung sowie die Erhaltung und Pflege der Landschaft auf wissenschaftlicher Grundlage zur Sicherung eines kontinuierlichen Wachstums der Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger.
Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution werden die Naturreichtümer mit der weiteren Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, des Verkehrswesens sowie der Städte und Gemeinden immer stärker in Anspruch genommen.
Gegenstand dieses Gesetzes ist die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Landeskultur als System zur sinnvollen Gestaltung der natürlichen Umwelt und zum wirksamen Schutz der Natur mit dem Ziel der Erhaltung, Verbesserung und effektiven Nutzung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen der Gesellschaft – Boden, Wasser, Luft sowie Pflanzen- und Tierwelt in ihrer Gesamtheit – und zur Verschönerung der sozialistischen Heimat. red.

ordnung) vom 14. Mai 1970 (GBl. II Nr. 46 S. 331) bedürfen. In gleicher Weise sind Naturdenkmale, unter Schutz gestellte Hecken, Gehölze und Baumreihen außerhalb des Waldes, wildwachsende geschützte Pflanzen, nichtjagdbare wildlebende Tiere und Naturschutzgebiete durch diese Vorschriften geschützt. Dabei geht es den staatlichen Organen nicht um die Erteilung von Sanktionen, sondern bei den Rechtsverletzern muß die Erkenntnis geweckt werden, daß ihr Verhalten den gesellschaftlichen Auffassungen diametral entgegensteht. Größte Sorgfalt ist bei der Planung landwirtschaftlicher Meliorationen geboten. Die ungenehmigte Durchführung von Baumaßnahmen kann rechtswidrig sein. Um hier die Übereinstimmung mit dem geltenden Recht zu sichern, ist die Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Räten immer anzuraten.

In § 18 Abs. 1 des Landeskulturgesetzes wurde die Nutzungspflicht an Bodenflächen statuiert. Während sich diese Festlegung an die ständigen Nutzer land- und forstwirtschaftlicher Flächen unmittelbar wendet, enthält sie auch für das Bauwesen die Verpflichtung, die Inanspruchnahme für bauliche Zwecke nicht zu früh zu fordern. Bei gesellschaftlich gerechtfertigter Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Errichtung von Bauwerken sollen nur Flächen mit Boden minderer Qualität zur Verfügung gestellt werden, das sollte bei Standortvarianten im Planungsstadium beachtet werden. In der Vergangenheit gingen jährlich etwa 10 000 ha Boden der landwirtschaftlichen Nutzung für nichtlandwirtschaftliche Zwecke verloren. (3)

Beim Neubau, ebenso wie bei der Rekonstruktion von Betrieben, Produktionsanlagen und Siedlungen sind die notwendigen Einrichtungen und Anlagen für die Abwasserbehandlung planmäßig zu schaffen und zum Zeitpunkt der Produktionsaufnahme oder Nutzung der Wohnstätten in Betrieb zu nehmen. Allein die verspätete Inbetriebnahme oder nachträgliche Errichtung von Abwasserbehandlungsanlagen, beispielsweise bei neuen Industriebetrieben, kann in starkem Maße zur Gewässerverunreinigung beitragen. Das Bauwesen hat aber nicht nur Maßnahmen zur Abwasserbehandlung und zur Reinhaltung der Gewässer zu planen und durchzuführen, sondern muß auch bei produktionsbedingten Eingriffen der Industrie die sparsame Verwendung von Wasser durch moderne Produktionsverfahren unterstützen. Die Nutzbarmachung des Wasserdargebots berührt unmittelbare Aufgaben der Betriebe des Ingenieur- und Tiefbaus. Sie können ihre Verpflichtungen am besten durch das Zusammenwirken mit den Organen der Wasserwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Binnenschiffahrt und Fischerei erfüllen und den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Wassers unterstützen.

Wie das Wasser gehört auch die Luft zu den notwendigen Lebens- und Produktionsbedingungen unserer Gesellschaft. Um diese Voraussetzungen zu erhalten, muß die Luft von Staub, Abgasen und Gerüchen rein gehalten werden. Bei der Planung und Durchführung von Investitionen, der Errichtung und Umgestaltung von Wohngebieten, Kurorten und Erholungsgebieten, dem Ausbau und der Rekonstruktion des Verkehrsnetzes ist der zweckmäßigste Standort hinsichtlich der Reinhaltung der Luft mit einem optimalen Wirkungsgrad auszuwählen. Da in der Vergangenheit diesen Fragen nicht immer genügend Aufmerksamkeit gewidmet wurde, sind die Industriebetriebe dazu verpflichtet, entsprechende Anlagen nachträglich zu errichten. So tragen sie stufenweise zur Verbesserung der lufthygienischen Verhältnisse bei. Diese Anpassungsmaßnahmen werden durch die Kontrolle der Grenzwerte zur Reinhaltung der Luft unterstützt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Rechtsregelungen wird besonders dadurch deutlich, daß durch ungenügende Behandlung und Nutzbarmachung von Abprodukten wie Abwässer, Staub und Abgase, Abfälle, Asche und andere Industrierückstände Schäden und Ausfälle an Nationaleinkommen in Höhe von 2 Milliarden Mark jährlich verursacht wurden, ohne hierbei die Schadwirkungen auf die Bürger und in der Natur quantitativ zu erfassen. (3)

Zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Bürger und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen die Maßnahmen zur Minderung des Lärms, mit denen sich neben §§ 34 bis 36 des Landeskulturgesetzes speziell die Vierte Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor Lärm – vom 14. Mai 1970 (GBl. II Nr. 46 S. 343) beschäftigt. Bei der Planung und Durchführung von Investitionen, bei der Errichtung und Umgestaltung von Wohngebieten, Kurorten und Erholungsgebieten, beim Ausbau und bei der Rekonstruktion des Verkehrsnetzes sind auch durch die Städtebauer und Architekten die Maßnahmen zur Lärmminderung zu berücksichtigen. Mit den Organen des staatlichen Gesundheitswesens sind die Standorte für Wohn-, Gesundheits- und Sozialbauten sowie andere gesellschaftliche Bauten unter Beachtung der zulässigen Lärmbelastung abzustimmen. Bei der Siedlungsplanung verdient die Standortwahl für lärmverursachende Betriebe, Betriebsteile oder rekonstruierte Industrieanlagen besondere Berücksichtigung. Von den Baubetrieben muß verlangt werden, ihre Anlagen, Maschinen und Geräte im Bereich zulässiger Grenzwerte zu betreiben. Das gilt besonders für die Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr in der unmittelbaren Nähe von Wohnungen. Die Lärmminderung wird auch in Erholungsgebieten wie Schwimmbädern, Sportanlagen oder Zeltplätzen dadurch erreicht, indem Beschallungsanlagen, Tonwiedergabegeräte und Musikinstrumente nur insoweit betrieben werden, daß sie nicht belästigend wirken.

Zur Spezifizierung der Bestimmungen der Nutzbarmachung und schadlosen Beseitigung der Abprodukte trat am 1. Juli 1970 die Dritte Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Sauberhaltung der Städte und Gemeinden und Verwertung von Siedlungsabfällen – vom 14. Mai 1970 (GBl. II Nr. 46 S. 339) in Kraft. Es ist das Ziel dieser Regelungen, ebenfalls zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger beizutragen. Die Landschaft und die Volkswirtschaft dürfen durch die ungeordnete Ablagerung und ihre Aussonderung nicht beeinträchtigt werden. In den Aufgabenbereich des Städtebaues und der Architektur fällt auch die Errichtung, Erweiterung und Rekonstruktion von Betrieben und Produktionsanlagen zur Verwertung und schadlosen Beseitigung der Abprodukte. Nicht Rieselfeldern und Müllablagerungsstätten gehört die Zukunft, sondern modernen Müllverbrennungsanlagen und anderen neuen Verfahren zur Siedlungsabfallbeseitigung. Die Anlage von Deponierplätzen ist nach den neuen Rechtsvorschriften nur nach der Erteilung von Standortgenehmigungen gestattet. Die vorhandenen ungeordneten Deponierplätze müssen jetzt geschlossen werden und durch Rekultivierung einer sinnvollen Bodennutzung zugeführt werden. Neben dem Problem der Müllbeseitigung kommt auch der Pflege der Grünanlagen eine große Bedeutung zu. Die Gestaltung der vorhandenen Grünanlagen bietet dem Gartenarchitekten ein dankbares Feld gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit und schafft die Voraussetzung zur Pflege der Grünanlagen durch die Hausgemeinschaften oder Bürger.

Damit wird ein entscheidender Grundsatz unserer sozialistischen Demokratie verwirklicht, der in der Losung „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!" seinen überzeugenden Ausdruck findet (4). Mit der Gründlichkeit, wie im Bund Deutscher Architekten der Gesetzentwurf beraten wurde (5), ist es nun ein Anliegen aller Architekten, diesen Komplex gesetzlicher Bestimmungen in der täglichen Arbeit zu verwirklichen. Hier sind die unserer sozialistischen Gesellschaft entsprechenden Verhaltensnormen zur sinnvollen Gestaltung der natürlichen Umwelt des Menschen fixiert. Dabei dürfen diese Fragen nicht isoliert behandelt werden (6). Ausgangspunkt aller Überlegungen muß immer die Entwicklung des Gesamtsystems des Sozialismus sein. Wie auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hervorgehoben wurde, erfordert das die Entwicklung einer der sozialistischen Menschengemeinschaft entsprechenden Umwelt, die zur Kultur des Sozialismus gehört. Die Lösung grundlegender Probleme im Territorium, im Bezirk und Kreis, in der Stadt und im Siedlungsgebiet bedingt die volle Einbeziehung der landeskulturellen Probleme in das entwickelte Territorialsystem. Das Landeskulturgesetz und seine Durchführungsverordnungen berücksichtigen den vorhandenen Erkenntnisvorlauf und entsprechen den perspektivischen Aufgaben unserer sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (3).

Literatur:

(1) Müller, W.: Naturschutz, Berlin 1962, S. 11

(2) Titel, W.: Sinnvolle Gestaltung der natürlichen Umwelt, von der 18. Sitzung des Staatsrates der DDR, ND, Berlin 22. 11. 1969, Nr. 323, S. 3

(3) Begründung des Landeskulturgesetzes durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Werner Titel, Staat und Recht, Berlin 1970, Nr. 1, S. 103

(4) Bewährtes Prinzip: Wir fördern die Mitarbeit aller, ND, Berlin 21. 11. 1969, Nr. 322, S. 1/2

(5) BDA berlet Landeskulturgesetz, deutsche architektur, Berlin 1970, Nr. 2, S. 67

(6) Ulbricht, W.: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 75



Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt Dipl.-Ing. Hartmut Colden, Rostock,
2. Oktober 1915, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Professor Till Lammert, Berlin,
5. Oktober 1920, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Herbert Trott, Leipzig,
6. Oktober 1920, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Rudolf Weißer, Karl-Marx-Stadt,
10. Oktober 1910, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Bauingenieur Kurt Griethe, Kleinmachnow,
12. Oktober 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauingenieur Alfred Lux, Berlin,
14. Oktober 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Armin Trautmann, Meiningen,
16. Oktober 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Herbert Vollbrecht, Leipzig,
18. Oktober 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauingenieur Curt Müller-Harzer, Dresden,
20. Oktober 1889, zum 81. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Hans Hamisch, Dessau,
28. Oktober 1900, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Daniel Knauff, Berlin,
28. Oktober 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Dr. Helmut Sachs, Berlin,
29. Oktober 1905, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Professor Wilhelm Flemming, Cottbus,
30. Oktober 1910, zum 60. Geburtstag

Ein Beispiel erfolgreicher Weiterbildungsarbeit

In der Zeit vom 20. 4. bis 24. 4. 1970 wurde gemeinsam von der Fachgruppe Städtebau der Bezirksgruppe Erfurt des BDA und dem Büro des Bezirksarchitekten Erfurt ein Qualifizierungslehrgang für die Kreis- und Stadtarchitekten, die Angehörigen des Büros des Bezirksarchitekten sowie interessierte Mitglieder der Fachgruppe zum Themenkomplex „Umgestaltung der Stadtzentren" durchgeführt. Der Lehrgang konnte eine große Beteiligung verzeichnen.

Als Gäste nahmen daran zeitweilig Vertreter des Büros für Städtebau Suhl, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, des VE WBK Erfurt, der Wasserwirtschaftsdirektion Erfurt, des VE Energiekombinats Süd Erfurt, der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, des VEB Stadtgärtnerei Weimar, des VEB Stadtwerke Eisenach, Mitglieder der Fachgruppe Gartengestaltung der BDA-Bezirksgruppe Erfurt sowie Vertreter der Projektierungsbüros BUVATI und VATI aus Budapest teil. Im Durchschnitt waren je Tag rund 45 Teilnehmer (am 1. Tag sogar 62) anwesend.

Am ersten Beratungstag nahmen auch 10 Schüler der Schiller-Oberschule (EOS) in Vorbereitung ihrer berufspraktischen Tätigkeit im Büro des Bezirksarchitekten Erfurt teil.

Der Lehrgang wurde durch einen Erfahrungsaustausch über die städteplanerische Vorbereitung von Umgestaltungsmaßnahmen in den Zentren der Schwerpunktstädte eingeleitet. Diese Problematik erläuterten der Bezirksarchitekt, Dipl.-Ing. Triebel, am Beispiel der Stadt Suhl sowie der Stadtarchitekt, Dipl.-Ing. Nitsch, am Stadtzentrum von Erfurt. Dr.-Ing. Heidenreich von der Hochschule für Architektur und Bauwesen legte in Auswertung seiner Dissertation die Notwendigkeit der Einbeziehung des städtischen Umlandes in die Stadtplanung dar.

Am zweiten Tag erfolgte die Behandlung von Spezialfragen. Hierzu referierten Dipl.-Ing. Jahn (BDA) zu Fragen der Planung des unterirdischen Raumes, Dipl.-Ing. Zeuchner (BDA) zum Verhältnis von sozialistischer Lebensweise und Architektur. Dr.-Ing. Förberg (VE WBK Erfurt) und Dipl.-Gärtner Kister (VE WBK Erfurt) leiteten die Diskussion zu Problemen der Planung des ruhenden Verkehrs in Wohngebieten und dessen städtebauliche Einordnung ein. In der Problemdiskussion beantworteten Prof. Dr. Horn (Medizinische Akademie Erfurt) und Dr. agr. Poch (Bezirkshygiene-Institut Erfurt) Fragen zur Hygiene im Städtebau, insbesondere bei der Umgestaltung der Stadtzentren.

Wie in früheren Lehrgängen wurde ein zweitägiges Entwurfsseminar zur Umgestaltung des Zentrums einer Kreisstadt durchgeführt. Zur Vorbereitung erfolgte im Rahmen einer Exkursion eine Auswertung des städtebaulichen Wettbewerbes für die Stadt Mühlhausen, eine Einführung in die Generalbebauungsplanung der Stadt Bad Langensalza sowie die baugeschichtliche Entwicklung der im Seminar zu behandelnden Stadt. An die Ortsbesichtigung schloß sich ein gemeinsamer Abend der Kreis- und Stadtarchitekten mit den Mitarbeitern des Büros des Bezirksarchitekten im restaurierten Schloß Molsdorf bei Erfurt an, der durch eine Gedenkstunde zu Ehren des 100. Geburtstages W. I. Lenins im Bankettsaal eingeleitet und mit einem Vortrag von Frau Prof. Herkomer, Weimar, und dem nachfolgenden Spiel der Apassionata zu einem festlichen Höhepunkt gestaltet wurde.

An den letzten zwei Tagen des Seminars erfolgte in sechs Kollektiven die Entwurfsbearbeitung. Die Ergebnisse wurden im Modell vorgelegt und gemeinsam von allen Teilnehmern beurteilt. Diese Form der kollektiven Arbeit von Kollegen aus den staatlichen Organen und dem Büro des Bezirksarchitekten diente der persönlichen Begegnung, dem unmittelbaren Erfahrungsaustausch, der Problemdiskussion sowie dem gemeinsamen Ringen um die Lösung der gestellten Aufgabe.

Der Lehrgang gab Veranlassung zu einer Reihe genereller und spezieller Schlußfolgerungen für die städtebauliche Planung im Bezirk Erfurt.

Folgende Schlußfolgerungen wurden für die fachliche Arbeit gezogen:

■ Die Generalbebauungsplanung der Städte muß eine neue Qualität erhalten. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

■ Einbeziehung des Umlandes der Städte in die Planung (insbesondere des engeren Einzugsbereiches) zur Bilanzierung überörtlich wirkender gesellschaftlicher Einrichtungen (z. B. Schulen und Medizinische Einrichtungen) im Rahmen der Grundversorgung, der Flächennutzung (z. B. Flächenansprüche für ingenieurtechnische Anlagen, Naherholungsgebiete, Lagerstätten) sowie der Erschließung durch städtische Nahverkehrsmittel. Dabei ist insbesondere bei der Gestaltung von städtischen Sekundärzentren auf die Belange des Umlandes einzugehen.

■ Einführung mathematischer Methoden zur Variantenberechnung und ökonomischen Bewertung von Erweiterungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen

■ Schaffung enger Beziehungen zwischen den elementaren städtischen Funktionen (Arbeiten — Wohnen — Bilden — aktive Erholung), zum Teil durch Verflechtung und Integration von Funktionen

■ Einbeziehung der Landschaft in die Stadtstruktur; Durchgrünung der Städte

■ Entwicklung der Städte in rationellen Größenordnungen, ausgehend vom Optimum des Zeitgewinnes für die Werktätigen durch Minimierung der Beförderungszeiten mit Verkehrsmitteln.

■ Im Rahmen der städteplanerischen Vorbereitung zur Rekonstruktion der Stadtzentren sollten folgende Bedingungen beachtet werden:

■ Ausreichende Sicherung der Programmstellung für die Planung durch Bilanzierung der Kapazitäten der einzelnen städtebaulich einzuordnenden Einrichtungen und Anlagen (soziale und technische Territorialstruktur), Bilanzierung der finanziellen Aufwendungen im Rahmen der Perspektivpläne, Bilanzierung der Baukapazitäten des Hoch- und Tiefbaues, Integration der Bilanzen und Abstimmung der Bauetappen und Abstimmung des Programmes mit den Bautechnologien der Finalproduzenten.

■ Sorgfältige kompositionelle Gestaltung der Stadtsilhouette, insbesondere bei der Abstimmung von neuen Dominanten mit der vorhandenen Bausubstanz und den landschaftlichen Besonderheiten

■ Konzentration von Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere für die Bildung, aktive Erholung und Entspannung

■ Enge Einbeziehung der bildenden Künstler zur kompositionellen Differenzierung der Gestaltungsmittel für das gesamte Stadtzentrum

■ Entwicklung von lichttechnischen Konzeptionen für die Synthese der architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung im Sinne der Akzentuierung in den Abend- und Nachtstunden

■ Beachtung stadthygienischer Anforderungen, wie die volle sanitäre Ausstattung der verbleibenden Altbausubstanz, die Führung von Hauptverkehrswegen um die Zentren herum, die Schaffung von Fußgängerzonen

■ Abschirmung der Wohnbauten gegenüber geräuschstarken Verkehrsmitteln entsprechend der TGL „Schallschutz". (Die Diskussion ergab, daß die Anforderungen zur Geräuschminderung durch entsprechenden Abstand der Gebäude von den Trassen sowie die Errichtung geräuschmindernder Anlagen, wie Einschnitten, Mauern an repräsentativen Verkehrsstraßen, im Rahmen der städtebaulichen Planung kaum erfüllbar sind. Die Forderungen zur Lärmminderung sind vor allem gegenüber dem Kraftfahrzeugbau zu vertreten.)

■ Verminderung der Emissionen bei den Quellen, Ausweisung von Emissionsschutzgebieten, das heißt Beschränkungen der Flächennutzung im Windschatten von Emissionsquellen, solange noch nicht die technischen Voraussetzungen zur Emissionsreduzierung geschaffen wurden

■ Errichtung von Fernwärmeanlagen. Standortverteilung von störenden Betrieben im Norden, Süden und Osten. Vorzugsstandorte sind in angegebener Reihenfolge unter Beachtung lokalklimatischer Bedingungen zu wählen.

■ Sorgfältige Planung zur Nutzung des unterirdischen Raumes für Anlagen des Verkehrs, der ingenieurtechnischen Versorgung und der Lagerung sowie andere Nutzungsmöglichkeiten. Hierzu werden Bestandskarten für die Umgestaltungsgebiete sowie eine sorgfältige Planung (Studien und Varianten) im Rahmen eines „Komplexplanes für den unterirdischen Raum" notwendig.

■ Beachtung der Anforderungen des ruhenden Verkehrs, insbesondere des Zielverkehrs zu überörtlichen Einrichtungen.

■ Bei der Planung von Wohngebieten ergeben sich besondere Probleme in der Verkehrs- und Flächenplanung:

■ Entsprechend den Festlegungen der Deutschen Bauordnung sowie des Generalverkehrsplanes des Bezirkes Erfurt ist bei zunehmender Motorisierung ein Stellplatzbedarf von 1 PKW/WE zu erwarten. Dieser Bedarf muß in einem Etappenprogramm des Ausbaues von Stellplätzen realisiert werden. In den kommenden Jahren ist die Anlage von ebenerdigen Stellplätzen die volkswirtschaftlich vertretbare Form. Später ist der Bau überdachter Anlagen (Hochgaragen sind kostengünstiger als Tiefgaragen) entsprechend dem wachsenden Bedarf in Betracht zu ziehen. Weiterhin sind einfache Formen der Kapazitätsvergrößerung der ebenerdigen Anlagen in einer zweiten Ebene (z. B. Paletten) zu finden.

■ Die Grün- und Freiflächenplanung muß so erfolgen, daß das Wohnmilieu wesentlich verbessert wird und die Bevölkerung an der Gestaltung und Erhaltung weitgehend interessiert wird. Mit Hilfe der Freiflächengestaltung sind auch die Störfaktoren des Verkehrs zu mindern.

■ Die Anlage von Parkplätzen ist so mit der Grünflächenplanung abzustimmen, daß eine unerwünschte Benutzung oder Zerstörung der Grünanlagen ausgeschlossen wird.

■ Grünanlagen sind im System zu planen und als wesentliche Gestaltungsmittel zur räumlichen Gliederung der Gebäudeensembles einzusetzen.

■ Für spezifische Aufgabenstellungen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

■ Den Räten der Städte wird empfohlen, in absehbarer Zeit exakte Karten des Bestandes von Anlagen des unterirdischen Raumes herstellen zu lassen.

■ In einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft sind die Probleme des ruhenden Verkehrs, ihre Integration in die städtebauliche Gestaltung unter Beachtung der wohnhygienischen Anforderungen, der Freiflächenplanung sowie der baulichen Realisierungsmöglichkeiten in Form einer für den Bezirk geltenden Planungs- und Investitionsrichtlinie zu behandeln.

■ Das Entwurfsseminar zur Umgestaltung des Stadtzentrums von Bad Langensalza hatte ein gutes Ergebnis.

Die sechs vorgelegten Entwürfe zeigen eine Vielfalt von Möglichkeiten der Funktionsordnung sowie von Detaillösungen, wobei sich die Kollektive bemühten, den Charakter der Kreis- und Kurstadt aufzuwerten. Aus dem Vergleich der zum Teil recht unterschiedlichen Auffassungen wurden Grundlagen einer zusammenfassenden Bearbeitung geschaffen.

■ Für die weitere Qualifizierung in den Organen des Städtebaues im Bezirk Erfurt wurden folgende Empfehlungen gegeben:

Die eingeschlagene Form der Qualifizierungslehrgänge – gekoppelt mit Entwurfsseminaren – hat sich, wie der durchgeführte Lehrgang sowie ähnliche Lehrgänge im Frühjahr und Herbst 1969 lehren, bewährt.

Die Mischung von Vorträgen und Problemdiskussionen ist zugunsten von Problemdiskussionen mit eingegrenztem Inhalt zu verändern, um den Beteiligten noch größeren Spielraum der Meinungsäußerung zu geben.

Innerhalb des Lehrganges im Herbst 1970 sollen Fragen der Stadthygiene (Lärmschutz, Abfallwirtschaft und Reinhaltung der Gewässer), Probleme der Anwendung von Gesetzen, Richtlinien und Standards als Grundlage der Schutzgüte im Städtebau sowie der Wohnungsbauentwicklung im Zeitraum von 1971 bis 1975 behandelt werden.

Dipl.-Ing. Kurt Weinrich

Tagung der Zentralen Fachgruppe Wohn- und Gesellschaftsbauten

Unter dem Thema „Anforderungen an Architektur und Städtebau in Wechselwirkung zur Bauproduktion und Projektierung" tagte am 18. und 19. Juni 1970 in Leipzig die Zentrale Fachgruppe Wohn- und Gesellschaftsbauten in Vorbereitung des VI. Bundeskongresses. In 40 Thesen legte die Fachgruppe den Umriß der Problematik zum Thema vor.

Ausgehend von der Aufgabenstellung der Architekten bei der weiteren Gestaltung der Umwelt im entwickelten System der sozialistischen Gesellschaft und des Systems der Planung und Leitung sind folgende Fragen zur Diskussion gestellt worden:

■ Die Komplexität städtebaulicher Lösungen im Gesamtsystem der Stadt

■ Ensemblebildung

■ Verdichtung

■ Zentren des Gemeinschaftslebens mit vielfältiger Überlagerung unterschiedlicher Funktionen

■ Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten

■ Orientierung auf dreidimensionale offene Systeme, die Variabilität für die Nutzung bieten

■ notwendige Veränderung in der Arbeitsweise der Architekten

■ durch Einheitssystem Bau zur komplexen qualitativ hochwertigen und ökonomischen Massenproduktion

■ Entwicklung des Systems eines variablen, kombinationsfähigen, einheitlichen Produktionsangebotes für den Wohn- und Gesellschaftsbau durch den Erzeugnisgruppenverband

■ grundlegende Wandlung der Projektierungstechnologie im Zusammenhang mit dem System Automatisierte Projektierung.

Dr.-Ing. Krause, Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe, forderte in seinem einleitenden Referat zur Thematik der Tagung die Kollegen aus allen Bezirken der Republik auf, an der organisierten Systematisierung der Arbeit der Architekten mitzuwirken. Im Gegensatz zur Mechanisierung der Bauindustrie hat sich die Projektierungstechnologie noch nicht entscheidend verändert. Der Anteil der formalisierbaren muß zugunsten der notwendigen schöpferischen Arbeit der Architekten künftig verringert werden. Weitere Reserven bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität sind mit der Systematisierung im Rahmen Einheitssystem Bau der vielen bautechnischen Bestimmungen zu erschließen, die in ihrer Gesamtheit nicht den Erfordernissen der siebziger Jahre entsprechen. Auch bei größten Kraftanstrengungen die Arbeit so zu gestalten, daß sie Spaß macht, fand bei allen Teilnehmern lebhafte Zustimmung.

Das Tagungsprogramm wies eine große Anzahl von Vorträgen auf, die auf die Thematik aktuell eingingen.

Es sprachen:

■ Prof. Englberger über städtebauliche Wettbewerbe in der DDR (insbesondere für Mittelstädte)

■ Dr.-Ing. Lasch über die städtebauliche Arbeit in Rostock

■ Koll. Oschütz (Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau beim VE WBK Berlin) über die Aufgaben im Großforschungskomplex im Wohn- und Gesellschaftsbau

■ Koll. Kassebaum über die Wohnungsbaureihe (WBR) 70 im VE WBK Halle

■ Dipl.-Ing. Smolny (VE WBK Erfurt) über die Einführung des unifizierten Platten-Skelettsystems für den Gesellschaftsbau

■ Dr.-Ing. Ziege (TU Dresden) über Vorzugssystemmaße und das IKM-System

■ Prof. Deutschmann (TU Dresden) über den notwendigen Übergang von Bauweisen zu Bausystemen, die Rohbau und Ausbau komplex erfassen.

■ Dr.-Ing. Gruber (TU Dresden) über die Entwicklungsarbeiten an der 9-Mp-Bauweise

■ Dipl.-Ing. Kabus (BDA) über die Problematik der Wartung und Erhaltung von Bausubstanz

■ Dr.-Ing. Jänike (WBK Erfurt) und Dipl.-Ing. Wieland (WBK Berlin) über Modelle und Fragen der Automatisierungsprozesse.

Bei der Fülle der Vorträge blieb leider zu wenig Gelegenheit für die Diskussion.

Die Auswertung des Materials der Fachtagung wird der inhaltlichen Vorbereitung des VI. Bundeskongresses dienen. Zusammenfassend wurde von Dr. Krause herausgestellt, daß es sich zeigt, vor welcher bedeutenden Aufgabe der Erzeugnisgruppenverband für Wohn- und gesellschaftliche Bauten steht und daß die zentrale Fachgruppe für Wohn- und Gesellschaftsbauten es als ihre Aufgabe ansieht, sich enger an die Problematik des Erzeugnisgruppenverbandes anzuschließen, um an Lösungen mit hohem Niveau mitzuwirken.

Dipl.-Arch. Dietmar Kuntzsch

Problemdiskussion der Betriebsgruppe des VE BMK Ost, Betrieb Projektierung BT Ipro Berlin

Die Veranstaltung fand am 21. April 1970 statt. Es nahmen der 1. und 2. Vorsitzende der Bezirksgruppe sowie fünf weitere Bezirksvorstandsmitglieder, der Direktor des Betriebsteiles und Mitglieder der Betriebsgruppe und einige Gäste daran teil.

Angeregt wurde diese Problemdiskussion durch das Schreiben des Direktors, Kollegen Kröbel, anläßlich der Bezirksdelegiertenkonferenz im Januar dieses Jahres an den 1. Vorsitzenden der Bezirksgruppe Berlin.

Kollege Kröbel gab eine Übersicht über die Stellung und Aufgaben des Betriebsteiles im Kombinat. Er erklärte, daß die Aufgaben der Projektierung darin bestehen, die technische Entwicklung und Besttechnologie unter Einbeziehung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung zu bestimmen sowie die ökonomische Lösung unter Einbeziehung der Nutzungsökonomie zu entwickeln.

Durch die Betriebsgruppe würden die erforderliche Qualifizierung der Architekten zum komplexen Denken und ihre Stellung im Betrieb, sowie die Maßstäbe für die Bewertung der Arbeitsergebnisse der Architekten als vordringliche Probleme genannt und zur Diskussion gestellt.

Die Diskussion, die durch Beiträge der Bezirksvorstandsmitglieder wesentlich bereichert wurde, ergab folgende Schwerpunkte:

■ Die Projektierung bewegt sich zur Zeit noch sehr auf der Ebene einer dienstleistenden Einrichtung für die Bauausführung und wird noch zu wenig als Steuerungselement im Sinne der Ermittlung allseitig optimaler Varianten wirksam. Dabei sind gerade auf diesem Gebiet die wesentlichsten volkswirtschaftlichen Effekte beeinflußbar. In diesem Sinne wird die Einführung und Bewältigung der automatisierten Projektierung zur Gewinnung zusätzlicher Kapazität zwingende Notwendigkeit.

■ Die Qualitätsmaßstäbe dürfen sich nicht nur auf die zur Zeit meßbaren ökonomischen Belange beziehen, sondern müssen sowohl die territorial-städtebauliche Einordnung wie auch die komplexe Umweltgestaltung als politisch-ideologische Aufgabe beinhalten.

■ Die sich immer stärker durchsetzende städtebauliche Durchdringung von Wohn-, Gesellschafts- und Industriebauten gestattet kein Qualitätsgefälle auf einem dieser Teilgebiete. Es mußte festgestellt werden, daß die gegenwärtige Struktur der staatlichen Leitungen diesen Notwendigkeiten nur ungenügend gerecht wird. Auch muß hinsichtlich der Qualifizierung der Mitarbeiter mehr getan werden. Das gilt sowohl für die Verbreitung universeller Erkenntnisse als auch für die Aneignung spezieller Kenntnisse.

Der Erfahrungsaustausch mit gesellschaftlichen Fachorganisationen zwischen verschiedenen Betriebskollektiven unter Einbeziehung von Leitkadern wird nutzbringend eingeschätzt, verlangt jedoch, daß die gewonnenen Anregungen auch in der Praxis genutzt werden.

Manfred Teufel, Claus-Peter Werner

Drittes Weiterbildungsseminar für Architekten der Bezirksgruppe Berlin

Seit Beginn des Jahres 1968 werden in Berlin jährlich Weiterbildungsseminare der BDA-Bezirksgruppe durchgeführt. Über das erste und zweite Seminar wurde bereits an dieser Stelle berichtet (deutsche architektur, H. 9/1970). Im folgenden sollen einige Informationen über das dritte Seminar gegeben werden.

Das dritte Berliner Weiterbildungsseminar fand in der Zeit vom 11. November 1969 bis zum 2. April 1970 statt und gliederte sich in die drei Themenkomplexe

I Automatisierte Projektierungstechnologie

II Die Stadt als komplexes gesellschaftliches, ökonomisches und kybernetisches System

III Probleme der politisch-ideologischen und kulturell-ästhetischen Funktion von Städtebau, Architektur und bildender Kunst.

Im einzelnen enthielt der Seminarplan folgende Veranstaltungen:

Themenkomplex I

■ Kybernetische Grundlagen der Systemregelung (Dr.-Ing. J. Jänike, VE BMK Erfurt, BT Ipro Jena)

■ Automatengestützte Projektierungstechnologie (Dr.-Ing. J. Jänike)

■ Systemregelung im Bauwesen – Einheitssystem Bau (Dr.-Ing. J. Jänike)

■ Methodologische Systementwicklung – Zusammenfassung und Ausblick (Dr.-Ing. J. Jänike)

■ Stand der Einführung der automatisierten Projektierungstechnologie im Berliner Bauwesen (Abschließendes Kolloquium mit Dr.-Ing. J. Jänike, Dipl.-Ing. H. Stopat und Dipl.-Ing. Wieland)

Themenkomplex II

■ Die Stadt im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus (Dr. Hoyk, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften)

■ Die Stadt als kybernetisches System – Funktionelle und räumliche Struktur

(Dr.-Ing. P. Schlopsnies, Ministerium für Bauwesen)

- Untersuchungen zur Einführung der Spieltheorie in den Städtebau
(Dr.-Ing. P. Schlopsnies)
- Probleme der prognostischen Stadtentwicklung
(Abschließendes Kolloquium mit Dr. Hoyk, Dr.-Ing. P. Schlopsnies, Prof. Dr. F. Staufenbiel und Dipl.-Ing. H. Adamie)

Themenkomplex III

- Die Bedeutung der Kulturprognose und ihr Einfluß auf Städtebau, Architektur und bildende Kunst
(Dr. E. Bartke, Ministerium für Kultur)
- Probleme der politisch-ideologischen Funktion von Städtebau und Architektur – Der semantisch-symbolhafte Aspekt und die Monumentalität
(Kolloquium mit Dr. phil. L. Kühne, Dipl.-Ing. B. Flierl, Dr.-Ing. G. Krenz und Prof. Dr. phil. Heuer)
- Erfahrungen aus dem schöpferischen Zusammenwirken von Architekten und bildenden Künstlern und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit
(Kolloquium mit Prof. W. Womacka, Prof. Dr. Heuer, Dipl.-Ing. B. Flierl und Dr.-Ing. B. Geyer).

Am dritten Weiterbildungsseminar nahmen Mitarbeiter aus etwa 30 Berliner Kombinaten, Betrieben und Institutionen teil. Insgesamt erfolgten etwa 170 Teilnahmemeldungen, davon einige nur für ausgewählte Themenkomplexe. Mit durchschnittlich 80 Teilnehmern (Spitze etwa 110 Teilnehmer) wurde die bisher höchste Teilnehmeranzahl der Berliner Seminare erreicht.
Die Durchführung des Seminars erfolgte im Vergleich zu früheren Veranstaltungsreihen straffer und konzentrierter, vor allem bei dem Themenkomplex I, der sich auf fünf aufeinanderfolgende Tage erstreckte. Zum Themenkomplex I sowie zu den drei Einzelvorträgen des Themenkomplexes II wurde umfangreiches Studienmaterial an alle Teilnehmer übergeben. Die Vorbereitung des Materials erfolgte in Zusammenarbeit zwischen den Referenten und der Kommission für Aus- und Weiterbildung, die für die Vorbereitung und Durchführung der Seminare verantwortlich ist. Über die erfolgreiche Teilnahme wurden den Seminarteilnehmern Bestätigungen ausgestellt.
Am 16. April 1970 wurde vom Bezirksvorstand gemeinsam mit Teilnehmern und Referenten des Seminars eine gemeinsame Abschlußveranstaltung durchgeführt und in kritischer Diskussion eine kollektive Auswertung vorgenommen. Es wurde empfohlen, auch in Zukunft mit den BDA-Weiterbildungsseminaren vor allem Erkenntnisse und nicht schlechthin Kenntnisse oder Fakten zu vermitteln. Schwerpunkte sollten auch künftig die entscheidenden Querschnittsprobleme aus der Tätigkeit des Architekten sein. Grundanliegen ist dabei die Einheit von ideologischer und fachlicher Weiterbildung.
Damit die Effektivität der von der BDA-Bezirksgruppe getragenen Weiterbildungsarbeit erhöht werden kann, ist es erforderlich, daß die Aufgaben, die der Bund Deutscher Architekten in der DDR im Gesamtsystem der Aus- und Weiterbildung der Bauschaffenden wahrzunehmen hat, exakt abgegrenzt werden. In diesem Sinne orientiert die Berliner Kommission für Aus- und Weiterbildung darauf, daß vom 6. Bundeskongreß des BDA im Oktober 1970 in Berlin auch neue Impulse und Initiativen für die Weiterbildung ausgehen werden. Die Bezirksgruppe Berlin wird hierzu entsprechend den in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrungen beitragen.

Dr.-Ing. Werner Rietdorf

Standardisierung

In der Ausgabe Juni 1969 wurden unter dem Oberbegriff Maschinenbau die TGL 13 383 **Flächenbedarf für Werkmontagen,** Flächenstruktur und die TGL 13 384 **Flächenbedarf für Arbeitsplätze in Werkmontagen** mit Blatt 1 Bestimmung der Ausgangsdaten, Blatt 2 Berechnung nach Arbeitsplatzarten und Blatt 3 Berechnungsbeispiele am 1. Januar 1970 verbindlich. Die Standards gelten für die technologische Projektierung und ersetzen nicht die Bestimmung des endgültigen Flächenbedarfs durch Modellprojektierung. Kurzzeichen, Begriffe und Maßeinheiten sind in der TGL 13 383 und 13 384 Blatt 1 und 2 enthalten. Allgemeine Festlegungen sind in der TGL 13 384 Blatt 1 und 3 aufgeführt. Die Gliederung und Berechnung der Hauptproduktionsfläche sind ebenfalls in der TGL 13 383 geregelt. Ausgangsdaten wurden in der TGL 13 384 Blatt 1 aufgenommen. Die Flächenberechnung für fünf verschiedene Arbeitsplatzarten ist in Blatt 2 enthalten. Außerdem wurde hier noch die Flächenermittlung für Arbeitsplatzart 6 aufgenommen. In der TGL 13 384 Blatt 3 ist die Flächenberechnung nach drei verschiedenen Ermittlungswegen enthalten. Die Festlegungen des zuletzt erwähnten Standards wurden zur Anwendung empfohlen.
Die folgenden Fachbereichsstandards des Bauwesens wurden am 1. Januar 1970 verbindlich. Sie wurden in der VVB Bauelemente und Faserbaustoffe, Leipzig, erarbeitet.
Die TGL 22 896 Blatt 2 **Asbestzementerzeugnisse, Welltafeln und Formteile regelt** in der Ausgabe Oktober 1969 technische Forderungen, Bezeichnung, Prüfung, Lagerung und Transport und Kennzeichnung.
Neben den anderen Einzelheiten werden zusätzlich Begriff und Sortiment in der TGL 22 898 Blatt 1 **Platten** und Tafeln **aus Glakresit,** geregelt.
Die ersten fünf Einzelheiten des zuerst genannten Fachbereichstandards sind auch in der TGL 22 977 **Fußbodendämmplatten, aus Abfallholzspänen und Zement** in der Ausgabe Juli 1969 enthalten.
In der gleichen Ausgabe der TGL 22 979 Blatt 2 **Dachtragwerke aus Schnittholz,** Technische Lieferbedingungen werden technische Forderungen, Lieferumfang, Kennzeichnung, Lagerung, Transport und Montage geklärt.
Am 1. Juli 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 9098 Blatt 1 **Brücken im Verkehrsbau; Linienkipplager,** Berechnungsgrundlagen in der Ausgabe September 1969 verbindlich. Der Standard ist bei Eisenbahn- und Straßenbrücken bis zu einer maximalen vertikalen Auflagerkraft von 500 Mp anzuwenden. Er enthält Berechnungsannahmen, Rechengrößen, Spannungsnachweis und zulässige Spannungen.
Am 1. April 1970 wurde die TGL 24 164 **Brücken im Verkehrsbau;** Längsträgeranschlüsse für Eisenbahnbrücken in der Ausgabe August 1969 verbindlich. Einzelheiten betreffen den Begriff, die Anschlußarten, Anschlußformen, Nietanschlüsse, Schraubenanschlüsse und allgemeine Regelungen.
Am 1. Januar 1970 wurde in der Ausgabe Juli 1969 die TGL 24 337 **Sichtverhältnisse an Wegübergängen** mit Blatt 1 Grundsätze, Blatt 2 Sichtflächen an ungesicherten Wegübergängen und Blatt 3 Standort der Warnkreuze verbindlich. Der Standard wurde für schienengleiche Wegübergänge erarbeitet, bei denen öffentliche Straßen und Wege Gleisanlagen der Deutschen Reichsbahn oder Anschluß- und Werkbahnen kreuzen. Begriffe werden in Blatt 1 und 2 geklärt. Weitere Einzelheiten in Blatt 1 betreffen die Geschwindigkeit der Straßenfahrzeuge beim Befahren der Wegübergänge, die Größe der Sichtflächen, die Geschwindigkeitsbeschränkung für Straßenfahrzeuge und Schienenfahrzeuge, das Aufstellen von Warnzeichen an der Straße und Signalen an der Bahnstrecke, das Freihalten der Sichtfläche und das Anlegen einer Karteikarte. In Blatt 2 werden außerdem die Sichtflächen bei Neubauten und Rekonstruktionen, bei vorhandenen Wegübergängen, im Bogen der Bahn, Berechnungsformeln und Fußgängerüberwege geregelt.
Als Entwurf März 1969 wurde der Fachbereichstandard TGL 22 720 **Baumontage von Betonkonstruktionen** mit Blatt 1 Grundsätze und Blatt 2 Wandkonstruktionen im volkseigenen BMK Schwedt erarbeitet. Blatt 3 Skelettkonstruktionen und Blatt 4 Bohrlochgründung Mastenbauweise werden vorbereitet. Der gesamte Standard soll dazu beitragen, größere Maßgenauigkeit zu gewährleisten und den ökonomischen Aufwand zu verbessern.

Rechtsnormen

Der Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik **zur weiteren Gestaltung der Wissenschaftsorganisation** der chemischen Industrie vom 26. März 1970 (GBl. I Nr. 9 S. 31) verdient, auch im Bauwesen beachtet zu werden. Es wird für erforderlich gehalten, das Einheitssystem des Bauwesens mit der automatisierten Verfahrenstechnik stoffumwandelnder Prozesse systematisch zu koordinieren und abzustimmen. So wird es möglich, gemeinsam Pionier- und Spitzenleistungen zu erzielen, die in kürzester Zeit in der DDR ökonomisch wirksam werden. Es muß gesichert werden, daß die Werktätigen des Bauwesens neben anderen Bereichen der Volkswirtschaft die mit dem Chemisierungsprozeß verbundenen qualitativen Veränderungen verstehen und die Durchführung zu einem festen Bestandteil ihrer Arbeit machen. Eine hohe Effektivität der strukturbestimmenden Investitionen ist zu erreichen. So ist für jedes Investitionsvorhaben ein modernen Erkenntnissen entsprechendes Leitungssystem aufzubauen. Hier ist eine moderne Technologie der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen auszuarbeiten. Die aufgewendeten Investitionsmittel sind streng zu kontrollieren. Die Hauptaufgabe des Anlagenbaues wird darin gesehen, komplette prozeßautomatisierte Anlagen und -systeme in hoher Qualität, mit großer Funktionssicherheit und Stabilität termingerecht bereitzustellen, um die Erzeugnisse mit niedrigsten Kosten bei höchster Produktivität zu erzeugen. Die Konstruktion und Projektierung ist eng mit der Arbeit in den Großforschungszentren zu verbinden.
Am 10. Februar 1970 trat die Anordnung über die **Einführung eines Systems der Abschlagszahlungen für unvollendete Investitionsleistungen** im Zusammenhang mit der Lieferung funktionsfähiger kompletter Chemieanlagen im Bereich des Ministeriums für Chemische Industrie vom 20. Januar 1970 (GBl. II Nr. 13 S. 69) in Kraft. Dadurch können ökonomisch wirksamere Beziehungen hergestellt werden. Das System der Abschlagszahlungen stimuliert die Einhaltung und Verkürzung der Realisierungszeiten und Inbetriebnahmetermine. Es gestaltet die gegenseitige Kontrolle und Zusammenarbeit bei Vertragspartnern effektiver. Durch dieses System werden die Investitionsauftraggeber veranlaßt, die Prinzipien der Eigenerwirtschaftung und finanziellen Sicherung von Investitionen konsequent durchzusetzen. Die zuständigen Filialen der Industrie- und Handelsbank können verstärkt auf die Durchführung der Investitionen Einfluß nehmen.
Am 1. Januar 1970 trat die Anordnung über die Änderung von **Preisregelungen** auf dem Gebiet des Bauwesens vom 9. Februar 1970 (GBl. II Nr. 17 S. 138) in Kraft, die Dachdecker- und Fußbodenarbeiten betrifft.
Ebenfalls am 1. Januar 1970 trat die Anordnung Nr. Pr. 32 über die **Preisbildung für Projektierungsleistungen für elektrotechnische und elektronische Anlagen** vom 5. März 1970 (GBl. II Nr. 28 S. 201) in Kraft, die für alle Projektierungseinrichtungen unabhängig von ihrem Unterstellungsverhältnis gilt.
Nach der Anordnung Nr. 20 über die **Aufhebung von Rechtsvorschriften** im Bauwesen vom 24. März 1970 (GBl. II Nr. 32 S. 237) ist die Preisanordnung über Bauklempnerarbeiten ab 1. Januar 1970 nicht mehr anzuwenden.
Zu den gebührenpflichtigen Tätigkeiten der Dienststellen der TÜ gehört die Prüfung von Vorbereitungsunterlagen, Standortfestlegungen und Projekten bei der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen, die Vorprüfung, Bauüberwachung und Typprüfung vor bzw. bei der Herstellung von freigabepflichtigen Anlagen und Anlagenteilen sowie die Montageüberwachung bei der Errichtung von freigabepflichtigen Anlagen und Anlagenteilen nach der Anordnung über die Erhebung von **Gebühren für Tätigkeiten der Technischen Überwachung** der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Februar 1970 (GBl. II Nr. 18 S. 141), die am 1. März 1970 in Kraft trat.
Am 1. Januar 1970 trat die Arbeitsschutzanordnung 331/2 – **Hochbau-, Tiefbau- und Ausbauarbeiten** – vom 15. Juli 1969 (GBl. Sonderdruck Nr. 632) in Kraft. Sie ersetzt die ASAO 331/1. Die bautechnischen Projektierungen sind ausdrücklich im Geltungsbereich der Norm erwähnt. Diese Vorschrift ist zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Werktätigen in fast allen Bereichen des Bauwesens bestimmt.

-er.

Kurzfassung	Содержание

KB 912.1 DK 721.021.003

Junker, W.; Heynisch, W.; Fichtner, K.

Bautechnische Projektierung und volkswirtschaftlicher Nutzeffekt (Projektierungskonferenz des Bauwesens)

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 9, S. 519 bis 524

Die Aufgaben der bautechnischen Projektierung bei weiterer Realisierung des ökonomischen Systems des Sozialismus bestehen darin, das Einheitssystem Bau zu verwirklichen, um einen hohen volkswirtschaftlichen Effekt zu garantieren. Außer dem Aufbau und der verstärkten Anwendung des Systems der automatisierten Projektierung sind besonders die Rationalisierung der Entwurfsarbeit und die Arbeit mit Katalog- und Angebotsprojekten wesentliche Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der bautechnischen Projektierung.

519

УДК 721.021.003

Junker, W.; Heynisch, W.; Fichtner, K.

Строительное проектирование и народнохозяйственная эффекность (Конференция по проектированнию строительства)

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 9, стр. 519 до 524

Задачи строительного проектирования в ходе дальнейшей реализации экономической системы социализма сводится к осуществлению единой системы строительства в целях обеспечения высокого народнохозяйственного эффекта. Кроме развития и усиленного применения системы автоматического проектирования, в особенности рационализация и работа над проектами каталогов и предложений являются важными средствами для повышения производительности труда в строительном проектировании.

KF 621.2 DK 712.253 : 791

Hinkefuß, W.

Kulturpark Berlin – 1. Bauabschnitt

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 9, S. 525 bis 529, 13 Abb., 1 Lageplan

In kurzer Zeit entstand im Berliner Plänterwald auf einer Fläche von 12 ha ein attraktiver Vergnügungspark. Er ist Teil einer weitreichenden Konzeption für die Gestaltung eines großen Kulturparkes. Um den Vergnügungspark stadttechnisch und baulich zu erschließen, waren umfangreiche Tiefbaumaßnahmen notwendig. Das Programm der Vergnügungsparkeinrichtungen umfaßte den Aufbau von 14 Fahrgeschäften des volkseigenen Schaustellergewerkes, darunter ein Riesenrad von 42 m Höhe. Eine Gaststätte mit 320 Plätzen im Innenraum und 320 Terrassenplätzen steht den Besuchern zur Verfügung.

525

УДК 712.253:791

Hinkefuß, W.

Парк культуры и отдыха в Берлине — 1-я очередь строительства

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 9, стр. 525 до 529, 13 илл., 1 план расположения

На площади 12 гектаров за короткое время создан привлекательный парк развлечения, являющийся частью общей концепции оформления большого парка культуры и отдыха. Следовало выполнить целый ряд работ по инженерному строительству для технической и строительной подготовки местности. Программа оборудования содержала в себе строительство 14 различных устройств народной артели выставителей, в том числе вертикальной карусели высотой 42 метра. Ресторан принимает 320 посетителей во внутреннем помещении и 320 на террасе.

KB 313.5 : 483 DK 711.455
615.2 : 313.5
624.6 : 313.5 712.2 : 627.81

Proske, E.; Brandenburger, K.

Erholungsschwerpunkt Helme-Talsperre Kelbra

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 9, S. 530 bis 536, 5 Abb., 7 Lagepläne, 1 Ansicht, 1 Tab.

Grundgedanke der Bebauungskonzeption für die Talsperre Kelbra war die Absicht, von Bungalow-Siedlungen abzukommen und zum Bau von Ferienheimen überzugehen. Der Plan sieht eine abschnittsweise Realisierung vor, die erste Ausbaustufe (Strandbad) ist bereits fertiggestellt. Die Helme-Talsperre bildet schon jetzt einen Hauptanziehungspunkt für viele Erholungsuchende des Bezirkes Halle. Die Bebauungskonzeption ist das Ergebnis mehrerer Variantenuntersuchungen und einer einheitlichen Analyse der Erholungsmöglichkeiten des gesamten Bezirkes.

530

УДК 711.455
712.2:627.81

Proske, E.; Brandenburger, K.

Центр отдыха — Хельме плотина в Кельбра

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 9, стр. 530 до 536, 5 илл., 7 планов расположения, 1 вид, 1 табл.

Основой концепции застройки местности вокруг плотины у г. Кельбра явилось намерение отказаться от так называемых поселков бунгало и перейти к постройке домов отдыха. План предусматривает поэтапную реализацию, первая очередь застройки уже завершена. Это пляж с купальней. Хельме плотина уже в настоящее время привлекает много отдыхающих из района Галле. Концепция застройки — результат исследования некоторых вариантов и единого анализа возможностей отдыха во всем районе.

KB 313.5 DK 712.2(47+57)
711.455

Snamenskaja, E.

Neues Erholungsgebiet am Issyk-Kul-See

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 9, S. 537 bis 543, 7 Abb., 5 Lagepläne

Entsprechend der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte im Uralgebiet und in Sibirien und der daraus resultierenden Verlagerung von Bevölkerungszentren nach Osten entsteht an den Ufern des Issyk-Kul-Sees ein neues, landschaftlich reizvolles Erholungsgebiet. Wertvolle natürliche Ressourcen bieten Voraussetzungen für Erholung und Heilbehandlung sowie für Touristik.
Die Planung des Erholungsgebietes erfolgt nach einer einheitlichen Konzeption, die das Gebiet in einzelne Zonen untergliedert. Territoriale, klimatische, balneologische und ökonomische Probleme werden erörtert.

537

УДК 712.2(47+57)
711.455

Snamenskaja, E.

Новый район отдыха на озере Иссык-Куль

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 9, стр. 537 до 543, 7 илл., 5 планов расположения

В соответствии с дальнейшим развитием производственных сил в уральском районе и в Сибири и вытекающим из этого перемещением населения, на берегах озера Иссык-Куль создается новый район отдыха. Важные природные рессурсы обеспечивают предпосылки для отдыха, лечения и туристики. Планировка района отдыха выполняется по единой концепции, разделяющей область на отдельные зоны. Обсуждены территориальные, климатические, бальнеологические и экономические аспекты.

KB 313.5 : 184 DK 711.455
184 : 313.5 712.2 : 725.94

Rothstein, F.; Weinrich, K.

Die Einbeziehung von Denkmälern in die Erholungsplanung des Bezirkes Erfurt

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 9, S. 560 bis 564, 7 Abb., 2 Tab.

Baudenkmäler, vorwiegend in landschaftlich schönen Gegenden gelegen, bieten gute Möglichkeiten zur Einbeziehung in die Erholungsplanung. Im Bezirk Erfurt wurde ein Programm aufgestellt, wonach zahlreiche Baudenkmäler einer zweckmäßigen Nutzung zugeführt werden sollen. Vorwiegend bietet sich die Nutzung als Hotel oder Gaststätte an. Damit ist gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, sie nicht nur für den Inlandstourismus und das Erholungswesen, sondern auch für den Auslandstourismus attraktiv zu gestalten. Von den Verfassern werden einige bereits realisierte Vorhaben und eine Reihe geplanter Rekonstruktionen vorgestellt.

560

УДК 711.455
712.2:725.94

Rothstein, F.; Weinrich, K.

Включение памятников в планировку районов отдыха

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 9, стр. 560 до 564, 7 илл., 2 табл.

Памятники строительства, расположенные преимущественно в прекрасных пейзажах, открывают хорошие возможности для включения их в планировку пайонов отдыха. В эрфуртском районо составили программу, ро которой намечено рационально использовать большое число таких памятников строительства. В первую очередь предусмотрено пользоваться ими в качестве гостиниц или ресторанов. Одновременно при этом возникает возможность сделать их аттрактивными не только для отечественного туризма и отдыха, но и для зарубежного туризма. Представлены некоторые уже выполненные объекты и ряд запланированных реконструкций.

KB 321.1 DK 711.434

Bergelt, K.; Pietz, M.; Günther, R.; Battke, M.

Zur Entwicklung von Städten bis 50 000 Einwohner

deutsche architektur, Berlin 19 (1970) 9, S. 565 bis 569

Für die Entwicklung von Städten bis 50 000 Einwohner ergeben sich nach dem Beschluß der 24. Staatsratstagung neue Aspekte. Für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in diesen Städten werden ein effektives territoriales Versorgungs- und Betreuungssystem und moderne Verkehrs- und Bewegungssysteme erforderlich. Geeignete neue Arbeitsplätze der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, die Entwicklung zu ländlichen Siedlungsschwerpunkten oder Naherholungszentren bieten Möglichkeiten, Ressourcen und Potenzen dieser Städte zu nutzen, wobei die Einrichtungen des Handels, der Dienstleistungen, der sozialen und gesundheitlichen Betreuung, der Bildung und Kultur, des Sports und der Erholung verbessert werden müssen.

565

УДК 711.434

Bergelt, K.; Pietz, M.; Günther, R.; Battke, M.

О развитии городов, имеющих до 50 000 жителей

дойче архитектур, Берлин 19 (1970 г.) 9, стр. 565 до 569

Принятое на 24-м заседании Государственного Совета ГДР решение открывает новые аспекты для городов до 50 000 жителей. Улучшение условий жизни и работы в этих городах требует эффективной системы территориального обеспечения и обслуживания и новых систем транспорта и движения. Годные новые места работы в рамках индустриального и сельскохозяйственного производства и развитие к сельским центрам заселения или отдыха позволят использовать ресурсы и потенциалы таких городов; причем следует усовершенствовать устройства торговли, общественного, социального и медицинского обслуживания, образования и культуры и отдыха.

Summary		Résumé

DK 721.021.003
Junker, W.; Heynisch, W.; Fichtner, K.
Structural Design and Economic Benefit
(Building Design Conference)
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 9, pp. 519–524
An integrated building system has to be put into practice for optimum economic benefit, as the major task to be tackled by the structural design sector for further implementation of the economic system of socialism. Essential means to improve labour productivity in structural design include further upgrading and increasing application of automated design as a system as well as more utilisation of catalogue projects and the introduction of labour-saving design procedures.

519

DK 721.021.003
Junker, W.; Heynisch, W.; Fichtner, K.
Etude du projet technique dans le bâtiment et efficacité économique (conférence sur l'étude du projet dans le bâtiment)
deutsche architektur, Berlin, XIX (1970) 9, p. 519–524
Les tâches de l'étude du projet technique dans le bâtiment pendant la réalisation continue du système économique du socialisme comprennent l'introduction générale du système unifié de la construction afin de garantir une efficacité économique élevée. A côté du développement et de l'emploi plus répandu du système de l'étude du projet automatisé, les moyens les plus essentiels de l'augmentation de la productivité du travail de l'étude du projet technique dans le bâtiment sont avant tout la rationalisation des conceptions et l'utilisation des catalogues et offres de projets.

DK 712.253 : 791
Hinkefuß, W.
Park of Culture, Berlin – First Stage of Completion
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 9, pp. 525–529, 13 figs., 1 layout
Attractive fun-fair grounds, covering an area of some 20 acres, were completed in the Plänterwald area of Berlin, within relatively short deadlines. The project is part of a wider concept for a large park of culture. Extensive civil engineering steps had to be taken to explore the fun-fair grounds and to prepare the site in terms of services and structural preconditions. The programme included the erection of 14 travelling and driving spots owned by national show enterprises, among them a Ferris wheel, 42 m in altitude. There is also a restaurant seating 320 inside plus 320 on its terrace.

525

DK 712.253 :791
Hinkefuß, W.
Parc de Culture à Berlin – Ière phase de l'aménagement
deutsche architektur, Berlin, XIX (1970) 9, p. 525–529, 13 fig., 1 plan de site
Dans une période très courte un parc attractif pour des événements culturels fut aménagé sur une surface de 12 hectares. Il fait partie d'une conception globale de l'aménagement d'un grand Parc de Culture. L'aménagement technique et constructif de ce parc exigeait un grand nombre de travaux de construction sousterraine. Le programme pour les équipements de ce parc comprend la construction de 14 manèges tournants, en propriété du peuple, entre eux un carroussel de 42 mètres de hauteur. Les visiteurs trouveront au terrain de ce parc un restaurant avec 320 places à l'intérieur et 320 places à la terrasse.

DK 711.455
712.2 : 627.81

Proske, E.; Brandenburger, K.
Helme Dam Recreational Centre, Kelbra
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 9, pp. 530–536, 5 figs, 7 layouts, 1 view, 1 table
To give up bungalow settlements for holiday hostels has been the basic idea underlying the development concept for the Kelbra Dam area. The plan provides for phased-out materialisation, the first phase (swimming beach) being already completed. The Helme Dam area has already become a magnet attracting many holidaymakers from all over the Halle county. The development concept was prepared as a result of several variant comparisons and an integrated analysis of recreational opportunities throughout the county.

530

DK 711.455
712.2 :627.81

Proske, E.; Brandenburger, K.
Surfaces de recréation près du barrage de la Helme à Kelbra
deutsche architektur, Berlin, XIX (1970) 9, p. 530–536, 5 fig., 7 plans de site, 1 vue, 1 tab.
Le point du départ de la conception de l'aménagement du terrain autour du barrage à proximité de Kelbra fut la transition des lotissements de bungalows aux maisons de vacances. Le plan prévoit une réalisation par étapes, dont la première phase de construction (bain et plage) est déjà exécutée. Le barrage de la Helme est déjà à présent point d'attrait d'un grand nombre de visiteurs venant de la région hallense. La conception de l'aménagement est le résultat des comparaisons de plusieurs solutions et d'une analyse uniforme des possibilités de recréation dans cette région.

DK 712.2(47+57)
711.455
Snamenskaja, E.
New Recreational Area at Lake Issyk-Kul
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 9, pp. 537–543, 7 figs., 5 layouts
A new recreational area is now being prepared in a beautiful landscape along Lake Issyk-Kul in connection with the productive forces development schemes for the Urals and Sibiria and the resulting shifting of population centres. Plenty of natural resources will be available and provide optimum conditions for recreation, therapy, and tourism. The recreational area is planned on the basis of a uniform concept subdividing the whole development scheme into several zones. Problems related to territorial, climatic, balneological, and economic aspects are discussed in this article.

537

DK 712.2 (47 + 57)
711.455
Snamenskaya, E.
Nouvelle zone de recréation au lac Issyk-Kul
deutsche architektur, Berlin, XIX (1970) 9, p. 537–543, 7 fig., 5 plans de site
Parallèlement au développement continu des forces productives dans la région de l'Ural et dans la Sibirie et à la translation en résultant des centres de la population, une zone de recréation est aménagée dans le paysage très joli aux bords du lac Issyk-Kul. Les ressources naturelles de valeurs, qui se trouvent ici, sont les suppositions de recréation, cure et tourisme dans cette zone. Cette zone de recréation est planifiée sur la base d'une conception uniforme, sub-divisant la région en différentes zones. Les problèmes territoriaux, climatologiques, balnéologiques et économiques sont discutés.

DK 711.455
712.2 : 725.94
Rothstein, F.; Weinrich, K.
Inclusion of Monuments in Recreational Planning of Erfurt County
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 9, pp. 560–564, 7 figs., 2 tables
Architectural monuments, generally, offer themselves for inclusion in recreational planning, mainly when situated in beautiful landscapes. A monument utilisation programme, including numerous architectural monuments, has been drafted in the county of Erfurt. Primary uses will be for hotel and restaurant purposes. The places concerned will be upgraded to be attractive not only to inland tourism, but also to tourists from abroad. Some completed jobs and a number of planned projects are introduced in this article.

560

DK 711.455
712.2 :725.94
Rothstein, F.; Weinrich, K.
Intégration des monuments avec la planification de la recréation dans/la région d'Erfurt
deutsche architektur, Berlin, XIX (1970) 9, p. 560-564, 7 fig., 2 tab.
Les monuments qui se trouvent pour la plus grande partie dans les paysages très beaux offrent des possibilités uniques pour une integration avec la planification des zones de recréation. Dans la région d'Erfurt un programme fut établi, sur la base duquel nombreux monuments devraient être utilisés à une façon plus efficace en tant qu'hôtels ou restaurants. Cela permettrait en même temps une augmentation et évaluation du tourisme et de la recréation des citoyens de notre pays et des touristes étrangers. Les auteurs expliquent quelques projets déjà réalisés et un nombre de reconstructions planifiées.

DK 711.434
Bergelt, K.; Pietz, M.; Günther, R.; Battke, M.
Development of Cities up to 50 000 Inhabitants
deutsche architektur, Berlin 19 (1970) No. 9, pp. 565–569
The resolution adopted by the 24th meeting of the GDR State Council will open new horizons to the development of cities up to 50 000 inhabitants. The working and living conditions in these cities will have to be improved by the introduction of efficient region-covering supply, service, transport, and movement systems. Expansion of industrial and agricultural jobs, upgrading of villages to the level of rural priority settlements or neighbourhood recreation centres will provide new possibilities to take full advantage of the inherent resources and potentials of these cities. In this context, improvement is needed in the fields of retail trade, services, social welfare, public health, education, culture, sport, and recreation.

565

DK 711.434
Bergelt, K.; Pietz, M.; Günther, R.; Battke, M.
Développement des villes jusqu' à 50 000 habitants
deutsche architektur, Berlin, XIX (1970) 9, p. 565–569
Conformément aux décisions de la 24ème session du Conseil de l'Etat, nouvels aspects doivent être appliqués au développement des villes jusqu à 50 000 habitants. L'amélioration des conditions du travail et de la vie dans les villes exige un système efficace de l'approvisionnement et des services et des systèmes modernes de la circulation et du traffic. Nouvelles places du travail appropriées dans la production industrielle et agraire, le développement des centres ruraux de lotissements ou des centres de recréation à une distance courte offrent les possibilités de profiter des ressources et du potentiel de ces villes. Il faudrait améliorer, cependant, les facilités du commerce, de la prestation des services, du soin social et de la santé, de l'enseignement et de la culture, du sport et de la recréation.



für alle Gestaltungs-
formen und
Gestaltungszwecke ...

Fenster ...
Brüstungselemente ... und
Stützenverkleidungen ... vom
VEB h l b Leipzig gehören heute zu den unentbehrlichen Bauteilen bei allen auf lange Sicht form- und materialbeständig entworfenen Bauvorhaben.

Unser Fachberatungsdienst gibt deshalb gern und unverbindlich jede gewünschte Auskunft über die Vielzahl der im In- und Ausland überall anerkannten und bewährten Gestaltungsnormen mit h l b Bauelementen.

**VEB HOLZ- UND LEICHTMETALL-
BAUELEMENTE · LEIPZIG**

7021 LEIPZIG – ZSCHORTAUER STRASSE 57 – FERNRUF 5 01 54–56 FERNSCHREIBER: 05 13 32

31 409